G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Karl D. Bredthauer
Zur Biafra-Kampagne

Prof. Dr. Harold Rasch
Großunternehmen und Mitbestimmung

Horst Heiden
Zur Diskussion über den Begriff des Krisenmanagement

Peter Schütt
Demokratische Opposition und Kulturpolitik

Norman Borodin, Moskau
USA und verratene Demokratie

Heiner Stück / Florence Hervé-Murray
Zu den Mai-Ereignissen in Frankreich

Einzelheft 3,– DM
Abonnement monatlich 2,50 DM
Abonnement für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,– DM

August 8 1968

XIII. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats Juli 1968 775

Kommentare und Berichte

Bonn und der Sperrvertrag (Arno Klönne) 779
Zur Biafra-Kampagne (Karl D. Bredthauer) 782
Vermögenspolitik (Wilhelm M. Breuer) 787

Prof. Dr. Harold Rasch
Großunternehmen und Mitbestimmung 792

Horst Heiden
Siegen ohne großen Krieg? Zur Diskussion über den Begriff des Krisenmanagement 802

Peter Schütt
Kulturpolitische Aktionen und Aufgaben der demokratischen Opposition 812

Wilfried Freiherr v. Bredow
Der Wehrbeauftragte. Konzeption und Verfall einer Kontroll-Institution 821

Norman Borodin, Moskau
Amerika: Zweihundert Jahre verratene Demokratie 830

Heiner Stück
Französischer Mai 840

Florence Hervé-Murray, Paris
Gedanken zu den Mai-Ereignissen in Frankreich 852

Dr. Wolf Kalz
Wettrüsten in Lateinamerika 861

Bücher

Ist eine Revolution unvermeidlich? (Peter Schütt) 868
Gerhart Stoltenberg, Hochschule — Wissenschaft — Politik (Gert Wille) 871

Fernseh-Spalte

Der gewöhnliche Faschismus (E. H. Wahl) 877

Dokumente zum Zeitgeschehen

Neun Fragen und Antworten zum Aktions- und Wahlbündnis 1969 878
Wortlaut des Marburger Manifests gegen die „Politisierung der Hochschulen" (mit Namensliste der Unterzeichner) 881
Wortlaut der Abschlußerklärung der Preßburger Konferenz 887

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XIII. Jahrgang | August 1968 | Heft 8

Chronik des Monats Juli 1968

1. 7. — Kernwaffen. In Moskau, Washington und London wird der „Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen" (Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons) feierlich unterzeichnet. Präsident Johnson und Ministerpräsident Kossygin, die ebenso wie der britische Premierminister Wilson der Zeremonie in ihren Hauptstädten beiwohnen, geben bei dieser Gelegenheit Erklärungen über eine Ausdehnung der Abrüstungsgespräche auf weitere Waffensysteme ab. Schon am ersten Tag setzen die Vertreter von mehr als 50 Regierungen ihre Unterschrift unter den Vertrag, darunter alle Mitglieder der Warschau-Pakt-Organisation (mit Ausnahme Albaniens) und einige NATO-Staaten (Text des Vertrages in „Blätter", Heft 7/1968, S. 767). In Bonn heißt es, ein möglicher Beitritt der Bundesregierung werde frühestens nach der Sommerpause im Kabinett zur Diskussion stehen. Seine ablehnende Haltung zu dem vorliegenden Text bringt der CSU-Vorsitzende Strauß erneut in mehreren Interviews und Ansprachen zum Ausdruck. Strauß hält sich zugleich mit Bundesverteidigungsminister Schröder zu Gesprächen über dieses Thema in Washington auf.

4. 7. — NS-Prozesse. Vor dem Frankfurter Schwurgericht, das zu einem Sondertermin im Bonner Landgericht zusammengetreten ist, sagt Bundeskanzler Kiesinger in einem Verfahren gegen den früheren Legationssekretär im Auswärtigen Amt Fritz Gebhard v. Hahn als Zeuge aus; v. Hahn wird der Beihilfe an der Deportation von Juden aus Bulgarien beschuldigt. Kiesinger führt aus, als stellvertretender Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung im damaligen Auswärtigen Amt habe er aus amtlichen Quellen oder Unterlagen seiner Behörde niemals von Vernichtungsaktionen gegen Juden gehört. Er habe vielmehr in den ersten Kriegsjahren viele Meldungen des Auslandes aus gutem Grund für „reine Greuelpropaganda" halten müssen.

4.—10. 7. — Naher Osten. Präsident Gamal Abdel Nasser konferiert in Moskau mit führenden Politikern über die Lage im Nahen Osten und eine verstärkte Hilfe der Sowjetunion für die Vereinigte Arabische Republik. In einem gemeinsamen Kommunique wird die Weigerung Israels kritisiert, dem Beschluß des UN-Sicherheitsrates zu folgen und die besetzten arabischen

Territorien zu räumen. Dem UN-Beauftragten Gunnar Jarring wird Unterstützung zugesagt. Nasser reist am 10. 7. zu einem Besuch Präsident Titos nach Jugoslawien.

8.—9. 7. — W E U. Der Ministerrat der Westeuropäischen Union, in dem die sechs EWG-Mitglieder und Großbritannien vertreten sind, tritt in Bonn zusammen. Die Delegierten Italiens und der Benelux-Staaten geben bekannt, sie würden (im Gegensatz zur Bundesregierung) in Kürze den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen unterzeichnen (Frankreich lehnt den Beitritt nach wie vor ab; Großbritannien gehört zu den Initiatoren des Abkommens).

11. 7. — G e w a l t v e r z i c h t. Die Moskauer Regierungszeitung „Iswestija" beginnt mit dem Abdruck der bisher unveröffentlichten sowjetischen Texte über die seit zwei Jahren geführten Verhandlungen zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit der Bundesrepublik. Einen Tag später publiziert auch das Auswärtige Amt eine entsprechende Dokumentation. Aus dem Notenwechsel gehen vor allem Meinungsverschiedenheiten über Voraussetzungen, Konsequenzen und Form einer Vereinbarung über Gewaltverzicht zwischen beiden deutschen Staaten hervor. — Am 17. 7. erneuert der Ministerrat der DDR in einer Stellungnahme frühere Vorschläge zum Abschluß eines „völkerrechtlich gültigen Vertrages ... über die Nichtanwendung von Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen" und einer Vereinbarung „über die Anerkennung des Status quo und der bestehenden Grenzen in Europa". Die DDR sei bereit, „in gleichberechtigte Verhandlungen" darüber mit der Bundesregierung einzutreten.

— G r i e c h e n l a n d. Die Militärregierung unterbreitet den seit langem angekündigten Entwurf einer Verfassung, die der Form nach an der Monarchie festhält. Die neuen Bestimmungen sollen vor allem die von der Junta seit ihrer Machtergreifung erlassenen Verordnungen über die Einschränkung der politischen Betätigung von Parteien und Organisationen sowie die Beschneidung der Meinungs- und Informationsfreiheit legalisieren. Die vorgesehene Volksabstimmung wird um einen weiteren Monat (auf den 29. September) verlegt.

11.—13. 7. — S o w j e t u n i o n / S c h w e d e n. Ministerpräsident Kossygin absolviert einen mehrfach verschobenen Besuch in der schwedischen Hauptstadt, um mit Ministerpräsident Erlander einen politischen Meinungsaustausch zu führen. In einem gemeinsamen Kommunique heißt es, es sei im Interesse des Weltfriedens notwendig, der Wiedergeburt des Faschismus und Militarismus in Europa in jeder Form entschlossen entgegenzuwirken. Beide Seiten befürworten die „restlose Einstellung der Bombardierung des Territoriums der Demokratischen Republik Vietnam".

12. 7. — F r a n k r e i c h. Die in zwei Wahlgängen am 23. und 30. Juni gewählte Nationalversammlung, in der die Gaullisten über eine absolute Mehrheit verfügen, hält ihre konstituierende Sitzung ab. — Am 13. 7. wird die Zusammensetzung der neuen Regierung unter dem bisherigen Wirtschafts- und Finanzminister Maurice Couve de Murville bekanntgegeben. Das Außenministerium übernimmt Michel Debré, Verteidigungsminister bleibt Pierre Messmer.

13. 7. — U n g a r n. Außenminister Peter erläutert vor dem Parlament die Außenpolitik der Regierung. Der Minister befürwortet eine Erweiterung der „wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Beziehungen zu den kapitalistischen Industrieländern" bei „strenger Einhaltung des Grundsatzes der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen". Peter erklärt an die Adresse der Bundesregierung, Ungarn sei „auch derzeit bereit, die offizielle Anerkennung gegenseitig auf eine höhere Ebene zu setzen". Das habe jedoch zur Voraussetzung, „daß sich die Bundesrepublik Deutschland von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgehend mit den Fragen des deutschen Volkes und Europas befaßt".

14. 7. — C S U. Der Jahreskongreß der Partei wird mit einer einstimmig angenommenen Entschließung beendet, die die Bundesregierung auffordert, von einer Unterzeichnung des Atomsperrvertrages zumindest bis zu den amerikanischen Präsidentenwahlen abzusehen. Auch nach einer Unterzeichnung müsse die Möglichkeit erhalten bleiben, eine europäische Atomstreitmacht unter europäischer Autorität zu errichten. Als Initiatoren der Resolution werden der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Verteidigung, Zimmermann, und der Staatssekretär im Bundeskanzleramt, von Guttenberg, genannt.

14.—15. 7. — Tschechoslowakei. Die Partei- und Regierungschefs der Sowjetunion, Polens, Ungarns, Bulgariens und der DDR treffen in Warschau zu einem Meinungsaustausch „über die Lage in ihren Ländern und die Entwicklung der Ereignisse in der CSSR" zusammen. Dem Treffen war eine Korrespondenz mit der KP der Tschechoslowakei vorausgegangen, die eine Einladung nach Warschau abgelehnt hatte. Die Teilnehmer der Beratung richten einen gemeinsamen Brief an die Parteiführung in Prag, in dem vor der „Bedrohung der Grundlagen des Sozialismus in der CSSR" und vor der „Gefahr der Konterrevolution" gewarnt wird. — Am 18. 7. antwortet das tschechoslowakische Parteipräsidium, in „dieser komplizierten Situation" seien „die inneren Gegensätze nicht zu vermeiden". Von „einer unmittelbaren Gefahr für die Grundlagen der sozialistischen Ordnung" und von einer „konkreten Gefahr der Loslösung unseres Landes von der sozialistischen Gemeinschaft" könne jedoch nicht die Rede sein. Es gebe „keine realen Ursachen ..., unsere derzeitige Lage als konterrevolutionär" zu bezeichnen. Die KP der CSSR schlägt in ihrem Schreiben „direkte gegenseitige zwischenparteiliche Besprechungen" vor. — Am 29. 7. beginnt in Cierna nad Tisou (Schwarzau an der Theiß) eine zweiseitige Beratung, an der alle Mitglieder des sowjetischen Politbüros und des tschechoslowakischen Parteipräsidiums beteiligt sind. Die Gespräche enden am 1. 8. mit dem Beschluß, zum 3. 8. eine gemeinsame Konferenz mit den führenden Politikern Bulgariens, der DDR, Ungarns und Polens in der slowakischen Hauptstadt Bratislava einzuberufen.

16. 7. — Abrüstung. Die Achtzehn-Mächte-Konferenz beginnt in Genf eine neue Verhandlungsrunde. Den 17 Delegationen (Frankreich bleibt den Beratungen weiter fern) liegt ein Memorandum der Sowjetregierung vom 1. 7. an alle Staaten der Welt vor, das folgende Maßnahmen empfiehlt: 1) Abschluß einer Konvention über die Nichtanwendung von Nuklearwaffen; 2) Vereinbarungen zur Beendigung der Herstellung von Nuklearwaffen und zur Reduzierung und schließlichen Zerstörung der Vorräte; 3) Begrenzung und schrittweiser Abbau der Trägerwaffen; 4) Verbot von Operationen nukleargerüsteter Bomber und U-Boote außerhalb der nationalen Grenzen; 5) Verbot der unterirdischen Kernwaffentests; 6) Verbot der Anwendung chemischer und bakteriologischer Kampfstoffe; 7) Abschaffung der Militärstützpunkte im Ausland; 8) Schritte zur regionalen Abrüstung; 9) Ausschließlich friedliche Nutzung der Meere.

17. 7. — Irak. Präsident Aref und die Regierung unter Ministerpräsident Yahia werden durch einen Militärputsch gestürzt.

19.—20. 7. — Vietnam. Präsident Johnson trifft, begleitet von einem großen Beraterstab, in Honolulu auf Hawai mit dem südvietnamesischen Staatschef Van Thieu zusammen. Nach der Konferenz erklärt Johnson, die Bombenangriffe auf Nordvietnam würden fortgesetzt. Präsident Van Thieu kündigt eine Verstärkung der Streitkräfte Südvietnams bis zum Jahresende auf 800 000 Mann an. — Am 26. 7. verurteilt ein Militärgericht in Saigon den Oppositionskandidaten bei den letzten Präsidentschaftswahlen, Truong Dinh Dzu, zu 5 Jahren Gefängnis, weil dieser Verhandlungen zwischen der Regierung und der Nationalen Befreiungsfront gefordert hatte.

20. 7. — EWG. Der Ministerrat erläßt eine „Richtlinie zur Gewährung des gegenseitigen Beistandes", die Hilfsmaßnahmen angesichts der „außergewöhnlichen Schwierigkeiten" für die französische Wirtschaft vorsieht.

22. 7. — Bolivien. Die Flucht von Innenminister Antonio Arguedas am 19. 7. nach Chile löst eine Regierungskrise aus, die zum Rücktritt des Kabinetts führt. In La Paz setzt eine Verhaftungswelle ein; über die Hauptstadt wird der Ausnahmezustand verhängt. Arguedas, der sich auf einer Pressekonferenz in Santiago de Chile als Marxist und „Freund der kubanischen Revolution" bezeichnet, hatte eine Kopie des Tagebuches von Che Guevara an den kubanischen Staatspräsidenten Castro gelangen lassen.

25. 7. — Berlin. Die Kommandanten der drei Westmächte untersagen die Abhaltung des „Ersten Weltkongresses der lettischen Exiljugend", der vom 27. bis 31. 7. in Westberlin stattfinden sollte. Das Verbot wird mit dem besonderen politischen Status der Stadt begründet. Bundesregierung und Berliner Senat hatten zunächst keine Einwendungen gegen die Veranstaltung erhoben und den Organisatoren finanzielle Unterstützung zugesagt.

PREISLISTE FÜR SONDERDRUCKE AUS DER ZEITSCHRIFT „BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK"

Von allen Beiträgen, die in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlicht worden sind, können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, möglich. Die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten und 5,5 % MWSt.

Sonderdruck-Seiten	100	250	500	750	1000	2000	3000	Exemplare
4	48,–	55,–	62,–	71,–	77,–	108,–	138,–	DM
8	79,–	89,–	102,–	115,–	124,–	170,–	216,–	DM
12	118,–	124,–	158,–	198,–	214,–	330,–	444,–	DM
16	152,–	168,–	196,–	222,–	250,–	366,–	474,–	DM
20	210,–	222,–	254,–	276,–	318,–	444,–	564,–	DM
24	218,–	234,–	276,–	300,–	324,–	468,–	612,–	DM
28	251,–	267,–	309,–	334,–	357,–	502,–	675,–	DM
32	284,–	300,–	330,–	356,–	398,–	570,–	798,–	DM
36	293,–	312,–	354,–	378,–	404,–	594,–	930,–	DM
40	301,–	324,–	378,–	400,–	410,–	618,–	978,–	DM

Pahl-Rugenstein Verlag · Köln · Barbarossaplatz 2

Kommentare und Berichte

Bonn und der Sperrvertrag

Die bisherigen Bonner Reaktionen auf die Vorlage des Atomwaffensperrvertrages haben, wenn auch von der westdeutschen Öffentlichkeit kaum bemerkt, die wahren Machtverhältnisse in der Großen Koalition sehr viel deutlicher werden lassen; zugleich wurde in allen Details jenes durchaus langfristige taktische Kalkül sichtbar, das hinter den scheinbar verwirrenden und widersprüchlichen Bonner außenpolitischen Deklarationen steht.

Man erinnert sich: als der Gedanke eines Atomwaffensperrvertrages in die internationale Debatte gebracht wurde, polemisierten CDU, CSU und Springer-Zeitungen ungehemmt gegen einen solchen „Morgenthau-Plan im Quadrat" (Adenauer), gegen ein solches „Super-Versailles" (Strauß). Diese Polemik stellte sich bald als unbedacht heraus; die Öffentlichkeit in den verbündeten westlichen Staaten zeigte sich höchst befremdet über derlei nationalistische, an die propagandistischen Stereotypen der deutschen Rechten in der Weimarer Zeit erinnernde Argumente. Also schwenkte man in Bonn um auf scheinbar unpolitische, technisch-wirtschaftliche Einwände gegen den Vertrag, freilich nicht ohne die Möglichkeit einer „europäischen atomaren Option" immer als eine „unverzichtbare" Bedingung unter anderen zu nennen. Im übrigen hoffte man, daß es gar nicht erst zu einer Einigung zwischen den USA und der UdSSR bzw. nicht zur Beschlußfassung über den Entwurf in den UN kommen werde. Nun, nachdem der Vertrag vorliegt und von immer mehr Staaten unterzeichnet wird (darunter auch von solchen, auf die man westdeutscherseits als Verbündete gegen den Vertrag gerechnet hatte), möchte man in Bonn die eigene endgültige Stellungnahme auf die lange Bank schieben, offensichtlich in der Erwartung, daß die internationale politische Situation sich unterdessen in einer Weise entwickeln werde, die Bonn dann den Vorwand für die Verweigerung der Unterzeichnung liefern könnte.

Bundeskanzler Kiesinger erklärte am 5. 7., die Bundesregierung werde den Atomwaffensperrvertrag „in absehbarer Zeit nicht unterzeichnen", da sie erst die Konferenz der nicht-nuklearen Staaten in Genf, weitere militärische Garantien der USA für die Bundesrepublik, die sowjetische Reaktion auf diese Garantien und schließlich „eine Klärung der gesamten weltpolitischen Lage" abwarten wolle, ehe entschieden werden könne, ob und wann die Bundesrepublik den Vertrag unterzeichne. Inzwischen wurden weitere Bedingungen des Kabinetts bekannt. So sollen vor allem der Ausgang der Präsidentenwahl in den USA und das Ergebnis der kontrolltechnischen Verhandlungen zwischen EURATOM und der Wiener Atomenergie-Kontrollbehörde abgewartet werden (mit letzterem rechnet man für Mitte 1969). Bei diesem Zeitplan einer Verzögerungstaktik geht es offensichtlich auch um innenpolitische Gesichtspunkte; CDU und CSU möchten auch diese Frage auf den (ihrer Meinung nach ihrer Politik günstigeren) Zeitpunkt nach den Bundestagswahlen verschieben. In Bonn hat man sich einen Ausweg auch für den Fall ausgedacht, daß die Bundesrepublik in dieser Frage stärker unter internationalen Druck gerät; dann soll notfalls die Regierung den Vertrag unterzeichnen, die Ratifizierung durch den Bundestag aber, die erst Verbindlichkeiten schaffen würde, soll dem 1969 neuzuwählenden Parlament vorbehalten bleiben. Die außenpolitischen Erwartungen, die man in Bonn in diese Verzögerungstaktik setzt, hat „Die Welt" (26. 7. 68) im Hinblick auf die amerikanischen Präsidentenwahl folgendermaßen formuliert: „Es war zu

spät, dieser Administration, die schon an das Aufräumen ihrer Schreibtische denkt, die Überlegung nahezubringen, daß der Sperrvertrag das bisherige politische Gleichgewicht verändert, indem er der Bundesrepublik, die bisher nur einen Atomverzicht gegenüber dem Westen ausgesprochen hat, ohne Gegenleistung eine solche Verpflichtung gegenüber der Sowjetunion aufbürdet." Hier ist exakt die Argumentationslinie der CDU wiedergegeben: Der Hinweis auf die erwartete „Gegenleistung" der Sowjetunion soll, da man auch in Bonn realistischerweise mit der Erfüllung dieser Erwartung in Gestalt der „Herausgabe" der DDR nicht ernsthaft rechnet, die generelle Absage der Bundesrepublik an den Atomwaffensperrvertrag rechtfertigen. Die Behandlung des Problems in den letzten Wochen legt zwei Tatsachen offen:

1) Die Bundesregierung versucht nach wie vor, sich Zugang zu Atomwaffen zu verschaffen;

2) in dieser Frage hat sich wie üblich innerhalb des Kabinetts die Politik der CDU und vor allem der CSU gegen gewisse Einwände und Bedenken der SPD durchgesetzt.

Die CSU und ihre militärpolitischen Sprecher Strauß und Zimmermann hatten seit Jahren der Frage nach dem Atomwaffensperrvertrag größtes Gewicht beigemessen und eine durchaus politische Argumentation gegen einen solchen Vertrag entwickelt und vorgetragen, die in folgenden Punkten gipfelt: Ein Atomwaffensperrvertrag verhindere das Zustandekommen einer westeuropäischen Atommacht, verewige „die Grenzen von Jalta", halte die Bundesrepublik mit ihrem riesigen Wirtschaftspotential im Status des „politischen Zwerges"; nur durch Mitverfügung über Atomwaffen könne „die deutsche Frage vorangetrieben, die Teilung Deutschlands überwunden und der Status quo in Europa verändert werden". Die CSU hat diese Motivation für die Ablehnung des Atomwaffensperrvertrages, mit der offen ausgesprochen wird, daß die Teilhabe an atomaren Waffensystemen als Instrument militärpolitischer Pression im Zuge einer „offensiven" Politik gegen die kommunistischen Staaten in Europa angesehen wird, auch zu Zeiten der Großen Koalition in unverminderter Deutlichkeit (so etwa im Bayern-Kurier) artikuliert. Die CDU wiederum, zumindest Kiesinger, hat demgegenüber zumeist eine sanftere Tonart und eine eher technisch-wirtschaftliche Argumentation gegen den Vertrag bevorzugt. Diese Differenz war freilich nicht inhaltlicher Natur, sondern sie war taktisch bedingt und entsprang jener politisch-propagandistischen Arbeitsteilung zwischen CDU und CSU, die der zeitweisen verbalen Anpassung an westliche Entspannungswünsche und sozialdemokratische politische Stilbedürfnisse zu dienen hatte. Strauß hat diese Arbeitsteilung jüngst in schöner Offenheit gekennzeichnet: „Kiesinger denkt, was ich sage." Inzwischen sagt freilich auch schon Kiesinger mehr und mehr, was Strauß sagt. Auf der letzten Landesversammlung der CSU reagierte Kiesinger auf die Forderungen der Sowjetunion (zu denen, neben der Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, vor allem der Verzicht auf Atomwaffen gehört) mit der lautstarken Beteuerung: „Nichts wird mich dazu bringen, eine solche Kapitulation zu unterschreiben." Die Wahl des Begriffs ist enthüllend; auch für Kiesinger ist der Zweite Weltkrieg noch nicht beendet, auch Kiesinger erhofft sich eine Revision der Ergebnisse dieses Krieges, auch er sieht im Anspruch auf Teilhabe an Atomwaffen ein geeignetes Mittel, solche Hoffnungen zu realisieren. Die jüngsten Äußerungen der Regierungssprecher zur Frage des Atomwaffensperrvertrags lassen erkennen, daß dabei nach wie vor zwei taktische Varianten im Spiel sind: einerseits die „europäische Option", also die Vorstellung eines integrierten und selbständigen, atomar bewaffneten

westeuropäischen Militärsystems, in dem die Bundesrepublik schon vermöge ihres Wirtschaftspotentials dominieren würde, — andererseits das Konzept eines westdeutsch-amerikanischen Sonderbündnisses, innerhalb dessen dann die Bundesrepublik Schlüsselgewalt auch über Atomwaffen zu gewinnen hofft. CDU und CSU wollen, wenn überhaupt, den Atomwaffensperrvertrag nur dann unterzeichnen, wenn er diesen beiden Möglichkeiten Raum gibt, mit anderen Worten: wenn der Atomwaffensperrvertrag der Bundesrepublik den Weg zu Atomwaffen nicht versperrt.

Desavouiert ist der SPD-Vorsitzende und Außenminister Brandt, der — hierin den Verlautbarungen des Nürnberger SPD-Parteitags folgend — den jetzt vorliegenden Text des Sperrvertrages zunächst als akzeptabel bezeichnet und die Unterzeichnung empfohlen hatte. Nun stellte sich heraus, daß die SPD auch in dieser Frage dem Druck der CDU/CSU im Kabinett nicht standzuhalten vermag. In einer schwerwiegenden politischen Entscheidung hat sich die SPD einmal mehr als bloßes Feigenblatt für die Politik der CDU/CSU erwiesen, die unverändert darauf ausgeht, die Machtverhältnisse in Europa zu revidieren. Die Reaktion der CDU/CSU ist dementsprechend verächtlich; schon längst vor den Ereignissen um die CSSR und der Abkühlung der Ost-West-Kontakte in Europa hatte Minister Schröder ungeniert erklärt, der Kurs der SPD laufe auf den „Ausverkauf deutscher Sicherheitspolitik hinaus", die „Grenze der Entspannungspolitik" sei erreicht und — mit Blick auf Atomwaffen — die Bundeswehr benötige den gleichen Rüstungsstand wie der „potentielle Gegner". Bei ihrem Besuch in den USA traten Schröder und Strauß bereits auf, als gebe es keinen SPD-Außenminister mehr. Nun rächt sich, daß Brandt und seine Freunde um der Großen Koalition willen darauf verzichteten, die wahren Gründe für das Scheitern der bisherigen Bonner Außenpolitik und die gefährlichen Ambitionen der Strauß und Schröder beim Namen zu nennen — ohne für diesen Verzicht vom Koalitionspartner mehr als einige verbale Zugeständnisse einzuhandeln. Genau dieses Verhalten hat der CDU/CSU die Chance verschafft, jene Ressentiments weiter zu nähren, die ihrer Rechnung nach bei den nächsten Bundestagswahlen einen kräftigen Rechtsruck bringen werden. Die SPD, so kalkulieren nicht nur Strauß und Schröder, habe dann ihre Schuldigkeit getan.

Die Kabinettsitzung in Bonn am 31. 7. brachte in der Sache nichst Neues. Zwar hieß es, das Kabinett werde sich nach der Sommerpause mit dem Atomwaffensperrvertrag beschäftigen, aber diese Beschäftigung soll offensichtlich auf weitere Verzögerungstaktik hinauslaufen. Kiesinger brachte dies auf die Formel, einerseits dürfe man sich nicht isolieren (alle westeuropäischen Staaten drängen auf Unterzeichnung des Vertrages durch die Bundesrepublik), andererseits müsse man die „vitalen Interessen des deutschen Volkes" beachten. Zu gleicher Zeit präzisierte die CSU, was unter solchen vitalen Interessen zu verstehen sei: der „westeuropäische" Zugang zu Atomwaffen müsse der BRD selbst dann offenstehen, wenn es nicht zu einer umfassenden westeuropäischen politischen Föderation komme. Wiederum verzichtete Brandt für die SPD darauf, die außenpolitischen Differenzen in der Koalition politisch zu formulieren, und beschönigte die massiven und zielbewußten Polemiken, die nun von der CDU/CSU gegen die SPD geführt werden, mit der euphorischen Wendung, man dürfe dies nicht alles „auf die Goldwaage legen". Während CDU/CSU-Politiker die Große Koalition ohne Scheu als Glacis für Angriffe auf die SPD nutzen, ist die SPD durch den Hinweis auf den Bruch der Koalition offenbar jederzeit in lähmende Angst zu versetzen.

Arno Klönne

müssen einsehbar, die Perspektiven den Massen sichtbar gemacht werden. Nur die Kenntnis des Fernziels ermöglicht die sichere Einschätzung der oft zu Unrecht als bloß reformerisch verdächtigten Nahziele. Wer für eine große Sache kämpft, achtet die kleinen Schritte nicht gering: Demokratie und Sozialismus werden überall aufgebaut. Jeder einzelne ist an seinem Bauabschnitt, in seinem eigenen sozialen Bereich tätig, in der Familie, im Beruf oder in der Kulturarbeit. Wir können den Karren nicht auf einmal herumreißen, sondern müssen ihn durch unermüdliches Drängen stückweise auf die richtige Bahn bringen. Der radikale Alles-oder-nichts-Standpunkt hilft uns nicht weiter. Es kennzeichnet die konkrete Utopie von Demokratie und Sozialismus, es zeichnet sie vor vielen anderen Gegen-Entwürfen zur bestehenden Ordnung aus, daß sie menschliche Ausmaße haben und schrittweise zu verwirklichen sind.

Wilfried Freiherr v. Bredow

Der Wehrbeauftragte

Konzeption und Verfall einer Kontroll-Institution

Seit Anfang Juni 1968 liegt der Jahresbericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages für das Jahr 1967 als Bundestagsdrucksache vor. Er hat ähnlich wie die Jahresberichte der letzten Jahre in der Öffentlichkeit kein großes Aufsehen erregt; nicht einmal die Feststellung Hoogens, daß die ominöse Unruhe unter der Jugend sich auch innerhalb der Bundeswehr bemerkbar mache, konnte mehr als mäßiges Interesse erwecken. Der Eindruck ist nicht von der Hand zu weisen, daß das Amt des Wehrbeauftragten „tot" ist, daß die Aktivitäten und Berichte in und aus der Godesberger Dienststelle neben der US-Botschaft nur mühsam kaschierter Leerlauf sind, darauf angelegt, von Zeit zu Zeit die Öffentlichkeit durch Hinweise auf die eigene Existenz zu beruhigen.

Dies ist ein harter Vorwurf, und er trifft nicht nur den jetzigen Inhaber des Amts, sondern ebenfalls und eigentlich noch stärker dessen vorgesetzte Dienststelle, nämlich den Bundestag.

I

In der großen und leidenschaftlichen Debatte um die Wiederbewaffung der Bundesrepublik, an der fast die gesamte Bevölkerung teilnahm, diente die Konzeption eines Wehrbeauftragten dazu, alle jene demokratischen Kräfte für eine Wiederbewaffnung zu gewinnen, die ihr zwar nicht grundsätzlich entgegenstanden, ihr jedoch nur dann zuzustimmen bereit waren, wenn die neue Armee fest in einen demokratischen Staats- und Gesellschaftsaufbau der Bundesrepublik ver-

ankert wurde. Politisch fand sich diese Gruppe repräsentiert in der SPD. Diese Partei war es denn auch, die nach dem Vorbild des skandinavischen Ombudsman einen Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages durchsetzte, dessen Existenz sogar im Grundgesetz kodifiziert wurde: nach Artikel 45 b des Grundgesetzes, eingefügt durch Gesetz am 19. 3. 1956, wurde „zum Schutz der Grundrechte und als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle" dieses Amt geschaffen.

Die Formulierung des Grundgesetzes macht den engen Funktionszusammenhang zwischen Parlament und Wehrbeauftragtem deutlich. Schon damals war zu erkennen, daß die neue Dienststelle in genau dem Maße als demokratische Kontrollposition würde arbeiten können, in dem das Parlament (oder zumindest eine starke und demokratische Opposition darin) sich dieses Hilfsorgans bedienen würde. So gesehen, mußte jeder, der eine funktionsfähige „civil control" über die neue Armee für unabdingbar hielt, dieses Amt begrüßen, auch wenn von vornherein klar war, daß die Auspizien für sein Funktionieren nicht eben günstig aussahen, hatte doch schon damals jener Prozeß nachdrücklich eingesetzt, den wir heute „Transformation der Demokratie"[1]) nennen, jene Entwicklung also, die auf eine Verlagerung tatsächlicher Befugnisse aus dem Parlament hinzielt und diesem statt dessen sekundäre, also repräsentierende Public-Relations-Funktionen zuweist. Immerhin, diese Entwicklung scheint an manchen Punkten aufhaltbar zu sein, und man soll nicht verschweigen, daß das Parlament als Ganzes bislang dieser Entwicklung grosso modo zugestimmt hat, was durchaus nicht jedes Parlament zu tun braucht.

Es wäre also gewiß falsch, die Konstruktion des Amtes des Wehrbeauftragten als bloße demokratische Ornamentik hinzustellen, obgleich es in der Praxis, zumal der heutigen, dazu geworden ist, obgleich diese Ansicht in der Bundeswehr weit verbreitet ist und obgleich schließlich die tatsächlichen „Erfolge" des Amtes tatsächlich Erfolge gegen die Struktur der Konstruktion waren. Dennoch: Schon die Tatsache des langen Zögerns, ehe der Bundestag das Gesetz über den Wehrbeauftragten beschloß (am 26. 6. 1957) und ehe er den ersten Wehrbeauftragten berief (am 19. 2. 1959) läßt vermuten, daß trotz der kunstvoll fundamentlosen Konstruktion des Amtes befürchtet wurde, es könnten von seinen Inhabern demokratische Impulse ausgehen. Geteilt wurde und wird diese Befürchtung von rechten Kreisen, die der Bundeswehr zum Teil sehr nahe stehen. Von dort aus wurde dieses Amt von Anfang an stark attackiert; man vermutete mit einigem Unrecht eine „Spitze gegen das Militär", ein besonderes Mißtrauen gegenüber den Soldaten, das sie angeblich über Gebühr diskriminiere.[2]) Natürlich mochte dies bei dem einen oder anderen pazifistischen Sozialdemokraten eine Rolle spielen, aber solche Motive waren bei der Einrichtung des Amtes keineswegs entscheidend.

Die wissenschaftliche, vornehmlich juristische Literatur über den Wehrbeauftragten, dies sei nur in Paranthese eingefügt, hielt sich brav apologetisch an die Gesetzestexte und begann mit verfassungstheoretischen Spekulationen. So urteilte Runte: „Die Schaffung dieser Einrichtung (des Wehrbeauftragten) fügt sich der allgemeinen Entwicklungslinie ein: Sie bedeutet einen weiteren Schritt auf dem Wege der Verstärkung parlamentarischer Positionen im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik".[3]) Dies ist zweifellos richtig, aber völlig unwich-

[1]) So der Titel des viel diskutierten Buches von Johannes Agnoli und P. Brückner, jetzt Frankfurt 1968
[2]) So zuletzt noch der besonders ausdauernde Winfried Martini in einem Leserbrief in Christ und Welt v. 7. 4. 1967. Dort behauptet er schlicht, das Vorbild des Wehrbeauftragten habe das NS-Regime geboten, und das sei doch wohl ein Grund, dieses Amt schleunigst wieder verschwinden zu lassen
[3]) Runte, Hans, Der Wehrbeauftragte des Bundestages und der Wandel von Funktion und Struktur des Parlaments in der modernen Demokratie, Diss. Freiburg 1959, S. 149

tig, wenn damit bedrucktes Papier gemeint ist; es entbehrt des geringsten Anscheines von Wahrheit, wenn, was ich befürchte, Runte die Verfassungswirklichkeit beschreiben wollte. Dieses Urteil von 1959 konnte immerhin noch nicht auf praktische Erfahrungen des Amtes des Wehrbeauftragten zurückgreifen. Daß aber auch greifbare Realitäten die westdeutschen Juristen nicht von ihren versponnenen Meinungen abzubringen vermögen, zeigt (unter anderem) die zusammenfassende Beurteilung von Kuhne, der 1963 meinte: „Die Einrichtung des Wehrbeauftragten hat zu einer Stärkung der Kontrolle des Parlaments im Bereich der Bundeswehr geführt."[4])

II

Die Wirklichkeit kümmerte sich nicht um solche Meinungen. Schon der erste Jahresbericht des ersten Wehrbeauftragten von Grolman, auf den man sich nach langem Feilschen geeinigt hatte, erregte den Widerspruch des Verteidigungsministeriums, obwohl er so abgefaßt war, daß man Kritik an bestehenden Einrichtungen der Bundeswehr, die über das Aufzählen von technischen Schwierigkeiten hinausging, mit der Lupe suchen mußte.[5]) Tatsächlich wäre dieser Bericht, von dem die Bonner Rundschau schrieb, er sei taktvoll formuliert, wohlmeinend, sachverständig und objektiv,[6]) nicht weiter bemerkenswert, wenn nicht die Reaktion der Bundeswehr-Führung es jedem klar gemacht hätte, daß die Position des Wehrbeauftragten von ihr als „unbequem" empfunden wurde. Grolman griff vor allem zwei Probleme auf, die für die im Aufbau begriffene Bundeswehr besonders wichtig erschienen. Das eine, technische, konnte auf die Dauer behoben werden, nämlich die überdurchschnittliche Belastung der Soldatenfamilien infolge der häufigen Versetzungen der Berufssoldaten. Das zweite Problem hingegen hat sich bis heute behaupten können: nämlich das der Inneren Führung. Der Wehrbeauftragte schrieb behutsam: „Man wird nicht sagen können, daß die geistige Auseinandersetzung über diese Grundsätze in der Bundeswehr und insbesondere in der Truppe schon eindeutig abgeschlossen ist." Wenngleich die Offiziere sich „vorbehaltlos" zur Demokratie bekennen würden, so sei doch bei nicht wenigen von ihnen noch nicht die „genügende Vertrautheit mit den Formen der demokratischen Repräsentation und Auseinandersetzung" vorhanden. Daß beide Aussagen einander widersprechen, fiel weder dem Wehrbeauftragten noch den Massenkommunikationsmitteln auf, die v. Grolman einträchtig lobten.[7]) Erst zwei Wochen später drang die Verärgerung des Verteidigungsministeriums an die Oberfläche. Schien nämlich bis dahin auch die CDU/CSU mit dem Jahresbericht zufrieden, so änderten nach einer Rücksprache mit Minister Strauß einige Abgeordnete dieser Partei ihre Auffassung und warfen Grolman Kompetenzüberschreitung vor.[8]) Sie äußerten die Befürchtung, das Amt des Wehrbeauftragten könnte Wucherungen treiben und sich zu einer Art Nebenministerium auswachsen. Dieses Argument, so abstrus es zunächst erscheint, zumal vor dem Hintergrund des damals personell noch kaum angefüllten Amtes und des ersten Jahresberichtes, zeigt doch mit wünschenswerter Deutlichkeit, worum es Regierungspartei und Verteidigungsministerium ging. Schon die kleinsten und harmlosesten Ansätze zur Kritik, die die Öffentlichkeit erreichen könnte, waren unerwünscht und wurden verteufelt. Der Wehrbeauftragte überschreitet

4) Kuhne, Dieter, Die verfassungsrechtliche Stellung des Wehrbeauftragten des Bundestages, Diss. Köln 1963, S. 99
5) v. Grolman, Hellmuth, Jahresbericht 1959 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Drucksache III/1796, Bonn 1960
6) Bonner Rundschau v. 30. 4. 1960
7) So z. B. A. Weinstein in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 29. 4. 1960; Bild v. 30. 4. 1960, wo Grolman als „Soldatenvater" bezeichnet wird
8) Bonner General-Anzeiger v. 16. 5. 1960: Grolman gerät in die Schußlinie

in dem Augenblick seine Kompetenzen, wo er Kontrollfunktionen ausübt. Seine wirkliche Funktion hat zu sein, so zu tun, als ob er Kontrollfunktionen ausübe. Zwar nahm die SPD den Wehrbeauftragten gegen die Vorwürfe aus der Regierungspartei in Schutz, zwar erfolgte am 19. 5. 1960 ein Dementi aus dem Verteidigungsministerium, wonach es nie zu Reibereien zwischen dem Wehrbeauftragten und dem Ministerium gekommen sei, aber all das änderte nichts an der Tatsache, daß die ersten zaghaften Gehversuche Grolmans schnell zu einem Ende kamen, sagen wir präziser: unterbunden wurden. Aus dem Ministerium verlautete Ende Juni wiederum, man helfe dem Wehrbeauftragten gerne, wo immer es möglich sei, aber in seinem vorigen Bericht habe er seine Kompetenzen überschritten.[9]) Da das öffentliche Interesse an der Streitfrage schnell nachgelassen hatte, erfolgte niemals eine öffentliche Klärung dieses Vorwurfs. Der zweite Bericht des Wehrbeauftragten, bezogen auf das Jahr 1960, überbot den ersten an „Takt und Wohlgesonnenheit" bei weitem, wohingegen Sachverstand und vor allem Objektivität hintangestellt wurden. Es ist ein zahmer, nichtssagender Bericht, dem zwischen den Zeilen zu entnehmen war, daß die Eingriffe des Verteidigungsministeriums ihre Wirkung getan hatten. Fast masochistisch ist die Passage, in der Grolman auf seine gute Zusammenarbeit mit der Hardthöhe hinweist. Es kann kaum erstaunen, daß die Öffentlichkeit sich um diesen Bericht wenig kümmerte. Das gleiche Schicksal erlitten die beiden nächsten Jahresberichte, für die bereits der Nachfolger Grolmans, Vizeadmiral a. D. und ehemaliges CDU-MdB Heye, verantwortlich zeichnete. Die Vorgänge um die Ablösung Grolmans brauchen hier nicht näher erörtert zu werden, weil sie für unser Thema nicht relevant sind.

Zusammenfassend kann man über die erste Phase der Entwicklung des Wehrbeauftragten-Amtes sagen, daß Konzeption und Funktion einander nur mäßig entsprachen. Was auf dem Papier eine Kontrollinstanz sein sollte, wurde in Wirklichkeit zu einer Clearing-Stelle innerer Reibereien der Bundeswehr, zu einem Ventil für Überdruck an einzelnen Punkten des Systems Bundeswehr. Genau in diesem Sinne ist auch die Reaktion von Strauß zu verstehen, der Kritik, auch schon leise Kritik an der Bundeswehr als „Kompetenzüberschreitung" interpretierte. Entgegen dem Text des Grundgesetzes diente der Wehrbeauftragte als „Hilfsorgan der Bundeswehr", nämlich zur Bereinigung einiger ihrer im Rahmen einer solchen Großorganisation immer und im Rahmen einer militärischen zumal verstärkt auftretenden „menschlichen" Schwierigkeiten. Politische und ideologische Fehlentwicklungen hatten den Wehrbeauftragten nichts anzugehen.

III

Wenn das Amt des Wehrbeauftragten überhaupt einmal voll in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt ist, dann im Sommer 1964, als sich die berühmt-berüchtigte Affäre um Heye abspielte. Hier zeigte sich mit geradezu modellhafter Klarheit, wieweit der Transformationsprozeß der Demokratie in der Bundesrepublik schon fortgeschritten war, wie aber auch auf der anderen Seite die Spannung und die Widersprüche zwischen Verfassungstext und den Intentionen der Herrschenden unvermittelt diesen ein Schnippchen schlagen können — für einen Moment allerdings nur, dann deckt der Mantel christlich-abendländischer Formierungsliebe alle aufgebrochenen Konflikte wieder zu, und irgendwelche „Schuldigen" müssen gehen.

Es ist an dieser Stelle weder möglich noch auch notwendig, eine Chronik des „Falles Heye" zu geben, die zudem weit ausholen, etwa die Nagolder Prozesse

9) Welt am Sonntag v. 26. 6. 1960

und ihre Hintergründe einbeziehen müßte. In unserem Zusammenhang gebührt einem anderen Aspekt der Vorrang: eben der Art und Weise, wie auf Grund des kurzen Aufflackerns kritischer Öffentlichkeit die sie hervorrufende Institution endgültig ihrer im Grundgesetz verankerten Funktion beraubt wurde. Zunächst einige wenige Vorbemerkungen über den „Fall Heye" selbst. Ausgelöst wurde er durch eine Artikelserie Heyes in der Illustrierten Quick, die dort am 21. 6., 28. 6. und 5. 7. 1964 erschien. In dieser Serie kritisierte Heye die Entwicklung der Bundeswehr, wobei er den Hauptakzent auf einen Tatbestand legte, den er etwas vage als „Reformfeindlichkeit" umschrieb. Die Bundeswehr, meinte er, bleibe in der allgemeinen Entwicklung der Zeit zurück, verharre in antiquierten Vorstellungen und gerate so mehr und mehr in eine soziale und politische Isolation. Die Innere Führung habe sich bei einem Großteil der Offiziere und Unteroffiziere nicht durchsetzen können. So lautete der Tenor dieser Illustrierten-Serie, die zudem von einem höchst interessanten Satz, nach einer kurzen Einleitung, gerechtfertigt wird: „In diesen Tagen habe ich dem Parlament meinen Jahresbericht vorgelegt. Aber ich habe nicht das Recht, zu diesem Bericht vor dem Parlament ... persönlich Stellung zu nehmen. Deshalb wähle ich das Forum dieser Illustrierten."

Mit Recht haben viele Interpreten diesen Schritt Heyes als eine Flucht in die Öffentlichkeit verstanden. Diese Flucht aber mißlang. Zwar erregten seine Ausführungen in der Öffentlichkeit großes Aufsehen, aber eine Propaganda-Aktion von erstaunlichem Ausmaß konnte das erwachende Interesse in Seitenkanäle ableiten, wo es schließlich versandete. Eine wahrhaft „konzertierte Aktion", an der die Regierung, alle Parteien, fast alle Massenkommunikationsmittel mitwirkten, buchte als Erfolg, daß ein zermürbter Wehrbeauftragter am Ende jenes Sommers sein Amt zur Verfügung stellte. Aus dem „Fall Bundeswehr" war ein „Fall Heye" geworden, selbst vor üblen Diffamierungskampagnen schreckte man nicht zurück. Rein sachlich konnte man Heye nicht viel anhaben: Die schockierende Formulierung von dem Trend zum Staat im Staate war gewiß mißverständlich, aber, da nur soziologisch gebraucht, auch nicht mehr als mißverständlich. Die vom Referat Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen im Bundespresseamt konstruierte Widerspruchs-Theorie zwischen Heyes Jahresbericht und seinen Aussagen in der Illustrierten läßt sich leicht zurückweisen. Daß man das damals schon ohne weiteres erkennen konnte, hat nicht gehindert, daß sie von Regierung und Abgeordneten schlicht übernommen wurde. Besonders wild auf Heye schossen Regierung, Parlament und die Bild-Zeitung.[10]) In der Parlamentssitzung am 25. 6. 1964 gaben so Bundestagspräsident, Bundeskanzler und die drei Fraktionsvorsitzenden „Erklärungen" ab. Bundeskanzler Erhard erklärte etwa: „In dieser Stunde rufe ich unseren Soldaten zu: Wir wissen um die Bedeutung eurer Aufgabe; wir wissen auch darum, daß ihr manche Mühe und Verzicht auf euch zu nehmen habt. Ihr könnt gewiß sein, wir stehen zu euch, so wie ihr treu und gewissenhaft diesem Staat und unserem Volke dient."[11]) Die CDU/CSU-Fraktion ließ durch Rainer M. Barzel wissen, ihr Vertrauen zur Bundeswehr sei unerschüttert und wohlbegründet (!), die FDP verkündete, sie wolle die Bundeswehr aus dem „unerträglichen Zwielicht" herausführen, und der Sprecher der SPD schließlich, dessen Namen wir besser verschweigen, brachte es fertig, in längeren Ausführungen überhaupt nichts auszusagen.

Dies also war die Reaktion des Parlamentes, dessen Kontrolle über die Armee zu unterstützen, die Dienststelle des Wehrbeauftragten eingerichtet worden war. In einer der neueren Studien über den Wehrbeauftragten kommt denn auch

10) Vgl. dazu v. Bredow, W., Bild fraß Heye, in: frontal, H. 42, Dez. 1967
11) Zit. nach Bulletin des Bundespresseamtes v. 27. 6. 1964, S. 947 f.

Maurer zu der Erkenntnis: „Von entscheidender Bedeutung für das Wirken des Wehrbeauftragten ist aber, daß die parlamentarische Kontrolle überhaupt funktioniert, daß der Bundestag oder wenigstens die Opposition im Bundestag willens und fähig ist, die in der Wehrverfassungsnovelle so pointiert beanspruchte Kontrollfunktion auch auszuüben. Finden die Berichte des Wehrbeauftragten beim Parlament kein Gehör, so erscheinen sie sinnlos."[12]) Genau das, was Maurer hypothetisch befürchtet, ist aber schon seit langer Zeit eingetreten: Das Parlament ist kontrollmüde geworden, genauer: Es übt diese Funktion einfach nicht mehr aus.[13])

Aber das Parlament begnügte sich keineswegs damit, als Institution seine Unfähigkeit zur Kontrolle unter Beweis zu stellen. Einzelne „hervorragende" Parlamentarier schwärmten noch dazu aus, um der Bevölkerung auch mittels der Massenkommunikationsmittel klarzumachen, daß nicht die Bundeswehr, sondern Heye undemokratisch sei. Besonders eifrig warb der damalige Innensenator von Hamburg, Helmut Schmidt, für die Bundeswehr. Er ließ sich in die große Anti-Heye-Kampagne der Bild-Zeitung einspannen und äußerte sich u. a. in dieser Zeitung mit Sätzen wie: „Aus persönlicher Kenntnis weiß ich: Die Generalität steht der Inneren Führung mehr oder minder positiv, aber nicht negativ gegenüber." Und: „Eines aber bleibt unverantwortlich: Ein Wehrbeauftragter darf nicht aus persönlicher Verärgerung übertreiben. Das aber hat Heye getan. Und nun verhindert er die schnelle Aufklärung seiner Vorwürfe. Er bleibt 8 Wochen zur Kur weg."[14]) Solche ehrenrührigen Unterstellungen hat nicht einmal die Soldatenzeitung Alte Kameraden begangen. Schmidt wußte sich aber einig mit dem CSU-Abgeordneten Jaeger, der in zwei Fernsehdiskussionen am 25. 6. 1964 („Journalisten fragen — Politiker antworten") und am 1. 7. 1964 („Politischer Stammtisch mit Kurt Wessel") ähnliche Beschimpfungen auf Heye losließ.

Die Bundeswehr-Führung brauchte bei soviel good-will seitens der parlamentarischen „Kontrollinstanz" nur noch wenig zu tun, um die Institution des Wehrbeauftragten zu maßregeln. Einen Ausrutscher, wenn auch einen begreiflichen, leistete sich allerdings dabei der Generalinspekteur der Bundeswehr mit seinem seltsamen Tagesbefehl vom 26. 6. 1964. Um einen Ausrutscher handelt es sich deshalb, weil die starken Formulierungen („Die Äußerungen des Wehrbeauftragten haben die Bundeswehr vor eine schwere Belastungsprobe gestellt ... Dieser Stunde der Anfechtung ...") den Argwohn der gerade beruhigten liberalen Presse wieder, wenigstens ein bißchen, weckte; um einen begreiflichen wegen der in der Substanz gleichlautenden Rede Erhards vom Vortage, welche dieser Tagesbefehl eigentlich nur paraphrasierte. Trettner hatte aber nicht erkannt, daß die Rolle der Bundeswehr in diesem Versteckspiel mit der Öffentlichkeit die einer „gekränkten" Institution war, die sich von den Politikern ihre demokratische Reife bestätigen lassen durfte, aber selbst nicht weiter in Erscheinung zu treten hatte. Nicht zuletzt deswegen folgten bald darauf von seiten des Ministeriums beschwichtigende Dementis.

Vielsagender erscheinen mir Äußerungen von hohen Bundeswehr-Offizieren zu sein, die in der Öffentlichkeit nicht oder kaum registriert werden konnten. So äußerte sich der Kommandierende General des III. Korps, Dreisternegeneral Gaedcke, folgendermaßen: „Ich bejahe die Institution des Wehrbeauftragten ... Ich glaube, daß speziell jetzt im Zeitalter des Aufbaus die Bundeswehr eine

12) Maurer, Hartmut, Wehrbeauftragter und Parlament, Tübingen 1965, S. 52 (Recht und Staat, Heft 317/318)
13) Ich verweise nochmals auf das Buch von Agnoli/Brückner, a.a.O.
14) Bild v. 3. 7. 1964, Überschrift: Ein mutiger Mann namens Schmidt. Worin der (Gratis-)Mut besteht, in die große und von der Regierung inaugurierte Anti-Heye-Kampagne besonders diffamierend einzugreifen, wird nicht gesagt

solche Institution braucht... Ich hoffe allerdings, daß eines Tages der Aufbau der Hierarchie vom kleinen Vorgesetzten bis oben hin so gefestigt sein wird, daß die Institution des Wehrbeauftragten sich von selbst erübrigt."[15]) Mit fast schon naiver Klarheit unterstellt Gaedcke, der Wehrbeauftragte sei Hilfsorgan der Bundeswehr. Ein Wehrbeauftragter, der nicht die Interessen der Bundeswehr vertritt, muß in dieser Perspektive als Feind erscheinen, mit dem es möglichst schnell fertigzuwerden gilt.

Innerhalb der Bundeswehr wird man vier Gruppen unterscheiden können, die in ihrer Einstellung zum Wehrbeauftragten zum Teil fundamental differieren:

1) die minimale Gruppe der Verfechter der Inneren Führung, die an die Notwendigkeit und Wirksamkeit einer parlamentarischen Kontrolle auch mithilfe des Wehrbeauftragten glaubt[16]);

2) die größere Gruppe vor allem der unteren Dienstgrade, die im Wehrbeauftragten einen „lästigen Störenfried" und „parlamentarischen Spitzel"[17]) erblickt;

3) die Gruppe der hohen Dienstgrade (natürlich mit Ausnahmen), die wie Gaedcke im Wehrbeauftragten einen zwar lästigen, aber notwendigen Helfer bei der Etablierung der Armee erkannt hat;

4) schließlich die politische Führung der Armee, für die der Wehrbeauftragte, solange er spurt, eine demokratische Schein-Kontrolle ausüben darf, um die Integrierung der Armee in Staat und Gesellschaft zu „beweisen".

Durch die Heye-Affäre wurde die erste Gruppe weiter reduziert, die zweite sah sich in ihrer Auffassung bestätigt, und die beiden anderen machten sich Gedanken darüber, wie man künftig solche Unfälle vermeiden könnte.

IV

Das Resultat dieser Überlegungen war nach dem Abgang Heyes die Berufung von Matthias Hoogen, Jurist und MdB der CDU. Anders als seine beiden Vorgänger besaß Hoogen kaum Erfahrungen mit dem inneren Betrieb einer Armee, anders als seine Vorgänger wollte er von Anbeginn seine Tätigkeit vor allem nach juristischen Gesichtspunkten ausrichten. Der Schluß Klausenitzers scheint gerechtfertigt, daß mit dem Weggang Heyes das Parlament und die Regierung die ohnehin geringen Kompetenzen des Amtes des Wehrbeauftragten weiter beschränken und „zur Truppe auf größere Distanz" bringen wollten.[18]) Diese Absicht war insofern erfolgreich, als in der Amtszeit Hoogens bis heute das Amt vor allem wegen der verschiedenen unerquicklichen Affären um hohe Beamte der Dienststelle in die Spalten der Presse gekommen ist und kaum wegen der Berichte. Diese wurden zwar vom Bundestag quittiert, aber selten und dann mit übergroßer Verspätung beraten. Von den großen Ereignissen in der Bundeswehr: etwa den Skandalen um den Schützenpanzer HS 30, um den Starfighter, um die Generalskrise im Sommer 1966, brachten die Berichte wenig oder gar nichts. Bei all diesen Vorfällen wollte oder durfte der Wehrbeauftragte nicht eingreifen. Die Auffassung von seiner Tätigkeit, die Hoogen im ersten seiner Berichte auch darlegte,[19]) enthielt erheblich weniger dynamische Elemente als die von Heye. Das bemerkenswerteste an diesem Jahresbericht war der scharfe, sachlich in

15) Interview mit Gaedcke in der Rhein-Zeitung v. 4. 7. 1964
16) Die objektive Fehleinschätzung der Situation der Bundeswehr durch diese Gruppe beschreibt sehr anschaulich Wido Mosen, Eine Militärsoziologie, Neuwied/Berlin 1967 (Soziologische Essays)
17) Vgl. Bobbert, Alfons, Der Wehrbeauftragte des deutschen Bundestages, in: Wehrwissenschafliche Rundschau, H. 5/1967, S. 275
18) Klausenitzer, F. A., Die Diskussion um die Innere Führung, zum Verhältnis von Bundeswehr und Öffentlichkeit, in: Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr, 2. Folge, Witten/Westberlin 1966, S. 207
19) Jahresbericht 1964 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Drucksache IV/3524, Bonn 1965

keiner Weise gerechtfertigte Angriff Hoogens auf einige, namentlich nicht genannte Massenkommunikationsmittel, die angeblich die Bundeswehr ohne Unterlaß verunglimpften. Auch das vor allem die Boulevard-Zeitungen interessierende Versagen dreier leitender Beamter der Dienststelle in einer kurzen Zeitspanne macht sichtbar, daß das Amt im Gesamtrahmen der Bonner Bürokratie stiefmütterlich behandelt wurde.

Der CDU-Fraktionsgeschäftsführer Rasner meinte sogar, der Grund für das Versagen der Beamten sei hauptsächlich darin zu sehen, daß die entsprechenden Planstellen im Amt dienstgradmäßig zu niedrig angesetzt seien und auch kaum Aufstiegschancen böten. Somit sei es außerordentlich schwierig, Beamte von Qualität für diese Dienststelle zu bekommen.[20]) Zwar muß man anerkennen, daß Hoogen sich im Verlauf seiner Tätigkeit oft genug und auch vehement genug an die Adresse des Verteidigungsministeriums gewandt hat, welches ihm bei seiner Arbeit nicht genug Kooperationsbereitschaft entgegenbrachte.[21]) Doch handelt es sich bei diesen Scharmützeln nur um Scheingefechte, mißt man die Konzeption Hoogens und seine Wirkung innerhalb der Bundeswehr an dem Anspruch, der im Gesetzestext ursprünglich enthalten war (und, muß man hinzufügen, von Anfang an ignoriert wurde). Bagatell-Angelegenheiten durfte der Wehrbeauftragte weiter bereinigen helfen, aber es war ihm strikt versagt, ein Gesamtbild vom Zustand der Bundeswehr zu zeichnen. Über wichtige Planungen innerhalb der Bundeswehr informierte man ihn deshalb auch gar nicht erst.[22]) Da seine Berichte bloße Aufzählungen von solchen Einzelfällen und im übrigen nichtssagende Statistiken enthielten, erlahmte das Interesse der Öffentlichkeit schnell. Daß auch der Bundestag sich um sein Hilfsorgan nicht kümmerte, überrascht weiter nicht, allenfalls die Tatsache, daß diese Vernachlässigung nahezu provokative Formen annehmen konnte. Während z. B. der Wehrbeauftragte den Jahresbericht für das Jahr 1966 abschloß (also im Frühjahr 1967), hatte der Bundestag noch nicht die Zeit gefunden, den Bericht aus dem Jahre 1964 (neunzehnhundert v i e r undsechzig) zu debattieren. Liberale Zeitungen merkten ihr Befremden darüber an, denn der Widerspruch zwischen dieser Praxis und der Tatsache, daß „seit Errichtung dieses Amtes alle Bundestagsfraktionen keine Gelegenheit ausgelassen haben, die Wichtigkeit dieses Postens für die innere Struktur und den Persönlichkeitsschutz der Soldaten" [23]) zu betonen, fiel doch stark auf.

Als gegen Ende Oktober 1967 ein höherer Beamter aus der Dienststelle des Wehrbeauftragten seine Versetzung beantragte, gab er als Grund dafür an, das Amt sei in seiner derzeitigen Form einfach nicht funktionsfähig. Auch der direkte Vorgesetzte des Wehrbeauftragten, Bundestagspräsident Gerstenmaier, stimmte dieser Ansicht zu.[24]) Er sagte aber nicht, seit welchem Zeitpunkt der Zustand der Funktionsunfähigkeit herrscht, auch nicht, wer dafür verantwortlich ist.

V

Das Amt ist krank an Haupt und Gliedern — diese Schlußfolgerung bietet sich unübersehbar an. Auch und gerade der neueste Jahresbericht des Wehrbeauftragten kann diesen Eindruck nur bestärken. Schon auf der Tagung der von der CDU unterhaltenen „Akademie für Politik und Zeitgeschehen" zum Thema „Zeitgemäße Bundeswehr?" im Dezember 1967 bewies Hoogen, daß er von der Konzeption des Amtes als Kontrollinstanz der Bundeswehr schon lange abgerückt ist,

[20]) Zit. nach Frankfurter Rundschau v. 11. 10. 1967
[21]) Vgl. Düsseldorfer Nachrichten v. 16. 7. 1966: Wehrbeauftragter beschwert sich über Minister Hassel
[22]) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 22. 8. 1966
[23]) Vgl. Frankfurter Rundschau v. 9. 3. 1967
[24]) Vgl. Frankfurter Rundschau v. 30. 10. 1967

daß für ihn der Sinn seiner Arbeit in der Hilfestellung für die Bundeswehr besteht. Seinen Zuhörern versuchte er damals klarzumachen, es sei ihm im Verlauf seiner Tätigkeit vor allem darum gegangen, das Amt der negativen Aura zu entkleiden, mit der er es übernommen habe.[25]) Diese aber hat es nur in den Augen der Militärs gehabt. Mit dieser Zielsetzung, der Hilfestellung für die Bundeswehr, hat Hoogen allerdings Erfolg gehabt. So könnte der Jahresbericht 1967 auch von einer Public-Relations-Agentur geschrieben sein. Nicht ist die Rede davon, daß die Innere Führung in der Praxis der Bundeswehr schon längst nicht mehr existiert, daß sie einer psychologischen Rüstung Platz gemacht hat, die Antikommunismus in seiner plattesten Form und autoritäre Traditionen statt staatsbürgerlicher und demokratischer Erziehung vermittelt. Nicht ist die Rede davon, daß die Bundeswehr sich als besonders anfällig für den „modernen" Rechtsradikalismus erwiesen hat,[26]) daß nach einer Studie des Mannheimer Politologen Schatz, die auf Geheiß des Verteidigungsministeriums angestellt und nicht veröffentlicht wurde, teilweise bis zu zwei Drittel der Unteroffiziers- und Feldwebel-Dienstgrade zur NPD tendieren, daß die Prozentzahl der Sympathisanten im jüngeren Offizierskorps im Steigen begriffen ist. Hoogen meldet von diesen Fakten nichts, er schert sich auch nicht darum, wer dafür verantwortlich sein könnte. Geradezu grotesk mutet der Satz aus den „Vorbemerkungen" seines Berichtes[27]) an, wonach die „Ausgestaltung der Inneren Führung in der Truppe nach wie vor nicht unbestritten" sei. Natürlich hat er recht, wenn er anschließend schreibt: „Die Skala der Meinungsäußerungen und Stellungnahmen reicht ... von der völligen Ablehnung der Inneren Führung über das Festhalten an unbegründeten Vorbehalten bis zur mangelnden Bereitschaft, sich mit den Grundlagen und Ideen der Inneren Führung auseinanderzusetzen." Auf der anderen Seite will Hoogen diese Tendenzen nur bei einer Minderheit festgestellt haben. Die Unruhe unter der jungen Generation wird negativ beurteilt, denn sie macht sich „etwa in der steigenden Zahl von Anträgen von Soldaten auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer, in einem verstärkten Diskussionsdrang über gesellschaftliche Fragen" bemerkbar. In diesem Stil ist der ganze Bericht gehalten. Die vielen angeführten Einzelbeispiele für Mängel im Dienstbetrieb, etwa die Inflation von unklar formulierten Vorschriften, die Unzuträglichkeiten beim technischen Dienst usw., nehmen viel Platz ein. Sie haben eigentlich aber in dem Jahresbericht eines Hilfsorgans des Bundestages nichts zu suchen, denn die Rationalisierung des Dienstbetriebes ist nicht seine Aufgabe. Besonders beklagenswert ist die Tatsache, daß auch Hoogen in das Horn derjenigen „staatstragenden" Kräfte stößt, die, wenn etwas nicht gleich in ihrem Sinn läuft, einer Verschwörer-Theorie anhängen. Die Zahl der Soldaten nehme zu, die das Gelöbnis verweigern, sagt Hoogen, und: „Gewisse Anzeichen lassen darauf schließen, daß dies von Kreisen außerhalb der Bundeswehr beeinflußt wird." Diese Behauptung ist in sich so falsch und schief, daß eine Entgegnung nicht lohnte, handelte es sich nicht um eine quasi-offiziöse. Hier triumphiert auf der einen Seite der Seecktsche Isolationismus, den zu vertreten man vom Wehrbeauftragten zuletzt vermutet hätte. Hier wird aber auch auf irgendwelche bösen unterwandernden Kräfte angespielt, die nicht namhaft gemacht werden, auf daß es um so leichter ist, wieder einmal auf die Linken, denn natürlich sind es immer die Linken, die unterwandern und zersetzen, mit Druck zu reagieren.

Amt und Ethos des Wehrbeauftragten, einmal im Lauf der kurzen Geschichte der Bundeswehr zu einem wichtigen Impetus für das demokratische Bewußtsein der

25) Vgl. Die Welt v. 18. 12. 1967
26) Vgl. Bastian, G., Bundeswehr besonders anfällig für den Rechtsradikalismus, in: Deutsche Volks-Zeitung v. 15. 3. 1968
27) Drucksache V/2948 des Deutschen Bundestages, Bonn 1968

Bundesrepublik geworden, sind heute wieder das, was sie schon 1960 waren: eine Art Müllabladeplatz für private Sorgen einzelner Soldaten (denen, das sei nicht geleugnet, in Einzelfällen auch geholfen werden kann) und, was wichtiger ist, eine Institutionalisierung demokratischer Ornamente am Gefüge der Bundeswehr. Daß das nicht so zu sein braucht, hat der Fall Heye nachhaltig gezeigt. Bislang haben daraus nur die Parlamentarier gelernt, die eine Wiederholung solcher Einsätze öffentlicher Diskussion um jeden Preis vermeiden wollen. Eine sich ihrer Macht bewußter werdende kritische Öffentlichkeit könnte aber hier wie auf anderen Gebieten, die verfassungsmäßigen Rechte zur „civil control" voll ausnutzend, Bundestag und Bundeswehr-Führung dazu zwingen, die demokratischen Funktionen, die ihr aufgegeben sind, durch diese Dienststelle auch wirklich ausüben zu lassen. In einer der jüngsten Arbeiten über den Wehrbeauftragten äußern die Autoren Bader und Brompton die Hoffnung, die allgemeine Anerkennung, die heute dem Wehrbeauftragten entgegengebracht werde, sei als ein Zeichen für die „so badly needed democratization of Germany"[28]) zu werten. Dieses Ziel ist aber noch weiter entfernt, als sie meinen. Aber man kann ihnen darin sicher zustimmen, daß ein Wehrbeauftragter, der sein Amt im Sinne demokratischer Kontrolle über die Armee auffaßt, der auch vom Parlament hierin unterstützt wird, für eine Annäherung an dieses Ziel vieles tun könnte. Zwar wird diese Aussicht verdunkelt durch die Zustände heute. Das gegenwärtige Parlament und der gegenwärtige Wehrbeauftragte werden jedwedem Impuls, das Godesberger Amt für eine demokratische Kontrolle über die Bundeswehr zu aktivieren, harten Widerstand entgegensetzen. Davon sollte sich aber kein Demokrat beirren lassen.

Norman Borodin, Moskau

Amerika: Zweihundert Jahre verratene Demokratie

Zwei Dokumente — zwei Amerikas

Der heimtückische Mord an Martin Luther King, einem Mann, der zum Kampf für die Bürgerrechte und zur Einstellung des Krieges des amerikanischen Imperialismuß gegen das vietnamesische Volk aufrief, läßt immer von neuem die Frage laut werden: Wie kam es dazu, daß die Vereinigten Staaten, die doch im Ergebnis eines revolutionären Krieges der englischen Kolonien gegen die britische Monarchie entstanden waren, nach weniger als zweihundert Jahren das reaktionärste, meistgehaßte Land geworden sind?

28) Boder, H./Brompton, H., in: The Annals, H. 377, Mai 1968

Vermögenspolitik*)

In der gegenwärtigen vermögenspolitischen Diskussion, die durch das aufsehenerregende Gutachten Professor Krelles (vgl. „Blätter", Heft 7/1968, S. 670 ff.) neuen Auftrieb erhalten hat, bleiben auch die Parteien der Großen Koalition nicht untätig. Sowohl von der CDU wie von der SPD wurden Vorschläge unterbreitet — gilt es doch durch neue Pläne die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den fast radikalen Forderungen Krelles abzulenken. Den Konzeptionen der Regierungsparteien ist manches gemeinsam: beide stellen keineswegs Neuheiten dar, beide streben nur geringfügige Verbesserungen der Lage der Arbeitnehmer an, beide wollen am Status quo der massiven Vermögenskonzentration in der Hand Weniger nichts ändern.

Eine vom CDU-Präsidium eingesetzte Kommission hat einen „Beteiligungslohn"-Plan vorgelegt (vgl. Deutschland-Union-Dienst, Pressedienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union vom 5. 7. 1968 und Rheinischer Merkur vom 19. 7. 1968). Die Leitung dieser Kommission hatte Dr. Fritz Burgbacher, der als einer der führenden Köpfe im Bund Katholischer Unternehmer, Generaldirektor der Rheinischen Energie A. G. (RHENAG), Mitglied in zahlreichen Vorständen von Fachverbänden und Gesellschaften der Kohle- und Energieindustrie, Bundestagsabgeordneter und langjähriger Schatzmeister der CDU („Was wir brauchen, ist nicht weniger, sondern mehr politischer Einfluß der Unternehmer auf allen Ebenen unserer Gesellschaft", Burgbacher in der CDU-Zeitschrift „Die politische Meinung", November/Dezember 1966) und Honorarprofessor (Universität Köln, seit 1955) ein schönes Exempel für die Verflechtung der wirtschaftlichen und politischen Herrschaftsoligarchie ist.

Dr. Fritz Burgbacher betont, eine Beteiligung aller Arbeitnehmer am Produktionskapital erreichen zu wollen. Doch den einfachsten Weg, diesen Wunsch in die Tat umzusetzen — die Beteiligung der Arbeitnehmer an den Gewinnen der Unternehmen einschließlich des durch „Selbstfinanzierung" gebildeten Vermögens — lehnt er ab, denn, wie er im Rheinischen Merkur schreibt, „der Hauptgrund, der gegen jede Art der Gewinnbeteiligung spricht, liegt darin, daß im Falle ihrer Verwirklichung nur die Beschäftigten der gewerblichen Wirtschaft erfaßt würden, nicht aber die große Zahl der Beschäftigten in weiten Bereichen der Dienstleistungsbetriebe und im öffentlichen Dienst ..." Dieses Argument verrät, daß der Autor die aktuellen Pläne zur Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer nicht allzu gründlich gelesen haben kann, denn sowohl Krelle wie Gleitze sehen zwar die Abschöpfung der Gewinne nur in den großen Gesellschaften vor, verlangen aber zugleich eine Beteiligung aller Arbeitnehmer an diesem Vermögen.

Weit überzeugender bringt Burgbacher jedoch ein anderes Argument vor, das kaum eines Kommentares bedarf: „Schließlich darf man wohl davon ausgehen, daß die ... Gewinnbeteiligten ... den natürlichen Wunsch hätten, auch bei der Ermittlung der Gewinne mitzuwirken." Der Wunsch der Arbeitnehmer, sich nicht durch Bilanzmanipulationen um ihren Gewinnanteil bringen zu lassen, wäre in der Tat natürlich. Was mag Dr. Burgbacher nur dagegen haben? „Das ist ... äußerst schwierig und würde möglicherweise statt zu sozialem Frieden zu Unfrieden führen."

Dr. Burgbacher will daher die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand durch Lohnerhöhungen erreichen. Schon im Wahljahr 1969 sollen alle Löhne durch Gesetz um 0,5 Prozent angehoben werden, nochmals um 0,5 Prozent im darauffolgenden Jahr und 1971 wiederum

*) Zu den Plänen von Fritz Burgbacher und Karl Schiller

ein halbes Prozent. Dieser Lohnzuschlag von 1,5 Prozent soll dem Arbeitnehmer zwar bar ausgezahlt werden, doch unter der Verpflichtung, diesen Betrag vermögenswirksam anzulegen, sei es in Aktien, Investmentpapieren, Obligationen oder Schuldverschreibungen. Diese Koppelung der Vermögensbildung an den Lohn bedeutet, daß Höherverdienende auch einen höheren „Beteiligungslohn" erhalten sollen. Journalisten der Zeitschrift Der Spiegel rechneten Dr. Burgbacher in einem Interview (Der Spiegel, Nr. 29/1968) vor, daß nach seinem Plan ein Abteilungsleiter mit 24 000 DM Jahreseinkommen jährlich 360 DM Beteiligungslohn erhalten solle, während ein Pförtner mit 8000 DM Jahreseinkommen nur 120 DM jährlich zur „Vermögensbildung" erhielte. Auf dieses Zahlenbeispiel wußte der Honorarprofessor nur zu erwidern: „Das ist eine tendenziöse Darstellung, die ich ablehnen muß."

Dr. Burgbachers Beteiligungslohn-Plan würde die lohnintensiven (also vor allem die mittelständischen) Betriebe weit stärker belasten als die kapitalintensiven hochmechanisierten Großbetriebe. Ferner würden Betriebe, die in starker Konkurrenz stehen und daher einen relativ geringen Gewinn haben, von einer unverhältnismäßig hohen Gewinnkürzung betroffen, während jene Unternehmen, die sich in einer monopolähnlichen Situation befinden und daher hohe Monopolgewinne erzielen, den Beteiligungslohn zahlen könnten, ohne daß ihr Gewinn dadurch merklich gekürzt würde. Der Burgbacher-Plan wird daher die ständig zunehmende Vermögenskonzentration nicht bremsen können.

An der heutigen Vermögensverteilung in der Bundesrepublik ist unter gesellschaftspolitischem Aspekt vor allem die durch die Vermögenskonzentration bedingte Machtzusammenballung bedenklich, doch diese würde durch Dr. Burgbachers Konzeption erst recht nicht beeinträchtigt. Denn der Beteiligungslohn soll den Arbeitnehmern in bar ausgezahlt und die Anlageform ihnen im Rahmen eines Kataloges freigestellt werden — d. h. dem Arbeitnehmer bliebe nichts anderes übrig, als sein Vermögen dort anzulegen, wo es weniger seinen Interessen als denen des Kapitals dienen wird. Eine mögliche Gegenmacht, die durch die Zusammenfassung der relativ kleinen Arbeitnehmer-Vermögen entstehen würde, will Burgbacher bewußt verhindern: „Also mit überbetrieblichen Gemeinschaftskassen können Sie mir schlecht kommen. Ich sehe dies als sozialistische Suppentöpfe an." Erwerben die Arbeitnehmer mit ihrem Klein-Vermögen Aktien, so lagern diese mitsamt dem Stimmrecht in den „Gemeinschaftskassen" der Banken-Depots. Versäumen die Eigentümer, den Banken besondere Weisungen zu erteilen — und welcher Kleinaktionär verfügt schon über die dazu notwendigen ökonomischen Kenntnisse — so nutzen diese das Stimmrecht im Sinne der Vorschläge der Vorstände der Aktiengesellschaften — daß deren Interessen jedoch nicht immer identisch sind mit den Interessen der Arbeitnehmer, kann wohl auch von Partnerschafts-Ideologen kaum bestritten werden. Vermögensbildung à la Dr. Burgbacher wird also die Machtzusammenballung nicht nur nicht einschränken, sondern unter Umständen sogar noch fördern — in der Tat, ein wohl durchdachter Plan!

Der Burgbacher-Plan sieht eine Sperrfrist von 7 Jahren vor, d. h. nach jeweils 7 Jahren soll der gesparte Beteiligungslohn eines Jahres dem Arbeitnehmer wieder zur freien Verfügung stehen. Träte der Burgbacher-Plan am 1. 1. 1969 in Kraft, so besäße ein Arbeitnehmer, der zur Zeit monatlich 800 DM verdient und einen jährlichen Lohnzuwachs von 4 Prozent hat, am 31. 12. 1975 ein Vermögen in Höhe von 991,44 DM. Da er, unter der Annahme eines jährlichen Lohnanstiegs von 4 Prozent, dann bereits 1012,25 DM verdienen würde, beliefe sich sein gesamtes Vermögen auf

weniger als ein Monatseinkommen. Bei einem derart geringen Vermögen dürfte es wahrscheinlich sein, daß der ab 1976 jährlich frei werdende Betrag sofort wieder in den Konsum fließen wird. Das Vermögen der Arbeitnehmer würde dann nicht weiter wachsen, und an der Vermögensverteilung hätte sich so gut wie nichts geändert. Die konsumtive Verwendung des Vermögens wird von Dr. Burgbacher noch dadurch gefördert, daß die Erträge aus dem angelegten Beteiligungslohn — Zinsen, Dividenden usw. —, die das Vermögen wesentlich stärker erhöhen würden als der zusätzliche Beteiligungslohn, jährlich frei verfügbar sein sollen. Da diese Erträge in den ersten Jahren nur sehr gering wären, wären sie bestenfalls ein zusätzliches Taschengeld; ein Motiv, die Zinsen nicht auszugeben und mit ihnen „Vermögen" zu bilden, dürfte kaum bestehen. Doch auch wenn die Zinsen jährlich wieder angelegt würden, die Verzinsung 5 Prozent betrüge und der jährliche Lohnanstieg ebenfalls 5 Prozent — so das Burgbacher-Beispiel —, beliefe sich das Vermögen eines Arbeitnehmers mit Durchschnittsverdienst nach 10 Jahren erst auf 1630 DM und nach 20 Jahren auf 5300 DM; ansehnlichere Beträge kämen erst nach sehr langer Zeit zustande (nach 30 Jahren 19 960 DM, nach 40 Jahren 28 160 DM). Setzt man jedoch dem Zinseszinseffekt, der die relativ höheren Zuwächse vor allem bewirkt, die Minderung des Wertes des Vermögens durch die schleichende Geldentwertung gegenüber, so nehmen sich auch die Vermögen nach 30- oder 40jähriger Sparzeit bereits wieder bescheiden aus, denn die Geldwertminderung dürfte in einem Zeitraum von 40 Jahren auch bei sehr vorsichtiger Schätzung nicht viel weniger als 50 Prozent betragen. Überdies würde das Vermögen eines Arbeitnehmers vor allem durch seine

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

eigene Sparleistung zustande kommen, da der Beteiligungslohn auf die Dauer wohl kaum als echte Kostenbelastung der Betriebe angesehen werden kann. Genauso wie heute die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung kein soziales Entgegenkommen der Unternehmer darstellen, sondern echte Lohnbestandteile sind (denn ohne Arbeitgeberanteile wäre die Marge für Lohnerhöhungen entsprechend größer gewesen), wäre es illusionär zu glauben, daß die 1,5 Prozent Beteiligungslohn nicht in den Tarifverhandlungen kompensiert würden.

Zu einer „gerechteren" Vermögensverteilung wird Burgbachers Plan also kaum führen, kapitalintensive Großbetriebe werden gegenüber lohnintensiven mittelständischen Unternehmen begünstigt, die Vermögensbildung durch Investitionen aus Gewinnen bleibt in der Hand der „happy few". Vermögenspolitisch stellt Burgbachers Beteiligungslohn eine quantité négligeable dar; doch dafür hat er volkswirtschaftliche und gesellschaftspolitische Konsequenzen. So weist Dr. Burgbacher mit Stolz darauf hin, daß mit dem Beteiligungslohn „eine wichtige zusätzliche Quelle zur Finanzierung dringend notwendiger Investitionen in der Gesamtwirtschaft... erschlossen" werden kann. Doch nicht allein dies macht seinen Plan der Industrie schmackhaft. Die politisch wichtigste Aufgabe, die der Industrielle, Abgeordnete und Honorarprofessor Dr. Fritz Burgbacher der Vermögenspolitik zugedacht hat, wird in einer anderen Bemerkung deutlich, die Burgbacher seinen Interviewern gab: „Natürlich können sich die psychologischen Folgen aus dem Bewußtsein der Beteiligung am Produktivvermögen so auswirken, daß die Arbeitnehmerschaft mehr Wert auf Eigentum legen wird als auf betriebliche Mitbestimmung. Ich persönlich hoffe das sogar." Die goldenen Ketten, mit denen Dr. Burgbacher die westdeutschen Arbeitnehmer in Unmündigkeit halten will, sind nicht einmal golden, er glaubt dies auch mit dem schäbigen Glanz von 1,5 Prozent mehr Lohn erreichen zu können ...

Vergessen sind die Zeiten, in denen die SPD noch eigene Vorstellungen zur Vermögenspolitik hatte, deren Grundzüge mit dem Gleitze-Plan verwandt waren. Nun, wo sie entschlossen war, vor den Bundestagswahlen kein heißes Eisen, das den großen Koalitionsfrieden stören könnte, mehr anzufassen (man denke z. B. an die qualifizierte Mitbestimmung), wurde sie von dem Burgbacher-Plan überrascht. Doch auch sie wollte nicht untätig bleiben. Flugs entwickelte daher Karl Schiller ebenfalls ein Konzept zur Vermögensbildung, das den Interessen der Unternehmer noch weit stärker entgegenkommt als der Plan des Industriellen Burgbacher. Karl Schiller — stets bemüht, das Vertrauen zu rechtfertigen, das die Industrie in ihn gesetzt hat — treibt Vermögenspolitik, als wolle er die Quadratur des Zirkels lösen: er will eine „gerechtere" Vermögensverteilung mit Subventionen an die Unternehmer verbinden. Als ersten Schritt zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand will der Wirtschaftsminister die private Investitionstätigkeit durch zinsverbilligte Kredite und Investitionsprämien aus öffentlichen Mitteln fördern. Diese Prämien sollen nach 5—10 Jahren zinsfrei an einen „Vermögensfonds" zurückgezahlt werden, ebenfalls soll der Staat seine Ansprüche aus den Darlehen an diesen Fonds übertragen. Von dem derart entstehenden Fondsvermögen sollen dann später „breite Schichten" Anteile käuflich erwerben können.

Fürwahr, ein genialer Plan: Aus Steuermitteln, d. h. vor allem aus Zwangsabgaben der Arbeitnehmer, sollen Unternehmer durch zinslose oder zinsverbilligte Kredite subventioniert werden, um Investitionen vornehmen und damit neues Vermögen in Unternehmerhand bilden zu können. Die Rückzahlung dieser Kredite fließt dann später denen zu, die sie letztlich finanziert haben, allerdings nicht kostenlos, wie es bei

Krediten eigentlich üblich wäre, sondern nur bei käuflichem Erwerb eines Anteils: die Arbeitnehmer, die Vermögen bilden sollen, müssen also ihre eigenen Zwangsersparnisse zurückkaufen. Der Zynismus dieses Plans wird auch durch die Gewährung von „Sozialrabatten" auf die Anteile kaum gemildert.

Schillers sozialdemokratischer Plan ist übrigens keine Neuheit in der vermögenspolitischen Diskussion, er ist beinahe identisch mit einem älteren Plan des Flick-Teilhabers Otto A. Friedrich (der einzige Unterschied liegt darin, daß Friedrich statt Prämien Steuervergünstigungen forderte). Die Wirtschaftspresse spricht daher zu Recht — und nicht ganz ohne unfreiwillige Ironie — vom Friedrich Schiller-Plan. Was Professor Krelle über den Friedrich-Plan sagte, gilt daher auch für die „neue" Konzeption: sie ist „im Grunde ... nichts anderes als eine Finanzierung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer über den Staat (d. h. zum großen Teil über die von ihnen selbst gezahlten Steuern, W.M.B.), ohne daß die Vermögensbildung der bisherigen Eigentümer beeinträchtigt wird." Schillers Plan wird daher mit dem Wohlwollen der Unternehmer rechnen können. Die bisherigen Verlautbarungen eines kürzlich gebildeten vermögenspolitischen Arbeitskreises der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zeigen deutlich, wie sehr die Vorstellungen der SPD mit den Interessen der Arbeitgeber übereinstimmen.

Sowohl Schillers wie Burgbachers Plan sind nicht geeignet, die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik entscheidend zu verändern. Doch es wäre auch eine Illusion, zu erwarten, daß von der großen Regierungskoalition derartiges gewollt werden könnte, einer Koalition, deren einziges Ziel es ist, den Status quo zu erhalten, wenn nicht zugunsten der Unternehmer zu verändern. Allein das nahende Wahljahr treibt diese Parteien dazu, wieder einmal „soziale" Absichten vorzutäuschen, der wahre Charakter ihrer gesellschaftspolitischen Ziele jedoch ist in den Notstandsgesetzen manifest geworden.

Will man wirklich eine gleichmäßigere Vermögensverteilung erreichen, so führt kein Weg an einer überbetrieblichen Ertragsbeteiligung vorbei, wie Krelle und Gleitze sie vorgeschlagen haben — doch derartiges ist von dieser Koalition nicht zu erwarten. Worum es dieser Koalition geht, sagt Dr. Burgbacher deutlich: Vermögenspolitik in Form minimaler „Geschenke", um als Gegenleistung den Verzicht auf die Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung zu erhalten. Wenn auch die SPD dieses Spiel mitmacht — der DGB dürfte sich wohl kaum durch derartige Danaer-Geschenke korrumpieren lassen.

Wilhelm M. Breuer

Prof. Dr. Harold Rasch

Großunternehmen und Mitbestimmung

I

Ein Blick in die Statistik genügt, um die überragende Bedeutung der größeren und Großunternehmen in unserer Wirtschaft zu erkennen. Nach der neuesten Ausgabe des Statistischen Jahrbuchs gab es in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1964 rund 1,7 Millionen umsatzsteuerpflichtige Unternehmen; davon erzielten 3 315 Unternehmen mit je 25 Mill. DM Jahresumsatz und mehr, = 2 ‰ der Unternehmer, 32 % aller Umsätze; allein auf die 240 größten Unternehmen mit je 250 Mill. DM Umsatz und mehr entfielen 20 % der Gesamtumsätze. [1]) Auch die Beschäftigungsstatistik ist lehrreich: Im September 1965 waren 3,4 Millionen Menschen, = rund 39 % der in der Industrie beschäftigten Personen, in 1 213 Betrieben mit 1 000 und mehr Beschäftigten (der höchsten von der Statistik erfaßten Größenklasse), = 1,2 % aller Betriebe, tätig.[2]) Das Bild unserer Wirtschaft wird also entscheidend von einer verhältnismäßig kleinen Anzahl größerer und Großunternehmen geprägt. Daß in einzelnen Gemeinden — etwa Leverkusen oder Wolfsburg — die Entwicklung eines einzigen Großunternehmens über das Wohl und Wehe der ganzen Stadt entscheidet, ist allgemein bekannt.

Das geltende Recht kennt besondere Vorschriften für Großunternehmen kaum. Nach dem Aktiengesetz richtet sich die Höchstzahl der Aufsichtsratsmitglieder einer Gesellschaft nach der Höhe des Grundkapitals, wird übrigens schon bei einem Grundkapital von über 20 Mill. DM erreicht; hier handelt es sich um keine Vorschrift für Großunternehmen. Die Einkommensteuer für Inhaber von Einzelfirmen und Personengesellschaften unterliegt einem Progressionstarif, der mit einem Spitzensatz von 53 % ausläuft, wozu noch die Gewerbe- und, in der Regel, die Kirchensteuer hinzukommen, aber dieser Progressionstarif ist Ausdruck eines heute fast allgemein anerkannten Besteuerungsprinzips und hat nichts mit einer gesonderten Behandlung der Großunternehmen zu tun, wird der Spitzensatz doch schon bei Jahreseinkommen über 110 000 DM (für Unverheiratete) erreicht „Personenbezogene" Kapitalgesellschaften, insbesondere Familiengesellschaften mit einem Vermögen von nicht mehr als 5 Mill. DM, unterliegen einem besonderen Körperschaftsteuertarif, im übrigen ist die Körperschaftsteuer für große und kleine Körperschaften gleich und beträgt 15 % für die ausgeschütteten Gewinne, 51 % für den Rest, woraus sich bei einer — weitgehend üblichen — Ausschüttung von 30 % des steuerpflichtigen Gewinns eine körperschaftsteuerliche Durchschnittsbelastung von 40,2 % ergibt.

Nur eine einzige Bestimmung unserer Gesetzgebung ist speziell auf Großunternehmen zugeschnitten, und diese ist erst neueren Datums. Nach der Novelle von 1965 zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) ist der Zusammenschluß von Unternehmen der Kartellbehörde u. a. dann anzuzeigen, wenn die beteiligten Unternehmen insgesamt zu einem Zeitpunkt innerhalb der letzten zwölf Monate vor dem Zusammenschluß 10 000 Beschäftigte oder mehr oder

[1]) Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1967, S. 435
[2]) a.a.O., S. 228/9

in diesem Zeitraum einen Umsatz von 500 Mill. DM oder mehr hatten oder in ihrer Bilanz für das letzte vor dem Zusammenschluß endende Geschäftsjahr eine Bilanzsumme von 1 Mrd. DM oder mehr ausgewiesen hatten; die Kartellbehörde hat dann gewisse Auskunftsrechte gegenüber den betroffenen Unternehmen. Freilich ist zu berücksichtigen, daß die Kriterien der Größe hier auf die Gesamtheit der zusammenzuschließenden, nicht auf das einzelne Unternehmen abstellen.

Aber die Entwicklung der Gesetzgebung geht weiter. Zur Zeit liegt den gesetzgebenden Körperschaften der Entwurf eines „Gesetzes über die Rechnungslegung von Großunternehmen und Konzernen"[3]) vor, der für gewisse nicht schon nach geltendem Recht publizitätspflichtige Unternehmen und Unternehmensverbindungen eine aktien- bzw. konzernrechtliche Rechnungslegung vorschreibt. Betroffen sind Unternehmen, bei denen an zwei aufeinander folgenden Abschlußstichtagen mindestens zwei der folgenden drei Größenmerkmale vorliegen:

Bilanzsumme von mehr als 125 Mill. DM;

jährliche Umsatzerlöse von mehr als 250 Mill. DM;

mehr als 5 000 Arbeitnehmer im Geschäftsjahr im In- und Ausland.

Für Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen sollen besondere Merkmale gelten.

Das Gesetz würde nach amtlichen Schätzungen[4]) 47 Gesellschaften mbH, 17 Kommanditgesellschaften, 6 Offene Handelsgesellschaften, 9 Kreditinstitute (Privat-Bankiers) und 2 öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen treffen, also nur eine recht geringe Anzahl. Immerhin würden einige besonders groteske Anachronismen beseitigt: die Spitzen des Flick-, Henkel- (Persil), Oetker- und Quandtkonzerns, die als Personengesellschaften bisher keine Abschlüsse zu veröffentlichen brauchten, würden der Öffentlichkeit nach aktien- bzw. konzernrechtlichen Grundsätzen Rechenschaft über ihren Jahresabschluß (Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung) zu legen haben.

Der Entwurf des Gesetzes über die Rechnungslegung von Großunternehmen und Konzernen war innerhalb der Regierungskoalition heftiger Kritik ausgesetzt gewesen, auf Drängen maßgeblicher Politiker der CDU/CSU wurden die ursprünglich vorgesehenen ziffernmäßigen Kriterien für die Größe eines Unternehmens von der Bundesregierung verdoppelt und damit der Anwendungsbereich des Gesetzes wesentlich eingeschränkt. Auf weit stärkeren Widerstand aber sind bisher alle Bestrebungen gestoßen, für sämtliche Großunternehmen in der Rechtsform von Kapitalgesellschaften ohne Rücksicht auf den Wirtschaftszweig, in dem sie tätig sind, die sogenannte paritätische Mitbestimmung einzuführen, wie sie seit Beginn der fünfziger Jahre in der Montanwirtschaft praktiziert wird. Zum Verständnis der Problematik ist ein kurzer geschichtlicher Rückblick erforderlich. Bundeskanzler Adenauer hatte seinerzeit die Vermeidung von Streiks an der Ruhr und die Zustimmung der SPD zu seiner Außen- und Militärpolitik auch damit erkauft, daß er, an Regelungen der britischen Besatzungsmacht im Ruhrgebiet anknüpfend, die CDU/CSU dazu bewog, ein Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie zu beschließen. Seit dieser Zeit besteht in der Montanwirtschaft der Aufsichtsrat der Unternehmungen — obligatorisch auch bei Gesellschaften mbH und bergrechtlichen Gewerkschaften — aus vier Vertretern der Anteilseigner und einem „weiteren Mitglied",

[3]) Bundesratsdrucksache 296/68
[4]) Gessler, Betriebs-Berater 1968, S. 717 ff., 721

vier Vertretern der Arbeitnehmer und einem „weiteren Mitglied" und dem sogenannten „elften Mann". Sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrats werden wie früher durch das auch sonst hierfür zuständige Organ (Hauptversammlung, Gesellschafterversammlung, Gewerkenversammlung) gewählt. Soweit die Vertreter der Arbeitnehmer und „ein weiteres Mitglied" in Betracht kommen, ist das Wahlorgan jedoch an die Vorschläge der Betriebsräte bzw. Spitzenorganisationen der Gewerkschaften gebunden (Paritätische Mitbestimmung). Dem Vorstand (Geschäftsführung, Grubenvorstand) der Unternehmen muß ferner als „gleichberechtigtes Mitglied" ein „Arbeitsdirektor" angehören. Im Jahre 1956 wurde das Gesetz durch eine „Holdingnovelle" ergänzt, diese wiederum 1967 — übrigens in einer rechtlich noch umstrittenen Weise — geändert.

Außerhalb der Montanwirtschaft gibt es eine „paritätische Mitbestimmung" bisher nicht. Auf Grund des Betriebsverfassungsgesetzes von 1952 besteht hier der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaften und größeren Gesellschaften mbH nur zu einem Drittel aus Vertretern der Arbeitnehmer, ein „Arbeitsdirektor" ist gesetzlich nicht vorgeschrieben. Diesen Zustand wünschen die Gewerkschaften (unter Führung Otto Brenners von der IG Metall) geändert zu wissen: ein Anfang 1968 vom DGB vorgelegter Gesetzentwurf verlangt die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Großunternehmen und Großkonzernen, wobei unter Großunternehmen verstanden werden Unternehmen

mit in der Regel mindestens 2 000 Arbeitnehmern und mit einer Bilanzsumme von mindestens 75 Mill. DM;

mit in der Regel mindestens 2 000 Arbeitnehmern und mit einem Jahresumsatz von mindestens 150 Mill. DM;

mit einer Bilanzsumme von mindestens 75 Mill. DM und mit einem Jahresumsatz von mindestens 150 Mill. DM.

Der letzte Parteitag der SPD in Nürnberg (März 1968) hat sich die Wünsche der Gewerkschaften, die etwa 380 Unternehmen betreffen, zu eigen gemacht. In der CDU sind die Ansichten geteilt: der linke Flügel unter Katzer vertritt ähnliche Forderungen wie die Gewerkschaften, die Mehrheit und die Parteiführung sind entschiedene Gegner, ebenso die FDP und die sicher überwältigende Mehrheit der CSU. Die Regierung der Großen Koalition hat das Thema für diese Legislaturperiode nach bewährtem Muster erst einmal ausgeklammert und nur eine Sachverständigenkommission zwecks weiterer Untersuchung des Problems eingesetzt.

II

Auch wer sich durch die Berge von Schrifttum zur Frage der „Mitbestimmung" hindurcharbeitet, die sich in den letzten zwanzig Jahren aufgetürmt haben, wird im Grunde immer wieder auf dieselben Argumente stoßen: hier den Hinweis auf die Notwendigkeit der Verwirklichung der Demokratie auch im Bereich der Wirtschaft und die Gleichstellung von Kapital und Arbeit, dort das Gegenargument, die Leitung von Unternehmen müsse sachgesetzlich anderen Regeln folgen als die politische Führung eines Staates, paritätische Mitbestimmung sei unvereinbar mit den Grundforderungen einer freiheitlichen, durch den Wettbewerb bestimmten Wirtschaftsordnung, sie würde die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, auch im Hinblick auf die notwendige Unternehmenskonzentration, erheblich beeinträchtigen und unsere internationale Konkurrenzfähigkeit gefährden, das in- und ausländische Kapital würde sich von derart „mitbestimmten" Unternehmungen zurückziehen, für das betriebliche Klima leiste die Mitbestimmung nichts. Die Argumentation im einzelnen ist differenziert, juristische, auch

verfassungsrechtliche, ferner lohnpolitische Gesichtspunkte kommen hinzu, auch simple Polemik, um nicht zu sagen Demagogie, bleibt natürlich nicht aus. Alles in allem aber läßt sich die wirkliche Problematik auf verhältnismäßig wenige Fragen zurückführen.

Übergehen wir hier bloße Schlagworte. Der Hinweis etwa, den Gewerkschaften gehe es lediglich um eine Erweiterung ihrer Macht, ist einfach unsinnig. Selbstverständlich handelt es sich um eine Machtfrage, aber für die andere Seite doch auch, nur hier eben um die Erhaltung der überkommenen Machtstrukturen. Aber auch das Argument, die „qualifizierte Mitbestimmung" in der Montanwirtschaft — oder umgekehrt: die „einfache" des Betriebsverfassungsgesetzes — habe sich „bewährt", hilft nicht weiter: denn die Entscheidung der Frage, was sich bewährt oder nicht bewährt hat, hängt natürlich von der gegebenen Zielsetzung ab, und ohne deren nähere Untersuchung kann gar nichts gesagt werden. Lassen wir ferner jede Art von Begriffsspielerei, woher immer sie kommen möge, beiseite. „Demokratie" zum Beispiel ist ein weiter Begriff, nicht nur die Bundesrepublik und die meisten anderen Staaten des Westens, sondern auch die DDR und die Volksdemokratien des Ostens nehmen ihn für sich in Anspruch. Aus der Tatsache, daß wir politische Entscheidungen nach irgendwie gearteten „demokratischen" Grundsätzen treffen, folgt im übrigen nichts für die zweckmäßige Organisation der Führung eines Unternehmens, über dessen Erfolg oder Mißerfolg jedenfalls in erster Linie die Bilanz Auskunft geben muß, folgt nichts für Mitbestimmung, aber freilich auch nichts dagegen. Mit dem Eigentumsargument steht es nicht besser: aus dem „Eigentum" der Aktionäre an „ihrer" Gesellschaft ableiten zu wollen, daß eine paritätische Besetzung des Aufsichtsrats, weil in dieses Eigentum eingreifend, unzulässig sei, wäre reine Scholastik.

Die einzig sinnvolle Fragestellung kann also nur lauten: Ist von der Einführung der paritätischen Mitbestimmung ein Nutzen für die Gesamtheit zu erwarten, wenn ja, inwiefern? Oder muß sie im Gegenteil zu einer Lähmung unternehmerischer Energien in einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung und damit zu einer Gefährdung sowohl unserer Leistung im Innern wie unserer internationalen Konkurrenzfähigkeit führen? Beginnen wir mit dieser letzteren Frage, so dürfte die Antwort keineswegs so einfach und eindeutig sein, wie sie unseren führenden Managern, ihren Verbänden und den unter ihrem Einfluß stehenden Politikern gewöhnlich erscheint.

III

Zu den frühesten, scharfsinnigsten und zugleich vornehmsten Gegnern der „paritätischen Mitbestimmung" gehört der emeritierte Professor für Wirtschaftsrecht an der Frankfurter Universität Franz Böhm; ich möchte die entscheidenden Stellen aus seinem großen Aufsatz im Jahrbuch „Ordo" von 1951 hier wörtlich wiedergeben: „Das Rezept des wirtschaftsdemokratischen Mitbestimmungsrechts besteht ... darin, daß die Befugnis, ein Unternehmen zu begründen und zu betreiben, nach wie vor als ein Recht der privatautonomen Personen des Privatrechts anerkannt wird ..., daß aber die Bildung des Unternehmenswillens in wichtigen Angelegenheiten nicht dem Unternehmer allein zusteht, sondern einem Willensorgan, das zur Hälfte aus Delegierten des Unternehmers und zur Hälfte aus Delegierten der Arbeiterklasse besteht ... d. h., es wird das privatrechtliche Unternehmen einer Privatrechtsperson, das mit den Mitteln des Privatrechts und nach den Grundsätzen und Regeln der Privatrechtsordnung betrieben wird, gleichwohl nach den Grundsätzen der Demokratie — und zwar der Wirtschaftsdemokratie, keineswegs der politischen Demokratie — geleitet, wobei nichts ver-

gemeinschaftet wird ... mit alleiniger Ausnahme der internen Willensbildung. Die mitbestimmungsberechtigten Arbeitervertreter nehmen weder an der zivilrechtlichen Haftung teil, noch tragen sie eine politische Verantwortung nach den Grundsätzen der Demokratie ... Sie sind sowohl zivilrechtlich als auch staatsrechtlich exterritorial. Dagegen wird der Unternehmer gleichzeitig der Wohltaten des Privatrechts und des Staatsrechts beraubt. Privatrechtlich bleibt der Unternehmer das nach außen allein verantwortliche Rechtssubjekt seines Unternehmens, büßt aber das Recht aller Privatrechtssubjekte ein, über seine eigenen Angelegenheiten allein bestimmen und die Einmischung anderer, ihm gleichgeordneter Privatrechtssubjekte zurückweisen zu dürfen. So verbleiben ihm in der Sphäre des Privatrechts nur die Funktion eines Sitzredakteurs für die Beschlüsse eines Willensorgans, an dem er nur paritätisch und nicht kraft seiner Privatautonomie, sondern kraft wirtschaftsdemokratischer Delegation beteiligt ist, und außerdem — durchaus unlogischerweise — das Privateigentum am Betriebsvermögen und Gewinn und Verlust. Staatsrechtlich sitzt zwar der Unternehmer mit der Hälfte der Stimmen als wirtschaftsdemokratischer Mitkommissar in seinem eigenen Unternehmen ..., kann aber nicht, wie ein anderer Staatsbeauftragter, die Verantwortung für die Folgen rechtmäßiger Mitwirkung an Dienstgeschäften dem Staat zumuten und ist außerdem noch Eigentümer des Dienstgebäudes mit allen Einrichtungen und Pfründner der eingehenden Gebühren". „Hier ist nun wirklich alles und jedes denaturiert und aufs Widerspruchsvollste zusammengeflickt und auseinandergerissen", glaubt Böhm feststellen zu können und kommt zu dem Ergebnis, „daß wir den wirtschaftsdemokratischen Weg zwischen Ost und West gar nicht erst einschlagen, sondern statt dessen versuchen sollten, einen anderen Weg zu gehen, ... nämlich den Weg, die soziale Frage mit den Methoden einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik, mit dem Ausbau einer echten Wettbewerbsordnung zu lösen."[5])

Die Argumentation Franz Böhms wird, wie mir scheint, als in sich schlüssig anerkannt werden müssen. Die Frage ist nur, ob ihre Voraussetzungen zutreffen. Sind unsere Großunternehmen, so ist zu fragen, auch heute noch „Privatrechtssubjekte", oder inwiefern sind sie es vielleicht nicht mehr? Wie verhält es sich andererseits in der heutigen Rechtswirklichkeit mit der internen Willensbildung in diesen Unternehmen? Inwiefern würde sie durch Einführung einer „paritätischen Mitbestimmung" berührt?

Vielleicht ist es nützlich, zunächst einen Blick auf die Vereinigten Staaten von Amerika zu werfen. In seinem auch bei uns viel diskutierten Buch „The New Industrial State" (1967) schreibt Prof. Galbraith: „Nichts charakterisiert das Industriesystem besser als die Größenordnung der modernen Kapitalgesellschaften. 1962 besaßen die fünf größten Industriebetriebe der USA mit Anlagewerten von insgesamt über 36 Milliarden Dollar mehr als 12 % des Gesamt-Anlagevermögens aller Herstellungsbetriebe. Die fünfzig größten Kapitalgesellschaften vereinigten ein Drittel aller Produktionsanlagen auf sich, die fünfhundert größten weit über zwei Drittel. Die insgesamt etwa zweitausend Kapitalgesellschaften mit einem Anlagevermögen von mehr als zehn Mrd. Dollar vereinigten rund 80 % des gesamten amerikanischen Anlagevermögens auf sich. Um 1955 stellten 28 Kapitalgesellschaften annähernd 10 % aller Arbeitsplätze in Industrie, Bergbau, Groß- und Einzelhandel. In der ersten Hälfte des Jahrzehnts erhielten hundert Firmen wertmäßig zwei Drittel aller Verteidigungsaufträge;

5) Franz Böhm, Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb, „Ordo", Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft IV 1951, S. 21 ff., 103 f., 249. Aus neuerer Zeit Böhm, Der Zusammenhang zwischen Eigentum, Arbeitskraft und dem Betreiben eines Unternehmens, Festschrift für Heinrich Kronstein, 1967, S. 47 ff.

zehn Firmen waren mit einem Drittel beteiligt. Im Jahre 1960 vereinigten vier Großbetriebe schätzungsweise 22 % aller Forschungs- und Entwicklungsausgaben der Industrie auf sich. Auf 384 Firmen mit mehr als 5 000 Mitarbeitern entfielen 85 % dieser Ausgaben; 260 000 Firmen mit weniger als 1 000 Mitarbeitern machten nur 7 % aus".

Die Großunternehmen sind es, die nach Galbraith heute das Bild der Wirtschaft der USA kennzeichnen. Sie sind nicht oder kaum vom Markt abhängig, sondern schaffen sich ihren Markt selbst. Ihre Finanzpolitik lenkt autonom Sparen und Investitionen. Durch ihre umfangreichen Staatsaufträge und Forschungsaufgaben, insbesondere auf dem militärischen Sektor, sind sie eng mit den höchsten Regierungsstellen verzahnt. „Nur professionelle Verteidiger des Systems des freien Unternehmertums, Angehörige einer dürftigen, brotlosen Kunst, fordern noch den uneingeschränkten ‚freien Wettbewerb'. Großbetriebe arbeiten nicht mit Verlust, da sie mit Hilfe ihrer hoch entwickelten ‚Technostruktur' ihre Gewinne durch Planung abzusichern vermögen".[6])

Man hat nicht mit Unrecht geltend gemacht, daß Galbraith das noch immer bedeutsame Gewicht von Hunderttausenden, ja, Millionen kleiner und mittlerer Unternehmer und die Bedeutung der Wettbewerbswirtschaft für sie zu sehr bagatellisiere.[7]) Aber darauf brauchen wir hier nicht näher einzugehen, da ja nur von den Großunternehmen die Rede sein soll.

Die Verhältnisse in der Bundesrepublik liegen ähnlich wie in den USA. Zwar spielt die Rüstungsindustrie bei uns — vorläufig — noch eine, auch relativ, nur bescheidene Rolle. Aber dafür spricht man mit gutem Grund von einer „latenten Staatsgarantie" für Großunternehmen. Der Fall Krupp (1967) ist das bekannteste, aber keineswegs einzige Beispiel. Ein Großunternehmen darf nicht in Konkurs gehen, lieber lastet man dem Steuerzahler Subventionen in Milliardenhöhe auf. Die seit zehn Jahren schwelende Strukturkrise im Kohlenbergbau wird nicht zu Lasten der „Unternehmer", d. h. der Aktionäre, sondern durch Gründung einer „Einheitsgesellschaft" gelöst, der die öffentliche Hand eine Mindestrendite garantiert. Sozialisierung der Verluste ist Trumpf.

Aber wir dürfen nicht etwa nur an kranke Unternehmen und Wirtschaftszweige denken. Gerade auch für die gesundesten und zukunftsreichsten gelten die Gesetze der Marktwirtschaft längst nur noch in sehr beschränktem Umfang. In der Schwerchemie, im Großmaschinen- und Kraftfahrzeugbau, in der Mineralölwirtschaft, der Reifenindustrie, auch in weiten Gebieten der Konsumgüterindustrie (Margarine, Zigaretten, Waschmittel) dominiert nicht der freie Wettbewerb, sondern das Oligopol: Einige wenige Großunternehmen beherrschen jeweils den Markt, wenn auch gelegentlich auf der Gegenseite ebenfalls ein Monopolist sitzt (Waggonindustrie/Bundesbahn). Unter Ludwig Erhard als Bundeswirtschaftsminister mochte man dieserhalb gelegentlich noch ein etwas schlechtes Gewissen haben. Aber das hat spätestens aufgehört, seitdem Bundeswirtschaftsminister Schiller mit Geschick und Erfolg eine Politik der „konzertierten Aktion" verfolgt. Ministerialbürokratie einerseits, Manager der Großunternehmen und Verbände andererseits arbeiten wirtschaftspolitisch aufs engste zusammen, wobei beide Seiten auf ihre Kosten kommen, die großen Treibstoffgesellschaften haben sogar schon vor geraumer Zeit geruht zu erklären, „daß sie zur Kooperation bereit seien unter der Bedingung, daß die Bundesregierung das Kartellamt an-

[6]) John Kenneth Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, 1968, S. 92/3, 56 ff., 64, 100
[7]) So z. B. auch Prof. Erhard Kantzenbach in seiner Antrittsvorlesung „Gedanken zur wirtschaftspolitischen Grundentscheidung" an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt v. 8. Juli 1968

weist, das Kartellgesetz nicht anzuwenden".[8]) Selten hat auch ein wissenschaftliches Werk in den führenden Kreisen unserer Wirtschaft so starkes Interesse und so lebhafte Zustimmung erfahren wie Erhard Kantzenbachs Arbeit „Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs" (1966), in der dieser den Nachweis führen zu können glaubt, daß die optimale Wettbewerbsintensität im weiten Oligopol mit beschränkter Produkthomogenität und Markttransparenz erreicht wird.

Aber nicht nur vom Markt der Lieferanten und Abnehmer ist das heutige Großunternehmen bis zu einem erheblichen Grad unabhängig, sondern auch von seinen „wirtschaftlichen Eigentümern" und ihren Vertretern, den Aktionären und dem Aufsichtsrat (Verwaltungsrat). Werfen wir auch hier zunächst einen Blick über den Ozean: „Die Glaubenssätze der Kapitalgesellschaften betonen immer wieder die Macht des Aufsichtsrats und damit letztlich der Aktionäre, die der Aufsichtsrat angeblich repräsentiert. Die Riten, die dieses Credo manifestieren, werden mit großem Ernst zelebriert; niemand gestattet sich den Zynismus, ihre Substanz anzuzweifeln. Dickleibige Aktenstücke voller Zahlen werden dem Aufsichtsrat vorgelegt. Man läßt ihm Zeit zum Studium. Empfehlungen werden angenommen und hinzugefügt. Bei dem Umfang der Vorlage und der vielen Gruppenarbeit, die darin steckt, wäre eine Ablehnung undenkbar. Dennoch läßt man dem Aufsichtsrat den Glauben, er hätte eine Entscheidung getroffen.

Je weniger Einfluß die Aktionäre ... besitzen, um so größere Anstrengungen unternimmt man, um ihre Machtlosigkeit zu verschleiern. Bei der Wahl des Ortes für die Hauptversammlung ist man auf ihre Bequemlichkeit bedacht. Man schenkt ihnen einen hübsch gedruckten Jahresbericht, dessen Vorbereitung sich zu einem selbständigen Geschäftszweig ausgewachsen hat. Erzeugnisse und sogar Fabriken werden besichtigt. Dabei wird, wie in dem Bericht, immer wieder von Ihrer Firma gesprochen. Leitende Funktionäre hören sich mit scheinbarer Aufmerksamkeit die widersinnigen Vorschläge der völlig unorientierten Tagungsteilnehmer an und versichern ihnen, daß man sie mit größter Sorgfalt prüfen werde. Dankesadressen von Damen in bedruckten Seidenkleidern, die zehn Anteile besitzen und ‚das hervorragende Geschick, mit dem Sie unsere Firma lenken', preisen, nimmt das Management mit gutgespielter Dankbarkeit entgegen. Alle Anwesenden weisen strikt jegliche Kritik zurück. Wichtige Aktionäre sind nicht vertreten. Entscheidungen werden nicht gefällt. Die Jahresversammlung einer großen Kapitalgesellschaft in den USA ist vielleicht das ausgeklügeltste Beispiel dafür, wie man im Volke Illusionen züchtet." [9])

In den Hauptversammlungen unserer Aktiengesellschaften hört man statt der Dankesadressen von Aktionärinnen gelegentlich solche der Vertreter der Kleinaktionärsvereinigungen, öfters wird auch diese oder jene mehr oder weniger intelligente Opposition laut, aber das Ergebnis ist genau dasselbe wie in Amerika: Die Anträge der Verwaltung werden mit mehr als 99 % der vertretenen Stimmen — entweder durch die Repräsentanten der Großaktionäre oder durch die der Depotbanken — genehmigt.

Wichtiger freilich noch ist, was sich auch formell außerhalb der Hauptversammlung abspielt: die Feststellung der Bilanz und damit die Entscheidung über die zum Zwecke der Selbstfinanzierung einzubehaltenden Gewinne. Unsere großen Publikumsgesellschaften pflegen bis zur Hälfte des Jahresüberschusses in die freien Rücklagen einzustellen und nur den Rest an die Aktionäre auszuschütten, bei manchen Gesellschaften sind die Rücklagen höher als das Grundkapital.

---

[8]) Biedenkopf, Gefährliche Sucht nach Größe, FAZ v. 6. Juli 1968, Nr. 154/S. 17
[9]) Galbraith, a.a.O., S. 101, 102

Diese Praxis macht die Verwaltungen für die Finanzierung neuer Investitionen weitgehend vom Kapitalmarkt unabhängig und wird gegenüber gelegentlich geäußerten Wünschen nach höheren Dividenden zähe, meist auch mit individuell überzeugender Begründung verteidigt.

Was immer also gegen die Einführung der paritätischen Mitbestimmung vorgebracht werden kann: das Argument, sie passe nicht in die Struktur unserer privatwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsverfassung und müsse zu einer Zerstörung der marktwirtschaftlichen Ordnung führen, überzeugt nicht mehr, weil die marktwirtschaftliche Ordnung durch die Entwicklung unserer Großunternehmen ohnehin längst mehr oder weniger außer Kraft gesetzt ist. Für den Wettbewerb ist von den Gewerkschaften kaum noch etwas zu befürchten, wenn es Wettbewerb für die Großen schon jetzt nur noch in beschränktem Umfang gibt. „Man kann den Aktionär nicht zum Rentenempfänger werden lassen und sich gleichzeitig mit vollem Erfolg auf das Privatkapital als das entscheidende Fundament der Aktiengesellschaft stützen, auf dem allein auch die Organe derselben fußten. Die rechtspolitische Kritik am Mitbestimmungsrecht leidet stark unter diesem inneren Zwiespalt", schrieb ich schon im Jahre 1955.[10])

Unsere großen und Riesenunternehmen sind eben bis zu einem gewissen Grade nur der äußeren Form nach noch „Privatrechtssubjekte". „Das privatwirtschaftliche Unternehmen nimmt einen öffentlichen Charakter an, zwar nicht in vollem Umfang, aber doch teilweise. In der Tat sind sich die Unternehmungen dieses öffentlichen Charakters ihrer planenden Tätigkeit wohl bewußt". Das mußte weitere Auswirkungen haben. „Rechtfertigt man die Existenz und die wirtschaftliche Macht des Großunternehmens mit seiner Fähigkeit, sich an öffentlichen Aufgaben zu beteiligen, eine dem Allgemeinwohl dienende Grundlagenforschung zu finanzieren, für Entwicklungsaufträge eine ausreichende Kapitalkraft zur Verfügung zu stellen usw., so ist es nicht ohne Folgerichtigkeit, aus dem öffentlichen Charakter dieser Unternehmensfunktionen auch Konsequenzen für die interne Organisation des Unternehmens zu ziehen".[11]) An dieser Problematik ist die Argumentation der Manager und ihrer Verbände, wie Prof. Biedenkopf mit Recht feststellt,[12]) bisher völlig vorbeigegangen.

IV

Aber noch ein anderer Gesichtspunkt scheint mir in der Diskussion bis heute zu kurz gekommen zu sein, die Frage nämlich, inwieweit „paritätische Mitbestimmung" nach den Vorstellungen der Gewerkschaften auf die interne Willensbildung in den betroffenen Unternehmen einwirken würde. Dabei wird man die Stellung des „Arbeitsdirektors" und die des mitbestimmten Aufsichtsrats getrennt betrachten müssen.

Jedes Vorstandsmitglied eines Unternehmens, das mit Personal- und Sozialfragen befaßt ist, sieht sich gewissen Spannungsverhältnissen ausgesetzt. Die Interessen von produktiv-schöpferischer, leitender, ausführender und untergeordneter Arbeit, die Interessen der Anteilseigner und des Unternehmens als solchen müssen in Übereinstimmung gebracht, Interessenkonflikte entschieden werden. Das gilt grundsätzlich unabhängig von der Frage, wer das Vorstandsmitglied auswählt und bestellt. Auch ein von der Gewerkschaft bestimmter „Arbeitsdirektor" wird sich in die Geschäftspolitik des Vorstands, wie sie kollegial erarbeitet

10) Rasch, Deutsches Konzernrecht, 2. Aufl. 1955, S. 300
11) Biedenkopf, Ordnungspolitische Probleme der Konzentration, Vortrag vor der Industrie- und Handelskammer Bochum. Die Aussprache, Heft 5/6 1968, S. 112 ff., 118
12) FAZ v. 6. Juli 1968, Nr. 154, S. 17

oder durch eine überragende Einzelpersönlichkeit bestimmt wird, einfügen müssen und tut dieses in den bereits jetzt mitbestimmten Unternehmen der Montanwirtschaft natürlich auch. Täte er es nicht, so würde er im Kreise seiner Kollegen bald isoliert sein und scheitern, woran auch der Gewerkschaft nichts liegen kann. Die Überwindung von Interessenkonflikten, etwa bei Lohn- und Tarifverhandlungen, wird oft schwieriger für ihn sein als für eine von der „Arbeitgeber"-Seite her kommende Persönlichkeit. Aber schließlich ist niemand gezwungen, „Arbeitsdirektor" zu werden, und wer es sich zutraut, mag in einem Rückhalt bei den Gewerkschaften auch eine Stärkung seiner Position im Interesse des Unternehmens erblicken. Ist die ganze Frage nicht bis zu einem sehr weiten Grade ein menschliches Problem?

Die Gewerkschaften würden es nicht leicht haben, für fast vierhundert Unternehmen, die nach ihren Wünschen der paritätischen Mitbestimmung unterworfen werden sollen, geeignete „Arbeitsdirektoren" zu finden. Noch schwieriger freilich wäre es fürs erste für sie, obwohl die Qualität ihres Nachwuchses sich ständig hebt, die mehrfache Zahl geeigneter Männer für die Besetzung der Aufsichtsratsposten zu präsentieren. Insofern handelt es sich auch hier um eine Frage der Persönlichkeiten. Die sachliche Problematik dürfte hier teils einfacher, teils komplizierter gelagert sein als bei den „Arbeitsdirektoren".

Die Führung der Geschäfte eines Unternehmens, auch eines Großunternehmens liegt beim Vorstand (Geschäftsführung). Das besagt nicht nur das Gesetz, sondern das ist auch in der Praxis so. Der Aufsichtsrat hat im allgemeinen nur den Vorstand zu bestellen (bisweilen seine wichtigste Aufgabe), gegebenenfalls auch abzuberufen, und zu „überwachen", lediglich bestimmte Geschäfte bedürfen nach Maßgabe der Satzung seiner Zustimmung. Sind Großaktionäre, insbesondere Konzernaktionäre, vorhanden, so verwischen sich natürlich die Grenzen zwischen geschäftsführender und überwachender Tätigkeit mehr oder weniger.

An der Führung der Geschäfte durch den Vorstand würde sich durch Einführung einer paritätischen Besetzung des Aufsichtsrats unmittelbar nichts ändern, Befürchtungen, die Gewerkschaften könnten durch zentrale Steuerung des betrieblichen Geschehens auf kaltem Weg eine Art sozialistischer Planwirtschaft herbeiführen und damit zu einem „Staat im Staate" werden, sind also schwerlich begründet, betroffen würde nur die Tätigkeit des Aufsichtsrats mit seinen durchaus begrenzten Funktionen selbst. Im allgemeinen sind nun hier Interessenkonflikte kaum zu erwarten: an der Bestellung eines fähigen Managements, an einer sorgfältig geplanten Investitionspolitik, an der zweckmäßigsten Finanzierung des Unternehmens sind die Vertreter der Gewerkschaften im Aufsichtsrat gewiß in gleicher Weise interessiert wie die der Anteilseigner; insofern hat auch das in- und ausländische Kapital nichts von ihnen zu besorgen. Aber selbstverständlich sind Interessenkonflikte möglich, etwa wenn es sich um größere Rationalisierungsvorhaben mit der Folge der Freisetzung von Arbeitskräften oder um die Frage der Stillegung eines unrentabel gewordenen Unternehmens oder Betriebs handelt. In diesen Fällen werden Vorstand und Aufsichtsrat indessen auch heute schon nur im engsten Einvernehmen mit den Gewerkschaften vorgehen können.

Wesentlich schwieriger als zur Zeit würde die Stellung des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats eines Großunternehmens durch Einführung der paritätischen Mitbestimmung werden. Man braucht vielleicht nicht so pessimistisch zu sein wie Walter Wannenmacher, der mit fast zynischer Skepsis schreibt: „Das Zünglein an der Waage bildet ... der im Aufsichtsrat der Montangesellschaften fungierende ‚elfte Mann', der neutral, betriebsfremd

und möglichst wenig sachverständig sein soll. Er kann sich, falls ihm die Entscheidung zu riskant ist, der Stimme enthalten".[13]) Aber zweifellos liegt hier ein sehr ernstes Problem, das auch die Gewerkschaften noch weiter durchdenken sollten. Wir haben nicht viele Persönlichkeiten, die in der Lage wären, die Verhandlungen eines paritätisch mitbestimmten Aufsichtsrats souverän zu leiten: einige wenige Bankiers, einige führende Industrielle, ein paar Professoren mit engem Kontakt zur Wirtschaft, einige Anwälte und Wirtschaftsprüfer, kaum ein Dutzend hoher Beamter, in jedem Fall bei weitem nicht genug. Das überkommene „Laufbahn"-Denken, das die deutschen Verhältnisse charakterisiert, züchtet vor allem Spezialisten, keine top-manager, die zwischen Wirtschaft und Verwaltung wechseln können, wie in den USA, keine Inspecteurs des Finances, wie sie Frankreich heranbildet. Das mag sich ändern, aber eine solche Änderung erfordert Zeit.

V

Die vorstehenden Ausführungen erschöpfen das Thema der „Erweiterung des Mitbestimmungsrechts" sicher nicht. Aber sie dürften doch zeigen, daß es nicht genügt, aus Wertvorstellungen der Vergangenheit heraus zu argumentieren, wenn die Tatbestände, die diesen Wertvorstellungen zugrundeliegen, sich wesentlich geändert haben. Das heutige Großunternehmen, wie immer man es abgrenzen möge, hat sich nun einmal von dem Idealtyp des Unternehmens, der dem Gesetzgeber des 19. Jahrhunderts vorschwebte, mehr und mehr entfernt, es ist — nach der Formulierung Kantzenbachs — ein „kollektiv-kapitalistisches Gebilde" geworden und steht damit zwischen den Privatunternehmen überkommenen Stils und dem öffentlichen Betrieb. Was wir in der Rechtswirklichkeit erleben, ist „eine weitgehende Verhoheitlichung von Privatmacht, ergänzt durch eine ähnlich weitgehende Privatisierung von Hoheitsgewalt. Die Scheidewand zwischen öffentlicher und Privatmacht wird porös".[14]) Daß die Gesetzgebung daraus früher oder später Folgerungen auch für die Organisation der Großunternehmen zieht, liegt nicht fern. Mit den — wirklichen oder vermeintlichen — Wünschen der Masse der Arbeitnehmer hat das gar nichts zu tun.

Wenn dem aber so ist und wenn ferner der Gedanke der „Partnerschaft" zwischen Kapital und Arbeit keine bloße Phrase bleiben soll, dann sollten sich die leitenden Männer unserer Wirtschaft den Forderungen der Gewerkschaften und eines Teils der Politiker nach paritätischer Mitbestimmung gegenüber nicht so ablehnend verhalten, wie sie es bisher getan haben. Zu allen Zeiten haben die führenden Schichten gut daran getan, sich rechtzeitig den Entwicklungstendenzen der Zeit anzupassen und auf Machtpositionen zu verzichten, die veränderten Anschauungen und Kräfteverhältnissen nicht mehr entsprachen. Die Bundesrepublik liegt nicht nur auf der Grenze zwischen West und Ost, sie ist Teil auch einer Nation, durch die diese Grenze mitten hindurchgeht. Sie kann nicht die Speerspitze des überkommenen Kapitalismus sein.

Gewiß gehört jeweils nur ein Teil der Arbeiter und Angestellten eines Großunternehmens den Gewerkschaften an. Dennoch dürften die Gewerkschaftsfunktionäre mit demselben Recht als Vertreter des Faktors Arbeit betrachtet werden wie die mit Hilfe des Depotstimmrechts der Banken gewählten Aufsichtsratsmitglieder als Vertreter des Faktors Kapital, der Aktionäre. Die eigentliche Leitung der Gesellschaft bliebe wie bisher bei dem hauptberuflich tätigen Vorstand. Das paritätische Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer, wie von den Gewerkschaf-

13) Christ und Welt v. 14. Juni 1968, Nr. 24
14) Werner Hofmann, Die Krise des Staats und das Recht. Bulletin des Fränkischen Kreises, Nr. 109 (Mai 1968), S. 6 ff., 10

ten konzipiert, ist kaum schon eine voll befriedigende Lösung, namentlich der Vorsitzende des Aufsichtsrats scheint mir zu sehr in die Rolle eines Vermittlers, Schlichters und Schiedsrichters gedrängt zu sein. Aber ihr Entwurf ist immerhin ein Ansatzpunkt für eine Reform des Gesellschaftsrechts, den man nicht mehr wird ignorieren können. Jedenfalls stellt eine Erweiterung der Beteiligung der Belegschaften an den Gewinnen und der Vermögensbildung der Unternehmen, wie sie zur Zeit ebenfalls wieder eifrig diskutiert wird, schwerlich eine Ersatzlösung dar.

Horst Heiden

Siegen ohne großen Krieg?

Zur Diskussion über den Begriff des Krisenmanagement

Die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze ist in der Bundesrepublik vorwiegend unter innenpolitischen Gesichtspunkten geführt worden. Dies hatte — neben anderen Faktoren — seinen Grund darin, daß die durch das Gesetzeswerk bewirkten Veränderungen im inneren Gefüge dieses Staates besonders evident sind; zudem trug die ganz überwiegend innenpolitische Orientierung einer der Hauptgegenkräfte der Notstandsverfassung, der Gewerkschaften, zu dieser Beschränkung bei. Von der Sache her jedoch kann kein Zweifel daran bestehen, daß die in ihrer letzten Beratungsphase mit auffälliger Eile behandelten Gesetze für die Regierung zugleich eine sehr wichtige außen- und militärpolitische Bedeutung haben. Die ihr von Bundestag und Bundesrat erteilten Vollmachten greifen tief in den Bereich der strategischen Planungen Bonns ein, sind unerläßliche Voraussetzungen ihrer Realisierung.

Um den Hintergrund dieses Zusammenhanges zu erhellen, muß man sich die ständig wachsende Diskrepanz vergegenwärtigen, die zwischen der strategischen Konzeption der NATO und den militärpolitischen Intentionen Bonner Führungskreise besteht. Im Kabinett, den Regierungsparteien und der Bundeswehrspitze spricht man immer offener darüber, daß die an der Stabilisierung des Status quo in Mitteleuropa orientierte Politik der Allianz mit den Interessen der Bundesrepublik kollidiere. Dieses unverhohlen zur Schau getragene Unbehagen entzündet sich vor allem am hinhaltenden Widerstand der Alliierten gegen Bonns Forderung nach atomarer Aufwertung, nach effektiver Verfügung über nukleare Waffen also, in der man hierzulande den Schlüssel zur Regelung machtpolitischer Fragen in Europa sieht. Begründet man in der Vergangenheit die Kritik am atompolitischen Verhalten besonders der USA ganz überwiegend mit den vermeintlich vernachlässigten Sicherheitsbelangen der Bundesrepublik, so tritt jetzt

deutlich ein politisches Zielkonflikt in den Vordergrund der Argumentation. Da die Chancen, den Reformprozeß der NATO im Sinne der Bonner Vorstellungen entscheidend zu beeinflussen, realistischerweise gering veranschlagt werden, macht sich eine Tendenz zu einer partiellen Verselbständigung auf politischem wie auf militärischem Gebiet bemerkbar. Denkmodelle, die dieses Bestreben widerspiegeln, zielen sowohl auf nationale als auch auf europäische Lösungen. Gewichtigster Sprecher der „europäischen Schule" in der Bundesrepublik ist der derzeitige Bundesfinanzminister, Franz Josef Strauß. Ohne Umschweife stellt er die Aufgabe:

„Nur eine entschlossene Initiative kann uns helfen, uns aus den Fesseln des Status quo zu befreien ... Die Ost-West-Entspannung im europäischen Raum können wir nicht jenen Weltmächten überlassen, die die Demarkationslinie von Jalta gezogen haben ... Europäische Politik darf nicht länger mehr eine Funktion der amerikanischen Sicherheitspolitik bleiben, die von einer anderen Interessenlage als der unseren bestimmt wird." Und er nennt die Mittel, mit denen das Diktat der Siegermächte sowie die Fesseln des Status quo abgestreift werden können: „Selbstverständlich wird auch ein militärisch eigenständiges Europa neben starken konventionellen Streitkräften über taktische sowie strategische Atomwaffen verfügen müssen [1])."

Die Strauß'sche Konzeption krankt an dem Umstand, daß sich die Haupttendenzen absehbarer europäischer Entwicklungen in der Praxis nur schwer mit seinen Zielvorstellungen von einem politisch wie militärisch geeinten Westeuropa vereinbaren lassen. De Gaulles tiefverwurzelte Abneigung gegen eine atomar erstarkte Bundesrepublik hat Entscheidendes zur „Verunsicherung" der Pläne des Ministers beigetragen. Das hat ihm verschiedentlich den Vorwurf illusionären Wunschdenkens eingetragen, so auch vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt, der sich auf der IV. Internationalen Wehrkunde-Begegnung dazu folgendermaßen äußerte: „Mir scheint, daß der Streit über die Notwendigkeit oder die Vorstellbarkeit einer europäischen, d. h. genauer gesagt, einer westeuropäischen Atomstreitmacht ziemlich abwegig ist, weil es niemanden gibt — außer einigen Deutschen —, der sie wirklich will, und niemanden gibt, der seine vorhandenen atomaren Waffen dazu zur Verfügung stellen würde" [2]).

Daß dieser Einwand rein taktischer Natur war, die Zielvorstellungen des CSU-Vorsitzenden nicht prinzipiell in Frage stellte, machte Schmidt ein knappes Jahr später deutlich, als er in der wehrpolitischen Debatte des Bundestages vom 6. Dezember 1967 das Thema einer Verselbständigung bundesdeutscher Militärpolitik wieder aufnahm und seinerseits folgende Lösung anvisierte:

„Ungeachtet der Notwendigkeit, die Allianz ... zu erhalten, darf die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland auf die Dauer nicht allein und nicht ausschließlich von der Funktionsfähigkeit der NATO abhängen können. Wir nennen dies das Prinzip des nationalen Sicherheitsinteresses ... Wir verstehen unter diesem Gesichtspunkt, daß auch in der Bundesrepublik Deutschland eine eigene politische Führungsfähigkeit und eine Fähigkeit für Crisis management, für Krisenmanagement, und — bei einer weiteren Erosion von Bündnis und NATO — die Fähigkeit entwickelt werden muß, in allen Situationen selbst handlungsfähig zu bleiben" [3]).

Mit der Vokabel Krisenmanagement hatte Schmidt einen Begriff in die militärpolitische Debatte des Plenums eingeführt, dessen tatsächliche Bedeutung einer

1) F. J. Strauß, Entwurf für Europa, Seewald Verlag, 2. Auflage 1966, S. 7, 8, 102
2) Wehrkunde, München, März 1967, S. 123
3) Amtl. Protokoll des Bundestages, 140. Sitzung, 1967, S. 7158

näheren Betrachtung wert ist. Dieser Begriff ist in den letzten zwei bis drei Jahren immer stärker in den Vordergrund der internen militärpolitischen Auseinandersetzungen getreten, wobei ihm Definitionen und Interpretationen zuteil geworden sind, die den Schluß rechtfertigen, es handele sich in Bonner Sicht hierbei um eine Konzeption, die unter den gegebenen Umständen die Forderung nach militärischem Machtzuwachs und größerer politischer Eigenständigkeit bei der Regelung bestimmter europäischer Fragen auf optimale Weise verbinde. Man kann in der spezifisch Bonner Vorstellung von Krisenbeherrschung insofern eine Art Nachfolge-Konzeption für die — gescheiterten — Vorhaben der Multilateralen Atomstreitmacht oder der späteren Vorwärtsverteidigung sehen.

Die breite Skala möglicher Pressionen

Das Verständnis des Krisenmanagement basiert auf dem Zielbegriff der Strategie, der nach Beaufre darin besteht, die von der Politik gesetzten Aufgaben unter bestmöglicher Verwendung der verfügbaren Mittel — „vom Atombeschuß bis zur Propaganda oder zum Handelsvertrag" — zu erreichen [4]). Krisenmanagement ist darum keineswegs eine nur den Militärs überlassene Aufgabe. Sie steht generell im Dienste einer politischen Strategie, die sowohl defensive als auch offensive Züge tragen kann. Ihr Ziel ist es, den Ausbruch des großen Krieges — insonderheit also des Atomkrieges — zu verhindern. Es wäre aber allzu simpel und auf gefährliche Weise unrealistisch, immer unterstellen zu wollen, daß derjenige, der sich der Methoden der Krisenbeherrschung bedient, jeweils der Angegriffene oder Bedrohte sei. Krisenmanagement ist gleichermaßen ein politisch-militärisches Verfahren, das es ermöglichen soll, offensiv erzielten Terraingewinn politischer oder militärischer Art durch die Drohung mit der Eskalation des Waffeneinsatzes — im Falle Europas also mit dem Atomkrieg — abzusichern. Mit dem Atomkrieg drohen aber kann in der Regel nur der, der selbst über solche Vernichtungsmittel verfügt oder aber sich des uneingeschränkten Beistandes einer Atommacht sicher weiß, auch dann, wenn er selbst die Krise provoziert hat. Die Bundesregierung kann diese Beistandsautomatik seitens der NATO-Atommächte nicht mehr unterstellen. Zwar war es de Gaulle, der bewußt den Unterschied zwischen provoziertem oder unprovoziertem Angriff formulierte, wobei er im letzteren Falle jede Beistandspflicht Frankreichs ablehnte. Es kann aber mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß dieses ungeschrieben auch für die Vereinigten Staaten und für Großbritannien gilt. Die Klagen der Regierung und der Bundeswehrführung entzünden sich ja gerade an der Tatsache, daß Washington diese „nukleare Garantie" ausgehöhlt habe. Im Fachorgan des Deutschen Bundeswehr-Verbandes las man dazu unlängst: „Sie (die USA) haben auch mit der neuen Strategie der flexiblen response keine atomare Garantie, sondern lediglich ein atomares Versprechen gegeben. Der Einsatz von nuklearen Waffen im Verteidigungsfall hängt allein von der politischen Beurteilung der amerikanischen Regierung ab." [5])

Aus dieser Situation ergibt sich in Bonner Sicht zwangsläufig die Forderung nach eigener Verfügung über Atomwaffen. Jene feine Unterscheidung zwischen den atomaren Trägerwaffen, auf die man unter keinen Umständen verzichten will, und den Nuklearsprengköpfen, deren Besitz man offiziell nicht fordert, ist ein wenig überzeugendes Ablenkungsmanöver, auf das in einer Vielzahl inoffizieller Äußerungen maßgebender Politiker bezeichnenderweise in letzter Zeit auch immer öfter verzichtet wurde. Der FDP-Wehrexperte Schultz trifft ins Schwarze, wenn er feststellt, „daß die Ausstattung der Bundeswehr mit Trägerwaffen ohne

[4]) vgl. General Beaufre, Totale Kriegskunst im Frieden, Propyläen Verlag Berlin, 1964
[5]) „Die Bundeswehr", Bonn, April 1968, S. 122

die dazugehörigen atomaren Sprengsätze militärisch sinnlos ist". (Von Möglichkeiten, die der Bundesregierung für die Beschaffung von Atomwaffen auch ohne Unterstützung der Alliierten objektiv zur Verfügung stehen, wird später noch die Rede sein.)

Andererseits ist nicht zu verkennen, daß in den Führungskreisen der Bundesrepublik die militärischen Mittel zur Erlangung größerer Handlungsfreiheit zwar hoch veranschlagt werden, daß man sich aber auch der Brauchbarkeit bestimmter politischer oder wirtschaftlicher Instrumentarien durchaus bewußt ist. In diesem Zusammenhang verdient insbesondere die sogenannte neue Ostpolitik der Bundesregierung kritische Aufmerksamkeit. Der Kanzler und sein Außenminister zeigen sich zwar stets aufs höchste entrüstet, wenn ihnen vorgehalten wird, daß ihre Methode selektiver Kontaktaufnahme auf das Herausbrechen bestimmter Staaten aus dem Warschauer Pakt ziele. Sie werden aber nicht erwarten können, daß man im In- und Ausland jenes Übermaß an politischer Schizophrenie aufbringt, das nötig wäre, um diesen Beteuerungen auf die Dauer zu glauben. Hier sprechen nicht nur die Fakten eine klare Sprache, sondern hin und wieder auch prominente Politiker der Regierungsparteien selbst. Noch einmal sei in diesem Zusammenhang Helmut Schmidt zitiert, dessen politische Nähe zum Außenminister seinen Äußerungen eine unbestreitbare Authentizität verleiht. Schmidt erwartet, daß auch die künftige politische Führung „erstens eine Ostpolitik à la Brandt betreibt, mit dem Versuch zu diplomatischen Beziehungen zu einer Reihe von osteuropäischen Staaten; zweitens mit dem Versuch der Beruhigung durch Austausch von Nichtangriffserklärungen . . .; drittens mit dem Versuch der stärkeren Verzahnung auf dem wirtschaftlichen und handelspolitischen Gebiet; und schließlich damit, daß die Bundesrepublik gegenüber der sogenannten DDR eine profiliertere Politik betreibt als bisher" [6]).

Hier wird der selektive Charakter der Entspannungspolitik à la Brandt bestätigt, die Ausklammerung der DDR aus dieser wirtschaftlichen und diplomatischen „Entspannungs"-Offensive unterstrichen. Um Nuancen deutlicher wird Strauß, wenn er schreibt:

„Jede zukünftige Union Europas muß auf dem Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik Deutschland bestehen und es aktiv verfechten, solange es in Ostberlin ein Regime von Moskaus Gnaden gibt. Eine solche Politik der gesamteuropäischen Auflockerung kann nur Schritt für Schritt zum Erfolg führen. Man wird kaum eine rasche Lösung erwarten können, sondern eher in Dimensionen eines historischen Prozesses denken müssen. Während dieser Periode müssen wir die ost- und südosteuropäischen Völker durch kulturelle und wirtschaftliche Bindungen stärker an Westeuropa heranziehen" [7]).

Es ist demnach unbestreitbar, daß die Bundesregierung ein offensives politisches Konzept gegenüber Osteuropa vertritt: Nichtanerkennung des Status quo in der Absicht, eine Reihe osteuropäischer Staaten von Moskau zu trennen und die DDR in eine Isolierung zu treiben, an deren Ende die Beseitigung der dortigen Machtverhältnisse stehen soll. Eine solche Politik birgt — bereits in ihren Anfangsstadien — objektiv den Keim ernster Krisen in sich, die vor dem Hintergrund der Machtkonfrontation in Europa sehr leicht in militärische Auseinandersetzungen münden können. Dieser Zusammenhang ist den politischen und militärischen Planungsstäben Bonns durchaus vertraut. Sie kalkulieren ihn ein und bemühen sich, militärisches und politisches Instrumentarium eines Krisenmanagements in ein praktikables Verhältnis zueinander zu bringen. Sehr aufschluß-

6) Wehrkunde a.a.O., S. 123
7) Strauß a.a.O., S. 44

reich äußerte sich dazu Brigadegeneral Gerd Schmückle, der in der Diskussion um diese Frage besonders aktiv hervorgetreten ist. Schmückle stellt fest:

„Die Verwendung von Streitkräften bedeutet in der Krisenbeherrschung nicht mehr als eine verstärkte Diplomatie, eine kräftigere Art zu unterhandeln. Die Streitkräfte treten neben die diplomatischen Noten, wirtschaftlichen Maßnahmen, psychologischen Aktionen. Sie beherrschen nicht den Krisen-Schauplatz allein." An der zentralen Bedeutung des militärischen Faktors läßt er jedoch keinen Zweifel: „Kleinere bewaffnete Grenzzwischenfälle könnten der Krisenbeherrschung zugeordnet werden, ebenso die Androhung, Nuklearwaffen zu verwenden. Die Bedrohung des Gegenspielers mit Atomwaffen wäre somit die höchste Stufe, zu der in der Krisenbeherrschung emporgestiegen werden kann" [8]).

Diese kühle Definition der Verwendung von Streitkräften als eine verstärkte, wirksamere Form der Diplomatie gilt es in Rechnung zu stellen, wenn man dazu neigen sollte, die Ostpolitik Bonns als isoliertes diplomatisches Manöver zu betrachten. Hier liegt der Schlüssel des Verständnisses für die Frage, was von Bonn unter Umständen zu erwarten wäre, wenn die Entspannungspolitik allein nicht die gewünschten machtpolitischen Veränderungen in Europa bewirken würde. Die Gefährlichkeit dieser Überlegungen, die bereits ins Stadium konkreter Planung eingetreten sind, ergibt sich nicht zuletzt auch aus der prinzipiellen Einschätzung Bonns, daß begrenzte Kriege in Europa denkbar und praktikabel sind. Die Theorie des Krisenmanagement impliziert diese Prämisse, wobei das als wahrscheinlich erachtete „Kriegsbild" sich als konventionell geführter Konflikt darstellt, in dessen Verlauf der Gegner durch die Drohung mit Atomwaffen zum Einlenken gezwungen werden soll. Folgerichtig heißt es bei Schmückle, daß „Krisenmeisterung, wie sie hier verstanden wird, ohne den Hintergrund von Nuklearwaffen nicht möglich ist".

Zivile Voraussetzungen des Krisenmanagement

Nun hat sich jede strategische Planung nicht allein an den Zielvorstellungen, sondern auch an den vorhandenen politischen und militärischen Möglichkeiten zu orientieren. Die Frage stellt sich also, ob und gegebenenfalls welche Vorbereitungen die Bundesregierung getroffen hat oder treffen wird, um die Fähigkeiten zum Krisenmanagement zu erlangen. An eben diesem Punkt spannt sich die Brücke von den wehrpolitischen Planungen zur sogenannten zivilen Vorsorge für den Notstandsfall. Steht es doch außer Frage, daß ein Staat, dessen Regierung bereit ist, je nach Lage und Beurteilung die ganze Skala ihrer Machtmittel zur Erreichung bestimmter politischer Ziele einzusetzen — einschließlich der militärischen —, bereits in Friedenszeiten auf den bewaffneten Konflikt vorbereitet werden muß. Wortreich haben sich die Verfechter der Notstandsgesetze gegen den Vorwurf gewehrt, eine Umformung nahezu aller Bereiche des öffentlichen Lebens im autoritären, auf Militarisierung zielenden Sinn eingeleitet zu haben; aber eben dies ist mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze geschehen. Ernst Benda selbst hat das in seiner Einleitung zum 1. Notstands-Hearing anklingen lassen, als er erklärte:

„Heute unterliegen Art und Umfang der eigenen militärischen Reaktion keiner vorwegbestimmten Automatik, sondern müssen von der NATO und ihrer Mitgliedstaaten jeweils entschieden werden. Hieraus ergeben sich schon vom militärischen Standpunkt aus ... wichtige Forderungen an eine Notstandsverfassung, und zwar nicht erst für die Zeit des Krieges, sondern gerade für die Zeit der Krise vor dem Beginn bewaffneter Auseinandersetzungen. Diese Strategie ver-

[8]) Wehrkunde, München, August 1967, S. 394 f

langt Vorausdenken, präzise Vorbereitungen auf militärischem und zivilem Gebiet. Eine Notstandsverfassung erfüllt diese Voraussetzungen nur, wenn sie die ... komplizierte und langwierige Prozedur der Staatswillensbildung für die Zeit vom Beginn einer ernsten Krisenentwicklung an so umgestaltet, daß dann auf jede neue Situation aufgrund einer von der politischen Führung des Staates zu treffenden Entscheidung schnell und sachgerecht reagiert werden kann" [9]).

In diesem Zitat finden sich im Ansatz jene Forderungen, die die militärische Führung an die politische Verfassung des Staates stellt, wenn die Methode des Krisenmanagement als strategische Waffe erfolgreich eingesetzt werden soll. Diese Anforderungen lassen sich in den folgenden drei Punkten zusammenfassen:

1) Krisenmanagement setzt das Bestehen eines politischen Entscheidungszentrums voraus, das — unabhängig von parlamentarischer Prozedur und Bestätigung — schnell und ohne Rücksicht auf Mehrheitsbildungen auf anderen politischen Ebenen handeln kann. Diese Voraussetzungen sind durch die der Regierung für den Notstandsfall übertragenen Ermächtigungen weitgehend erfüllt. Das Notparlament stellt keine echte Beeinträchtigung dar.

2) Krisenmanagement als unmittelbare Vorstufe des Krieges verlangt im zivilen Bereich Vorkehrungen dafür, daß die öffentliche Meinung entweder so wirksam manipuliert wird, daß von ihrer Seite mit keinem oder nur unerheblichem Widerstand gerechnet werden muß, oder aber die Unterdrückung der öffentlichen Willensäußerung für den Fall, daß eine solche Manipulation nicht wirksam wird. Die Notstandsgesetzgebung der Bundesrepublik konzentriert sich auf den letzteren Fall: sie hat die Unterdrückung alternativer politischer Strömungen im Spannungs- und Notstandsfall mit allen staatlichen Machtmitteln — einschließlich des Einsatzes der Bundeswehr — eingebaut. Daneben jedoch sind jetzt auch Bestrebungen im Gange, stärkere institutionelle Vorkehrungen für die systematische Meinungsmanipulation im Sinne der Bundesregierung zu treffen. Das von Conrad Ahlers präsentierte Projekt einer „Bundeszentrale für Öffentlichkeitsarbeit", das die Parallele zum Reichspropagandaministerium geradezu aufdrängt und noch keineswegs ad acta gelegt ist, muß als Symptom dieser Bemühungen gewertet werden. In welchem Maße die alltägliche Beeinflussung der Öffentlichkeit mit vorwiegend antikommunistischen Klischees zu einer militant antiöstlichen Umformung des Bewußtseins breiter Bevölkerungskreise bereits geführt hat, kann hier im einzelnen nicht untersucht werden. Kein Zweifel aber darüber, daß ein solcher Prozeß fortschreitet: das Ansteigen rechtsradikaler Wählerstimmen ist nur ein Indiz dieser Entwicklung.

3) Die militärische Führung muß schließlich in die Lage versetzt werden, bereits in Friedenszeiten über alle wirtschaftlichen, verkehrs- sowie versorgungstechnischen Anlagen, über zivile Arbeitskräfte und anderes Hilfspersonal usw. verfügen zu können, sobald ihr dies in Übereinstimmung mit dem politischen Planungs- und Entscheidungsstab notwendig erscheint. Auch dieser Forderung tragen die verfassungsändernden, vor allem jedoch die einfachen Notstandsgesetze Rechnung. Punktuelle Kritik aus Kreisen der Bundeswehr an gewissen angeblich noch immer „unzureichenden" Regelungen im Notstandsgesetz ändern an dieser Einschätzung nichts: sie sind in gar keiner Weise ein Alibi für den immer wieder behaupteten hohen demokratischen Reifegrad dieses Gesetzes, sondern allenfalls Hinweise darauf, mit welchen „Verbesserungen" in nächster Zeit zu rechnen sein wird.

[9]) Tatsachen und Meinungen, Informationen des Bundesministers des Inneren, 3/67, S. 9 f

Betrachtet man die Notstandsgesetze also unter dem Aspekt, daß sie im zivilen Bereich die Voraussetzungen für die strategische Konzeption der Bonner Führungsspitze schaffen, die — unter dem Kennwort Krisenmanagement — auf die Erlangung größerer politischer und militärischer Handlungsfreiheit für eine gegen den Status quo gerichtete Außen- und Wehrpolitik zielt, so wird man sie nicht als rein innenpolitisches Phänomen werten können. Gleichgültig, ob man bereit ist oder nicht, der östlichen Interpretation der „aggressiven Notstandsgesetze" zu folgen — sicher ist soviel: diese sogenannten Vorsorgegesetze sind der integrierende Bestandteil eines politisch-militärischen Instrumentariums, das eben nicht nur zur Verteidigung, sondern auch zur Realisierung einer offensiv angelegten, vornehmlich gegen den Osten gerichteten Politik geeignet ist. Es hätte für eine auf echten Spannungsabbau bedachte Regierung keinen Grund gegeben, sich und diesen Staat in ein solches Zwielicht zu bringen. Eine politische Führung jedoch, deren machtpolitische Konzeption auch den militärischen Konflikt einkalkuliert, würde sich so wie Bonn entscheiden müssen.

Die militärischen Vorbereitungen der Teilstreitkräfte

Neben der Schaffung ziviler Voraussetzungen für ein funktionierendes Krisenmanagement stehen die militärischen Vorbereitungen. Auch hier gilt der Grundsatz, daß eine auf die Defensive orientierte Militärpolitik nicht gezwungen ist, für die Offensive zu rüsten. Die Bundesregierung jedoch tut eben dies, und es mag auch hier dem persönlichen Urteil überlassen bleiben, ob sie sich aus politischer Dummheit einem grundlosen Verdacht aussetzt (was der Fall wäre, hätte sie wirklich nur die Verteidigung im Sinn), oder ob nicht auch das eine logische Konsequenz ihrer im Kern offensiven Zielvorstellungen ist. Die Praxis der Rüstungspolitik erweist sich jedenfalls als planmäßige Ergänzung der zivilen Voraussetzungen für Spannungszeit und begrenzten militärischen Konflikt.

Die Beschaffungspläne für das Heer sehen den schnellen Aufbau einer Lufttransportkapazität sowie die Einführung waffentragender Hubschrauber (eine Nutzanwendung aus den amerikanischen Erfahrungen in Vietnam) vor. Die bereits zitierte Zeitschrift „Die Bundeswehr" referiert zu dieser Frage die Auffassungen des Generalinspekteurs des Heeres, Generalleutnant Moll:

„Seiner Auffassung nach kann die Heeres-Struktur nur evolutionär verändert, verbessert und modernisiert werden. Dabei kommt der Steigerung der Beweglichkeit der Landstreitkräfte eine besondere Bedeutung zu. Vor allem soll der Hubschrauber künftig nicht nur ein unentbehrliches Transportmittel, sondern auch ein sehr wesentlicher Waffenträger werden ... Weiterhin zeichnet sich für das Heer eine Art ‚innere Rotation' ab. Unter der Spitzmarke ‚abgestufte Präsenz' gibt es Vorstellungen, einen Teil der Heeresbrigaden ‚vorne' in ständig einsatzbereitem Zustand zu lassen" [10]).

Das Element der hohen Beweglichkeit modern bewaffneter Heeresverbände und die geplante Dislozierung voll einsatzbereiter Kampfverbände in unmittelbarer Grenznähe trägt die Züge einer offensiven Strategie. Das gilt auch für andere Waffensysteme des Heeres, so den Kampfpanzer „Leopard" und den für spätere Jahre vorgesehenen Kampfpanzer M 70. Im Dezember des vergangenen Jahres hatte sich der sozialdemokratische Abgeordnete Berkhan im Bundestag noch — wenngleich ohne besonderen Nachdruck — gegen den „Leopard" und für einen Jagdpanzer ausgesprochen, denn: „Der Jagdpanzer ist billiger als der Kampfpanzer, und er hat den Vorteil, daß er eindeutig eine Defensivwaffe ist" [11]).

[10]) „Die Bundeswehr", a.a.O., S. 121
[11]) Amtl. Protokoll des Bundestages, a.a.O., S. 7120

Er drang damit nicht durch. Daß auch die nuklearen Trägerwaffen des Heeres als unverzichtbar angesehen werden, erscheint da nur folgerichtig. Der Ruf nach atomaren Gefechtsfeldwaffen für die Bundeswehr, wozu auch Atomminen gehören, wird in letzter Zeit wieder mit größerer Dringlichkeit erhoben. Beachtung verdient in diesem Zusammenhang auch die geplante Zusammenlegung von Territorialverteidigung und Heer zu einer einheitlichen Teilstreitkraft. Generalinspekteur de Maizière nannte bei einer Erläuterung der Einzelheiten dieses Vorhabens einen der Gründe: die Sicherstellung einer reibungslosen Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und den Innenministerien der Länder im rückwärtigen Gebiet. Hier werden offenkundig erste praktische Weiterungen der Notstandsgesetze sichtbar, die den Streitkräften eine Reihe „stabilisierender" Funktionen im Hinterland einräumen.

Dabei — und das sollte bei der Gesamtbeurteilung dieser Fakten nicht übersehen werden — betonte der Generalinspekteur die Tatsache, daß den Kommandeuren des Heeres die Zusammenarbeit mit den zivilen Behörden in „völliger nationaler Verantwortung" obliege [12]). Das entspricht dem NATO-Vertrag, demzufolge Organisation, Ausrüstung und Infrastruktur in nationaler Kompetenz bleiben, die NATO hierzu lediglich Empfehlungen beisteuern kann, die nicht berücksichtigt werden müssen. Man beruhigt sich im In- wie im Ausland allzu leicht mit der Annahme, daß unerwünschte Eigenmächtigkeiten der Bundeswehr wegen der Assignierung ihrer Verbände in der Allianz ausgeschlossen seien. Faktum dagegen ist, daß die Befehlsübernahme durch die NATO nur im Kriege erfolgt. In Spannungszeiten, ja sogar in regionalen Konflikten, in die die NATO nicht einbezogen ist oder sich nicht einbezogen fühlt, gilt das Prinzip der natonalen Kompetenz. Eine Rechtslage, die gerade für die Beurteilung des Problems der Krisenbeherrschung als Instrument Bonner Politik von erheblicher Relevanz ist.

Die waffentechnische Ausrüstung der Luftwaffe steht ganz im Zeichen atomarer Strategie. Die Starfighter-Geschwader und die Pershing-Staffeln sind Faktoren des nuklearen Strike-Programms der NATO. Die Anschaffung neuer Waffensysteme — wie etwa des „Phantom" — zielen auf den Ausbau dieser Position. Die Luftwaffe ist das Kern- und Prachtstück des atompolitischen Ehrgeizes der Bundesregierung. Der Militärexperte der FAZ, Adelbert Weinstein, formulierte es so: „In Wirklichkeit halten wir mit der Luftwaffe militärisch und politisch den Trumpf für unsere Bündnis- und Außenpolitik in der Hand ... Im Rahmen der ‚Atomdiplomatie' hält der bisherige Auftrag (Bestimmung der Bundesluftwaffe für den atomaren Schlag, H. H.) weiter manche politische Möglichkeit bereit" [13]).

Nicht minder offensiv ist schließlich die militärpolitische Konzeption, die der Umrüstung der Bundesmarine zugrundeliegt. Ginge es hier wirklich nur darum, die Ostseeausgänge zu verteidigen, so wäre die Ausstattung der Marine mit nuklearen Trägern (F 104 G) und den Lenkwaffenzerstörern nicht notwendig. Dies sowie der Umstand, daß „eine Ausstattung der Marine mit solchen Waffen psychologisch-politisch höchst nachteilige Folgen" [14]) haben muß — eben weil sie das Vertrauen in die angebliche Defensiv-Strategie der Bundeswehr ad absurdum führt — können Bundesregierung und Bundeswehrführung nicht von der beschleunigten offensiven Ausrüstung abbringen. Ihrer Bewaffnung und ihrer taktischen Schulung nach ist die Bundesmarine auf Einsätze vorbereitet, die weit in die Ostsee hineingreifen. Sie unterscheidet sich darin in nichts von den ande-

[12]) vgl. „Die Welt", 31. Mai 1968, S. 8
[13]) FAZ, 24. April 1967, S. 1
[14]) Berkhan a.a.O.

ren Teilstreitkräften, die alle auf „Vorwärtsverteidigung" programmiert sind. Diese Fakten geben in hohem Maße Anlaß zur Beunruhigung. Die Bundesregierung wird es sich gefallen lassen müssen, daß man ihr militärisch-politisches Verhalten und die Absichten, die ihm zugrunde liegen können, nicht ausschließlich nach ihren friedfertigen Beteuerungen, sondern auch und vor allem nach ihren Taten beurteilt. Sie selbst nimmt dieses Recht anderen gegenüber in Anspruch, sie wird es darum ihren Kritikern nicht verweigern können. Jedenfalls wird es ihr mit Propaganda allein nicht gelingen, den Eindruck aus der Welt zu schaffen, daß die von ihr erstrebte Fähigkeit zum Krisenmanagement darauf zielt, Ausgangspositionen für militärisch-politische Initiativen zu schaffen, die den Frieden in Europa aufs ernsteste gefährden müssen.

Beunruhigende Perspektiven der Strategie-Diskussion

Hier sei ein kurzgefaßter Ausblick darauf angeschlossen, wie sich die Theorie vom Krisenmanagement auf der Basis der bisher erkennbaren Bonner Auffassungen und Möglichkeiten weiterentwickeln könnte. Setzt man voraus, daß weder die USA noch Großbritannien oder Frankreich bereit sind, der Bundeswehr in absehbarer Zeit zu den bereits vorhandenen Trägerwaffen die dazugehörigen atomaren Sprengsätze zu überlassen, so könnte sich — gefördert durch bestimmte Spannungen in Mitteleuropa, die zu stimulieren auch die Bundesrepublik in der Lage wäre — die Frage nach der Beschaffung atomarer Waffen auf eigene Faust stellen. Der massive Widerstand sowohl gegen das Zustandekommen und nunmehr gegen die Unterzeichnung eines Atomwaffensperrvertrages legt den Schluß zwingend nahe, daß man sich diese Möglichkeit nicht verbauen will. Hier sollte interessieren, was man im Westen von einer solchen „atomaren Option" der Bundesregierung hält. W. B. Bader, Amerikaner und Kenner der europäischen Szene, hat in der renommierten Zeitschrift „Foreign Affairs" die Möglichkeiten der Bundesregierung in dieser Richtung untersucht. Er kommt zu dem Schluß, daß die Fortschritte der Bundesrepublik in der Atomforschung, die bis 1969 geplante Inbetriebnahme von rund zehn Reaktoren mit einer zum Teil sehr hohen Leistungskapazität, die materiellen Voraussetzungen für eine militärische Nutzung schaffen. „Werden die heutigen Planungen in die Tat umgesetzt, so dürfte Westdeutschland in wenigen Jahren nicht nur zu einem der ersten Rivalen der ‚Großen' in der Nuklearindustrie werden, sondern auch in der Lage sein, sehr bald eine billige Bombe herzustellen" [15]). Bader gibt die Meinung einiger Experten des Pentagon wieder, wenn er feststellt, daß die Bundesrepublik innerhalb weniger Monate zu einer Aufnahme der A-Bombenproduktion in der Lage wäre, wenn sie sich entschlösse, ihren 1954 vertraglich fixierten Atomverzicht zu umgehen, indem sie beispielsweise im Ausland entsprechende Vorhaben durchführte (was der Vertrag nicht ausdrücklich verbietet), oder aber sich dieser Verpflichtung mit der Forderung entledigte, die Zeiten hätten sich geändert, die Sicherheitsgarantie der USA sei praktisch wertlos geworden, man müsse darum den Schutz des Landes in die eigenen Hände nehmen [16]). Dies wäre eine Weiterentwicklung von strategischen Überlegungen, die der Bonner Auffassung vom Krisenmanagement immanent sind und die darum nicht leichthin als irreal beiseitegeschoben werden sollten.

Und schließlich eine weitere perspektivische Überlegung: Es ist nicht auszuschließen, sondern im Gegenteil zu befürchten, daß in den strategischen Denkmodellen des Führungsstabes der Bundeswehr und der politischen Führung die Erwägung eines sogenannten Präventivschlages ein stärkeres Gewicht bekommt.

---

15) W. B. Bader, Nuclear Weapons Sharing and the German Problem, Foreign Affairs, New York, Juli 1966
16) vgl. Pierre M. Gallois, Der paradoxe Frieden, Seewald Verlag, Stuttgart, 1968

Dieser Verdacht geht von der Erkenntnis aus, daß die „defensive Zielsetzung der deutschen Verteidigungspolitik eben nicht überzeugend dargestellt werden (kann), wenn man in sie nur präventiv einsetzbare Träger einschließt" [17]). In der Tat steht eine auf Offensive programmierte Streitmacht — und dies ist die Bundeswehr hinsichtlich ihrer wesentlichen Bewaffnung ohne Frage — zwangsläufig in der Versuchung, als erste loszuschlagen.

In diesem Zusammenhang bietet die Reaktion bundesdeutscher Politiker und Militärs auf den Sechs-Tage-Krieg Israels, der durch einen massierten Überraschungsschlag ausgelöst und entschieden wurde, ernsten Anlaß zur Besorgnis. Der bekannte britische Militärschriftsteller Eugene Hinterhoff vermutet, es müsse „diese Lage auch den Befürwortern einer Vorbeugungsstrategie des ‚Ersten Schlages' im Westen, die in Opposition zu der offiziellen Strategie und Doktrin des ‚Gegenschlages' stehen, wirksame Munition geliefert haben" [18]). In der Tat, so ist es. Und neben den diesbezüglichen Stimmen aus dem politischen Raum (der „Bayernkurier" etwa) gibt es auch brisante Bekundungen aktiver Generalstabsoffiziere der Bundeswehr, wie das nachfolgende Zitat aus einem Artikel des Majors i. G. Joachim Sochaczewski beweist: „Nur wenn ein Gegner beginnt, war man bereit, sich zu verteidigen. Durch den Nahost-Konflikt scheint, wenn auch vorerst sehr zögernd, diese Beurteilung von Kriegen in der Öffentlichkeit an Boden zu verlieren. Nach nüchterner Wertung ... ist jedoch auch die moralische Verurteilung von Präventivkriegen nicht mehr einheitlich festzustellen. Zumindest wird die kriegführende Partei, die es überzeugend darzustellen versteht, daß sie einen derartigen Krieg führt, um sich vor der totalen Ausrottung zu bewahren oder ihre Unabhängigkeit zu gewinnen, eher von der Weltöffentlichkeit unterstützt als verurteilt" [19]).

Dies ist eine bemerkenswert verzerrte, bewußt tendenziöse Darstellung der Reaktion der Weltöffentlichkeit auf Israels Verhalten im Juni-Krieg. Die Debatten und Beschlüsse der UNO zeichnen ein anderes Bild. Jedoch: auch hierzulande sind maßgebende Politiker dabei, eine „überzeugende Darstellung" der der Bundesrepublik angeblich drohenden existentiellen Gefahren zu zeichnen. Wiederum empfiehlt sich Franz Josef Strauß: „Angesichts dieser prekären Situation, in die uns diese offensive Koexistenz-Politik (!) der Sowjets hineintreiben möchte, müssen wir aktiv werden. Auf uns allein gestellt und freiwillig an die Schutzmacht Amerikas gekettet, sind wir hilflos und auf die Dauer mit unseren Nachbarn zur technischen Unterentwicklung verurteilt; wir können eines Tages auf Gedeih und Verderb den Einflüssen und dem Willen einer eurasischen Vormacht ausgeliefert sein" [20]).

Wird diese faszinierende Darstellung der apokalyptischen Bedrohung durch den kommunistischen Moloch aber genügen, das moralische Verständnis der Weltöffentlichkeit zu erringen, wenn wir eines Tages versuchen, unsere Krise auf eigene Faust zu managen? Doch drängender noch die Frage: Ist diese grandiose Verzerrung der tatsächlichen Gegebenheiten durch einen amtierenden Minister der Bundesregierung, der sich Hoffnung auf die nächste Kanzlerschaft machen darf, in eben dieser Absicht zu Papier gebracht worden?

---

17) FDP-MdB Jung, Amtl. Protokoll des Bundestages, 140. Sitzung, 1967, S. 7165
18) Wehrkunde, München, Mai 1968, S. 241
19) Wehrkunde, Oktober 1967, S. 510
20) Strauß a.a.O., S. 38

gischen und Interessenkonflikte durchzusetzen. Inwieweit unter diesen Aspekten „Verfassungen der Freiheit" im liberalen Sinne möglich sind, steht dahin.

So sehr jedoch die Aufrüstung der lateinamerikanischen Staaten innenpolitische und soziologische Motive haben mag, ruht doch in jeder rüstungstechnischen Maßnahme eines dieser Staaten zugleich ein außenpolitischer Effekt: die Furcht des Nachbarstaats, ins Hintertreffen zu geraten. So geschieht, was die größte chilenische Zeitung „El Mercurio" am 16. Oktober vorigen Jahres treffend in einem Leitartikel schrieb: „Der Aufrüstung wohnt eine unausweichliche Dynamik inne, die selbst jene Regierungen zu irgendeiner Zeit mit sich fortreißt, die sie vermeiden wollen. Es genügt schon, daß ein Land seine bewaffnete Macht ein Stück weit über das vorhandene Kräftegleichgewicht hinaus vermehrt, damit sich seine Nachbarn verpflichtet fühlen, erneut das Kräftegleichgewicht herzustellen. Genau das ist der verhängnisvolle Aspekt dessen, was gegenwärtig in Südamerika vor sich geht. In der Tat hat man auf diesem Kontinent solche Waffensysteme eingeführt, die es bisher hier nicht gegeben hat. Ihre weitere Verbreitung scheint jetzt unvermeidlich."

Bücher

Revolution der Schriftsteller

Ist eine Revolution unvermeidlich? 42 Antworten auf eine Alternative von Hans Magnus Enzensberger. Spiegel-Verlag, Hamburg 1968, 64 S., 2,— DM.

Kein anderes Dokument gibt gegenwärtig schlüssigere Auskunft über den Bewußtseinsstand und das politische Engagement der westdeutschen Schriftsteller als die Antworten, die 27 Autoren kürzlich dem Spiegel zu einer These von Hans Magnus Enzensberger gegeben haben und die der Verlag jetzt in einer sechzigseitigen Broschüre vorgelegt hat. Enzensberger hatte vor einigen Monaten, vor den Osterdemonstrationen und vor Verabschiedung der Notstandsgesetze, in „Times Literary Supplement" seine politische Lagebeurteilung auf einige knappe und suggestive Formeln gebracht:

„Tatsächlich sind wir heute nicht dem Kommunismus konfrontiert, sondern der Revolution. Das politische System der Bundesrepublik läßt sich nicht mehr reparieren. Wir können ihm zustimmen, oder wir müssen es durch ein neues System ersetzen. Tertium non dabitur." Nicht wenige der befragten Autoren stimmen dieser Ansicht spontan und uneingeschränkt zu. Daß etwas mit dem Gegensatz von Kommunismus und Revolution nicht stimmen könnte, bemerken noch am ehesten ein paar Schriftsteller von der literarischen Regierungspartei oder von der Rechten. Sie sind immerhin aufmerksam genug, nicht jeden Trennungsstrich mitzuvollziehen, der einem linken, aber um Gottes willen nicht kommunistischen Autor nur eben recht ist. Woher sollte denn aber in Deutschland eine Revolution anders herkommen als von linksaußen, von den Sozialisten und Kommunisten! Nimmt Enzensberger im Ernst an, das erstarrte System könnte sich aus eigenen Kräften selbst revolutionieren — ohne eines Trägers, einer organisierten Gegenkraft, einer Partei oder einer Klasse, zu bedürfen?

Freilich, den übrigen Autoren, die sich entweder links nennen oder als solche gelten, gibt die Trennung von Revolution und Kommunismus die Gelegenheit, ungestraft

nach dem Umsturz zu rufen, ohne sich dem Kommunismusverdacht auszusetzen. So wird denn für viele Schriftsteller die Revolution das mindeste, was sie wollen. Nicht wenige rufen nach mehr. Carl Amery möchte die „seelische, die Seelenrettungsrevolution", wie sie weder Franz von Assisi noch Savonarola gelungen ist. Paul Celan hofft auf „die große Wandlung", die allemal beim einzelnen, aber kaum beim einzelnen Großkonzern, anfängt, Günther Herburger propagiert die „Erziehung der eigenen Kinder zu ganz hochmütigen, lärmenden und fröhlich süchtigen Leutchen", Rolf Hochhuth empfiehlt „die systematische Unterwanderung der SPD durch anständige Menschen" und nennt als Vorbild den Altvater Heuss!

Die gelehrten Poeten haben den Stein der Weisen zur Hand, jeder für sich. Hans Egon Holthusen schwärmt von einer „Literarisierung der Politik", und Walter Jens redet einer „qualitativen Metamorphose" das Wort: ein schönes Wort, ein kluges Wort, das selbst die Revolution lammfromm macht. Nur bleibt der Rhetorikprofessor uns den Schlüssel zu seiner Revolutionsmetapher schuldig. Woher das Mittel nehmen und nicht aus dem Arsenal des Himmels stehlen, das aus Polizisten gute Sozialisten zaubert? Vielleicht hilft da ein bißchen von der „männlichen Geduld", zu der Paul Schallück rät, oder am besten, die ungeduldigen Revolutionäre warten mit Dieter Wellershof auf „die Verlängerung der Lebenserwartung, die Antibabypille und das veränderte Sexualverhalten", Neuerungen, die das ganze System von unten nach oben umkrempeln sollen. In einem Land, in dem Waschmittelfirmen ihre Erzeugnisse als „Revolution in rosé" anpreisen, droht das Wort zu einer leeren Vokabel für politische Sensation zu werden. Umso wichtiger wäre es, daß die Literaten dem Begriff zu seiner revolutionären Aussage zurückverhelfen könnten! Mit leeren Worthülsen läßt sich allenfalls Lärm machen, aber ins Ziel trifft man nur mit geschliffenen Formulierungen.

Der Ruf nach dem Neuen, das da kommen soll, wird lauter, je weniger man mit dem Alten fertig wird: das gilt für die literarische Linke wie für die Rechte. Egal, was kommt — Hauptsache, es wird anders, sagen sich viele. Der Wunsch nach Veränderung um jeden Preis — koste es, was es wolle — erspart den Autoren allerdings vielfach die genauere Zielbestimmung. Mit ähnlich vagen Wunschvorstellungen von einer neuen Welt, in der mehr los ist als in der bürgerlichen Spießergesellschaft, haben einige Expressionisten vor über fünfzig Jahren sogar den Ersten Weltkrieg begrüßt, nur weil er die Dinge in Bewegung gebracht hat, und wem es vor 1933 gar zu sehr nur um Bewegung, gleich wohin, ging, der konnte zuguterletzt noch der Untergangsbewegung des Nationalsozialismus freudig zustimmen! Das Verlangen nach Unruhe und Bewegung ist als Antwort auf die reaktionäre Immobilität der Fünfziger- und Sechzigerjahre nur zu verständlich. Aber in Anbetracht der verstärkten Auffangbemühungen der Reaktion kann das bloße Beunruhigt- und Bewegtsein nicht mehr genügen, es muß inhaltlich ausgefüllt und in eine klare und eindeutige Richtung, auf den Weg des kulturellen, politischen und sozialen Fortschritts, gelenkt werden. Solang es keine festumrissenen Ziele gibt — sie zu entwerfen, ist Aufgabe auch des Künstlers —, bleibt die voreilig gefeierte „Bewegung" ein Eiertanz, ein zielloses Hinundher von Punkt zu Punkt, ein ohnmächtiges Protesthüpfen. Noch die Revolution um der Revolution willen, wie sie Enzensberger und seine dichtenden Genossen zu befürworten scheinen, kann in ihr Gegenteil umschlagen und das verhaßte System auf einer neuen Stufe reproduzieren. Solang der politische Fixpunkt fehlt, von dem aus sich die Gesellschaftsordnung aus den Angeln heben läßt, bleibt jeder isolierte Versuch einer „Kulturrevolution" ein Sturm im Wasserglas: Er schäumt, ohne die Basis anzugreifen. Wo es keine klar formulierten Fernziele gibt, sie fehlen bei Enzensberger wie bei vielen seiner Kollegen, sind auch die Nahziele schwer ausfindig zu machen; sie liegen, wenn auch weit entfernt, auf derselben Linie! Die Antwort auf die Frage „Was tun", was hier und jetzt tun, bleiben denn auch die meisten Autoren schuldig. Vielen erscheint der Kampf um die Erhaltung und den schrittweisen Ausbau der Demokratie im Grunde sinnlos. Sie haben den Verdacht, daß der Kampf gegen die Notstandsgesetze, den Neonazismus und die Ausbeuterpraktiken letzten Endes wieder dem „System" zugutekommt. In Wirklichkeit sind sie oft nur ratlos, weil sie nicht wissen, was danach und darüberhinaus geschehen soll. Radikalität und Fatalismus wohnen bei vielen eng beieinan-

der. Die meisten wissen vom herrschenden „System" nur, daß es abgrundschlecht ist, und möchten es deshalb lieber heut als morgen über Bord werfen. Die totale Verweigerung, die sie mit heroischer Verbissenheit predigen, enthält bei Licht betrachtet jedoch kaum eine Möglichkeit der Aufhebung. Sie ist so praxisfern wie ein Gebetbuch und stärkt letzten Endes nur die allgemeine Lethargie der Massen, auf der die alte Ordnung noch immer ruht: Anleitungen zum täglichen Kleinkrieg gegen staatliche und unternehmerische Willkür sucht man in den Stellungnahmen der Schriftsteller vergeblich. Wo einmal die Einsicht in die Notwendigkeit des tagtäglichen Engagements für die Sache der Demokratie und des Sozialismus fehlt und wo zum andern die Erwartungen in Hinblick auf den bald ersehnten Umsturz gar zu hochgeschraubt sind, ist die Verzweiflung meistens nicht weit. Die Anklage der radikalsten Systemverwerfer wie Carl Amery, Richard Hey oder Reinhard Lettau sind denn auch von Resignation untermalt. Ein falsches Pathos der Vergeblichkeit stellt sich unvermittelt ein, und immer wieder ist ein gereiztes oder verletztes „Was solls eigentlich?" zu vernehmen: Solche Unsicherheit von seiten ihrer Wortführer kann den Kampf der außerparlamentarischen Opposition mehr verunsichern als überraschende Übergriffe der Polizei. Nicht der Zweifel und die bohrende Frage sind von Übel, lähmend wirkt nur die Infragestellung selbst der Suche nach den geeigneten Wegen.

Enzensberger reduziert übrigens wie die bedingten oder absoluten Rechtfertiger der bestehenden Ordnung, wie die vom Spiegel befragten Jürgen Becker, Günter Grass, Peter Härtling, Rudolf Hagelstange, Hans Egon Holthusen, Günter Seuren oder Friedrich Torberg, die Probleme unserer Gesellschaft auf ein einfaches Entweder-Oder, ein Standpunkt mithin, der genaueres Hinsehen, jede konkrete Parteinahme und die Mitarbeit an einzelnen Projekten überflüssig macht, eine metaphysische Flucht ins Absolute. Für denjenigen, der die Revolution nicht als Wunder über Nacht erhofft, bleibt nur das wesentlich anstrengendere Sowohl-als-auch: sowohl für die Erhaltung „systemimmanenter" Rechte und Freiheiten als auch für die Fortentwicklung der Gesamtgesellschaft hin zum Sozialismus eintreten. Merkwürdig, daß das Wort „Revolution" auf den Wunschlisten der Autoren so häufig und das Wort „Fortschritt" nur sehr selten auftaucht. Stattdessen ist allenfalls von einer „Dynamisierung der Gesellschaft" oder von „permanenter Progressivität" die Rede. Der Fort-Schritt von einer Position zur andern, der lange Marsch durch die Institutionen ist als Aktionsmodell den meisten Autoren fremd. Statt ihr Engagement für eine schrittweise Veränderung der Gesamtgesellschaft einzusetzen, bestehen sie auf einem absoluten Alles-oder-nichts-Standpunkt, dem das Nichts freilich näher steht als das Alles-auf-einmal. Wer im ersten Satz bereits die Revolution fordert, stellt schon im nächsten ihre Unmöglichkeit fest. Das Ergebnis: es bleibt alles beim alten. Das totale Nein wird von der stolzen Geste zur Verweigerung und verzerrt alle Perspektiven. Die revolutionäre Gebärde wird mit dem Programm eines revolutionären Umsturzes verwechselt und erstarrt zur Bürgerschreckpose. Autoren wie Enzensberger, Amery oder Walser scheinen die Revolution aus dem Ärmel zu schütteln, freilich eine Revolution nach ihrem Ebenbild, ein Überbaueinsturz, kaum mehr als ein großes Theaterereignis. Von der Abschaffung des Privateigentums spricht niemand, die Autoren sind bereits allesamt mit der Ausgestaltung der Revolutionsfeiern beschäftigt und vergessen darüber die Hauptarbeit der Revolutionäre, die Zerschlagung der Reaktion, die Enteignung der Kapitalisten und die Solidarisierung der Massen. Weil Festredner zurzeit noch nicht gebraucht werden, ist man versucht, die Revolutionsdichter in ihrem eigenen Saft schmoren zu lassen. Aber die Revolutionen werden allemal gemacht von denen, die dazu bereit sind. Da zählt jeder, auch der Literat: bisher hat noch jeder revolutionäre Prozeß im Bereich der Ideologien angefangen.

Trotzdem: manche der Antworten, und gerade die kürzesten unter ihnen, können sich sehen lassen. Bazon Brock, Erich Fried, Wolfdietrich Schnurre, Martin Walser und Gerhard Zwerenz geben sich nicht mit Enzensbergers pauschalem Dualismus zufrieden und stellen präzise und konkrete Gegenvorschläge zur Diskussion, deren Anwendung eine kontinuierliche Fortentwicklung der Ansätze zu einer demokratischen Gesellschaft einleiten könnte. Nicht die Radikalität der Thesen macht ihren

Wert aus, sondern ihre Anwendbarkeit und Brauchbarkeit.

Der Spiegel war gut beraten, daß er sich nicht mit den Antworten von 27 Schriftstellern zufrieden gab, sondern die Beiträge von fünfzehn profilierten Studentenpolitikern hinzunahm. Schade, daß Stimmen aus der Gewerkschaftsbewegung gänzlich fehlen. Statt provozierender Thesen bieten die Studenten in der Mehrzahl nützliche Ansichten zur Systemanalyse und -transformation. Selbst relativ unpolitische AStA-Funktionäre formulieren ihre Forderungen oft klarer als mancher linke Literat. Es scheint so, als ob die fortgeschrittensten Studentenpolitiker mittlerweile über die Phase bloßen Theoretisierens hinausgelangt sind; sie sind dabei, Modelle praktischen Handelns zu entwickeln, die als Vorbild für den Kampf um eine demokratische und sozialistische Gesellschaft an allen Orten brauchbar und anwendbar sind.

Peter Schütt

Stoltenberg-Reden

Gerhart Stoltenberg, Hochschule — Wissenschaft — Politik. Ausgewählte Reden, Ullstein-Taschenbuch 636, Berlin 1968, 2,60 DM.

Springers Ullstein-Verlag hat endlich eine wohldosierte Auswahl aus den offiziellen Auslassungen des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung einem breiten Publikum zugänglich gemacht. Weggelassen sind Texte, in denen der ehemalige RCDS-Funktionär, der Kieler Dozent für Geschichte („Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1919—1933"), der Angehörige des Krupp-Generalstabs und der zielstrebige CDU-Karrierist die wissenschaftspolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung allein deutlich kennzeichnete: etwa „Wissenschaft im Dienste der Wirtschaft" (Wirtschaftsdienst, Hamburg 1967, Heft 2) oder „Ziele und Planungen unserer Wissenschaftspolitik" (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesreg., 1966, Nr. 20). Weggelassen ist auch jene Bundestagsrede vom 7. 5. 1968, wo die aggressiv reaktionäre Haltung des Ministers bei der Durchsetzung seiner Wissenschaftspolitik in einer Weise unverhüllt zu Tage tritt, die manche potentielle Kunden der Stoltenberg-Bibel verschrecken könnte. Enthalten sind teils rein ideologische Erbauungsreden, teils rein pragmatische Darstellungen aus der Tätigkeit des Ministeriums unter sorgfältiger Aussparung der eigentlich politischen Dimension. Der Zweck der kapitalistischen Zweckdienlichkeit, die Stoltenbergs pauschales Argument bildet, wird als von allen bereits akzeptiert unterstellt und nirgends inhaltlich bestimmt.

Entsprechend verdrießlich ist die Lektüre. Man lernt nicht mehr, als was man schon weiß: daß in unserem Staate genau unterschieden wird zwischen öffentlicher Propaganda und Informationen über tatsächliche Vorgänge in der Herrschaftsmaschinerie, die besser dem Kreis der allein an ihr Beteiligten vorbehalten bleiben. Die vorliegenden Texte sind so inhaltsarm und verraten so deutlich ihren einzigen Zweck, die Öffentlichkeit zu täuschen, daß nichts Besseres mit ihnen anzufangen ist, als exemplarisch eine Methodologie demagogischer Täuschung herauszudestillieren.

1) Formalisierende Abstraktion von inhaltlichen Bestimmungen, Entpolitisierung der Hochschulprobleme unter Verbreitung eines Scheines rein technologischer „Sachgerechtigkeit":

„Aber sie (die Hochschulen) müssen auch ihrerseits das starke Drängen der Öffentlichkeit (welcher? der Studenten? der Unternehmer? der Werktätigen?) auf schnelle wirkungsvolle Veränderungen (welcher Art? Veränderungen an sich? Demokratisierung oder technokratische Funktionalisierung? Im Interesse welcher Gruppen?) verstehen, weil sonst eine unerträgliche Lage zu entstehen droht." (S. 25)

Gepriesen werden permanent die Reformfähigkeit und -freudigkeit der Bundesrepublik, der „Wandel", der allenthalben sichtbar sei und der „Reformen" notwendig mache, zu „Planung" dränge und ein „neues Verhältnis zwischen Staat und Wissenschaft" bedinge. Was Zweck und wer Interessent solcher „Reformen" und „Planung" sei, bleibt ebenso permanent unterdrückt.

Bundesrepublik geworden, sind heute wieder das, was sie schon 1960 waren: eine Art Müllabladeplatz für private Sorgen einzelner Soldaten (denen, das sei nicht geleugnet, in Einzelfällen auch geholfen werden kann) und, was wichtiger ist, eine Institutionalisierung demokratischer Ornamente am Gefüge der Bundeswehr. Daß das nicht so zu sein braucht, hat der Fall Heye nachhaltig gezeigt. Bislang haben daraus nur die Parlamentarier gelernt, die eine Wiederholung solcher Einsätze öffentlicher Diskussion um jeden Preis vermeiden wollen. Eine sich ihrer Macht bewußter werdende kritische Öffentlichkeit könnte aber hier wie auf anderen Gebieten, die verfassungsmäßigen Rechte zur „civil control" voll ausnutzend, Bundestag und Bundeswehr-Führung dazu zwingen, die demokratischen Funktionen, die ihr aufgegeben sind, durch diese Dienststelle auch wirklich ausüben zu lassen. In einer der jüngsten Arbeiten über den Wehrbeauftragten äußern die Autoren Bader und Brompton die Hoffnung, die allgemeine Anerkennung, die heute dem Wehrbeauftragten entgegengebracht werde, sei als ein Zeichen für die „so badly needed democratization of Germany"[28]) zu werten. Dieses Ziel ist aber noch weiter entfernt, als sie meinen. Aber man kann ihnen darin sicher zustimmen, daß ein Wehrbeauftragter, der sein Amt im Sinne demokratischer Kontrolle über die Armee auffaßt, der auch vom Parlament hierin unterstützt wird, für eine Annäherung an dieses Ziel vieles tun könnte. Zwar wird diese Aussicht verdunkelt durch die Zustände heute. Das gegenwärtige Parlament und der gegenwärtige Wehrbeauftragte werden jedwedem Impuls, das Godesberger Amt für eine demokratische Kontrolle über die Bundeswehr zu aktivieren, harten Widerstand entgegensetzen. Davon sollte sich aber kein Demokrat beirren lassen.

Norman Borodin, Moskau

Amerika: Zweihundert Jahre verratene Demokratie

Zwei Dokumente — zwei Amerikas

Der heimtückische Mord an Martin Luther King, einem Mann, der zum Kampf für die Bürgerrechte und zur Einstellung des Krieges des amerikanischen Imperialismuß gegen das vietnamesische Volk aufrief, läßt immer von neuem die Frage laut werden: Wie kam es dazu, daß die Vereinigten Staaten, die doch im Ergebnis eines revolutionären Krieges der englischen Kolonien gegen die britische Monarchie entstanden waren, nach weniger als zweihundert Jahren das reaktionärste, meistgehaßte Land geworden sind?

28) Boder, H./Brompton, H., in: The Annals, H. 377, Mai 1968

In einem Brief an die amerikanischen Arbeiter schrieb W. I. Lenin im Jahre 1918: „Die Geschichte des neuesten, zivilisierten Amerika beginnt mit einem jener großen, wahrhaft befreierischen, wahrhaft revolutionären Kriege, deren es in der riesigen Masse von Raubkriegen so wenige geben hat . . ."

Welche historischen Ereignisse und Handlungen, welche Kräfte führten dazu, daß die ehemaligen britischen Kolonien, die 1776 das Joch König Georgs III. abgeschüttelt hatten, nunmehr im 20. Jahrhundert, wie Walter Lippman sagte, der oberste Weltgendarm wurden, der die imperialistische Herrschaft über unseren Planeten an sich reißen will? Bis zu einem gewissen Grade kann man diese Frage beantworten, indem man sich die Hauptetappen der Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus und seines höchsten Stadiums — des Imperialismus — vergegenwärtigt.

Die beiden grundlegenden Dokumente, die von den „Vätern der amerikanischen Revolution" bereits in den ersten Jahren nach der Gründung der neuen Republik angenommen wurden — die Unabhängigkeitserklärung (1776) und die Verfassung der USA (1788) — enthalten bereits tiefwurzelnde Widersprüche. Im ersten Dokument wurde deklariert, daß „alle Menschen gleich geschaffen sind und daß der Schöpfer ihnen einige unveräußerliche Rechte gegeben hat, darunter das Recht auf Leben, Freiheit und Glück." In der Verfassung dagegen wurde die Rechtlichkeit der Sklavenhalterei und des Sklaventums anerkannt (§ IV, Abschnitt 2).

Doch auch nach Abschaffung dieses Paragraphen im Jahre 1865, nach dem Bürgerkrieg des Nordens gegen den Süden, behielten die Justizorgane der USA das Recht, einen Menschen zur Sklavenarbeit zu verurteilen. In der Unabhängigkeitserklärung wurde das Recht des Volkes zum Aufstand gegen Tyrannei, Willkür und Despotismus, auf Änderung der Staatsordnung anerkannt; die später angenommene Verfassung jedoch sah alle erforderlichen militärischen und sonstigen Mittel vor, um beliebige Volksaufstände, -rebellionen, -unruhen und Streiks niederzuschlagen.

Demnach enthalten bereits die Unabhängigkeitserklärung und die Verfassung der USA jene Widersprüche zwischen Worten und Taten der amerikanischen „Demokratie", die kraft der Natur des kapitalistischen Systems im Laufe der letzten 192 Jahre stets tiefer und schärfer wurden. Darüber hinaus läßt sich sagen, daß in diesen zwei Hauptdokumenten bereits die Grundlagen für zwei Amerikas enthalten sind. So entwickelten sich von Anfang an, parallel sozusagen, wenn auch ungleichmäßig, ein kapitalistisches und ein progressives Amerika. Während das erstere konsequenten Gebrauch machte von allen reaktionären Auslegungsmöglichkeiten der Verfassungsparagraphen, um seine eigennützigen Interessen innerhalb des Landes und seine Ambitionen nach außen sicherzustellen, blieb das andere, das progressive Amerika, ungeachtet fortwährender Verfolgungen, die nunmehr beinahe zweihundert Jahre andauern, allem zum Trotz den Grundthesen der Unabhängigkeitserklärung treu, in denen ihr Hauptverfasser, Thomas Jefferson, die elementarsten Menschenrechte, die Gründe und die Notwendigkeit revolutionären Befreiungskampfes formuliert hatte.

Die amerikanische Arbeiterklasse und die fortschrittliche Intelligenz entwickelten beharrlich und zielstrebig eine demokratische Kultur, wobei sie den erbitterten Widerstand der Bourgeoisie und der reaktionären bürgerlichen Intellektuellen zu überwinden hatten. Letztere entwickelten ebenfalls ihre „Kultur" — eine Kultur, die heute so tief gesunken ist, daß sie vorzugsweise Pornographie, Comics, Napalm und menschenhasserischen Militarismus hervorbringt.

Berühmte Gelehrte, Erfinder, Künstler und Schriftsteller, die Amerika der Welt gegeben hat, standen und stehen in der Regel auf seiten des Fortschritts und Antiimperialismus. Die bürgerlichen Demokraten Thomas Jefferson und Benjamin Franklin, die Erfinder Thomas Edison, Alexander Bell, Robert Fulton und die Brüder Wright, die Maler John Copley und James Whistler, die Schriftsteller Mark Twain, James Fenimore Cooper, Theodore Dreiser, Ernest Hemingway, Henry Longfellow, Edgar Allan Poe, Walt Whitman, Upton Sinclair und Sinclair Lewis, die Komponisten Stephen Foster und George Gershwin und viele andere Wissenschaftler und Kulturschaffende haben ihren gewichtigen Beitrag zur Kultur Amerikas und der ganzen Welt geleistet. Parallel aber zu dieser progressiven Kultur entwickelte sich eine andere, eine volksfeindliche „Kultur", deren Vertreter den sozialen Auftrag der amerikanischen Bourgeoisie ausführten, die den sogenannten „american way of life", d. h. die Lebensweise des kapitalistischen Amerika, anpriesen.

Sieht man sich die Worte und Taten des amerikanischen Kapitalismus näher an, so wird man bemerken, daß amerikanische Staatsmänner und bourgeoise Historiker in Erfüllung des sozialen Auftrages ihrer wahren Herren zu den größten Geschichtsfälschern und Zynikern, die die Welt kennt, gezählt werden müssen. Am zynischsten wird wohl die Geschichte der US-Außenpolitik gefälscht. Und eines der schamlosesten Machwerke dieser Fälschung ist zweifelsohne der Mythos von der „freien Welt", mit deren Verteidigung gegen die „kommunistische Gefahr" die amerikanischen Führer seit einiger Zeit ihre aggressiven Handlungen und Kriege motivieren, darunter auch den Völkermord in Vietnam.

Die Ideologen des amerikanischen Expansionismus

Werfen wir einen Blick auf die Vorgeschichte der „freien Welt". Als die USA gegen Ende des vorigen Jahrhunderts die „Erschließung" und „Abrundung" ihres Territoriums mit den Indianern, Mexiko (Texas und Kalifornien) und Kanada geraubten Ländereien beendet hatten, fanden sie, es sei an der Zeit, die Politik der Eroberungen neuer Rohstoffquellen und Absatzmärkte für ihre Industriewaren in Angriff zu nehmen. Zu diesem Zeitpunkt kannte Amerika bereits Industriekrisen, Arbeitslosigkeit und Klassenkampf.

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hatten in den USA isolationistische Stimmungen vorgeherrscht — man mußte ja die eroberten Ländereien auf dem nordamerikanischen Kontinent erschließen und besiedeln, und außerdem hatte der „Vater der Nation", George Washington, seinen Erben geboten, sich in Angelegenheiten anderer Kontinente weder einzumischen noch verwickeln zu lassen. „Die letzten Mohikaner der bürgerlichen Demokratie", wie Lenin sie genannt hat, waren gegen außeramerikanische Abenteuer und Annexionismus. Um diese Stimmungen abzustellen, waren neue Ideologen nötig, die die „Lebensnotwendigkeit" der außenpolitischen und wirtschaftlichen Expansionen formulieren konnten.

Der bekannte amerikanische Historiker Prof. Charles Beard, der in den USA als „Doyen" gilt, hebt unter der Vielzahl der Ideologen der Vergangenheit besonders solche Männer hervor wie den Lehrer des Kriegs-Marinecolleges Captain (später Admiral) Alfred Mahan, Senator Albert Beveridge, den späteren Präsidenten Theodore Roosevelt und Senator Henry Cabot Lodge sr. (den Vater des jetzigen US-Botschafters in Bonn). Allerdings unterstreicht Prof. Beard, daß Mahan einer der Haupttheoretiker des streitbaren Imperialismus war, während die übrigen drei zwar an der Ausarbeitung der Theorie mitwirkten, hauptsächlich aber praktisch-politisch tätig waren. Die theoretische Fundamentalarbeit Mahans — sein Buch „Der Einfluß der Kriegsmarinemacht auf die Geschichte 1660 bis

1783" — wurde im Jahre 1890 veröffentlicht und nach Meinung Theodore Roosevelts „zur politischen Bibel der USA".

Prof. Beard verallgemeinert die Grundsätze und Ziele der Außenpolitik der USA, die in der „Bibel" Mahans ausgearbeitet sind, folgendermaßen: „1) Bau einer großen Kriegsmarineflotte; 2) Eroberung von Kolonien in verschiedenen Erdteilen; 3) Eroberung und Entwicklung von Kriegsmarinestützpunkten an verschiedenen Stellen des Erdballs zwecks Handelsschutzes und Drucks auf andere Länder; 4) Staatssubsidien für die Handelsflotte; 5) Verzicht auf sämtliche Pläne von Arbitrage und friedlicher Beilegung von Streitigkeiten, die die Vereinigten Staaten an der Durchführung ihrer realen Politik (d. h. der Politik des nationalen Egoismus) hindern können; 6) Einschränkung der Sozialgesetzgebung, die die für die Rüstung erforderlichen Mittel verschlingen würde; 7) Ausbau des Außenhandels, besonders mit China, durch entsprechende Aktionen der USA-Regierung; 8) Ausnutzung der Kriegsmarineflotte zu Friedens- und Kriegszeiten, um die Seehandelswege offenzuhalten, damit die amerikanischen Geschäftsleute Gewinn vom Handel erhalten können; 9) die Staatsmänner, wenn nicht sogar die ganze Bevölkerung der USA von der Notwendigkeit zu überzeugen, all diese Grundsätze in ihrer Gesamtheit zu unterstützen und ihnen beizupflichten und, unter welchen Umständen auch immer, sich an die Durchführung dieser Aktionen zu machen." [1]) Während Admiral Mahan das Programm einer zügellosen imperialistischen Expansion der USA, das alle Ideale der amerikanischen Demokratie über den Haufen warf, in einer verhältnismäßig ruhigen, akademischen Sprache dargelegt hatte, kleidete sein Freund und Anhänger Senator Albert J. Beveridge diese Prinzipien in eine bildhaftere Sprache, indem er unverhüllt rassistisch-chauvinistische Ideen hinzufügte. Am 9. Januar 1900 äußerte sich der siebenunddreißigjährige Senator des Staates Indiana, Beveridge, im US-Senat so: „Herr Vorsitzender! Gott schuf im Laufe von tausend Jahren die Völker, die englisch sprechen, ebenso auch die teutonischen Völker, nicht nur zur eitlen Selbstbetrachtung und Selbstbewunderung. Nein! Gott schuf uns zu Herren und Organisatoren der Welt, auf daß wir Ordnung schaffen, wo Chaos herrscht ... Er half uns, Fachleute auf dem Gebiet der Staatsverwaltung zu werden, damit wir über Wilde und niedergehende Völker herrschen können ... Gott zeichnete das amerikanische Volk als seine auserwählte Nation aus, die berufen ist, die endgültige Wiedergeburt der ganzen Welt zu leiten. Eben darin liegt die göttliche Sendung Amerikas ... Wir geben unsere Pflichten und unsere Möglichkeiten im Osten nicht auf. Wir stehen zu unserer Rolle bei der Ausübung der Mission der höheren Rasse, die durch Gottes Ratschluß zum Vormund der Weltzivilisation geworden ist ..." [2])

Senator Beveridge konnte sich allerdings nicht rühmen, als erster derartige Gedanken hervorgebracht zu haben. Er kleidete die Prinzipien Admiral Mahans lediglich in eine konkrete ideologische Form. Noch lakonischer schrieb über diese Ideen der bekannte Redakteur William Allen White aus Kansas, dessen hundertsten Geburtstag die „Stimme Amerikas" unlängst mit Sendungen in allen Sprachen höchst feierlich gewürdigt hat. White schrieb am 20. März 1899 in seiner Zeitung „Emporia gazette": „Nur die Angelsachsen können sich selbst beherrschen ... Die göttliche Mission der angelsächsischen Rasse ist es, vorwärtszuschreiten zur Eroberung der ganzen Welt. Die Angelsachsen werden alle Inseln der Weltozeane und Meere erobern. Darin liegt das Geschick des von Gott auserwählten Volkes ..."

---

1) Prof. Charles Beard, Die Außenpolitik für Amerika, Verlag Knopf, New York 1940, S. 43
2) Roger Butterfield, Amerikas Vergangenheit, Verlag Simon & Schuster, New York 1957, S. 287

Admiral Mahan, Senator Beveridge, Redakteur White sowie auch viele andere Militärtheoretiker, Gelehrte und Staatsmänner (J. Fiske, J. Burgess, Goodings, D. Strong u. a.) äußerten damit nicht allein ihre Privatmeinung. Sie formulierten vielmehr präzis einige ideologische Voraussetzungen der imperialistischen US-Expansion zu Beginn unseres Jahrhunderts. Noch konnte man nackte Aggression nicht durch den Rauchvorhang des Antikommunismus tarnen. Der „kalte Krieg" und die antikommunistische Rechtfertigung der Aggressionskriege des Imperialismus sollten erst später auf den Plan treten.

Ein blutiger Weg

Als die herrschenden Kreise der USA glaubten, die amerikanische Öffentlichkeit auf eine imperialistische Außenpolitik vorbereitet zu haben, machten sie sich daran, die von Admiral Mahan, Senator Beveridge u. a. skizzierten Pläne in die Tat umzusetzen. Es ist nicht möglich, in einem einzigen Artikel alle Raubzüge, „Strafexpeditionen", Annexionen fremder Gebiete und Eroberungen von Stützpunkten auch nur aufzuzählen, die die USA Ende des vorigen und Anfang dieses Jahrhunderts unternahmen und dadurch nicht nur die Unabhängigkeitserklärung und die Verfassung ihres Landes, sondern auch sämtliche Grundsätze des Völkerrechts und konkreter internationaler Verträge mit Füßen traten. Beschränken wir uns auf eine flüchtige Aufzählung einiger dieser Kriege und Expeditionen:

— 1898 brachen die Amerikaner einen Krieg mit Spanien vom Zaune, der zehn Wochen dauerte. Es war dies der erste imperialistische Krieg überhaupt. „Das war ein wundervoller kleiner Krieg", schrieb der amerikanische Botschafter in London, John Hay, an seinen Freund Theodore Roosevelt. Er kostete die Amerikaner (laut offiziellen, anscheinend etwas zu tief gegriffenen Angaben) 298 Tote, ohne die dank amerikanischer Spekulanten an Fleischvergiftung Gestorbenen mitzurechnen, und brachte den USA Kuba und die Philippinen ein, außerdem steckten sie noch die Hawaii-Inseln und eine Reihe anderer kleinerer Inseln in die Tasche.

— Allerdings erhob sich, von den Amerikanern betrogen, im Jahre 1899 das Volk der Philippinen unter Führung des Volkshelden Emilio Aguinaldo, so daß die USA noch drei Jahre lang zu kämpfen hatten. Nach offiziellen Angaben vernichteten die Amerikaner allein auf der Insel Luzon 600 000 Partisanen und friedliche Einwohner, wobei sie selbst von 63 000 Soldaten 4300 verloren. Die Greueltaten auf den Philippinen erschütterten damals die ganze Welt und auch die amerikanische Öffentlichkeit.

— Im Jahre 1900 besetzte die Marineinfanterie Puerto Rico, das die USA im Jahre 1899 annektiert hatten.

— Im Jahre 1900 nahmen 2500 Marineinfanteristen an der bestialischen Niederwerfung des Boxeraufstandes in China teil.

— Im Jahre 1903 führte die Marineinfanterie blutige Kämpfe gegen die Armee Kolumbiens bei der Eroberung der Landenge von Panama.

— Im Jahre 1904 fand die erste Intervention in der Dominikanischen Republik statt.

— In den Jahren 1906—1909 die zweite Invasion auf Kuba (bereits nach der Zusprechung der „Unabhängigkeit").

— Im Jahre 1909 die blutige Intervention in Honduras.

— Im Jahre 1911 landete die USA-Marineinfanterie in Honduras, Nicaragua und der Dominikanischen Republik, um dort angeblich Zollgebühren zu erheben.

— Im Jahre 1914 eroberte die amerikanische Marineinfanterie nach schwerem Beschuß von See aus den mexikanischen Hafen Vera Cruz und wütete bestialisch unter der Bevölkerung.

— Im Jahre 1914 rissen die Amerikaner Haiti an sich, dessen blutige Okkupation 20 Jahre lang dauerte, bis 1934.

— Im Jahre 1916 beteiligten sich die Truppen General Pershings (Kavallerie und Marineinfanterie) an der Intervention in Mexiko.

— Von 1916—1924 dauerte die dritte Intervention und Okkupation der Dominikanischen Republik.

— Von 1918—1920 dauerte die militärische Intervention gegen Sowjetrußland (im Norden und Fernen Osten).

— In den Jahren 1922—1924 und 1926—1933: Intervention in Nicaragua.

— Von 1950—1953 machten 424 000 amerikanische Marineinfanteristen den Krieg gegen das koreanische Volk mit. Die Provokationen gegen die Koreanische Volksdemokratische Republik dauern bis auf den heutigen Tag an (Beispiel „Pueblo").

— Im Jahre 1958 ging die Marineinfanterie im Libanon an Land.

— 1963/64 begann faktisch der Krieg des amerikanischen Imperialismus gegen das Volk von Südvietnam, anfangs mit Hilfe sogenannter „Berater", deren Zahl allmählich auf 3000 anwuchs. Heute sind über eine halbe Million allermodernst ausgerüsteter Soldaten der regulären Armee und Marineinfanterie der USA in Vietnam.

— Seit 1964, nach dem „Zwischenfall von Tonking", d. h. einer kalkulierten Provokation mit einer, wie inzwischen nachgewiesen ist, erfundenen „Attacke" von DRV-Torpedokuttern gegen die Zerstörer „Maddox" und „Turner Joy", führen die USA einen ungesetzlichen und unerklärten Krieg gegen die Demokratische Republik Vietnam. Um diesem barbarischen Krieg wenigstens den Anschein von Rechtlichkeit zu geben, peitschte Präsident Johnson im Kongreß die sogenannte „Tonking-Resolution" durch, die ihm die Möglichkeit gibt, Artikel I, Absatz 8 der Verfassung zu umgehen. Dieser Artikel spricht nur dem Kongreß das Recht der Kriegserklärung zu.

— 1965 fand die vierte Intervention in der Dominikanischen Republik statt unter Teilnahme von 20 000 Marineinfanteristen. Sie hielten grausame Abrechnung mit dem Volk und setzten ihm eine Marionettenregierung auf den Hals.

Selbst diese weitaus nicht vollständige Aufzählung der Verbrechen des amerikanischen Imperialismus, die Ende des 18. Jahrhunderts begannen und bis auf den heutigen Tag andauern, beweist, wie treffend W. I. Lenins Worte in dem bereits oben zitierten „Brief an die amerikanischen Arbeiter" waren: „Das amerikanische Volk, das der Welt ein Vorbild des revolutionären Kriegs gegen die feudale Sklaverei geliefert hat, ist nunmehr in die neueste, die kapitalistische Lohnsklaverei bei einem Häufchen Milliardären geraten und sieht sich jetzt in der Rolle des besoldeten Henkers, der dem rechten Gesindel zuliebe im Jahre 1898 die Philippinen würgte, unter dem Vorwand ihrer ‚Befreiung', und der im Jahre 1918 die Russische Sozialistische Republik würgt, unter dem Vorwand ihrer ‚Verteidigung' gegen die Deutschen ...." Lenins Äußerung unterstreicht ferner eine höchst charakteristische Besonderheit der amerikanischen Expansionspolitik: Die Vorwände für die Aggressionen wechseln ständig, aber unter beliebigen, auch den allerfantastischsten Vorwänden werden imperialistische Pläne der Weltherrschaft, wie sie bereits Ende des vorigen Jahrhunderts formuliert wurden, syste-

matisch in die Tat umgesetzt. Der Lieblingsvorwand von heute ist der Antikommunismus.

Verstöße gegen Vertragsverpflichtungen

Die USA führen seit Beginn des 20. Jahrhunderts und bis auf den heutigen Tag nicht nur aggressive Kriege, sie mischen sich nicht nur mit Waffengewalt in die internen Angelegenheiten anderer Staaten ein; sie verstoßen auch fortwährend gegen internationale Verträge, die Washington zu unterzeichnen und dann in Fetzen zu reißen pflegt. Betrachten wir kurz einige markante Vertragsbrüche der USA. Um nicht zu weit in die Vergangenheit zurückzugreifen, beginnt diese Aufzählung mit dem Jahre 1933:

— Im März 1933 unterzeichnete der USA-Staatssekretär Hull in Montevideo einen Pakt mit Lateinamerika, der folgenden wichtigen Punkt enthielt: „Kein einziger Staat ist berechtigt, sich in die inneren oder auswärtigen Angelegenheiten eines anderen einzumischen." Am 26. Dezember 1933 wurde dieser Pakt von allen Signatarstaaten ratifiziert, und am 28. Dezember 1933 erklärte Präsident Franklin D. Roosevelt: „Von nun an verzichten die USA in ihrer konkreten Politik auf jegliche militärische Intervention." Noch früher, am Tage seines Amtsantritts, erklärte Präsident Roosevelt: „Im Bereich der Weltpolitik weihe ich dieses Land (USA) der Politik des guten Nachbarn — eines Nachbarn, der entschieden sich selbst achtet und daher auch die Rechte anderer achtet." Wie grob nach F. D. Roosevelt die Präsidenten der USA den Pakt von Montevideo und die Rooseveltsche „Politik des guten Nachbarn" verletzten, ist aus der Geschichte der folgenden Jahre wohlbekannt.

— Am 14. August 1941 unterzeichneten F. D. Roosevelt und W. Churchill die Atlantik-Charta. Im September desselben Jahres billigten weitere fünfzehn Länder, darunter auch die Sowjetunion, diese Charta. In der Folgezeit verstießen die Vereinigten Staaten wiederholt gegen Geist und Buchstaben der Atlantik-Charta: gegen Punkt 3 — über das Recht der Völker, ihre Staatsordnungsform selbst zu wählen; gegen Punkt 7 — über die Freiheit der Seeschiffahrt; gegen Punkt 8 — über die Abrüstung der Aggressorenstaaten bis zur Herstellung einer ständigen Friedensstruktur, d. h. zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Deutschland und Japan.

— Bekannt ist auch, daß 26 Staaten, darunter die USA, am 1. Januar 1942 in Washington die Deklaration der Vereinten Nationen unterzeichneten, in der die Grundsätze der Atlantik-Charta bestätigt und das feierliche Versprechen abgelegt wurden, keine separaten Waffenstillstandabkommen oder Friedensverträge mit den gemeinsamen Feinden, den Ländern der faschistischen Achse, abzuschließen. Auch diese Deklaration haben die USA gröblichst verletzt.

— Die 1943 von den USA, Großbritannien und China unterzeichnete Kairoer Deklaration sah vor, daß die Insel Taiwan China zurückgegeben wird und daß Korea ein „freies und unabhängiges Land" wird. Taiwan wurde China nicht zurückgegeben, und Korea ist bis heute dank der zahlreichen amerikanischen Maschenschaften und Vertragsbrüche zerrissen; in Südkorea wurde ein militärisch-faschistischer Marionettenstaat geschaffen.

— Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa fand vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam eine Dreimächte-Konferenz statt: UdSSR, USA und Großbritannien. Im Einklang mit dem Potsdamer Abkommen sollte Deutschland durch die Besatzungsmächte denazifiziert, abgerüstet und demokratisiert sowie ein Friedensvertrag mit einer einheitlichen deutschen Regierung abgeschlossen werden, wenn diese gebildet wird.

Die westlichen Alliierten unter Führung der USA rüsteten die einseitig von ihnen geschaffene Bundesrepublik Deutschland nicht nur nicht ab, sondern sie halfen ihr darüber hinaus auch noch, mächtige Streitkräfte wieder aufzubauen, und nahmen sie dann in den aggressiven NATO-Block auf. Die „Entnazifizierung", wie sie die Alliierten in Westdeutschland durchführten, war eine platte Komödie: Nazis sitzen in leitenden Ämtern im Bonner Staat und in der Armee, und die Neonazis reißen in allen Bundesländern, unter den Fittichen der wohlmeinenden Großen Koalition, immer neue Stellungen an sich. Bei den nächsten Wahlen gedenken sie mindestens 40—50 Abgeordnete in den Bundestag zu bringen. Hitler hat seinerzeit nur mit 12 Abgeordneten angefangen. Wie kann überdies von einer „Demokratisierung" der Bundesrepublik Deutschland die Rede sein, wenn die KPD verboten ist, die Neonazisten-Organisation legal besteht und ihre Revanchelosungen von der Regierung unterstützt werden!

— 1947 ertränkten die USA, ausgehend von der dem Völkerrecht zuwiderlaufenden „Truman-Doktrin", unter der verlogenen Losung der „Aufhaltung der sowjetischen imperialistischen Expansion" die Volksbefreiungsbewegung in Griechenland in Blut.

— 1949 wurde in Washington der Vertrag über die Gründung des aggressiven Militärblocks NATO unterzeichnet, nachdem amerikanische Staatsmänner und hohe Militärs wiederholt verlangt hatten, gegen die UdSSR und andere sozialistische Länder einen Atom-Präventivkrieg zu starten. Die Signatarstaaten, die USA, Großbritannien, Kanada, Frankreich, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Italien, Dänemark, Norwegen, Island und Portugal — das „Bollwerk der freien Welt" — übernahmen die Verpflichtung, ihre Streitkräfte und ihre Rüstung ständig auszubauen. Im September 1950 erörterte die New Yorker Konferenz der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs den Vorschlag Achesons über die Teilnahme von zehn deutschen Divisionen am Truppenbestand der NATO, entgegen den Einwänden Frankreichs. Einige Tage später kam ebenfalls in New York der Atlantikrat überein, einheitliche europäische „Verteidigungskräfte" mit Oberbefehlshabern und voller Rüstungsteilnahme Westdeutschlands zu schaffen.

— Am 2. August 1951 unterschrieb Präsident Truman den sogenannten westdeutschen „Friedenskontrakt" (so bescheiden wurde der faktische separate Friedensvertrag umschrieben) und zugleich ein Protokoll, laut dem die NATO ihre Garantien bezüglich gegenseitiger Verteidigung auf die europäische Verteidigungsgemeinschaft ausdehnte. Dieser „Kontrakt", so schreibt der amerikanische Historiker Morris, gab im Grunde genommen „Westdeutschland völlige Freiheit, machte der Alliiertenokkupation ein Ende, sicherte die militärischen Rechte der Alliierten in Westdeutschland und sah den westdeutschen Beitrag zur westlichen Verteidigung vor." [3])

Mit dieser Politik der westlichen Alliierten unter Führung der USA wurden die Grundleitsätze des Potsdamer Abkommens verletzt, der aggressive Militärblock der NATO unter Teilnahme westdeutscher Streitkräfte errichtet — ein Block, der den sozialistischen Ländern Europas feindlich gegenübersteht und die Grundlagen der europäischen Sicherheit untergräbt.

— Am 8. September 1951 unterzeichneten die USA, ebenfalls in Verstoß gegen ihre internationalen Verpflichtungen, einen separaten Friedensvertrag mit Japan, indem sie dessen „volle Souveränität" anerkannten. Laut amerikanisch-japanischem Vertrag gab Japan den USA das Recht auf Stationierung von Streitkräften

[3]) „Enzyklopädie der amerikanischen Geschichte", unter Redaktion von B. Morris, New York 1953, S. 395

und zur Errichtung von Militärstützpunkten in Japan. Heute verwandeln die USA Japan in ihren Atomstützpunkt in Asien und sind bestrebt, Japan für ihre Pläne zur Niederhaltung ganz Asiens zu mißbrauchen.

Was ist die „freie Welt"?

Die herrschenden Kreise der USA geben jährlich Hunderte Millionen Dollar für Presse- und Rundfunkpropaganda aus. Mit Hilfe verfälschter Tatsachen und platter Lügen versuchen sie der Weltöffentlichkeit und ihrem eigenen Volke einzureden, daß ihre Innen- und Außenpolitik auf den Schutz der sogenannten „freien Welt" vor dem angeblich kriegslüsternen Kommunismus gerichtet sei. Den prätentiösen und verlogenen Terminus „freie Welt" benutzen die amerikanischen Propagandamacher, um mit der revolutionären Vergangenheit der USA zu spekulieren, obwohl die herrschenden USA-Kreise die demokratische Vergangenheit und Hinterlassenschaft ihres Landes verspielt haben. Mit dem Märchen von der „freien Welt" versuchen sie heute ihre internationalen Polizistenfunktionen zu rechtfertigen. Was ist dann aber die „freie Welt"?

Der bekannte amerikanische Soziologe Scott Nearing (durchaus kein Marxist) erklärt in seinem Buch „Freiheit: Versprechen und Drohung", herausgegeben vom Institut für Sozialwissenschaft in Harborside (Staat Maine),[4]) die Herkunft des Terminus „freie Welt". Er schreibt, auf der Suche nach einer Losung, die Axiom und Selbstreklame werden sollte, nahmen sich die westlichen Leader von heute eine ganze Reihe von Epitheta vor, wie etwa: „zivilisierte", „christliche", westliche", und verwarfen sie alle wegen ihrer schwachen Wirkung und Überzeugungskraft. Diese Leader, schreibt Nearing, wählten schließlich das Wort „freie", da sie in seinem Klang „die hochsinnigste, umfassendste und überzeugendste Hymne auf die westliche Lebensweise zu hören glaubten." Scott Nearing charakterisiert das wahre Wesen der „freien Welt" und schreibt: „Um die USA gruppieren sich ihre NATO-Alliierten, die nicht allzu glänzenden Erben der europäischen kapitalistischen Imperien, welche die Völker Asiens, Afrikas und beider Amerikas erobert und ausgebeutet haben. Die Errichtung von Imperien und Freiheit sind polare Gegensätze. Die führenden Westmächte führten in den letzten 5 Jahrhunderten endlose Kriege um die besten Stücke unseres Weltkuchens. Die Freiheit ist in der Regel an militärischen Konflikten, Eroberungen oder Okkupationen fremder Länder nicht beteiligt. Die Geschichte der ‚freien Welt' ist eine lange Kette von Beschränkung, Zwang und Gewalt. Heutzutage gehören zu der Führung der ‚freien Welt' die den Völkern am meisten verhaßten Diktatoren und Tyrannen." [5])

Das Mitglied des USA-Kongresses Thomas Curtis, der ebenfalls das Wesen der „freien Welt" untersucht hat, kam zu dem Schluß, daß sie 71 Länder außerhalb des „eisernen Vorhangs", wie er sich ausdrückt, umfaßt. In 49 von 71 herrscht eine Diktatur oder regieren „sechzig Familien" von Oligarchen. In den meisten dieser Länder ist die Wirtschaft den Oligarchen untergeordnet, und eine geringfügige Minorität lebt auf Kosten der übrigen 99 Prozent der Bevölkerung.[6]) Bei diesen Angaben in seinem Buch ruft Scott Nearing aus: „Das ist eine Ohrfeige für den gesunden Menschenverstand, ein empörender Hohn auf das Wort Freiheit, eine Begriffsverdrehung, die die Rolle des Feigenblatts spielen soll, mit dem sich die hinter dem Aushängeschild ‚freie Welt' verborgenen Vereinigungen von Oligarchen, Selbstherrschern und Despoten bedecken." [7])

---

4) Social Science Institute, Harborside, Maine
5) Russische Ausgabe S. Nearing, Freiheit: Versprechen und Drohung, Verlag Progreß, Moskau 1966, S. 84
6) U.S. Congressional Record, Febr. 18, 1955, zitiert nach Nearing, S. 84
7) Nearing, ebenda

Alle demokratischen Amerikaner sind über die Verbrechen des amerikanischen Imperialismus innerhalb und außerhalb ihres Landes beunruhigt. Auf der kürzlich in Washington abgehaltenen Konferenz der religiösen Antikriegsorganisation „Geistliche und Weltliche, durch den Vietnamkrieg besorgt" erklärte der Dekan des Bostoner Juracollegs Robert Drynen, die Handlungen der USA in Vietnam verstoßen gegen Geist und Buchstaben solcher internationaler Konventionen wie der Haager Konvention von 1907 und der Genfer Konvention von 1929 und 1949. Drynen fragt: Können die politischen Ziele, die die USA in Vietnam anstreben, wirklich als Rechtfertigung „der Verletzung jener minimaler Normen der Menschlichkeit dienen, die alle zivilisierten Nationen in die Haager und Genfer Konventionen über die Gesetze und Bräuche der Kriegsführung aufzunehmen beschlossen haben?"

Prof. Seymour Melman von der Columbia-Universität unterstrich anläßlich der gleichen Konferenz, daß die USA-Regierung dem amerikanischen Volk nicht die Wahrheit über den Vietnamkrieg sagt. Er erklärte ferner: „Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte (d. h. Präsident Johnson) ist der oberste Rechtsverletzer geworden."

Die Organisation „Geistliche und Weltliche, durch den Vietnamkrieg besorgt" veröffentlichte im Februar 1968 das Buch „Im Namen Amerikas", in dem sie mit dokumentarischer Genauigkeit aufzeigt, daß das amerikanische Militär in Vietnam Verbrechen verübt, die sich in ihrer Grausamkeit nur mit den Verbrechen der Nazis vergleichen lassen. Das Buch vermerkt, daß Verletzungen internationaler Verträge und Abkommen in der US-Außenpolitik zur Regel geworden sind. Prof. David Schoenbrun von der Columbia-Universität äußerte sich über das Buch „Im Namen Amerikas" wie folgt: „Man nennt den amerikanischen Krieg in Vietnam des öfteren ‚Kreuzzug für Freiheit und Gerechtigkeit'. Dieses Buch jedoch zeigt nachdrücklich, wie wir selbst jene Werte, um derentwillen wir, wie wir sagen, kämpfen, verrieten und verraten." [8])

*

So ist der heimtückische Mord an Martin Luther King eine für die „freie Welt" höchst typische Erscheinung. Diese Welt ermordete ihn, weil er als wahrer Patriot seines Landes eine Einheitsfront aus den zwei größten Bewegungen der Vereinigten Staaten unserer Zeit bilden wollte — der Bewegung für den Frieden und der Bewegung für die Bürgerrechte und Freiheit. Er wollte ein Ende des Vietnamkrieges und ein Ende des Krieges, den die „freie Welt" gegen die Negerghettos führt. Deshalb mußte Martin Luther King sterben.

Nahezu zweihundert Jahre lang verletzt und verrät die amerikanische Bourgeoisie die Ideale der Demokratie, um derentwillen Amerikaner ihren revolutionären Unabhängigkeitskrieg geführt hatten. Die heutigen Imperialisten der USA scheuen vor keinem Verbrechen und Abenteuer innerhalb und außerhalb ihres Landes zurück, um ihre Herrschaft zu verewigen. Ihre Innen- und Außenpolitik wird von einer Propaganda umgeben, die vor Demagogie und Lüge strotzt. Sie erfanden den Terminus „freie Welt", um die Völker der Welt hinters Licht zu führen. Aber schon Abraham Lincoln sagte: „Man kann alle Menschen eine Zeit betrügen und kann einen Teil der Menschen die ganze Zeit betrügen, aber man kann nicht alle Menschen die ganze Zeit betrügen."

8) TASS, 6. 2. 1968, Blatt 25—AM; 7. 2. 1968, Blatt 10—AM

Heiner Stück

Französischer Mai

In der Beurteilung der Mai-Ereignisse in Frankreich stehen sich nach wie vor im wesentlichen zwei Auffassungen gegenüber: die der „Antiautoritären" und die kommunistische. Wir lassen daher im nachfolgenden je einen Vertreter der beiden Richtungen zu Wort kommen. *D. Red.*

I

Der Industriesoziologe Alain Touraine, Inhaber eines Lehrstuhls für Soziologie an der Fakultät von Nanterre, analysierte vor den Mai-Ereignissen die studentische Bewegung und versuchte, deren Erfolgschancen zu prognostizieren. Sein Artikel „Naissance d'un mouvement étudiant?" erschien am 7. und 8. März in Le Monde, drei Wochen, bevor der Dekan von Nanterre, Grappin, seine Studenten aussperrte (3. Mai), die daraufhin in ihre Mutter-Universität, die Sorbonne, zogen. Wir benutzen Touraines Artikel so ausführlich, weil er als Folie zur Erklärung der studentischen Bewegung aus der Krise der französischen Universität dient und dennoch als Prognose von der im Mai sich explosiv ausbreitenden sozialen Bewegung in Frankreich weitgehend widerlegt wurde.

Das Wachstum der Gesellschaft, schrieb Touraine, schafft sich auf allen Ebenen seine eigenen Probleme. Dies wird in der Strukturkrise der französischen Universität explosiv deutlich. Die seit November 1967 in Nanterre währende Agitation der Studenten an ihren Arbeitsplätzen ist nicht allein durch allgemeine politische Konflikte (Vietnam, Lateinamerika etc.) zu erklären, vielmehr stellen die Studenten auch das universitäre System, dessen Ziele und Mittel, dessen Bedingungen des Wachstums und Wandels, in Frage. Die Agitation am Arbeitsplatz, in den Fakultäten und Studentenwohnheimen (cités universitaires) richtet sich zunächst gegen die administrativen und pädagogischen Methoden. Die Studentenbewegung stellt weiterhin das Entscheidungs- und Verwaltungssystem in Frage. Touraine vergleicht die Entstehung der Arbeiterbewegung, die durch die Bildung der Großbetriebe beschleunigt wurde, mit der Entstehung der Studentenbewegung in Nanterre, die durch die neu geschaffenen Großuniversitäten und isolierten Studentenstädte begünstigt wurde.

Auch in Berkeley brach einst die Revolte auf dem Campus aus, der von seinen Initiatoren ironischerweise als Integrationsmittel der Studenten in die Gesellschaft gedacht war[2]). Die Isolierung in Nanterre, inmitten der Bidonvilles und der sozialen Leere der Schlafstädte, repressive Hausordnungen in den Wohnheimen, der Bruch zwischen dem auf Lehrerausbildung ausgerichteten Lehrsystem und den Erwartungen der Studenten, zumal der zahlreichen Studenten der Psychologie und Soziologie, die weder berufliche Aussichten noch vernünftige Studiengänge haben, die großbürgerliche Herkunft der Studenten — all diese Faktoren machten die Krise der Universität nicht nur den Studenten, sondern

[2]) Vgl. Stephan Leibfried, Die angepaßte Universität, edition suhrkamp, Frankfurt/M. 1968, Kap. III

auch großen Teilen der Professorenschaft allzu bewußt. Sie schufen ein Klima, in dem die studentische Agitation auf dem Campus in sich selbst kreiste.

Es bedurfte der Schließung der Fakultät, die Touraine nicht als Möglichkeit vorhersah, um die Agitation in die Sorbonne zu bringen. Es bedurfte später der Schließung der Sorbonne und des brutalen Polizeieinsatzes, um die Agitation auf die jungen Arbeiter, dann auf die Mehrheit der Lohnabhängigen aller Berufskategorien zu übertragen. Die traditionelle Universität hat das quantitative Wachstum mit ihren verkalkten Strukturen zu decken geglaubt. Die qualitativen Veränderungen, die selbst im funktionalistischen Sinne der Anpassung der Universität an die Bedürfnisse der Industriegesellschaft notwendig sind, fanden nicht statt. Es bedurfte erst der Agitation der „enragés de Nanterre", um ein Bewußtsein von der Krise der Universität in der Öffentlichkeit zu schaffen, um schließlich mit politischen Mitteln qualitative, am Begriff der Emanzipation festgemachte Veränderungen wirkungsvoll zu fordern.

Es bestand zwar in Frankreich eine breitere Zone der Übereinstimmung zwischen Professoren und Studenten in der Kritik an der Universität als in Deutschland. Dies zeigte sich im Mai und Juni symptomatisch in der Bildung von paritätisch besetzten Gremien an vielen Instituten und Fakultäten. Selbst an den Rechtsfakultäten von Paris und Lyon verabschiedeten die Mitglieder der Fakultät, von den Studenten bis zu den Professoren, gemeinsame Resolutionen gegen die staatliche Universitätspolitik. Diese Gremien begannen ihre Arbeit; sie weigern sich, die herkömmlichen hierarchischen Entscheidungsstrukturen anzuerkennen.

Ironischerweise ist es der Konsens von UNEF und den im SNESup. organisierten progressiven Hochschullehrern gewesen, der in den vergangenen Jahren wegen der Interessenkonstellation, in der die französische Universität steht, die Hochschulkritik nicht praktisch werden ließ. Die seit Napoleon bestehende institutionalisierte Trennung von Forschung und Lehre und die Abhängigkeit der Universität, auch des Lehrkörpers, von der staatlichen Administration ließ zwar eine gewerkschaftliche Organisierung der Hochschullehrer zu. Diese blieb aber in ihren Mitteln gegenüber dem Staat ohnmächtig.

Nach dem Scheitern der UNEF-Kampagne gegen den Fouchet-Plan, das sich im Ausschluß der UNEF-Vertreter aus den Planungskommissionen der Fouchet-Reform durch die Regierung deutlich markierte, war die Einheit von Theorie und Praxis der studentischen Politik, die sich an der Hochschulkritik festmachte, zerbrochen. Und der Konsens von UNEF und SNESup., diese „Politik der inneruniversitären Einheitsfront, verhinderte die selbstbestimmte Tätigkeit und Bewußtseinsbildung der Studenten am Arbeitsplatz und erklärte die häufig praktizierte Flucht der Studentenfunktionäre in außeruniversitäre Kraftproben mit der Regierung" (Kreipe)[3]).

Es bedurfte in der Tat des Anstoßes von außen durch die Studenten von Nanterre, um diese inneruniversitäre Einheitsfront zu einer praktischen, von der Hochschulpolitik ausgehenden politischen Einheitsfront werden zu lassen, die sich nunmehr unter dem Druck der durch die Studenten hergestellten faits accomplis an der Sorbonne politisch gegen die staatliche und universitäre Administration wandte. Als die verschiedenen Gewerkschaften der Lehrer in den Institutionen des Erziehungswesens im Juni ihren Streik beendeten und die angebotenen Verhandlungen mit der Regierung aufnahmen, blieben zuletzt nur die UNEF und die SNESup. zurück, die die Verhandlungsangebote der Regierung ablehnten.

---

3) Walter Kreipe, Studenten in Frankreich, Hintergrund und Potential einer politischen Bewegung, Kursbuch 13, Frankfurt/M. 1968, S. 162

Die Strukturkrise der Universität wird in der mangelnden inneren Differenzierung der Fakultäten besonders deutlich, die den Ansprüchen und Erwartungen der Studenten nirgendwo gerecht wird. Die französische Fakultät, schrieb Touraine, funktioniert ähnlich wie ein sowjetisches Unternehmen: Ihre Mitglieder, eben auch die Professoren, sind den administrativen Entscheidungen der Fakultät und des Erziehungsministeriums strikt unterworfen. Die Entscheidungsgewalt der Professoren ist gering. Daher bedeutet die Forderung nach Autonomie der Universität gegenüber dem Staat zugleich eine politische Forderung, die inzwischen ja an einigen Universitäten gemeinsam von Professoren und Studenten vorgebracht wurde. Touraine vermutete, daß eine Autonomie der Fakultät, d. h. die Notwendigkeit, Entscheidungen zu treffen, zur Diskussion und zum Austragen von Konflikten führen würde. Bisher erschienen die administrativen Entscheidungen als purer Zwang, Forderungen als Verletzung der Ordnung. Die bürokratische Verwaltung gab den rein materiellen Problemen die Priorität. Wurde eine neue Fakultät gegründet, so als Antwort auf die steigenden Studentenzahlen, nicht als Antwort auf ein qualitatives Problem.

Zwar hat die Zentralisation und die dem Erziehungsminister unterstehende direkte Verwaltung es einigermaßen erlaubt, die demographische Welle der neuen Studienanfänger aufzunehmen, aber es wurden keine neuen Methoden der Entscheidungsfällung und Verwaltung entwickelt, die den neuen Problemen der Universität gerecht werden. Die studentische Bewegung ist auch ein Versuch, die Mittel und Methoden der Bestimmung des Wandels zu verändern; sie schafft eine produktive Unruhe, die als Antwort auf die Krise und Anomie des universitären Systems zu verstehen ist.

Die Wissenschaft ist heute zur ersten Produktivkraft geworden. Damit kann die Universität nicht mehr allein eine Stätte der Tradierung des „kulturellen Erbes" sein [4]). Wenn man soziologische Untersuchungen zur Ungleichheit der Bildungschancen und auch die Reformvorschläge der UNEF [5]) berücksichtigt, die Debatte um die Agrégation [6]) und die Arbeiten der Pariser Bildungsforscher, auch nicht zuletzt die Diskussion um die „neue Arbeiterklasse" (Belleville, Gorz, Mallet, Meister), die soziologischen Studien über Einstellungen von Arbeitern zum technischen Wandel und zu gewerkschaftlichen Aktionen (Durand, Naville, Touraine, Willener u. a.), die Studien über die Disparitäten in Einkommen, Lebensstil und Wertsystemen zwischen den sozialen Klassen [7]), dann verflüchtigt sich auch das Erstaunen, das bürgerliche Journalisten in Deutschland ergriff, die verwundert wie H. Gresmann konstatierten: „Wie es, binnen einer Woche, zu dieser ganz und gar unvorhergesehenen Explosion in Frankreich kam, dafür gibt es bis zur Stunde noch keine verläßlichen Deutungen [8])."

Die Reflektion über die Funktion der Studienfächer und der Universität in der technokratisch verwalteten kapitalistischen Gesellschaft, die vom veralltäglichten, zerrissenen Charisma des Generals de Gaulle einst mystisch überhöht wurde, ging über zur Kritik der Mittel und Ziele der Universität.

4) Zur Analyse der bürgerlichen Universität und der Ungleichheit der Bildungschancen im französischen Bildungssystem siehe bes. Bourdieu/Passeron, Les héritiers, Les étudiants et la culture, Paris 1964; den von P. Naville hrsg. Sammelband L'école et la société, 1959, und den Art. von Pierre Bourdieu, L'école conservatrice. Revue française Sociologique, Juli—September 1966; P. Bourdieu/J.-C. Passeron/M. de Saint Martin, Rapport pédagogique et communication, Cahiers du Centre de Sociologie Européenne, Paris 1965. Vgl. auch die Dokumente und Analysen bei F. Bon/M. A. Burnier, Les nouveaux intellectuels, Paris 1966, Kap. VI

5) Z. B. den Bericht von J. L. Péninou, damals Präsident der Fédération des Groupes d'Etudes de Lettres an der Sorbonne, über die Forderung nach paritätischen Kommissionen, all die Papiere, die die Demokratisierung der Universität forderten und in den Papierkörben des Ministeriums verschwanden, das Programm der UNEF vom Februar 1966 usw. Vgl. auch die Literaturangaben bei Kreipe, op. cit.

6) Etwa die Kritik von J. Cl. Passeron in G. Antoine/J. Cl. Passeron, La réforme de l'Université, Paris 1966

7) Darras (Hg), Le partage des bénéfices, Expansion et inégalités, 1966; J. D. Reynaud (Hg), Tendances et volontés de la société française, 1966; Chombart de Lauwe u. a., Images de la culture, 1966.

8) Die Zeit vom 24. 5. 68

Touraine schrieb, daß in dem Augenblick, wo die Universität als ein zentrales Element der Produktivkräfte erkannt wurde, notwendig die Diskussion über die soziale Verwertung des Wissens einsetzen mußte. Die Studenten widersetzten sich nicht nur dem unorganisierten Wandel (Muster der immanenten, funktionalistischen Kritik), sondern sie wiedersetzten sich auch den technokratisch konzipierten Veränderungen, nach denen die Universität nur den Bedürfnissen der bestehenden ökonomischen Ordnung, nicht auch den kulturellen Aspirationen der Studenten dient [9]).

Die studentische Reaktion richtet sich zugleich gegen eine Gesellschaft, die glaubt, daß wachsender Lebensstandard die Diskussion um die Ziele und Formen der sozialen und ökonomischen Organisation überflüssig mache; sie stellt die bestehende Gesellschaftsordnung und deren Wertsystem grundsätzlich in Frage. Allerdings glaubte Touraine, die Studentenbewegung würde wegen ihres „utopistischen" Charakters an der Organisationsform der Universität scheitern, nicht praktisch werden, da sie keinen Einfluß auf die unpersönlichen und entfernten Zentren der Macht nehmen könne, damit notwendig esoterisch und ohnmächtig bleibe und statt institutioneller Aktion nur kollektive Exaltation hervorbringe. Die Tatsache, daß nach dem zehntägigen Streik im November in Nanterre aus Studenten und Professoren zusammengesetzte Kommissionen konstituiert wurden, die aber nicht funktionierten, da sie keine Entscheidungsgewalt besaßen, beide Gruppen des Widerstandes des administrativen Systems gewahr wurden — was zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Gruppe des sich selbst als „anarchistischen Marxisten" bezeichnenden D. Cohn-Bendit und dem Doyen der Fakultät führte —, diese Tatsache ließ Touraine vermuten, die Studentenbewegung würde in sich selbst kreisend zusammenbrechen, falls es ihr nicht gelinge, im Namen der Wissenschaft die grundlegenden Konflikte zu artikulieren, um sie institutionell zu lösen.

Andererseits: So wie die Agitation der sozialistischen und utopischen Sekten während der Juli-Monarchie als Exaltation einiger Doktrinäre angesehen wurde, während sie doch der Beginn einer erkennenden Kritik der unter dem Zeichen des Kapitalismus beginnenden Industrialisierung war, so könnte auch, argumentiert Touraine, die Universität als künftiger Motor des sozialen und technischen Fortschritts den Platz einnehmen, den das kapitalistische Großunternehmen bisher mit der Akkumulation des Kapitals einnahm. Hätte dann nicht die studentische Bewegung die Bedeutung, die früher die Arbeiterbewegung besaß? Erklärt dieses die „wilden" Konflikte an der Universität? Das Festhalten an den überkommenen Werten und am Bürokratismus jedenfalls könnte, sah Touraine voraus, Gewaltakte nach sich ziehen, da im universitären Milieu die Prinzipien allzuleicht die Praktiken beherrschen.

Daher kann die Studentenbewegung sowohl entscheidendes Mittel der Transformation der Universität werden, wenn die berechtigte Kritik der Studenten die entsprechenden Strukturveränderungen nach sich ziehen sollte; sie kann aber auch diese Reform verhindern, wenn ihre Aktionen repressiv durch Regierung und universitäre Administration beantwortet werden. Touraine selbst zeichnete zwei Möglichkeiten auf, deren Voraussetzung allerdings die Autonomie der Universität wäre. Zunächst eine gemeinschaftliche Mitbestimmung (co-gestion communautaire), die Touraine ablehnt unter der Annahme permanenter Konflikte zwischen Wissensvermittlung und Berufsvorbereitung der Studenten einerseits und den Forderungen nach Anpassung an die kulturellen und politischen

9) Hier findet sich das Muster der Kritik von J. Habermas; Nitsch/Gerhardt/Offe/Preuß, Hochschule in der Demokratie, Berlin 1965, und den Autoren des von St. Leibfried herausgegebenen Sammelbandes „Wider die Untertanenfabrik", Köln 1967, wieder

Aspirationen der Studenten andererseits. Entscheidend sei es, diesen Konflikt zwischen Investition und sozialer Partizipation institutionell auszutragen. Die Interessen der Lehrenden und Forscher sind sowenig identisch mit den Interessen der Universität wie die Bedürfnisse der Studenten es mit den Bedürfnissen der Forschung sind. Diese divergierenden, nicht notwendig widersprüchlichen Interessen müssen mit neuen institutionellen Mitteln koordiniert werden. Für diese Möglichkeit, die Anerkennung und differenzierte Institutionalisierung von Konflikten, die er in anderem Zusammenhang als „konfliktuelle Partizipation" bestimmte, plädiert Touraine.

II

„Bis vor wenigen Wochen galt es, die französische Ruhe zu erklären. Heute muß eine Unruhe erklärt werden, die viel weiter geht als alles, was es in der Bundesrepublik bisher gegeben hat", schrieb Alfred Grosser [10]) und rekurrierte auf den französischen Nationalcharakter: Der Franzose lehnt die Obrigkeit und Polizei ab, sympathisiert mit den Revolutionären, ist voll der Barrikaden-Romantik und der Überzeugung, daß Freiheit und Gleichheit stets aufs neue erobert werden müssen.

Wir wollen hier die „Ereignisse" [11]), die auf der politischen Ebene die Solidarisierungs- und Streikwelle im prärevolutionären Mai immer weiter trieben, kurz nachzeichnen, um anschließend unter Berücksichtigung arbeitssoziologischer Studien das revolutionäre Potential, das so explosiv sich artikulierte, bisher eher auf der Ebene unterdrückter Bedürfnisse, resignativer Meinungen und im Rückzug ins Private lag, feststellen. Zunächst soll der Prozeß der Zielverschiebung in den Forderungen der neuen sozialen Bewegung analysiert werden.

Die Studentenrevolte entstand aus dem Widerspruch zwischen der Unangemessenheit der Universität an die demographische Welle der Studenten, die zu einer Überproduktion von Diplomen ohne Berufsaussichten führte, und der gleichzeitigen technokratischen Überanpassung vieler Studien an die ökonomischen Bedürfnisse der bürgerlichen Gesellschaft. Um nun das Besondere der französischen Situation zu erklären, seien zunächst die bekannten Ereignisse rekapituliert. Die Schließung der Fakultät von Nanterre, dann der Sorbonne, ließ die erste Solidarisierungswelle unter der Studentenschaft entstehen, die sich sehr schnell und spontan auf eine große Masse von Jugendlichen ausdehnte. Diese Bewegung wurde durch die neue studentische revolutionäre Elite orientiert, die seit dem 3. Mai durch die Aktivisten der durch ideologische Fraktionskämpfe bisher paralysierten gewerkschaftlichen Studentenbewegung (UNEF) ergänzt wurde [12]). Die staatliche Repression tat das ihre: Die Bevölkerung sympathisierte mit den Studenten, ebenso der größte Teil der Professorenschaft — wenn auch vorwiegend, bis auf das SNESup., nicht mit deren Zielen. Diese Situation, in der die Regierung vor den Forderungen der Studenten zurückwich, weiterhin falsch taktierte, führte zur Kraftprobe zwischen Staat und Studenten in der Barrikadennacht vom 10./11. Mai. Diese Barrikadennacht schuf zugleich die ersten Solidarisierungen von Arbeitern mit Studenten, die ersten Forderungen der Basis nach einer Solidaritätsdemonstration der KPF für die Studenten. Diese kam unter dem Druck der Studentenvertreter und Arbeiter in Form des politischen Generalstreiks am 13. Mai gegen die ursprüngliche Absicht von KPF und CGT zustande.

[10]) „Die Romantik der Revolution", Die Zeit, 31. 5. 68

[11]) Der Ausdruck ‚Ereignisse' (événements) hat nunmehr in Frankreich die Funktion, die Frage nach der Existenz einer revolutionären Situation im Mai auszuklammern. Zu den Ereignissen vgl. H. Abosch, Agonie des Gaullismus, Blätter für deutsche und internationale Politik, 6, 1968; W. Lefèvre bes. zur Frage der Doppelherrschaft in den besetzten Fabriken in seinem Artikel „Euphorie oder Koma", FU-Spiegel, 65, Juni/Juli 1968

[12]) S. genauer die Analyse der verschiedenen studentischen Gruppierungen bei Kreipe, op. cit.

Nachdem die Revolte also von der durch eine „handelnde Minderheit" (Cohn-Bendit) ausgelösten Studentenbewegung auf die Masse der Arbeiter und Angestellten übersprang, wurde im weiteren Verlauf der Ereignisse das rote Establishment mehrmals von Mitgliedern seiner eigenen Basis überrannt. Jedesmal, wenn die Pariser Zentralen der Gewerkschaften, insbesondere die kommunistische CGT, und der Linksparteien, insbesondere der KPF, gezwungen wurden, die Forderungen der sich quasi eigengesetzlich revolutionierenden sozialen Bewegung der Arbeiter zu akzeptieren, um diese modifiziert unter Kontrolle zu bekommen, erweiterten sich aufs neue deren Forderungen, wurden die kommunistischen Funktionäre aufs neue von links überholt. Sowohl CGT wie KPF paßten sich opportunistisch der weiteren Solidarisierungswelle zunächst weitgehend an, versuchten dann aber, die Arbeiter von der Aktionseinheit mit den als anarchistisch und nihilistisch bezeichneten Studenten abzuhalten. Aber wochenlang kamen CGT und KPF immer zu spät, erlangten die Kontrolle über die neue soziale Bewegung nicht. R. Barrillon mokierte sich in Le Monde (28. 5. 68) mit einer Metapher über die KPF: „Die Eigentümlichkeit des kommunistischen Vorgehens bestand darin, den Zug zu besteigen und doch ganz und gar auf dem Bahnsteig zu bleiben."

Während die Soziologen in den letzten Jahren über die „neue Arbeiterklasse" schrieben und die Verbürgerlichungsthese diskutierten, hatte sich zwar nicht die gesamte Arbeiterklasse, wohl aber die KPF verbürgerlicht. Die KPF hatte sich — bei allem revolutionären Verbalismus — längst reformistisch in das traditionelle politische System integriert, hoffte seit den Präsidentschaftswahlen 1965, zunehmend seit dem erfolgreichen Wahlbündnis mit der Linksföderation im März 1967, auf Teilnahme an der Macht im Rahmen der bestehenden Präsidialverfassung. Sie verdammte seit langem Spontaneität, bis dann ihre eigenen, vornehmlich jungen Arbeiter dem Vorbild der studentischen Besetzung der Sorbonne folgten, ihre Fabriken spontan besetzten (16./17. Mai) und die Direktion einsperrten; interessanterweise in einem modernen Industriezweig, der Flugzeugfirma Sud-Aviation bei Nantes und dem Zweigwerk der staatlichen Renault-Werke in Cléon. Cléon war das Nanterre der Revolte der jungen Arbeiter gegen ihre Gewerkschaftsbürokratie; es war zugleich der Realität gewordene Traum der nicht eingelösten Forderungen der UNEF nach Aktionseinheit mit den Arbeitern (schon in der Charta der UNEF von Grenoble (1946) hieß es: „Der Student ist ein junger intellektueller Arbeiter").

Wenn Cléon das Nanterre der jungen Arbeiter war, dann die Besetzung der großen Renault-Fabriken gleichsam die Sorbonne der Arbeiter. Nachdem junge Arbeiter die Kampfmittel der Studenten — Streik, Demonstration, Besetzung der Produktionsmittel, Barrikaden — ihrerseits aufnahmen, zugleich gegen die bisher ohnmächtigen Mittel der Gewerkschaftsbürokratie gewandt, kamen die traditionellen klassenkämpferischen Mittel der Arbeiterbewegung auf eine ironische Art bei ihrem historischen Erzeuger wieder zu ihrem Recht.

Der Soziologe Edgar Morin hat diesen Prozeß der Nachahmung mit dem Begriff der „Resonanz" gefaßt: „Die Besetzung und Entheiligung der in einen revolutionären Club verwandelten Sorbonne löste eine Vibration aus, die sich auf die Provinzuniversitäten, auf ganze Bereiche der Intelligentsia — wissenschaftliche Forschung (Morin meint offensichtlich das Nationale Forschungszentrum CNRS, — H. S.), ORTF (staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt), Film, Schriftsteller — ausdehnte und die die Arbeitswelt in Bewegung brachte. Alles begann zu gleicher Zeit zu schwingen — wie die Eisenbrücke (. . .), die durch das Gewicht der schwersten Lastwagen nicht erschüttert werden konnte, die aber unter den

Schwingungen, die durch den Gleichschritt eines marschierenden Regiments ausgelöst wurden, zusammenstürzte [13])." Wenn diese Vibration zum Bruch führte, dann wegen der Gleichzeitigkeit von Aktion und Diskussion. Das in der akademischen Welt unbekannte Phänomen der Besetzung von Universitäten rief im Bewußtsein der Arbeiter den archaischen Handlungstyp wieder hervor, der in der alten Forderung „Die Fabrik den Arbeitern!" immer schon lag, der an die emanzipatorische Handlung der Besetzung von Fabriken und Büros im Juni 1936 anknüpfen konnte: „Die Besetzung der Fabriken verwirklichte einen für den Arbeiter fundamentalen Handlungstypus, sie ahmte diesen nach, so daß er als Bumerang in das Arbeitermilieu zurückkehren konnte" (Morin).

Aber damit dieser Übertragungseffekt gelingen konnte, bedurfte es einer doppelten Vermittlung. Einerseits hatte die Studentenrevolte bereits junge Arbeiter zu sich in das Quartier Latin gezogen, andererseits knüpften die revolutionären Minderheiten an die Traditionen der Arbeiterklasse an.

„Diese durch die Studenten provozierte Rückkehr zum ‚ouvriérisme' [14]) der Arbeiterklasse konnte diese Wirkung schließlich nur durch die erstaunliche Entheiligung der Obrigkeit zeitigen, die durch die Eroberung der Sorbonne und den Status einer aufständischen kleinen Insel, einer von der Staatsgewalt befreiten kleinen Kommune — und dies stellte das Quartier Latin dar —, geschaffen wurde" (Morin).

Diese Dialektik ergriff also zunächst die jungen Arbeiter, dann die Fabriken mit klassenkämpferischer Tradition, löste die erste Besetzung einer Fabrik aus, die dann in vier Tagen wiederum in mimetischer Geschwindigkeit die Kettenreaktion der weiteren Fabrikbesetzungen nach sich zog, zum faktischen Generalstreik wurde — trotz der anfänglichen Versuche von CGT und KPF, diese Entwicklung zu stoppen.

Morin analysiert im weiteren die Ausweitung der studentischen Revolte gegen die „gerontokratische" Universität zur verallgemeinerten Autoritätskrise. Alle Abhängigen stellten die paternalistische Autorität in Frage. Diese Kritik bezog im Mai gerade ihre Stärke durch die Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigem, durch — wie Morin es ausdrückt — die Verbindung eines archaischen und eines modernen Charakters der Revolte: „Die modernistische, gegen die Väter gerichtete Revolte ist im jugendlichen Milieu virulent; die archaische, anarchistische (libertaire) Revolte tritt in der Arbeitswelt wieder in Erscheinung."

Die Besetzung der Fabriken symbolisiert die Forderung nach Demokratisierung des Wirtschaftslebens, für einige nach Mitbestimmung (CFDT), für die jungen Revolutionäre nach Selbstverwaltung. Wiederum versuchten CGT und KPF, diese von ihnen als formlosen Anarchismus bezeichnete Bewegung unter ihre Kontrolle zu bekommen, indem die politischen Forderungen der Arbeiter nach Entscheidungsgewalt in den Betrieben auf die traditionellen ökonomistischen Forderungen der Gewerkschaften reduziert wurden. CGT und KPF erwiesen sich als die entscheidenden Stabilisierungsfaktoren des gaullistischen Regimes. Ihre finanziellen Forderungen und ihre Forderungen nach gewerkschaftlichen Rechten (wie Freiheit für gewerkschaftliche Agitation und Versammlungen innerhalb der Betriebe) verblieben im Rahmen der bestehenden Ordnung der Produktionsverhältnisse.

---

13) E. Morin, „Une révolution sans visage", Le Monde, 5. 6. 68. Die folgenden Zitate von Morin ebda.
14) Als ‚ouvriérisme' bezeichnet man die Doktrin, nach der die gewerkschaftliche Bewegung und die sozialistische Verwaltung der Wirtschaft durch die Arbeiterbewegung selbst geführt werden soll. Diese Doktrin wurde bekanntlich historisch relevant in der Besetzung der Fabriken durch Arbeiter im Juni 1936

Die Arbeiter hätten sich nicht den Studenten solidarisiert, wenn diese nur mit Forderungen nach mehr Arbeitsplätzen, nach Studienhonorar (salaire étudiant) usw. auf die Straße gegangen wären. Sondern der politische Charakter der studentischen Forderungen war es, der Anspruch, die eigenen Angelegenheiten selbst in die Hände zu nehmen, nicht nur über die Mittel, sondern auch die Ziele zu bestimmen, der das unterdrückte Bedürfnis der Arbeiter nach Kreation und Kontrolle der eigenen Produktion aktualisierte. In dem Gespräch mit Sartre, das vor dem Abkommen vom 27. Mai stattfand, sagte Cohn-Bendit: „Es hat immer in Arbeiterkämpfen eine Kluft zwischen der Kraft der Aktion und den anfänglichen Forderungen gegeben. Es kann passieren, daß die Dynamik der Bewegung im Laufe des Kampfes zu einer Änderung der Forderungen führt. Ein Streik, der wegen eines begrenzten Zieles ausbricht, kann sich in eine Bewegung des Aufstandes verwandeln."

Diese Zielverschiebung fand mehrmals statt. Selbst nach der Kapitulation der Regierung Pompidou vor den Forderungen der Gewerkschaften wurden diese erneut von ihrer Basis bedroht. Die streikenden Arbeiter waren mit den Ergebnissen der Verhandlungen, die zum ersten Male seit 32 Jahren — seit der Volksfrontregierung von 1936 — Regierung, Unternehmer- und Gewerkschaftsvertreter zusammenführten, nicht zufrieden, obwohl das Abkommen vom 27. Mai [15]) eine erhebliche Verbesserung der materiellen, in Frankreich teils sehr desolaten, Existenz der Arbeiter bedeutete (denn die wirtschaftlichen Folgen des sechswöchigen Streiks wird man vor allem auf die Arbeiter abschieben).

Die streikenden Arbeiter forderten von ihren CGT-Funktionären euphorisch die Bildung einer Volksfrontregierung. Die Streikbewegung hielt noch lange an, unterstützt durch die sozialistische, einst katholische Gewerkschaft CFDT, die Intellektuellen-Partei PSU und die Studentenbewegung. Die etablierte Linke dagegen hoffte auf die demokratische Übernahme der Regierungsgewalt durch einen späteren Wahlsieg. Das Wahlbündnis für die Stichwahl im März 1967 hatte einen unerwarteten Erfolg für die gesamte Linke gezeitigt; das bewies, daß die Massen bereits weiter waren als ihre Parteiführer. Wäre der faktische Generalstreik von 12 Millionen Franzosen nach dem Abkommen vom 27. Mai sofort beendet worden, so hätten die traditionellen Linksparteien trotz des für sie ungünstigen Mehrheitswahlrechts vielleicht die parlamentarische Mehrheit erreichen können. Andererseits: Hätten die Linksparteien die politischen Forderungen der neuen sozialen Bewegung aufgegriffen, statt auf ihrer vermeintlichen Führungsrolle gegenüber dem Bündnis von Arbeitern und Studenten zu bestehen, so hätten sie den Generalstreik zum Sturz des gaullistischen Regimes ausweiten können. Aber zu spät präsentierte sich die KPF selbst als Partei der „Ordnung"; sie war schon wieder zur „Partei der Angst" geworden, hatte in den von de Gaulle ausgeschriebenen Neuwahlen die Zeche zu zahlen für eine revolutionäre Bewegung, die sie nicht gewollt hat, auf die sie sich einlassen mußte, ohne sie zu ihrem Ziel, das greifbar schien, führen zu wollen.

Das unausgesprochene Bündnis zwischen Kommunisten und Gaullisten arbeitete zuletzt wiederum für die Gaullisten. Die Linksparteien sind um 10 Jahre zurückgeworfen. Sie werden eine zukunftsweisende Alternative zum Gaullismus nur entwickeln, wenn es der „neuen Linken", die quer durch die Linksparteien, Gewerkschaften, studentische und andere Organisationen geht, gelingt, in all diesen Organisationen die verkalkten Strukturen aufzulösen, um die in der sozialen Aufstandsbewegung intendierten grundsätzlichen Änderungen des Systems politisch überzeugend zu artikulieren.

15) S. das Protokoll des Abkommens in Le Monde vom 28. 5. 68

III

Die Artikulierung des Bedürfnisses der Arbeiter, Angestellten, Techniker, Journalisten, Studenten und Professoren nach Partizipation an ihren eigenen Angelegenheiten, die manchmal zur romantischen Groteske geriet, dies Bedürfnis ist auf die Dauer nicht durch die „Gleichheit des Salairs", durch die „bessere Salarisierung des Sklaven" (Marx) zu ersticken. Es ist auch nicht nur bei den Arbeitern anzutreffen, die — gemäß der Untersuchung von Touraine zu den Formen des Arbeiterbewußtseins [16]) — in den Industriesektoren des Übergangs vom „Berufssystem" der Arbeit zum „technischen Arbeitssystem" beschäftigt sind, in den Industriesektoren also, in denen bekanntlich das Klassenbewußtsein am verbreitetsten ist: bei den Metallarbeitern, besonders in der Automobilindustrie, sondern auch in den technologisch fortgeschrittenen Industrien.

Als im letzten Jahr de Gaulle das Atomforschungszentrum in Pierrelatte besichtigte, gingen die Techniker und Ingenieure nach Hause, um gegen die Verwendung ihrer wissenschaftlichen Arbeit für die Force de Frappe zu protestieren. Diese Haltung war nur eine Geste der Verweigerung, aber sie dokumentierte ein weit verbreitetes Bedürfnis nach einer Mitbestimmung nicht nur bei den Mitteln, sondern auch an der Definition der Ziele der eigenen Tätigkeit.

Die Kritik der Arbeiter und vieler Gewerkschaftsfunktionäre an der Ausübung der Autorität im Betrieb und in der Gesellschaft erfolgt nicht nur im Namen der Zweck-Mittel-Relation, richtet sich nicht nur gegen eine interessenabhängige Verteilung der Resultate der Arbeit, die zur Disparität von Lebensbereichen führt, sondern sie kann sich auch gegen die Ziele der Arbeit selbst richten. Die rationalisierte, zur Technologie gewordene Autorität, bemerkt der Industriesoziologe A. Willener, wird transparenter, läßt darum aber auch die Beziehungen zwischen der Autorität und den Zielen, die durch diese Autorität allein entschieden werden, umso klarer hervortreten, so daß diese Beziehung selbst in Frage gestellt werden kann [17]).

Hier liegt dann auch die Übergangsstelle zum „pragmatischen" Entscheidungsmodell (Habermas), das einen dialektischen Zirkel zwischen den zu definierenden Zielen und den verfügbaren und herzustellenden Mitteln zur Befriedigung der Bedürfnisse und zur Realisierung der Ziele herstellt [18]).

Die Untersuchungen von Touraine und Durand zeigten, daß das „Arbeiterbewußtsein" (conscience ouvrière) sich politisiert, von der Ebene der Mittel auf die Ebene der Ziele sich erweitert und eine Demokratisierung von Betrieb und Gesellschaft fordert. Touraine will das dem Begriff von Selbstverwirklichung und Entfremdung zugrundeliegende Prinzip, das Verhältnis des Menschen zu seinen Werken, in seiner historischen Veränderung zur Erklärung des Arbeiterbewußtseins erfassen; er definiert „Entfremdung" als das Bewußtsein von Widerständen, die sich dem Anspruch auf Kontrolle des Arbeiters über die Mittel und Resultate seiner Produktion entgegenstellen.

Auf ihrem niedrigsten Niveau ist das Arbeiterbewußtsein ‚verdinglicht': „Die reine Lohnforderung ist nur der Appell an ein Arbeiterbewußtsein, das unfähig ist, sich seiner selbst zu bemächtigen" (Touraine) [19]).

---

16) Alain Touraine, La conscience ouvrière, Paris 1966
17) Alfred Willener, in: A. Touraine und Mitarbeiter, Les travailleurs et les changements techniques, OECD, Paris 1965, S. 91
18) J. Habermas, Verwissenschaftlichte Politik in demokratischer Gesellschaft, in: Forschungsplanung, hg. von H. Krauch, W. Kunz und H. Rittel, München 1966
19) Touraine, La conscience ouvrière, Paris 1966, S. 25

Touraine definiert das Arbeiterbewußtsein als ein normatives System von Forderungen und Bedürfnissen, das sich aus dem dialektischen Verhältnis des Arbeiters zu seiner Arbeit ergibt. Diese Forderungen nach Schöpfung (création) von Werken und nach Kontrolle der Instrumente und Produkte der Arbeit wird zur Sinngebung der Arbeitssituation für den Arbeiter. Derart entsteht das soziale Handlungsfeld, konkretisieren sich in weiteren Schritten die normativen Orientierungen der politischen und gewerkschaftlichen Aktion. Die soziale Aktion, gekennzeichnet durch das Bedürfnis und den Willen nach Kreation und Kontrolle, erzeugt die Geschichte, sie ist nicht Antwort auf eine vorgegebene historische Bewegung.

Touraine untersucht Prozesse in statu nascendi, und er konfrontiert die Aktion der Situation, den Entwurf (Sartre: projet) der Organisation, postuliert damit ein soziales Subjekt, dessen Verhältnis zur Arbeit Aktionssysteme aufbaut. Somit setzt dieser Ansatz eine gewisse Offenheit der gesellschaftlichen Institutionen voraus. Diese Offenheit war in Frankreich nicht gegeben, so entstanden explosiv Aktionssysteme, die wohl auch Touraine nicht vorhersah, die aber mit der aktionalistischen Methode analysierbar erscheinen.

Touraine und sein Mitarbeiter Durand konstatierten eine Entwicklung der gewerkschaftlichen Aktionsformen von den traditionellen klassenkämpferischen Mitteln der CGT zu „modernen" Mitteln des Syndikalismus. Diese „modernen" Formen, sowohl der am Beispiel der USA orientierte Bargaining-Syndikalismus (syndicalisme de négociation contractuelle) und der Mitbestimmungs-Syndikalismus (syndicalisme gestionnaire) — wie in der BRD —, finden sich am häufigsten in den modernen Industriezweigen, in der „technischen Phase" der Entwicklung der Arbeit. Aber während die „Modernität" der syndikalistischen Aktion im allgemeinen mit der Entwicklung der Arbeit korreliert, findet sich der Klassen-Syndikalismus (syndicalisme de classe) in allen Entwicklungsphasen der Arbeit. Allerdings begünstigt nach der Studie von Durand die Entfremdung in der Arbeit die traditionellen Formen der gewerkschaftlichen Aktion, zu denen Durand neben dem „Syndikalismus der ökonomischen Verteidigung" auch den zur Übergangsphase in der Entwicklung der Technologie gehörenden Klassen-Syndikalismus rechnet. Die Bindung an die Arbeit dagegen, das Interesse an ihr (implication), begünstigt die an der Partizipation orientierten Formen des Syndikalsmus: Sowohl den Bargaining-Syndikalismus, der — vom Standpunkt des Funktionierens des Betriebes ausgehend — nur eine Teilnahme an den Mitteln, nicht an den Zielen, fordert wie den an politischer Mitbestimmung auf der Ebene der planification orientierten Mitbestimmungs-Syndikalismus, der sich am häufigsten in der technisch fortgeschrittenen Industrie findet [20]).

Aber an Touraine und Durand muß die Frage gestellt werden, ob nicht der von ihnen insgeheim bevorzugte Mitbestimmungs-Syndikalismus, wollte er unter dem gegebenen politischen System seine Forderungen nach nicht-entfremdeter Arbeit durch Partizipation an der Definition der Ziele durchsetzen, nicht doch auf die klassischen Mittel des Klassen-Syndikalismus — wie Streiks, politische Streiks zumal — zurückgreifen müßte, um allererst mit diesen Kampfmitteln das politische System derart zu verändern, daß die Forderung nach Partizipation zur realisierbaren Forderung wird.

Die an der Kategorie der Praxis bzw. am Marx'schen Arbeitsbegriff festgemachte aktionalistische Methode von Touraine will hinter der vermeintlich eigengesetzlichen Logik der Institutionen das bewegende Prinzip der Geschichte, das „sujet

[20]) Claude Durand befragte mit standardisierten Interviews 1800 gewerkschaftlich Aktive. Der Bericht befindet sich in Le Mouvement social, Nr. 61, Oktober—Dezember 1967

historique" aufspüren[21]). Touraine will das „historische Subjekt" als theoretisches Konstrukt verstehen, das gleichwohl als System normativer Orientierungen in jedem Handelnden verankert sei. Die Frage nach der empirischen Relevanz des historischen Subjekts für die konkreten Subjekte wurde oft an Touraine gestellt. Ob die Antwort der französischen Arbeiter im Mai und Juni 1968 die Touraine genehme Antwort ist, sei dahingestellt. Aber im Vergleich zur deutschen Situation des Mai 1968 sei der junge Marx zitiert: „Einer r a d i k a l e n deutschen Revolution scheint indessen eine Hauptschwierigkeit entgegenzustehen. Die Revolutionen bedürfen nämlich eines p a s s i v e n Elementes, einer m a t e r i e l l e n Grundlage. Die Theorie wird in einem Volke immer nur so weit verwirklicht, als sie die Verwirklichung seiner Bedürfnisse ist. (. . .) Es genügt nicht, daß der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muß sich selbst zum Gedanken drängen[22]). Man könnte Marx' Polemik gegen die Deutschen goutieren, wäre nicht Marx' Hoffnung auf die nur als totale Emanzipation denkbare „Emanzipation der Deutschen zu Menschen" seit dem Notstands-Mai dahin: „Wenn alle inneren Bedingungen erfüllt sind, wird der deutsche Auferstehungstag verkündet werden durch das Schmettern des gallischen Hahns"[23]).

IV

Die Spitzen des DGB, selbst der IG Metall und IG Chemie, konnten es nicht wagen, den politischen Generalstreik gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze auszurufen, da ihre Basis dem Aufruf nicht gefolgt wäre. (In Frankreich lief der Prozeß umgekehrt, auch wenn er sein Ziel nicht erreichte.) Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit in der BRD hat es versäumt, an diesem Ereignis ein politisches Bewußtsein der Arbeiter herzustellen, das an den unmittelbaren Erfahrungshorizont des Arbeiters anknüpft und diesen in seiner politischen Relevanz gleichwohl transzendiert. Dem französischen Arbeiter blieben zumindest die erstarrten Kategorien der klassenkämpferischen Sprache von KPF und CGT als normative Orientierungen, die die Arbeitssituation in allen ihren Aspekten, besonders dem zentralen Aspekt der Abhängigkeit, wenn nicht stringent erklären, so doch gesellschaftskritisch deuten. Ihm blieben ferner kollektive Symbole der Arbeiterbewegung, teils eine „doppelte Geschichtsschreibung" (vgl. die Untersuchungen von R. Kaës zum Geschichtsbewußtsein der Arbeiter[24]), eine soziale Topik und grundlegende Bedürfnisse, Deutungsschemata von handlungsorientierender Relevanz (vgl. die Studien von Willener[25])), die als System normativer Orientierungen aus ihrer dichotomisch-resignativen Verfassung herausgerissen wurden zu einem gewaltigen — oft archaisch anmutenden — Versuch, durch direkte Aktion die unterdrückten Bedürfnisse und Forderungen zu realisieren. In diesem Sinne drängte im französischen Mai auch die Wirklichkeit zum Gedanken[26]).

---

21) A. Touraine, Sociologie de l'action, Paris 1965, bes. Teil II

22) Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung, in: Karl Marx, Die Frühschriften, ed. Landshut, Stuttgart 1953, S. 218

23) K. Marx, op. cit., S. 224

24) René Kaës, Mémoire historique et usage de l'histoire chez les ouvriers français, in: Le mouvement social, Nr. 61, 1967. R. Kaës, La Culture, son image chez les ouvriers français, Paris 1967

25) A. Willener, L'interprétation de l'organisation dans l'industrie, Paris 1967; ders., Images de la société, Etude. Nr. 5, vervielfältigtes Manuskript, 1968

26) Die Auflösung klassenspezifischer Kommunikationsgrenzen, die Faszination durch das Wort, durch den eigenen Monolog, der den väterlichen Monolog ersetzte, das Ziel der ‚Veränderung des Alltags' (H. Lefèvre) und vorgreifende Gesellschaftsbilder als ‚Agenten der Veränderung' (A. Willener) ließen auf der Seite der Intelligenz nicht nur den Gedanken zur Wirklichkeit werden (an den Wänden der Sorbonne las man: L'imagination prend le pouvoir. In der Übersetzung von P. Bertaux: Die Phantasie ergreift die Macht), sondern auch die Fiktion schon surrealistisch als Realität verstehen („Nehmt eure Wünsche als Wirklichkeit", „Seid realistisch, verlangt das Unmögliche", waren Parolen der Kulturrevolution im Pariser Mai). Vgl. M. J. Rauch und S. H. Schirmbeck, Die Zukunft hatte schon begonnen, in: Frankfurter Rundschau, 13. 7. 68. Diese beiden aus Frankreich ausgewiesenen Autoren bereiten für die Europäische Verlagsanstalt ein Buch über die Kulturrevolu-

Das französische Beispiel kann der deutschen Situation nicht aufgezwungen werden. Aufklärung hätte zu beginnen, die im Sinne von Negts Theorie der Arbeiterbildung [27]) bewußt an dem Konflikt des Arbeiters zwischen der Notwendigkeit, sich zu orientieren, und der durch seine Arbeitssituation und Sozialisation gegebenen Unmöglichkeit, sich adäquat zu orientieren, anknüpft: „Eine auf Bewußtseinsbildung und Erziehung zu politischem Handeln gerichtete gewerkschaftliche Bildungsarbeit muß sowohl die durch die Klassenlage determinierten, sprachlich nicht qualifizierten Erfahrungsgehalte als auch die in den kollektiven Symbolen der Arbeiterschaft gebundene Gesellschaftskritik als Potential weiterführender Aufklärung hinnehmen und bewußt machen" (O. Negt) [28]).

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit kann als exemplarisches Lernen von den konkreten Konfliktbereichen des Arbeiters ausgehen (wie technischer Fortschritt, Automation, Herrschaftsstruktur des Betriebes), um die Fragmentarisierung des Bewußtseins aufzuheben und eine soziale Orientierung zu geben, die in politisch relevantes Handeln auf betrieblicher und gesellschaftlicher Ebene umschlägt.

Wenn unter dem Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Veränderung die „dominante Form der Ungleichheit (...) weniger in der vertikalen Dimension der Ungleichheit von Schichten und Klassen zu suchen (ist) als in der horizontalen Dimension der Disparität von Lebensbereichen, d. h. der ungleichgewichtigen Befriedigung der verschiedenen Lebensbedürfnisse", wie ein Frankfurter Autorenkollektiv von Soziologen in einem neuen theoretischen Ansatz es formulierte [29]), so mag dies für den „politisch regulierten Kapitalismus" der Bundesrepublik zutreffen; in Frankreich ist die vertikale Dimension der Ungleichheit weitaus schärfer ausgeprägt als in Deutschland. Aber auch dort stellt sich wie hier das Problem der Definition der gesellschaftlichen Ziele. Der politisch regulierte Kapitalismus schafft sich in seiner Orientierung an der Stabilitätserhaltung des Systems seine eigenen Widersprüche, zumindest eine wachsende „Disparität zwischen den verschiedenen Problembereichen und Bedürfnissen des gesellschaftlichen Lebens", da die gesellschaftlichen Bedürfnisse, die weniger prekäre Problemlagen für das Funktionieren des Systems bedeuten und über keine Mittel zu ihrer Realisierung verfügen, notwendig in der Aufstellung der Prioritäten vernachlässigt werden. „Die Disparität der Lebensbereiche wächst vor allem hinsichtlich des unterschiedlichen Entwicklungsabstandes zwischen tatsächlichem institutionalisiertem und möglichem Niveau des technischen und gesellschaftlichen Fortschritts [30])."

Im antizipatorischen „pragmatischen" Entscheidungsmodell von Habermas hätte die Wissenschaft die Funktion, die die „Naturwüchsigkeit" der Forschung und Politik stimulierenden Interessen, damit die gesellschaftliche Entwicklung, unter Kontrolle zu bekommen. Gegen die technokratische Argumentation von der vermeintlich eigengesetzlichen, weil technischen Sachzwängen und der Notwendigkeit der Stabilitätserhaltung unterliegenden Entwicklung der Technik wäre eine

tion im Mai vor. — Vgl. den Bericht von G. Metken, Die Wände haben das Wort, in: Frankfurter Rundschau, 18. 7. 68, und die dort angegebenen zwei Bücher über Wandzeitungen, Plakate, Photos usw. — Inzwischen erhielten wir Kenntnis folgender neuer Titel: Maspero gab in seiner Reihe ‚cahiers libres' heraus: La grève à Flins, Nr. 121, und: Mouvement du 22 mars, Nr. 124. Der Verlag Seuil publizierte unter dem Titel „La révolte étudiante" Aufsätze der Hauptakteure Sauvageot, Geismar, Cohn-Bendit, Duteuil. Der Verlag Fayard publizierte Analysen der Soziologen Morin, Coudray und Lefort unter dem Titel: „Mai 1968: La Brèche". — Die ‚Kulturrevolution' wird sich wohl in einer Publikationswelle fortsetzen

27) Oskar Negt, Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen, Zur Theorie der Arbeiterbildung, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1968

28) Oskar Negt, op. cit., S. 64

29) „Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung", vervielfält. Manuskript. Vortrag auf dem 16. Deutschen Soziologentag, verlesen von G. Brandt, April 1968

30) „Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung", a.a.O., S. 21

Strategie zu stellen, die eine Kontrolle der Richtung des technischen Fortschritts ermöglicht. Dieses erscheint nur unter Bedingungen herstellbar, die eine erweiterte Selbstbestimmung der handelnden Subjekte, die die Ziele ihrer Tätigkeit autonom bestimmen, also die Geschichte mit Willen und Bewußtsein machen, real ermöglichen.

Die französischen Arbeiter haben diesen Anspruch mit archaischer Gewalt angemeldet, aber die Frage nach der Durchführbarkeit etwa eines Rätesystems in den Betrieben beim aktuellen Stand der Produktivkräfte steht dahin. — Das Frankfurter Autorenkollektiv sah nur für die Gruppe der „professionalisierten Intelligenz" die Chance, „den Konflikt zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit für sich und andere zu konkretisieren und so in einem politischen Bezugsrahmensystem transzendierende Bedürfnisinterpretationen anzubieten, die freilich nur auf der Basis neuer politischer Organisationsformen außerhalb des politischen Systems folgenreich werden könnten" [31]).

In einer Gesellschaft, in der Wissenschaft sich anschickt, erste Produktivkraft zu werden, in der die Regierung wähnte, ihre Legitimationsbasis über das entmachtete Parlament hinweg mithilfe der Technokraten telekratisch bei den privatisierten Massen einzuholen, in dieser französischen Situation verbleibt daher — gemäß der vorgetragenen Analyse — der Streik und die Forderung nach Partizipation an den Zielen der eigenen Tätigkeit in den Universitäten, bei den Forschern des CNRS und den Redakteuren der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt ORTF von vielleicht nachhaltigerer Wirkung, auch im durch die Wahlen stabilisierten gaullistischen System, als der faktische Generalstreik Mai 1968 von 12 Millionen Franzosen, die ihre Forderungen nach spontanem Sturz der Regierung und struktureller Veränderungen der Gesellschaft durch die KPF und die CGT verraten sahen.

Florence Hervé-Murray, Paris

Gedanken zu den Mai-Ereignissen in Frankreich

I

Was im Mai in Frankreich geschah, das nennen manche — darunter auch de Gaulle —, welche die Realität für ihre Wünsche halten, Terrorismus und revolutionären Unsinn einiger Abtrünniger, die nicht wissen, was sie wollen, und die aus Langeweile Revolten inszenieren; das nennen andere — wie die anarchistischen Studenten —, welche ihre Wünsche für die Realität halten, Revolution.

31) op. cit., S. 25

Es handelt sich in der Tat weder um Terrorismus einer kleinen aktiven Minderheit noch um eine Revolution.

Die Tatsachen: Es fing an mit einer kleinen radikalen Minderheit von Studenten, und es endete mit einem Generalstreik, einer Massenbewegung. Es fing an mit Auseinandersetzungen um die autoritäre Hausordnung der Universität, einem internen Universitätskampf also, und es endete mit einem Klassenproblem, einer globalen Infragestellung der Gesellschaft. Es fing an mit sozialen und ökonomischen Forderungen, und es endete mit der politischen Forderung nach Beseitigung des Gaullismus und des kapitalistischen Systems. Aus der spontanen Solidarität der Arbeiter mit den Studenten im Kampf gegen die brutalen Polizeimaßnahmen und die Verstärkung der Unterdrückung entwickelte sich eine bewußte Solidarität; es kam zu einem echten Dialog zwischen Arbeitern, Studenten und Schülern. Der universitäre Kampf wurde zum politischen und Klassenkampf. Der Ausbruch hat überrascht. Frankreich, das stabile Land, genoß internationales Ansehen, und doch, Frankreich, das stabile Land, enthüllte plötzlich das tönerne Fundament seiner gepriesenen Stabilität. Wie konnte eine solche Massenbewegung so unerwartet ausbrechen?

Waren auch Teile der Arbeiter- und Studentenschaft bisher weitgehend apolitisch, so war doch die soziale Unzufriedenheit, die sich in den zehn Jahren der autoritären Herrschaft General de Gaulles aufgestaut hatte, sehr groß. Die Mai-Ereignisse, sagte Waldeck Rochet, Generalsekretär der kommunistischen Partei Frankreichs, am 18. Mai im Rundfunksender France-Inter, „offenbaren die tiefe Unzufriedenheit, die sich innerhalb von zehn Jahren infolge der antisozialen und reaktionären Politik einer Staatsmacht, die im Dienste des Großkapitals steht, angesammelt hat." Die Generalstreiks in den Jahren 1963, 1966 und 1967 sehen sich heute als Generalprobe für diesen Mai-Streik an, der einen Monat lang Frankreichs öffentliches Leben lahmlegte.

Bei den Studenten hatte es Anfang November 1967 einen zehntägigen „wilden" Streik in Nanterre gegeben, aus Protest gegen den geplanten numerus clausus; gefordert wurden eine Reform des Unterrichts und die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Prüfungen (die jährlichen Änderungen des Prüfungssystems benachteiligten viele Studenten). Schon seit mehreren Monaten protestieren die französischen Studenten gegen eine überholte autoritäre Universitätsstruktur, die aus der napoleonischen Zeit stammt; gegen die soziale Ungerechtigkeit (nur 10 Prozent der Arbeiterkinder können studieren); gegen schlechte Arbeitsbedingungen, gegen die Allmacht der Ordinarien, gegen die Isolierung der einzelnen Fachgebiete, gegen den Mangel an Berufsaussichten und die Nichtbeschäftigung qualifizierter Kräfte, die inzwischen eine Art akademischen Proletariats geworden sind. Dazu stellt die Lehrergewerkschaft (Syndicat national de l'enseignement secondaire) fest: „Die Regierungspolitik führt zur sozialen Trennung, zum Malthusianismus, zum Mangel an Berufsaussichten sowie zu Arbeits- und Lebensbedingungen der Studenten und Professoren, die mehr und mehr die Lage an den Universitäten verschärfen." Als Lösung schlugen die Autoritäten die Einführung des numerus clausus ab 1969 vor. Der große Verantwortliche für diese Situation war die Regierung: „Es ist die Regierung, die durch ihr Versagen die ganze Verantwortung für die Lage trägt; der Zorn der Studenten ist berechtigt und heilsam." So die Gewerkschaft wissenschaftlicher Forscher (Syndicat des chercheurs scientifiques).

Dieser Vorwurf erweist sich als durchaus berechtigt, wenn man die Hochschulpolitik der Regierung etwas näher betrachtet: Die Ausgaben des Staates für die Erziehung betragen 17 Prozent des Haushalts — die militärischen dagegen

20 Prozent; die relative Steigerung des Erziehungsbudgets hat bereits 1966 aufgehört. Lehrkräfte werden gebraucht, aber es werden nur 1100 neue Stellen geschaffen gegenüber 2400 im Vorjahr. Die Verteilung der Studenten auf die verschiedenen Fakultäten ist irrational: es gibt nur 52 000 Studenten der Medizin, dagegen 95 000, die Jura studieren; 147 000 Studenten sind für die philosophischen Fächer immatrikuliert, dagegen nur 122 000 für die naturwissenschaftlichen und mathematischen. Dabei sah der 5. Plan für die Erziehung 115 000 Studenten in der philosophischen Fakultät erst für 1972 vor! Für die jetzigen Verhältnisse gibt es insgesamt zu viele Studenten. Nach den Berechnungen der Regierung werden bei Abschluß des 5. Plans 793 000 Studenten erwartet, das sind um 300 000 zuviel. Schon im November 1967 klagte Rektor Roche: „Es gibt 160 000 Studenten (in Paris), aber wir können nur 130 000 aufnehmen." Das Durchschnittsstudium ist zu lang. 70 Prozent der Studenten erreichen keinen Studienabschluß. 1978 werden voraussichtlich nur 26 Prozent des Bedarfs an Doktoranden, Licenciés und Diplômés gedeckt sein [1]).

Die Zukunft sieht schwarz aus, wenn der Staat weiterhin die Monopole unterstützt und die Universitäten vernachlässigt, wenn er es vorzieht, sich mit Atomwaffen und Aufrüstung zu beschäftigen, statt die notwendigen sozialen und universitären Reformen durchzuführen. So dienen zum Beispiel die Forschungen, die große Investitionen erfordern und vom Staat finanziert werden, der Unterstützung von Industriemonopolen: 33 Prozent der Forschungsausgaben der französischen Unternehmen sind 1963 vom Staat getragen worden [2]). Die Anpassung der Universität an die Monopolindustrie ist eindeutig: „Die Industrialisierung der Universitäten im Sinne der französischen Planifikation bedeutet, daß die Hochschulen unter der direkten Kontrolle des Wirtschaftsmanagements zu Zuliefererbetrieben mit einer kalkulierbaren, gesteuerten Ausstoßleistung an fungiblen Kadern umgestaltet werden und damit einen festen Platz innerhalb des antizyklischen Instrumentariums kapitalistischer Planung einnehmen" [3]). Der Kapitalismus ist sich der Gefahr, welche kritische Studenten darstellen, durchaus bewußt, er reagierte ja auch mit starken Repressionen. Der Generaldirektor der Kodak-Pathé AG sprach es aus: „In Krisenzeiten stellt eine akademische Jugend mit langer Studiendauer und ohne entsprechende Stellung im Berufsleben nicht nur einen Reinverlust hinsichtlich der investierten Mittel dar, sie ist auch eine Gefahr für die etablierte Ordnung" [4]).

II

Die soziale Lage der Arbeiter ist, entgegen aller beruhigenden Behauptungen der Regierung, nicht erfreulich. Einige Zahlen belegen das deutlich genug: Es gibt in Frankreich 500 000 Arbeitslose, das sind 2,5 Prozent der aktiven Bevölkerung, darunter 130 000 Jugendliche. Hinzu kommen 600 000 Schulentlassene ohne Arbeitsstelle. 75 Prozent der Schulentlassenen zwischen 14 und 18 Jahren finden keine Lehrstelle [5]). Die Löhne der Arbeiter zeigen den Grad der Ausbeutung, der sie ausgesetzt sind: 4 Mill. von 15 Mill. Beschäftigten verdienen weniger als 500 DM im Monat. Mit dem Mindestlohn von 300 DM werden noch 200 000 Arbeiter abgefunden. 23 Prozent der Männer und 42 Prozent der Frauen erhielten 1965 einen Lohn unter 400 DM. Der durchschnittliche Monatslohn des jungen Arbeiters beträgt 400 DM, und 600 000 Jugendliche unter 18 Jahren verdienen weniger als 250 DM pro Monat. Nur 9 Prozent der Jugendlichen haben ein Monats-

1) Commission de l'équipement universitaire et sportif du 5è plan, rapport général, p. 39—40
2) L'école et la Nation, La nouvelle critique, février 1968, p. 6
3) Kursbuch 13, 1968, Walter Kreipe, Studenten in Frankreich, S. 157
4) Humanisme et entreprise, zit. in: André Gorz, Le socialisme difficile, Paris 1967, p. 47 ff.
5) Rapport Misoffe, Jeunes d'aujourd'hui, Ministère de la Jeunesse, 1967

einkommen von mehr als 600 DM [6]). Dabei beträgt die Arbeitswoche im Durchschnitt mehr als 45 Stunden. Noch 21 Prozent der 15—20jährigen arbeiten mehr als 50 Stunden pro Woche, 38 Prozent zwischen 45 und 50 Stunden [7]). Für Arbeiterkinder gibt es kaum Ausbildungschancen. 40 000 Arbeiter wohnen in der Pariser Gegend noch in Wellblechhütten, denn in den Großstädten herrscht Wohnungsnot. 50 Prozent der jungen Ehepaare finden keine angemessene Wohnung. 25 Prozent der Wohnungen sind ohne fließendes Wasser [8]).

Die Kaufkraft der durchschnittlichen Monatseinkommen ist nicht größer als 1957. Dagegen sind die Spitzenlöhne seit 1959 um mehr als das Zwölffache schneller gestiegen als der Mindestlohn. Die Unterschiede in der Bezahlung der höher qualifizierten Angestellten und der Arbeiter sind sehr groß, wie EWG-Berechnungen vor einiger Zeit feststellten. In den letzten zehn Jahren haben sich die französischen Produktionsziffern verdoppelt — ein Arbeiter stellte zum Beispiel 1958 fünf Autos pro Jahr her, heute zehn —, aber die arbeitende Bevölkerung hatte davon kaum Nutzen. Denn Streik- und Gewerkschaftsrechte sind nicht gesichert: Ein Arbeitgeber verfügt praktisch über die Möglichkeit, in seinem Betrieb die Gründung einer Gewerkschaft zu verhindern, außerdem kann er Gewerkschaftsmitglieder entlassen. So wurden vor einiger Zeit in einer Möbelfabrik der Vendée-Provinz Arbeiter entlassen, die an einer Gewerkschaftsversammlung teilgenommen hatten. Ein anderer Arbeitgeber zog es vor, lieber 138 Arbeiter zu entlassen, als eine Gewerkschaft zu erlauben [9]). Man könnte die Liste sozialer und politischer Willkür beliebig verlängern; sie beweist auf jeden Fall, daß die Studentenunruhen nur das auslösende Moment der Mai-Ereignisse waren.

Die Wirksamkeit des Streiks hing aber ab von seiner Organisiertheit. Die kommunistisch geführte, zwei Mill. Mitglieder zählende Gewerkschaft CGT und die anderen kleineren Gewerkschaften hatten den Boden für eine solche Massenbewegung vorbereitet: durch Streiktradition und durch Schärfung des Arbeiterbewußtseins. Interessant ist, daß dort, wo der Streik angefangen hat und zuletzt beendet worden ist, die CGT am stärksten vertreten war. Eine Untersuchung der Gewerkschaft CFDT aus dem Jahre 1967 zeigt auf, daß in der Auto-, Stahl- und Flugzeugindustrie (Gebiete, in denen der Streik am wirksamsten war) 55 bis 59 Prozent der Arbeiter die CGT wählen, während sie bei den Angestellten nur 6,29 Prozent der Stimmen besitzt. Die bunte Vielfalt der studentischen anarchistischen Gruppen hätte kaum eine solche Disziplin bewirken oder einen solchen Massenstreik inszenieren können. Das war zweifellos ein Verdienst der Gewerkschaften und der KPF.

III

Öfter ist der KPF während der Mai-Bewegung und auch später vorgeworfen worden, sie habe die Arbeiterklasse und die Revolution verraten. Ein solcher Vorwurf jedoch basiert nicht auf einer gründlichen Analyse der konkreten Lage Frankreichs. Doch zuvor die Frage: Kann man überhaupt von einer Revolution reden? Dies muß verneint werden. Revolutionen erfordern einen langwierigen gärenden Prozeß. „Die Machtverhältnisse sind so, daß es nicht möglich ist, plötzlich den Sozialismus aufzubauen ... Es tun zu wollen, hieße wahrscheinlich dem Faschismus die Türen öffnen" [10]). Um die monopolistische Bourgeoisie zu ent-

6) Institut national d'études démographiques, zit. in: Le Figaro, 24. 5. 68
7) Enquete der IFOP, November 1966
8) Le Monde, 26. 9. 1966
9) Hubert Lesire-Ogrel, Le syndicat dans l'entreprise, Paris 1967
10) Maurice Duverger, Le Monde, 31. 5. 68

machten, sind nicht nur subjektive Faktoren notwendig, sondern auch objektive, nämlich die materiellen Bedingungen. Es genügt nicht, daß sich die Arbeiterklasse nur der Unmöglichkeit, so weiterzuleben wie bisher, bewußt wird. Notwendig ist auch, daß die Ausbeuter nicht mehr in der Lage sind, zu herrschen wie bisher. Wollte man die Aktionsform des bewaffneten Kampfes der Dritten Welt auf Frankreich anwenden, so würde das nur zu Abenteuern und zur Verstärkung des Faschismus führen. Lenin hat die universalen Gesetze einer sozialen Revolution und des Aufbaues des Sozialismus aufgezeigt, aber dabei die Notwendigkeit betont, sie je nach der Lage eines Landes und einer Epoche anzuwenden. „Denjenigen, die glauben, daß im heutigen Frankreich die Revolution nur durch den bewaffneten Aufstand möglich ist, mangelt es in der Tat an Vertrauen in die Arbeiterklasse, in ihre Intelligenz, ihre politische Klugheit und ihre Fähigkeit, die Mehrheit des Volkes im Kampf für ihre unmittelbaren und zukünftigen Interessen zu vereinigen. Solche Lösungen wären Verzweiflungstaten, sollen sie nicht nur fiktiv und verbal bleiben" [11]). Die Kommunistische Partei Frankreichs hat ihre Wirkungsmöglichkeiten zu einer Zeit und in einem Land, „in dem sich die mittelständische Klasse aus Stadt und Land um eine geeinte Arbeiterklasse gruppiert, welche die Einführung einer echten Demokratie durchsetzen kann, um die für den Kampf um den Sozialismus günstigen Bedingungen zu schaffen" [12]). Die Lage in Frankreich zu verschärfen, hätte Bürgerkrieg und Repressionen bedeutet. „Gegenüber der repressiven Macht konnte keine Volksrevolte zum siegreichen Aufstand und zur Revolution gelangen", schreibt Roger Ikor in Le Monde am 31. 5. 1968.

Die Behauptung also, man hätte de Gaulle stürzen können, beweist mangelnden politischen Realismus und eine Fehleinschätzung der Situation. Denn die Macht war auf de Gaulles Seite, die er auszuüben bereit war, wie sich in seiner Rede vom 30. Mai bereits zeigte, in der er die Sondervollmachten (Art. 16 der französischen Verfassung) erwähnte: „Wenn diese Zwangslage andauert, müßte ich, in Übereinstimmung mit der Verfassung, einen anderen Weg als den der unverzüglichen Befragung des Volkes beschreiten, um das Bestehen der Republik zu garantieren". Diese Machtverhältnisse wurden von einigen studentischen Führern der Mai-Bewegung völlig ignoriert, mit Bemerkungen wie: „Das interessiert uns nicht, das interessiert die Bürokratie der Parteien." Sie wissen nicht, wie stark die Armee ist und daß sie hinter de Gaulle steht. Nach Aussagen mancher Offiziere ist sie „die letzte Zuflucht einer legalen Regierung, die es nötig hat, ihre Autorität wiederherzustellen". So zu lesen in Le Monde v. 31. 5. 68.

Die Armee ist stark: Das Berufsmilitär zählt 507 000 Mann, die aktive Polizei 83 000 und die Gendarmerie 61 000 Mann. Vor einer falschen Einschätzung der Lage warnte auch das Mitglied des Politbüros der KPF Juquin in einem Meeting am 16. 6.: „Wir fordern die Studenten auf, die vorhandenen Machtverhältnisse genauer zu analysieren, damit sie nicht auf abenteuerliche Wege gelangen." Die um jeden Preis eine Revolution wollten, waren bereit, über divergierende Meinungen hinwegzusehen, wie z. B. Barjonet, ehemaliges KPF-Mitglied: „Man muß die Einheit aller echten Kräfte der Revolution herbeiführen, aller derjenigen, die sich innerhalb der CGT und der KPF auf Trotzki, Mao, auf die Anarchie oder den Situationismus, oder auch auf gar nichts berufen, die aber die Revolution wollen." Doch sie schienen zu vergessen, daß „der Bürgerkrieg keine Kirmes ist und nicht unbedingt zum Sozialismus führen muß" [13]). Lenin hat den Revolutionarismus in seiner Schrift „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im

11) Waldeck Rochet, Qu-est-ce qu'un révolutionnaire dans la France de notre temps, Paris 1967, p. 35
12) ibid. p. 24
13) René Andrieu, L'humanité, 28. 5. 68

Kommunismus" als kleinbürgerlich denunziert, der die Machtverhältnisse nicht berücksichtige, bevor er sich in politische Aktionen stürze. „Die revolutionäre Phrase besteht in der Wiederholung revolutionärer Losungen, ohne Berücksichtigung der objektiven Umstände bei der jeweiligen Wende der Ereignisse und beim gegebenen Stand der Dinge, wie sie gerade zu bezeichnen sind" [14]).

Frankreich ist ein zentralistisch regiertes Land. Es ist deshalb utopisch zu glauben, eine nicht genügend organisierte Arbeiterschaft für eine sozialistische Revolution mobilisieren zu können. „Zu glauben, man könne von der Verfügbarkeit einer nichtorganisierten Arbeiterklasse profitieren, um eine sozialistische Revolution durchzuführen, von der Basis her etwa und nur durch spontane und freie Aktionskomitees, ist bedrohliche Utopie" [15]). Solche Auffassungen einer intellektuellen Minderheit hat ja auch schon Engels in „Die Bakunisten an der Arbeit" kritisiert und davor gewarnt, Arbeiter zu einem Generalstreik ohne Organisation und ohne Streikkassen in Bewegung zu setzen, ebenso vor der Illusion, daß die besitzenden Klassen innerhalb eines Monats ihre Macht aufgeben würden. Um dem Druck der Arbeitgeber und ihrer Verbände zu widerstehen, ist eine starke Organisation notwendig. Zwar sind die französischen Arbeiter nicht so zahlreich gewerkschaftlich organisiert wie in der Bundesrepublik (in Frankreich nur 25 Prozent der Arbeiterschaft), doch besitzen sie ein ausgeprägtes Klassenbewußtsein, das von den Gewerkschaften zum Teil vermittelt und verstärkt wird. Die Schule des Kommunismus, heißt es bei Lenin, sind die Arbeiterorganisationen und die Gewerkschaften, und die Diktatur des Proletariats kann in einem industriell entwickelten Land nur durch jene verwirklicht werden. „Ohne Vorbereitung aber die Revolution zu beginnen, in einem Land, in dem der Kapitalismus hoch entwickelt ist und auch dem letzten Menschen demokratische Kultur und Organisiertheit beigebracht hat, wäre falsch, wäre Unsinn" [16]).

Indessen lehnen die anarchistischen Studentengruppen jede Form von Organisation ab. Sie berufen sich auf Spontaneismus und Anarchie. Ihre Parolen lauteten: „Zunächst zerstören, dann weitersehen", „Weder Herr noch Gott; Gott, das bin ich", „Die Anarchie, das ist: Ich", „Die Phantasie an die Macht" und schließlich „Wir sind gegen die Gesellschaft, also schaffen wir ... Was?". Die trotzkistische Zeitung „La Voix Ouvrière" proklamierte: „Die Anarchie, das ist die Ordnung". Allein die Fülle der studentischen linksextremistischen Gruppen ist bezeichnend: Es gbt die UJR (Union des Jeunesses Révolutionnaires), die Voix Ouvrière, die FER (ehemalige CLER, eine trotzkistisch-lambertistische Gruppe, welche die Schrift „Révoltes" herausbringt) und die prochinesische UJC [17]); es gibt die im Herbst 1967 gegründeten Vietnamkomitees, die der PSU nahestehende ESU, die Straßburger Situationisten [18]), die Gruppe „Nous sommes en marche" mit ihrer Parole: „Unsere Revolution soll juristisch, ökonomisch und sexuell sein", und es gibt schließlich die Bewegung des 22. März, die nach Aussagen eines Mitglieds zwischen 500 und 50 000 (!) Mitglieder zählt; sie alle konnten sich nur in der Aktion vereinen. „Mitte Mai", heißt es in Le Monde vom 18. 5. 68, „hatten die Studenten den Rahmen fast wiederhergestellt, dem ähnlich, den sie eben zerstört hatten, nur mit dem Unterschied, daß sie ihn erträglich fanden, weil sie ihn selbst geschaffen hatten." Am 28. Mai jedoch scheiterte der Versuch einer Koordinierung aller revolutionären Kräfte. Man konnte das beobachten, was Engels die „ultrarevolutionären Phrasen" von Anarchie und Selbstherrlichkeit,

14) Lenin, Werke, Berlin 1960, Band 27, S. 85
15) Maurice Duverger, Le Monde, 31. 5. 68
16) Lenin, Werke, Berlin 1960, Band 27, S. 85
17) Siehe Michel Legris, Le Monde v. 1., 2. und 3. 4. 68
18) deren Motto lautet: „Die Situation schaffen, die jede Rückkehr zurück unmöglich macht", zit. nach Le Monde v. 9. 12. 66

von Abschaffung aller Autorität, besonders der staatlichen, von sofortiger und vollständiger Emanzipation der Arbeiter nannte. Die Zersplitterung der Gruppen, ihre Weigerung, sich auf starke Organisationen zu stützen, und vor allem die anarchistischen Parolen und Tendenzen innerhalb der Studentenschaft haben zweifellos die Angst der Bevölkerung vor dem Kommunismus bestätigt. De Gaulle hat denn auch diese Situation bei den Wahlen erfolgreich zu nutzen gewußt, indem er Anarchie und Terrorismus mit dem Kommunismus identifizierte, indem er das Schreckgespenst eines totalitären Kommunismus an die Wand malte und die französischen Bürger vor die Wahl stellte: Ich oder das Chaos. (Übrigens ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß im Quartier Latin, wo die Barrikadenkämpfe stattfanden, die meisten Stimmenthaltungen in Paris, nämlich 35,6 Prozent, gezählt wurden).

Aber die Provokationen der Linksextremisten zielten, wie Etienne Fajon, Mitglied des Zentralkomitees der KPF, am 10. 6. 68 im Rundfunksender Europe 1 ausführte, nur „darauf hin, die Arbeiter zu veranlassen, sich ins Abenteuer zu stürzen... Das hätte eine Spaltung der Arbeiterbewegung herbeigeführt. Die Isolierung der Arbeiterklasse von den mittelständischen Klassen ist ein Vorwand für diejenigen, die davon träumen, die Arbeiterbewegung in einer gewaltsamen Repression zu ertränken und anstelle dessen, was heute existiert und schlecht ist, etwas Schlimmeres, die Militärdiktatur, zu erstellen." Wohl hat der lockere Zusammenschluß der Studentengruppen, auch wenn die Ablehnung jeglicher Zentralisation, jeder Partei, eines jeden Apparates zu Fehleinschätzungen der Lage, zum Spontaneismus, zur Nachahmung der Guerillakämpfe in Lateinamerika und zum Wunschtraum von der „permanenten Revolution" führt, den Vorteil, daß sie trotz eines Verbots weiterarbeiten können. Doch kann dieser linke Doktrinarismus mit seiner Weigerung, die Aktionen einer sympathisierenden Opposition mit zu berücksichtigen, in Frankreich nicht praktiziert werden: Ohne den Mittelstand und die Bauernschaft kann die KPF, und mit ihr die Arbeiterklasse, den Sozialismus in ihrem Lande nicht durchführen. „Der Übergang zum Sozialismus impliziert die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, in enger Verbindung mit der Bauernschaft und den mittelständischen Schichten der Städte" [19]). Die Bauernschaft für eine Revolution zu mobilisieren, war unmöglich, sie bildet die Bevölkerungsschicht, die am deutlichsten für de Gaulle gestimmt hat: Während der Stimmenzuwachs der Gaullisten von 1967 bis zu den Wahlen im Juni 1968 insgesamt 14,3 Prozent betrug, stieg der Anteil der Bauernstimmen für de Gaulle im selben Zeitraum um 25,8 Prozent, um fast das Doppelte also mehr als bei der Gesamtbevölkerung. Bei allen Überlegungen, ob es sich bei den Mai-Ereignissen um Revolution handelt oder nicht, ist zu berücksichtigen, daß die meisten Arbeiter ihre Forderungen allein auf höhere Löhne oder bessere Lebensbedingungen richteten. Das zeigte sich ganz deutlich in Boulogne-Billancourt, wo die Studenten von den Arbeitern zurückgewiesen wurden. Die große Mehrheit der Arbeiter entschied sich für legale Methoden im Sozialkampf.

IV

Schließlich lassen sich die Mai-Ereignisse in Frankreich, die Diskussionen darüber, ob es sich dabei um Revolution handelt oder nicht, noch mit der Frage verknüpfen, ob Arbeiter oder Studenten Träger künftiger sozialer Umwälzungen sein werden. Das führt zu den Theorien Marcuses, die wohl kaum einer der

19) Waldeck Rochet, Résolution politique du 18è congrès du PCF, janvier 1967, p. 15

Studentenführer aus den Werken Marcuses selbst kennt [20]). Sie sind durch das französische Beispiel widerlegt worden. Noch Anfang Mai bekannte Marcuse auf dem Kongreß der UNESCO in Paris: „Wenn es sich darum handelt, ein revolutionäres Bewußtsein in den arbeitenden Klassen der industrialisierten Länder festzustellen, so gebe ich zu, daß ich davon nichts spüre." Ein paar Tage später streikten neun Millionen Arbeiter in Frankreich! Marcuse, der von der „zunehmenden Ohnmacht und Resignation auf seiten der Arbeiter" spricht [21]), unterschätzt deren revolutionäre Kraft. Von einer „allmählichen Angleichung der Arbeiter an die Angestelltenbevölkerung" [22]) ist in Frankreich nichts zu spüren, ebenso wenig davon, daß die Arbeiterklasse sozial und kulturell so sehr in das kapitalistische System integriert ist, daß sie sich der Widersprüche dieses Systems nicht mehr bewußt werden könne: „Die arbeitende Klasse erscheint nicht mehr als der lebendige Widerspruch zur bestehenden Gesellschaft" [23]), heißt es weiter bei Marcuse, oder auch: „Die Wirklichkeit der arbeitenden Klasse in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft macht das Marxsche Proletariat zu einem mythologischen Begriff; die Wirklichkeit des heutigen Sozialismus macht die Marxsche Idee zu einem Traum" [24]).

Da, wie die hier gegebenen Zahlen über die Löhne der Arbeiter beweisen, diese an dem Wohlstand einer Konsumgesellschaft kaum teilhaben, zeugt es von Blindheit, von ihrer Integration in das kapitalistische System zu sprechen. Diese Desintegration ist am augenfälligsten bei den jungen Arbeitern: drei Viertel von ihnen vollziehen nicht einmal ihre völlige Vereinigung mit der Gruppe der älteren Arbeiter [25]).

Zudem: „Marx hat nie eine soziale Klasse durch ihren Lebensstandard definiert; es ist nicht der Besitz eines Autos, eines Fernsehapparats oder eines Kühlschranks, der einen Arbeiter aufhören läßt, ein Arbeiter zu sein" [26]). Die Widersprüche verschärfen sich vielmehr: „Mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird der Grundwiderspruch zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie schärfer, die Zahl der Lohnarbeiter wird größer, nichtproletarische Arbeiter werden sich in größerer Zahl der Identität ihre Interessen mit denen des Proletariats bewußt. Diese Situation macht die Vereinigung aller demokratischen und antimonopolistischen Kräfte möglich" [27]). Marcuses Definition der Begriffe „Revolution" und „Arbeiterklasse" ist einschränkend. Seine Schlüsse, daß es den marginalen Schichten (also den nicht integrierten) obliege, den Repressionszirkel zu durchbrechen und die revolutionäre Avantgarde zu bilden, haben sich am französischen Beispiel als unhaltbar erwiesen. Der Massenstreik hat gezeigt, daß der „Wille der überwältigenden Mehrheit des Volkes heute die einzige wirklich revolutionäre Macht in einem entwickelten Land mit demokratischen Formen und Überlieferungen wie Frankreich ist' [28]). Wenn man, so führte Garaudy vor dem Kongreß der UNESCO Anfang Mai aus, „die Negativität nur bei den marginalen Schichten der Verzweifelten sucht, dann schwächt man die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse".

Übernehmen nun, um die oben gestellte Frage wieder aufzugreifen, die Studenten die Rolle der Arbeiter (denn sie bilden ja nach Marcuse die marginalen Schichten)? Allein die Frage ist falsch gestellt, denn sie impliziert die Trennung

20) Vgl. Cohn-Bendit: „Niemand bei uns hat Marcuse gelesen", La révolte étudiante, Paris 1968, p. 70
21) Der eindimensionale Mensch, Neuwied, 1968, S. 50
22) ibid. S. 39
23) ibid. S. 52
24) ibid. S. 203
25) De Maupéou, Le cheminement professonnel des jeunes ouvriers, Paris 1961
26) Roger Garaudy, Démocratie Nouvelle, avril-mai 1968, p. 9
27) Interview mit Waldeck Rochet in: Nouvelle Critique, Oktober 1967, p. 4
28) Prof. Gisselbrecht, Bonner Korrespondenz, 30. 5. 68

von Arbeitern und Studenten. Zu fragen ist vielmehr nach den Ähnlichkeiten beider Gruppen und danach, ob der Gegensatz „intellektuelle Arbeiter und Handarbeiter" überbrückt werden kann. Die Arbeiterschaft bleibt sowohl zahlenmäßig als auch wegen ihrer zentralen Stellung im Produktionsprozeß die revolutionäre Kraft. Doch gibt es wichtige Übereinstimmungen zwischen der Lage der Arbeiter und der Studenten. „Die wesentlichen Interessen der Studenten und der gesamten Arbeiterschaft stimmen überein", erklärte die KPF am 12. Mai. Dies widerspricht — nebenbei — der Behauptung von Sartre, die Politik der KPF habe immer darin bestanden, die Intellektuellen von den Arbeitern zu trennen (vgl. das Spiegel-Interview vom 15. Juli 1968). Wie die Arbeiter haben auch die Studenten wenig Anteil an einer Gesellschaft mit vorwiegenden Konsuminteressen, sie partizipieren in viel geringerem Maße am Wohlstand als andere Teile der Bevölkerung. Die Klassenwidersprüche spiegeln sich in den Beziehungen zwischen Lehrenden und Lernenden wider und werden so den Studenten bewußt. Sie „reflektieren in der gegenwärtigen Universität die Beziehungen der sozialen Abhängigkeit und der Entfremdung der kapitalistischen Gesellschaft" [29]). Die Wissenschaft selbst ist zu einer direkten Produktivkraft geworden. „In unserer Zeit ist infolge der Entwicklung der Technik die Wissenschaft zu einer direkten Produktivkraft geworden — die Arbeiterklasse verliert überhaupt nicht an Wichtigkeit, weder zahlenmäßig noch historisch gesehen, sondern sie vermehrt sich zahlen- und gewichtsmäßig" [30]). Ebensowenig wie die Arbeiter sind die Studenten im Besitz von Produktionsmitteln, wie jene produzieren sie Mehrwert. Die Wissenschaft wird zur Produktivkraft, das hatte Marx schon prognostiziert. Die Studenten sind nun der kapitalistischen Unterdrückung direkt ausgesetzt, „die bisher immer das Vorrecht der Arbeiterklasse gewesen ist" [31]). Sie begreifen, im Kontakt mit den produktiven Kräften, immer mehr die Widersprüche des Kapitalismus. So weist auch die Fouchet-Reform auf die Widersprüche hin „zwischen den steigenden Produktionskosten für die gesellschaftlich notwendige Arbeitskraft (insbesondere längere Dauer und wachsende Kosten der Berufsausbildung) und der hartnäckigen Weigerung, der Gesellschaft die Verantwortung für diese sozialen Kosten zu übertragen; ... zwischen Art und Niveau der Ausbildung, die durch die Entwicklung der Produktivkräfte erforderlich werden, und derjenigen Form der Ausbildung, die — vom Gesichtspunkt des Unternehmers aus — eine Erhaltung der hierarchischen Unternehmensstruktur und der bestehenden Produktionsverhältnisse garantiert; ... zwischen der zunehmenden — wirklichen oder möglichen — Autonomie der produktiven Arbeit und deren unmittelbarer sozialer Bedeutung für eine wachsende Zahl von Arbeitern und ihrem heutigen Status innerhalb des Unternehmens und der kapitalistischen Gesellschaft" [32]). Wenn sich aus dieser Stellung der Studenten im wissenschaftlichen Produktionsprozeß eine neue revolutionäre Kraft entwickelt hat, dann sind, wie Roger Garaudy es ausdrückt, „Arbeiterbewegung und Studentenbewegung Momente derselben Totalität" [33]).

Das oft eingeworfene Argument, die Studenten könnten aufgrund ihrer bürgerlichen Herkunft nicht revolutionär sein, wäre damit widerlegt; „Marx definiert die Zugehörigkeit zu einer Klasse nicht durch das Herkunftsmilieu, sondern durch den Platz, den man im Produktionsprozeß einnimmt" [34]). Tatsächlich trafen die Forderungen der Arbeiter in einigen Punkten mit denen der Studenten zusam-

29) Roger Garaudy, Démocratie Nouvelle, p. 67
30) ibid. p. 9
31) Pierre Juquin, Abgeordneter und Mitglied des Politbüros der KPF, in einem Meeting am 16. 6. 68
32) Andre Gorz, Studium und Facharbeit heute, in: Wider die Untertanenfabrik, hrsg. v. Stephan Leibfried, Köln 1967, S. 42 f.
33) Roger Garaudy, op. cit., p. 9
34) ibid. p. 67

men, zum Beispiel nach Mitbestimmung und nach dem Sturz des gaullistischen Regimes. Denn beide sind Opfer dieses Regimes. Beider Stellung im Produktionsprozeß — Wissenschaft als Produktivkraft! — prädestiniert sie zum vereinten Kampf um dasselbe Ziel: die sozialistische Gesellschaft.

Was ist durch den großen Streik erreicht worden? Die Regierung hat unter diesem Druck wichtige Konzessionen machen müssen: Erhöhung des Mindestlohnes um 35 Prozent und sämtliche Löhne um 7 Prozent, weiter eine stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit; Erhöhung der Altersrenten und Familienbeihilfen, Herabsetzung des Rentenalters von 65 auf 60 Jahre bei Männern und von 60 auf 55 Jahre bei Frauen. Über den Ausbau der gewerkschaftlichen Rechte in den Betrieben, vor allem des Rechts zur Einberufung von Arbeiterversammlungen in den Betrieben durch die Gewerkschaften, wird noch diskutiert. Sollte es zu einer Inflation und zur Steigerung der Lebenskosten kommen — es gibt Anzeichen dafür —, dann werden sich die Arbeiter, die ihre Macht entdeckt haben, nicht noch einmal beschwichtigen lassen. Viele haben inzwischen erkannt, daß das Regime nicht ihre Interessen vertritt, sondern die einer kleinen Schicht von Ausbeutern. In ihrem Kampf um bessere Lebensbedingungen haben sie die politische Praxis geübt; an der Seite der Studenten und Schüler haben sie ihre Stärke entdeckt und ihr Bewußtsein geschärft. Die manipulierten Wahlen haben zwar Gaullisten und Rechtsextremisten gestärkt, aber die Fronten werden sich verhärten: Frankreich ist in zwei Lager geteilt. Wenn auch die Linke als der große Verlierer erscheint, so hat doch die kummunistische Gewerkschaft mehr als 400 000 neue Mitglieder gewonnen und mehrere tausend lokale Gewerkschaftsgruppen gründen können.

Dr. Wolf Kalz

Wettrüsten in Lateinamerika

Am 23. Oktober vorigen Jahres bemerkte der liberale „Manchester Guardian", es gebe „keinen absurderen Rüstungswettlauf" als den durch Verkauf von Überschalljägern nach Lateinamerika eingeleiteten; und die „Daily News" schrieb am 7. Oktober, der Kauf von Überschalljägern durch Peru und der von schweren Panzern durch Argentinien werde niemandem nützen als allein deren „zynischen Verkäufern". Tatsache ist, daß Peru an Frankreich Auftrag gegeben hatte, zwölf Mirage-V-Überschalljäger nebst drei Übungsflugzeugen zu liefern und daß der argentinische Generalstab neben zahlreichem anderen Kriegsmaterial den Erwerb von 60 französischen AMX-30-Panzern veranlaßte.

Die Kosten für die Flugzeuge belaufen sich auf rund 20 Mill. Dollar, der Wert der Panzer wird mit 12 Mill. Dollar angegeben. Neben den hohen Kosten, die

Strategie zu stellen, die eine Kontrolle der Richtung des technischen Fortschritts ermöglicht. Dieses erscheint nur unter Bedingungen herstellbar, die eine erweiterte Selbstbestimmung der handelnden Subjekte, die die Ziele ihrer Tätigkeit autonom bestimmen, also die Geschichte mit Willen und Bewußtsein machen, real ermöglichen.

Die französischen Arbeiter haben diesen Anspruch mit archaischer Gewalt angemeldet, aber die Frage nach der Durchführbarkeit etwa eines Rätesystems in den Betrieben beim aktuellen Stand der Produktivkräfte steht dahin. — Das Frankfurter Autorenkollektiv sah nur für die Gruppe der „professionalisierten Intelligenz" die Chance, „den Konflikt zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit für sich und andere zu konkretisieren und so in einem politischen Bezugsrahmensystem transzendierende Bedürfnisinterpretationen anzubieten, die freilich nur auf der Basis neuer politischer Organisationsformen außerhalb des politischen Systems folgenreich werden könnten" [31]).

In einer Gesellschaft, in der Wissenschaft sich anschickt, erste Produktivkraft zu werden, in der die Regierung wähnte, ihre Legitimationsbasis über das entmachtete Parlament hinweg mithilfe der Technokraten telekratisch bei den privatisierten Massen einzuholen, in dieser französischen Situation verbleibt daher — gemäß der vorgetragenen Analyse — der Streik und die Forderung nach Partizipation an den Zielen der eigenen Tätigkeit in den Universitäten, bei den Forschern des CNRS und den Redakteuren der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt ORTF von vielleicht nachhaltigerer Wirkung, auch im durch die Wahlen stabilisierten gaullistischen System, als der faktische Generalstreik Mai 1968 von 12 Millionen Franzosen, die ihre Forderungen nach spontanem Sturz der Regierung und struktureller Veränderungen der Gesellschaft durch die KPF und die CGT verraten sahen.

Florence Hervé-Murray, Paris

Gedanken zu den Mai-Ereignissen in Frankreich

I

Was im Mai in Frankreich geschah, das nennen manche — darunter auch de Gaulle —, welche die Realität für ihre Wünsche halten, Terrorismus und revolutionären Unsinn einiger Abtrünniger, die nicht wissen, was sie wollen, und die aus Langeweile Revolten inszenieren; das nennen andere — wie die anarchistischen Studenten —, welche ihre Wünsche für die Realität halten, Revolution.

31) op. cit., S. 25

Es handelt sich in der Tat weder um Terrorismus einer kleinen aktiven Minderheit noch um eine Revolution.

Die Tatsachen: Es fing an mit einer kleinen radikalen Minderheit von Studenten, und es endete mit einem Generalstreik, einer Massenbewegung. Es fing an mit Auseinandersetzungen um die autoritäre Hausordnung der Universität, einem internen Universitätskampf also, und es endete mit einem Klassenproblem, einer globalen Infragestellung der Gesellschaft. Es fing an mit sozialen und ökonomischen Forderungen, und es endete mit der politischen Forderung nach Beseitigung des Gaullismus und des kapitalistischen Systems. Aus der spontanen Solidarität der Arbeiter mit den Studenten im Kampf gegen die brutalen Polizeimaßnahmen und die Verstärkung der Unterdrückung entwickelte sich eine bewußte Solidarität; es kam zu einem echten Dialog zwischen Arbeitern, Studenten und Schülern. Der universitäre Kampf wurde zum politischen und Klassenkampf. Der Ausbruch hat überrascht. Frankreich, das stabile Land, genoß internationales Ansehen, und doch, Frankreich, das stabile Land, enthüllte plötzlich das tönerne Fundament seiner gepriesenen Stabilität. Wie konnte eine solche Massenbewegung so unerwartet ausbrechen?

Waren auch Teile der Arbeiter- und Studentenschaft bisher weitgehend apolitisch, so war doch die soziale Unzufriedenheit, die sich in den zehn Jahren der autoritären Herrschaft General de Gaulles aufgestaut hatte, sehr groß. Die Mai-Ereignisse, sagte Waldeck Rochet, Generalsekretär der kommunistischen Partei Frankreichs, am 18. Mai im Rundfunksender France-Inter, „offenbaren die tiefe Unzufriedenheit, die sich innerhalb von zehn Jahren infolge der antisozialen und reaktionären Politik einer Staatsmacht, die im Dienste des Großkapitals steht, angesammelt hat." Die Generalstreiks in den Jahren 1963, 1966 und 1967 sehen sich heute als Generalprobe für diesen Mai-Streik an, der einen Monat lang Frankreichs öffentliches Leben lahmlegte.

Bei den Studenten hatte es Anfang November 1967 einen zehntägigen „wilden" Streik in Nanterre gegeben, aus Protest gegen den geplanten numerus clausus; gefordert wurden eine Reform des Unterrichts und die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Prüfungen (die jährlichen Änderungen des Prüfungssystems benachteiligten viele Studenten). Schon seit mehreren Monaten protestieren die französischen Studenten gegen eine überholte autoritäre Universitätsstruktur, die aus der napoleonischen Zeit stammt; gegen die soziale Ungerechtigkeit (nur 10 Prozent der Arbeiterkinder können studieren); gegen schlechte Arbeitsbedingungen, gegen die Allmacht der Ordinarien, gegen die Isolierung der einzelnen Fachgebiete, gegen den Mangel an Berufsaussichten und die Nichtbeschäftigung qualifizierter Kräfte, die inzwischen eine Art akademischen Proletariats geworden sind. Dazu stellt die Lehrergewerkschaft (Syndicat national de l'enseignement secondaire) fest: „Die Regierungspolitik führt zur sozialen Trennung, zum Malthusianismus, zum Mangel an Berufsaussichten sowie zu Arbeits- und Lebensbedingungen der Studenten und Professoren, die mehr und mehr die Lage an den Universitäten verschärfen." Als Lösung schlugen die Autoritäten die Einführung des numerus clausus ab 1969 vor. Der große Verantwortliche für diese Situation war die Regierung: „Es ist die Regierung, die durch ihr Versagen die ganze Verantwortung für die Lage trägt; der Zorn der Studenten ist berechtigt und heilsam." So die Gewerkschaft wissenschaftlicher Forscher (Syndicat des chercheurs scientifiques).

Dieser Vorwurf erweist sich als durchaus berechtigt, wenn man die Hochschulpolitik der Regierung etwas näher betrachtet: Die Ausgaben des Staates für die Erziehung betragen 17 Prozent des Haushalts — die militärischen dagegen

20 Prozent; die relative Steigerung des Erziehungsbudgets hat bereits 1966 aufgehört. Lehrkräfte werden gebraucht, aber es werden nur 1100 neue Stellen geschaffen gegenüber 2400 im Vorjahr. Die Verteilung der Studenten auf die verschiedenen Fakultäten ist irrational: es gibt nur 52 000 Studenten der Medizin, dagegen 95 000, die Jura studieren; 147 000 Studenten sind für die philosophischen Fächer immatrikuliert, dagegen nur 122 000 für die naturwissenschaftlichen und mathematischen. Dabei sah der 5. Plan für die Erziehung 115 000 Studenten in der philosophischen Fakultät erst für 1972 vor! Für die jetzigen Verhältnisse gibt es insgesamt zu viele Studenten. Nach den Berechnungen der Regierung werden bei Abschluß des 5. Plans 793 000 Studenten erwartet, das sind um 300 000 zuviel. Schon im November 1967 klagte Rektor Roche: „Es gibt 160 000 Studenten (in Paris), aber wir können nur 130 000 aufnehmen." Das Durchschnittsstudium ist zu lang. 70 Prozent der Studenten erreichen keinen Studienabschluß. 1978 werden voraussichtlich nur 26 Prozent des Bedarfs an Doktoranden, Licenciés und Diplômés gedeckt sein [1]).

Die Zukunft sieht schwarz aus, wenn der Staat weiterhin die Monopole unterstützt und die Universitäten vernachlässigt, wenn er es vorzieht, sich mit Atomwaffen und Aufrüstung zu beschäftigen, statt die notwendigen sozialen und universitären Reformen durchzuführen. So dienen zum Beispiel die Forschungen, die große Investitionen erfordern und vom Staat finanziert werden, der Unterstützung von Industriemonopolen: 33 Prozent der Forschungsausgaben der französischen Unternehmen sind 1963 vom Staat getragen worden [2]). Die Anpassung der Universität an die Monopolindustrie ist eindeutig: „Die Industrialisierung der Universitäten im Sinne der französischen Planifikation bedeutet, daß die Hochschulen unter der direkten Kontrolle des Wirtschaftsmanagements zu Zuliefererbetrieben mit einer kalkulierbaren, gesteuerten Ausstoßleistung an fungiblen Kadern umgestaltet werden und damit einen festen Platz innerhalb des antizyklischen Instrumentariums kapitalistischer Planung einnehmen" [3]). Der Kapitalismus ist sich der Gefahr, welche kritische Studenten darstellen, durchaus bewußt, er reagierte ja auch mit starken Repressionen. Der Generaldirektor der Kodak-Pathé AG sprach es aus: „In Krisenzeiten stellt eine akademische Jugend mit langer Studiendauer und ohne entsprechende Stellung im Berufsleben nicht nur einen Reinverlust hinsichtlich der investierten Mittel dar, sie ist auch eine Gefahr für die etablierte Ordnung" [4]).

II

Die soziale Lage der Arbeiter ist, entgegen aller beruhigenden Behauptungen der Regierung, nicht erfreulich. Einige Zahlen belegen das deutlich genug: Es gibt in Frankreich 500 000 Arbeitslose, das sind 2,5 Prozent der aktiven Bevölkerung, darunter 130 000 Jugendliche. Hinzu kommen 600 000 Schulentlassene ohne Arbeitsstelle. 75 Prozent der Schulentlassenen zwischen 14 und 18 Jahren finden keine Lehrstelle [5]). Die Löhne der Arbeiter zeigen den Grad der Ausbeutung, der sie ausgesetzt sind: 4 Mill. von 15 Mill. Beschäftigten verdienen weniger als 500 DM im Monat. Mit dem Mindestlohn von 300 DM werden noch 200 000 Arbeiter abgefunden. 23 Prozent der Männer und 42 Prozent der Frauen erhielten 1965 einen Lohn unter 400 DM. Der durchschnittliche Monatslohn des jungen Arbeiters beträgt 400 DM, und 600 000 Jugendliche unter 18 Jahren verdienen weniger als 250 DM pro Monat. Nur 9 Prozent der Jugendlichen haben ein Monats-

1) Commission de l'équipement universitaire et sportif du 5è plan, rapport général, p. 39—40
2) L'école et la Nation, La nouvelle critique, février 1968, p. 6
3) Kursbuch 13, 1968, Walter Kreipe, Studenten in Frankreich, S. 157
4) Humanisme et entreprise, zit. in: André Gorz, Le socialisme difficile, Paris 1967, p. 47 ff.
5) Rapport Misoffe, Jeunes d'aujourd'hui, Ministère de la Jeunesse, 1967

einkommen von mehr als 600 DM [6]). Dabei beträgt die Arbeitswoche im Durchschnitt mehr als 45 Stunden. Noch 21 Prozent der 15—20jährigen arbeiten mehr als 50 Stunden pro Woche, 38 Prozent zwischen 45 und 50 Stunden [7]). Für Arbeiterkinder gibt es kaum Ausbildungschancen. 40 000 Arbeiter wohnen in der Pariser Gegend noch in Wellblechhütten, denn in den Großstädten herrscht Wohnungsnot. 50 Prozent der jungen Ehepaare finden keine angemessene Wohnung. 25 Prozent der Wohnungen sind ohne fließendes Wasser [8]).

Die Kaufkraft der durchschnittlichen Monatseinkommen ist nicht größer als 1957. Dagegen sind die Spitzenlöhne seit 1959 um mehr als das Zwölffache schneller gestiegen als der Mindestlohn. Die Unterschiede in der Bezahlung der höher qualifizierten Angestellten und der Arbeiter sind sehr groß, wie EWG-Berechnungen vor einiger Zeit feststellten. In den letzten zehn Jahren haben sich die französischen Produktionsziffern verdoppelt — ein Arbeiter stellte zum Beispiel 1958 fünf Autos pro Jahr her, heute zehn —, aber die arbeitende Bevölkerung hatte davon kaum Nutzen. Denn Streik- und Gewerkschaftsrechte sind nicht gesichert: Ein Arbeitgeber verfügt praktisch über die Möglichkeit, in seinem Betrieb die Gründung einer Gewerkschaft zu verhindern, außerdem kann er Gewerkschaftsmitglieder entlassen. So wurden vor einiger Zeit in einer Möbelfabrik der Vendée-Provinz Arbeiter entlassen, die an einer Gewerkschaftsversammlung teilgenommen hatten. Ein anderer Arbeitgeber zog es vor, lieber 138 Arbeiter zu entlassen, als eine Gewerkschaft zu erlauben [9]). Man könnte die Liste sozialer und politischer Willkür beliebig verlängern; sie beweist auf jeden Fall, daß die Studentenunruhen nur das auslösende Moment der Mai-Ereignisse waren.

Die Wirksamkeit des Streiks hing aber ab von seiner Organisiertheit. Die kommunistisch geführte, zwei Mill. Mitglieder zählende Gewerkschaft CGT und die anderen kleineren Gewerkschaften hatten den Boden für eine solche Massenbewegung vorbereitet: durch Streiktradition und durch Schärfung des Arbeiterbewußtseins. Interessant ist, daß dort, wo der Streik angefangen hat und zuletzt beendet worden ist, die CGT am stärksten vertreten war. Eine Untersuchung der Gewerkschaft CFDT aus dem Jahre 1967 zeigt auf, daß in der Auto-, Stahl- und Flugzeugindustrie (Gebiete, in denen der Streik am wirksamsten war) 55 bis 59 Prozent der Arbeiter die CGT wählen, während sie bei den Angestellten nur 6,29 Prozent der Stimmen besitzt. Die bunte Vielfalt der studentischen anarchistischen Gruppen hätte kaum eine solche Disziplin bewirken oder einen solchen Massenstreik inszenieren können. Das war zweifellos ein Verdienst der Gewerkschaften und der KPF.

III

Öfter ist der KPF während der Mai-Bewegung und auch später vorgeworfen worden, sie habe die Arbeiterklasse und die Revolution verraten. Ein solcher Vorwurf jedoch basiert nicht auf einer gründlichen Analyse der konkreten Lage Frankreichs. Doch zuvor die Frage: Kann man überhaupt von einer Revolution reden? Dies muß verneint werden. Revolutionen erfordern einen langwierigen gärenden Prozeß. „Die Machtverhältnisse sind so, daß es nicht möglich ist, plötzlich den Sozialismus aufzubauen ... Es tun zu wollen, hieße wahrscheinlich dem Faschismus die Türen öffnen" [10]). Um die monopolistische Bourgeoisie zu ent-

6) Institut national d'études démographiques, zit. in: Le Figaro, 24. 5. 68
7) Enquete der IFOP, November 1966
8) Le Monde, 26. 9. 1966
9) Hubert Lesire-Ogrel, Le syndicat dans l'entreprise, Paris 1967
10) Maurice Duverger, Le Monde, 31. 5. 68

machten, sind nicht nur subjektive Faktoren notwendig, sondern auch objektive, nämlich die materiellen Bedingungen. Es genügt nicht, daß sich die Arbeiterklasse nur der Unmöglichkeit, so weiterzuleben wie bisher, bewußt wird. Notwendig ist auch, daß die Ausbeuter nicht mehr in der Lage sind, zu herrschen wie bisher. Wollte man die Aktionsform des bewaffneten Kampfes der Dritten Welt auf Frankreich anwenden, so würde das nur zu Abenteuern und zur Verstärkung des Faschismus führen. Lenin hat die universalen Gesetze einer sozialen Revolution und des Aufbaues des Sozialismus aufgezeigt, aber dabei die Notwendigkeit betont, sie je nach der Lage eines Landes und einer Epoche anzuwenden. „Denjenigen, die glauben, daß im heutigen Frankreich die Revolution nur durch den bewaffneten Aufstand möglich ist, mangelt es in der Tat an Vertrauen in die Arbeiterklasse, in ihre Intelligenz, ihre politische Klugheit und ihre Fähigkeit, die Mehrheit des Volkes im Kampf für ihre unmittelbaren und zukünftigen Interessen zu vereinigen. Solche Lösungen wären Verzweiflungstaten, sollen sie nicht nur fiktiv und verbal bleiben" [11]). Die Kommunistische Partei Frankreichs hat ihre Wirkungsmöglichkeiten zu einer Zeit und in einem Land, „in dem sich die mittelständische Klasse aus Stadt und Land um eine geeinte Arbeiterklasse gruppiert, welche die Einführung einer echten Demokratie durchsetzen kann, um die für den Kampf um den Sozialismus günstigen Bedingungen zu schaffen" [12]). Die Lage in Frankreich zu verschärfen, hätte Bürgerkrieg und Repressionen bedeutet. „Gegenüber der repressiven Macht konnte keine Volksrevolte zum siegreichen Aufstand und zur Revolution gelangen", schreibt Roger Ikor in Le Monde am 31. 5. 1968.

Die Behauptung also, man hätte de Gaulle stürzen können, beweist mangelnden politischen Realismus und eine Fehleinschätzung der Situation. Denn die Macht war auf de Gaulles Seite, die er auszuüben bereit war, wie sich in seiner Rede vom 30. Mai bereits zeigte, in der er die Sondervollmachten (Art. 16 der französischen Verfassung) erwähnte: „Wenn diese Zwangslage andauert, müßte ich, in Übereinstimmung mit der Verfassung, einen anderen Weg als den der unverzüglichen Befragung des Volkes beschreiten, um das Bestehen der Republik zu garantieren". Diese Machtverhältnisse wurden von einigen studentischen Führern der Mai-Bewegung völlig ignoriert, mit Bemerkungen wie: „Das interessiert uns nicht, das interessiert die Bürokratie der Parteien." Sie wissen nicht, wie stark die Armee ist und daß sie hinter de Gaulle steht. Nach Aussagen mancher Offiziere ist sie „die letzte Zuflucht einer legalen Regierung, die es nötig hat, ihre Autorität wiederherzustellen". So zu lesen in Le Monde v. 31. 5. 68.

Die Armee ist stark: Das Berufsmilitär zählt 507 000 Mann, die aktive Polizei 83 000 und die Gendarmerie 61 000 Mann. Vor einer falschen Einschätzung der Lage warnte auch das Mitglied des Politbüros der KPF Juquin in einem Meeting am 16. 6.: „Wir fordern die Studenten auf, die vorhandenen Machtverhältnisse genauer zu analysieren, damit sie nicht auf abenteuerliche Wege gelangen." Die um jeden Preis eine Revolution wollten, waren bereit, über divergierende Meinungen hinwegzusehen, wie z. B. Barjonet, ehemaliges KPF-Mitglied: „Man muß die Einheit aller echten Kräfte der Revolution herbeiführen, aller derjenigen, die sich innerhalb der CGT und der KPF auf Trotzki, Mao, auf die Anarchie oder den Situationismus, oder auch auf gar nichts berufen, die aber die Revolution wollen." Doch sie schienen zu vergessen, daß „der Bürgerkrieg keine Kirmes ist und nicht unbedingt zum Sozialismus führen muß" [13]). Lenin hat den Revolutionarismus in seiner Schrift „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im

11) Waldeck Rochet, Qu-est-ce qu'un révolutionnaire dans la France de notre temps, Paris 1967, p. 35
12) ibid. p. 24
13) René Andrieu, L'humanité, 28. 5. 68

Kommunismus" als kleinbürgerlich denunziert, der die Machtverhältnisse nicht berücksichtige, bevor er sich in politische Aktionen stürze. „Die revolutionäre Phrase besteht in der Wiederholung revolutionärer Losungen, ohne Berücksichtigung der objektiven Umstände bei der jeweiligen Wende der Ereignisse und beim gegebenen Stand der Dinge, wie sie gerade zu bezeichnen sind" [14]).

Frankreich ist ein zentralistisch regiertes Land. Es ist deshalb utopisch zu glauben, eine nicht genügend organisierte Arbeiterschaft für eine sozialistische Revolution mobilisieren zu können. „Zu glauben, man könne von der Verfügbarkeit einer nichtorganisierten Arbeiterklasse profitieren, um eine sozialistische Revolution durchzuführen, von der Basis her etwa und nur durch spontane und freie Aktionskomitees, ist bedrohliche Utopie" [15]). Solche Auffassungen einer intellektuellen Minderheit hat ja auch schon Engels in „Die Bakunisten an der Arbeit" kritisiert und davor gewarnt, Arbeiter zu einem Generalstreik ohne Organisation und ohne Streikkassen in Bewegung zu setzen, ebenso vor der Illusion, daß die besitzenden Klassen innerhalb eines Monats ihre Macht aufgeben würden. Um dem Druck der Arbeitgeber und ihrer Verbände zu widerstehen, ist eine starke Organisation notwendig. Zwar sind die französischen Arbeiter nicht so zahlreich gewerkschaftlich organisiert wie in der Bundesrepublik (in Frankreich nur 25 Prozent der Arbeiterschaft), doch besitzen sie ein ausgeprägtes Klassenbewußtsein, das von den Gewerkschaften zum Teil vermittelt und verstärkt wird. Die Schule des Kommunismus, heißt es bei Lenin, sind die Arbeiterorganisationen und die Gewerkschaften, und die Diktatur des Proletariats kann in einem industriell entwickelten Land nur durch jene verwirklicht werden. „Ohne Vorbereitung aber die Revolution zu beginnen, in einem Land, in dem der Kapitalismus hoch entwickelt ist und auch dem letzten Menschen demokratische Kultur und Organisiertheit beigebracht hat, wäre falsch, wäre Unsinn" [16]).

Indessen lehnen die anarchistischen Studentengruppen jede Form von Organisation ab. Sie berufen sich auf Spontaneismus und Anarchie. Ihre Parolen lauteten: „Zunächst zerstören, dann weitersehen", „Weder Herr noch Gott; Gott, das bin ich", „Die Anarchie, das ist: Ich", „Die Phantasie an die Macht" und schließlich „Wir sind gegen die Gesellschaft, also schaffen wir ... Was?". Die trotzkistische Zeitung „La Voix Ouvrière" proklamierte: „Die Anarchie, das ist die Ordnung". Allein die Fülle der studentischen linksextremistischen Gruppen ist bezeichnend: Es gbt die UJR (Union des Jeunesses Révolutionnaires), die Voix Ouvrière, die FER (ehemalige CLER, eine trotzkistisch-lambertistische Gruppe, welche die Schrift „Révoltes" herausbringt) und die prochinesische UJC [17]); es gibt die im Herbst 1967 gegründeten Vietnamkomitees, die der PSU nahestehende ESU, die Straßburger Situationisten [18]), die Gruppe „Nous sommes en marche" mit ihrer Parole: „Unsere Revolution soll juristisch, ökonomisch und sexuell sein", und es gibt schließlich die Bewegung des 22. März, die nach Aussagen eines Mitglieds zwischen 500 und 50 000 (!) Mitglieder zählt; sie alle konnten sich nur in der Aktion vereinen. „Mitte Mai", heißt es in Le Monde vom 18. 5. 68, „hatten die Studenten den Rahmen fast wiederhergestellt, dem ähnlich, den sie eben zerstört hatten, nur mit dem Unterschied, daß sie ihn erträglich fanden, weil sie ihn selbst geschaffen hatten." Am 28. Mai jedoch scheiterte der Versuch einer Koordinierung aller revolutionären Kräfte. Man konnte das beobachten, was Engels die „ultrarevolutionären Phrasen" von Anarchie und Selbstherrlichkeit,

14) Lenin, Werke, Berlin 1960, Band 27, S. 85
15) Maurice Duverger, Le Monde, 31. 5. 68
16) Lenin, Werke, Berlin 1960, Band 27, S. 85
17) Siehe Michel Legris, Le Monde v. 1., 2. und 3. 4. 68
18) deren Motto lautet: „Die Situation schaffen, die jede Rückkehr zurück unmöglich macht", zit. nach Le Monde v. 9. 12. 66

von Abschaffung aller Autorität, besonders der staatlichen, von sofortiger und vollständiger Emanzipation der Arbeiter nannte. Die Zersplitterung der Gruppen, ihre Weigerung, sich auf starke Organisationen zu stützen, und vor allem die anarchistischen Parolen und Tendenzen innerhalb der Studentenschaft haben zweifellos die Angst der Bevölkerung vor dem Kommunismus bestätigt. De Gaulle hat denn auch diese Situation bei den Wahlen erfolgreich zu nutzen gewußt, indem er Anarchie und Terrorismus mit dem Kommunismus identifizierte, indem er das Schreckgespenst eines totalitären Kommunismus an die Wand malte und die französischen Bürger vor die Wahl stellte: Ich oder das Chaos. (Übrigens ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß im Quartier Latin, wo die Barrikadenkämpfe stattfanden, die meisten Stimmenthaltungen in Paris, nämlich 35,6 Prozent, gezählt wurden).

Aber die Provokationen der Linksextremisten zielten, wie Etienne Fajon, Mitglied des Zentralkomitees der KPF, am 10. 6. 68 im Rundfunksender Europe 1 ausführte, nur „darauf hin, die Arbeiter zu veranlassen, sich ins Abenteuer zu stürzen ... Das hätte eine Spaltung der Arbeiterbewegung herbeigeführt. Die Isolierung der Arbeiterklasse von den mittelständischen Klassen ist ein Vorwand für diejenigen, die davon träumen, die Arbeiterbewegung in einer gewaltsamen Repression zu ertränken und anstelle dessen, was heute existiert und schlecht ist, etwas Schlimmeres, die Militärdiktatur, zu erstellen." Wohl hat der lockere Zusammenschluß der Studentengruppen, auch wenn die Ablehnung jeglicher Zentralisation, jeder Partei, eines jeden Apparates zu Fehleinschätzungen der Lage, zum Spontaneismus, zur Nachahmung der Guerillakämpfe in Lateinamerika und zum Wunschtraum von der „permanenten Revolution" führt, den Vorteil, daß sie trotz eines Verbots weiterarbeiten können. Doch kann dieser linke Doktrinarismus mit seiner Weigerung, die Aktionen einer sympathisierenden Opposition mit zu berücksichtigen, in Frankreich nicht praktiziert werden: Ohne den Mittelstand und die Bauernschaft kann die KPF, und mit ihr die Arbeiterklasse, den Sozialismus in ihrem Lande nicht durchführen. „Der Übergang zum Sozialismus impliziert die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, in enger Verbindung mit der Bauernschaft und den mittelständischen Schichten der Städte" [19]). Die Bauernschaft für eine Revolution zu mobilisieren, war unmöglich, sie bildet die Bevölkerungsschicht, die am deutlichsten für de Gaulle gestimmt hat: Während der Stimmenzuwachs der Gaullisten von 1967 bis zu den Wahlen im Juni 1968 insgesamt 14,3 Prozent betrug, stieg der Anteil der Bauernstimmen für de Gaulle im selben Zeitraum um 25,8 Prozent, um fast das Doppelte also mehr als bei der Gesamtbevölkerung. Bei allen Überlegungen, ob es sich bei den Mai-Ereignissen um Revolution handelt oder nicht, ist zu berücksichtigen, daß die meisten Arbeiter ihre Forderungen allein auf höhere Löhne oder bessere Lebensbedingungen richteten. Das zeigte sich ganz deutlich in Boulogne-Billancourt, wo die Studenten von den Arbeitern zurückgewiesen wurden. Die große Mehrheit der Arbeiter entschied sich für legale Methoden im Sozialkampf.

IV

Schließlich lassen sich die Mai-Ereignisse in Frankreich, die Diskussionen darüber, ob es sich dabei um Revolution handelt oder nicht, noch mit der Frage verknüpfen, ob Arbeiter oder Studenten Träger künftiger sozialer Umwälzungen sein werden. Das führt zu den Theorien Marcuses, die wohl kaum einer der

19) Waldeck Rochet, Résolution politique du 18è congrès du PCF, janvier 1967, p. 15

Studentenführer aus den Werken Marcuses selbst kennt [20]). Sie sind durch das französische Beispiel widerlegt worden. Noch Anfang Mai bekannte Marcuse auf dem Kongreß der UNESCO in Paris: „Wenn es sich darum handelt, ein revolutionäres Bewußtsein in den arbeitenden Klassen der industrialisierten Länder festzustellen, so gebe ich zu, daß ich davon nichts spüre." Ein paar Tage später streikten neun Millionen Arbeiter in Frankreich! Marcuse, der von der „zunehmenden Ohnmacht und Resignation auf seiten der Arbeiter" spricht [21]), unterschätzt deren revolutionäre Kraft. Von einer „allmählichen Angleichung der Arbeiter an die Angestelltenbevölkerung" [22]) ist in Frankreich nichts zu spüren, ebenso wenig davon, daß die Arbeiterklasse sozial und kulturell so sehr in das kapitalistische System integriert ist, daß sie sich der Widersprüche dieses Systems nicht mehr bewußt werden könne: „Die arbeitende Klasse erscheint nicht mehr als der lebendige Widerspruch zur bestehenden Gesellschaft" [23]), heißt es weiter bei Marcuse, oder auch: „Die Wirklichkeit der arbeitenden Klasse in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft macht das Marxsche Proletariat zu einem mythologischen Begriff; die Wirklichkeit des heutigen Sozialismus macht die Marxsche Idee zu einem Traum" [24]).

Da, wie die hier gegebenen Zahlen über die Löhne der Arbeiter beweisen, diese an dem Wohlstand einer Konsumgesellschaft kaum teilhaben, zeugt es von Blindheit, von ihrer Integration in das kapitalistische System zu sprechen. Diese Desintegration ist am augenfälligsten bei den jungen Arbeitern: drei Viertel von ihnen vollziehen nicht einmal ihre völlige Vereinigung mit der Gruppe der älteren Arbeiter [25]).

Zudem: „Marx hat nie eine soziale Klasse durch ihren Lebensstandard definiert; es ist nicht der Besitz eines Autos, eines Fernsehapparats oder eines Kühlschranks, der einen Arbeiter aufhören läßt, ein Arbeiter zu sein" [26]). Die Widersprüche verschärfen sich vielmehr: „Mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird der Grundwiderspruch zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie schärfer, die Zahl der Lohnarbeiter wird größer, nichtproletarische Arbeiter werden sich in größerer Zahl der Identität ihre Interessen mit denen des Proletariats bewußt. Diese Situation macht die Vereinigung aller demokratischen und antimonopolistischen Kräfte möglich" [27]). Marcuses Definition der Begriffe „Revolution" und „Arbeiterklasse" ist einschränkend. Seine Schlüsse, daß es den marginalen Schichten (also den nicht integrierten) obliege, den Repressionszirkel zu durchbrechen und die revolutionäre Avantgarde zu bilden, haben sich am französischen Beispiel als unhaltbar erwiesen. Der Massenstreik hat gezeigt, daß der „Wille der überwältigenden Mehrheit des Volkes heute die einzige wirklich revolutionäre Macht in einem entwickelten Land mit demokratischen Formen und Überlieferungen wie Frankreich ist' [28]). Wenn man, so führte Garaudy vor dem Kongreß der UNESCO Anfang Mai aus, „die Negativität nur bei den marginalen Schichten der Verzweifelten sucht, dann schwächt man die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse".

Übernehmen nun, um die oben gestellte Frage wieder aufzugreifen, die Studenten die Rolle der Arbeiter (denn sie bilden ja nach Marcuse die marginalen Schichten)? Allein die Frage ist falsch gestellt, denn sie impliziert die Trennung

20) Vgl. Cohn-Bendit: „Niemand bei uns hat Marcuse gelesen", La révolte étudiante, Paris 1968, p. 70
21) Der eindimensionale Mensch, Neuwied, 1968, S. 50
22) ibid. S. 39
23) ibid. S. 52
24) ibid. S. 203
25) De Maupéou, Le cheminement professonnel des jeunes ouvriers, Paris 1961
26) Roger Garaudy, Démocratie Nouvelle, avril-mai 1968, p. 9
27) Interview mit Waldeck Rochet in: Nouvelle Critique, Oktober 1967, p. 4
28) Prof. Gisselbrecht, Bonner Korrespondenz, 30. 5. 68

von Arbeitern und Studenten. Zu fragen ist vielmehr nach den Ähnlichkeiten beider Gruppen und danach, ob der Gegensatz „intellektuelle Arbeiter und Handarbeiter" überbrückt werden kann. Die Arbeiterschaft bleibt sowohl zahlenmäßig als auch wegen ihrer zentralen Stellung im Produktionsprozeß die revolutionäre Kraft. Doch gibt es wichtige Übereinstimmungen zwischen der Lage der Arbeiter und der Studenten. „Die wesentlichen Interessen der Studenten und der gesamten Arbeiterschaft stimmen überein", erklärte die KPF am 12. Mai. Dies widerspricht — nebenbei — der Behauptung von Sartre, die Politik der KPF habe immer darin bestanden, die Intellektuellen von den Arbeitern zu trennen (vgl. das Spiegel-Interview vom 15. Juli 1968). Wie die Arbeiter haben auch die Studenten wenig Anteil an einer Gesellschaft mit vorwiegenden Konsuminteressen, sie partizipieren in viel geringerem Maße am Wohlstand als andere Teile der Bevölkerung. Die Klassenwidersprüche spiegeln sich in den Beziehungen zwischen Lehrenden und Lernenden wider und werden so den Studenten bewußt. Sie „reflektieren in der gegenwärtigen Universität die Beziehungen der sozialen Abhängigkeit und der Entfremdung der kapitalistischen Gesellschaft" [29]). Die Wissenschaft selbst ist zu einer direkten Produktivkraft geworden. „In unserer Zeit ist infolge der Entwicklung der Technik die Wissenschaft zu einer direkten Produktivkraft geworden — die Arbeiterklasse verliert überhaupt nicht an Wichtigkeit, weder zahlenmäßig noch historisch gesehen, sondern sie vermehrt sich zahlen- und gewichtsmäßig" [30]). Ebensowenig wie die Arbeiter sind die Studenten im Besitz von Produktionsmitteln, wie jene produzieren sie Mehrwert. Die Wissenschaft wird zur Produktivkraft, das hatte Marx schon prognostiziert. Die Studenten sind nun der kapitalistischen Unterdrückung direkt ausgesetzt, „die bisher immer das Vorrecht der Arbeiterklasse gewesen ist" [31]). Sie begreifen, im Kontakt mit den produktiven Kräften, immer mehr die Widersprüche des Kapitalismus. So weist auch die Fouchet-Reform auf die Widersprüche hin „zwischen den steigenden Produktionskosten für die gesellschaftlich notwendige Arbeitskraft (insbesondere längere Dauer und wachsende Kosten der Berufsausbildung) und der hartnäckigen Weigerung, der Gesellschaft die Verantwortung für diese sozialen Kosten zu übertragen; ... zwischen Art und Niveau der Ausbildung, die durch die Entwicklung der Produktivkräfte erforderlich werden, und derjenigen Form der Ausbildung, die — vom Gesichtspunkt des Unternehmers aus — eine Erhaltung der hierarchischen Unternehmensstruktur und der bestehenden Produktionsverhältnisse garantiert; ... zwischen der zunehmenden — wirklichen oder möglichen — Autonomie der produktiven Arbeit und deren unmittelbarer sozialer Bedeutung für eine wachsende Zahl von Arbeitern und ihrem heutigen Status innerhalb des Unternehmens und der kapitalistischen Gesellschaft" [32]). Wenn sich aus dieser Stellung der Studenten im wissenschaftlichen Produktionsprozeß eine neue revolutionäre Kraft entwickelt hat, dann sind, wie Roger Garaudy es ausdrückt, „Arbeiterbewegung und Studentenbewegung Momente derselben Totalität" [33]).

Das oft eingeworfene Argument, die Studenten könnten aufgrund ihrer bürgerlichen Herkunft nicht revolutionär sein, wäre damit widerlegt; „Marx definiert die Zugehörigkeit zu einer Klasse nicht durch das Herkunftsmilieu, sondern durch den Platz, den man im Produktionsprozeß einnimmt" [34]). Tatsächlich trafen die Forderungen der Arbeiter in einigen Punkten mit denen der Studenten zusam-

29) Roger Garaudy, Démocratie Nouvelle, p. 67
30) ibid. p. 9
31) Pierre Juquin, Abgeordneter und Mitglied des Politbüros der KPF, in einem Meeting am 16. 6. 68
32) Andre Gorz, Studium und Facharbeit heute, in: Wider die Untertanenfabrik, hrsg. v. Stephan Leibfried, Köln 1967, S. 42 f.
33) Roger Garaudy, op. cit., p. 9
34) ibid. p. 67

men, zum Beispiel nach Mitbestimmung und nach dem Sturz des gaullistischen Regimes. Denn beide sind Opfer dieses Regimes. Beider Stellung im Produktionsprozeß — Wissenschaft als Produktivkraft! — prädestiniert sie zum vereinten Kampf um dasselbe Ziel: die sozialistische Gesellschaft.

Was ist durch den großen Streik erreicht worden? Die Regierung hat unter diesem Druck wichtige Konzessionen machen müssen: Erhöhung des Mindestlohnes um 35 Prozent und sämtliche Löhne um 7 Prozent, weiter eine stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit; Erhöhung der Altersrenten und Familienbeihilfen, Herabsetzung des Rentenalters von 65 auf 60 Jahre bei Männern und von 60 auf 55 Jahre bei Frauen. Über den Ausbau der gewerkschaftlichen Rechte in den Betrieben, vor allem des Rechts zur Einberufung von Arbeiterversammlungen in den Betrieben durch die Gewerkschaften, wird noch diskutiert. Sollte es zu einer Inflation und zur Steigerung der Lebenskosten kommen — es gibt Anzeichen dafür —, dann werden sich die Arbeiter, die ihre Macht entdeckt haben, nicht noch einmal beschwichtigen lassen. Viele haben inzwischen erkannt, daß das Regime nicht ihre Interessen vertritt, sondern die einer kleinen Schicht von Ausbeutern. In ihrem Kampf um bessere Lebensbedingungen haben sie die politische Praxis geübt; an der Seite der Studenten und Schüler haben sie ihre Stärke entdeckt und ihr Bewußtsein geschärft. Die manipulierten Wahlen haben zwar Gaullisten und Rechtsextremisten gestärkt, aber die Fronten werden sich verhärten: Frankreich ist in zwei Lager geteilt. Wenn auch die Linke als der große Verlierer erscheint, so hat doch die kummunistische Gewerkschaft mehr als 400 000 neue Mitglieder gewonnen und mehrere tausend lokale Gewerkschaftsgruppen gründen können.

Dr. Wolf Kalz

Wettrüsten in Lateinamerika

Am 23. Oktober vorigen Jahres bemerkte der liberale „Manchester Guardian", es gebe „keinen absurderen Rüstungswettlauf" als den durch Verkauf von Überschalljägern nach Lateinamerika eingeleiteten; und die „Daily News" schrieb am 7. Oktober, der Kauf von Überschalljägern durch Peru und der von schweren Panzern durch Argentinien werde niemandem nützen als allein deren „zynischen Verkäufern". Tatsache ist, daß Peru an Frankreich Auftrag gegeben hatte, zwölf Mirage-V-Überschalljäger nebst drei Übungsflugzeugen zu liefern und daß der argentinische Generalstab neben zahlreichem anderen Kriegsmaterial den Erwerb von 60 französischen AMX-30-Panzern veranlaßte.

Die Kosten für die Flugzeuge belaufen sich auf rund 20 Mill. Dollar, der Wert der Panzer wird mit 12 Mill. Dollar angegeben. Neben den hohen Kosten, die

men, zum Beispiel nach Mitbestimmung und nach dem Sturz des gaullistischen Regimes. Denn beide sind Opfer dieses Regimes. Beider Stellung im Produktionsprozeß — Wissenschaft als Produktivkraft! — prädestiniert sie zum vereinten Kampf um dasselbe Ziel: die sozialistische Gesellschaft.

Was ist durch den großen Streik erreicht worden? Die Regierung hat unter diesem Druck wichtige Konzessionen machen müssen: Erhöhung des Mindestlohnes um 35 Prozent und sämtliche Löhne um 7 Prozent, weiter eine stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit; Erhöhung der Altersrenten und Familienbeihilfen, Herabsetzung des Rentenalters von 65 auf 60 Jahre bei Männern und von 60 auf 55 Jahre bei Frauen. Über den Ausbau der gewerkschaftlichen Rechte in den Betrieben, vor allem des Rechts zur Einberufung von Arbeiterversammlungen in den Betrieben durch die Gewerkschaften, wird noch diskutiert. Sollte es zu einer Inflation und zur Steigerung der Lebenskosten kommen — es gibt Anzeichen dafür —, dann werden sich die Arbeiter, die ihre Macht entdeckt haben, nicht noch einmal beschwichtigen lassen. Viele haben inzwischen erkannt, daß das Regime nicht ihre Interessen vertritt, sondern die einer kleinen Schicht von Ausbeutern. In ihrem Kampf um bessere Lebensbedingungen haben sie die politische Praxis geübt; an der Seite der Studenten und Schüler haben sie ihre Stärke entdeckt und ihr Bewußtsein geschärft. Die manipulierten Wahlen haben zwar Gaullisten und Rechtsextremisten gestärkt, aber die Fronten werden sich verhärten: Frankreich ist in zwei Lager geteilt. Wenn auch die Linke als der große Verlierer erscheint, so hat doch die kummunistische Gewerkschaft mehr als 400 000 neue Mitglieder gewonnen und mehrere tausend lokale Gewerkschaftsgruppen gründen können.

Dr. Wolf Kalz

Wettrüsten in Lateinamerika

Am 23. Oktober vorigen Jahres bemerkte der liberale „Manchester Guardian", es gebe „keinen absurderen Rüstungswettlauf" als den durch Verkauf von Überschalljägern nach Lateinamerika eingeleiteten; und die „Daily News" schrieb am 7. Oktober, der Kauf von Überschalljägern durch Peru und der von schweren Panzern durch Argentinien werde niemandem nützen als allein deren „zynischen Verkäufern". Tatsache ist, daß Peru an Frankreich Auftrag gegeben hatte, zwölf Mirage-V-Überschalljäger nebst drei Übungsflugzeugen zu liefern und daß der argentinische Generalstab neben zahlreichem anderen Kriegsmaterial den Erwerb von 60 französischen AMX-30-Panzern veranlaßte.

Die Kosten für die Flugzeuge belaufen sich auf rund 20 Mill. Dollar, der Wert der Panzer wird mit 12 Mill. Dollar angegeben. Neben den hohen Kosten, die

dieses im Sinai-Krieg erprobte moderne Gerät den in Entwicklung begriffenen Ländern verursacht, kommen weitere, die Zukunft Lateinamerikas belastende Probleme: a) Das momentan entstehende militärische Ungleichgewicht zwischen den lateinamerikanischen Staaten; b) das aus dem Sicherheitsbedürfnis erklärliche Verlangen der Nachbarstaaten, ihre bewaffneten Kräfte ebenso zu modernisieren; c) die durch die Rüstungskampagne ausgelösten soziologischen Veränderungen. Ein Randproblem ist die Einflußnahme europäischer Rüstungsindustrie auf dem südlichen Kontinent und damit deren Einbruch in eine Domäne traditionell nordamerikanischer Waffenlieferungen.

Abgesehen von dem angeblichen oder eingebildeten Sicherheitsbedürfnis zahlreicher Militärregierungen ist es angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit Lateinamerikas nicht vertretbar, daß halb- und unterentwickelte Nationen bis zu 20 Prozent ihres Staatshaushalts für Rüstungszwecke ausgeben (Peru 19 Prozent, Chile 12 Prozent). Allein der jährliche Bevölkerungszuwachs des Kontinents beträgt 2,7 Prozent; 1950 wohnten hier 166 Mill. Menschen, und 1980 werden rund 320 Millionen Wohnung und Arbeit brauchen und ernährt und erzogen werden müssen. Dabei fehlen schon heute 400 000 Lehrer bei einer Bevölkerung, die zu 40 Prozent unter 14 Jahren alt ist, und in Bolivien gibt es beispielsweise 69 Prozent Analphabeten. Die Kehrseite dieser nur angedeuteten Rückständigkeit sieht so aus, daß die von den lateinamerikanischen Staaten (ohne Militärhilfe der USA) geleisteten Rüstungsausgaben für die Jahre 1966 und 1967 laut einer Aufstellung der „New York Times" 604 Mill. Dollar betrugen (zitiert nach „El Mercurio", 6. 11. 67; einflußreiche liberale Tageszeitung, Erscheinungsort: Santiago de Chile).

Das Rüstungskarussell

Noch auf der neuerlichen Gipfelkonferenz von Punta del Este in Uruguay, wo sich im April vorigen Jahres der Präsident der USA und die Vertreter von 19 lateinamerikanischen Staaten zusammenfanden, um im Sinne der 1961 am gleichen Ort gegründeten „Allianz für den Fortschritt" zu beraten, beschloß man im Punkt 6 des gemeinsamen Kommuniqués:

„Die Präsidenten der lateinamerikanischen Staaten sind sich über die Bedeutung der bewaffneten Kräfte zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im klaren; sie befürworten aber gleichzeitig, daß für die Bedürfnisse der wirtschaftlichen Entwicklung und des sozialen Fortschritts der größtmögliche Teil der Lateinamerika zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel aufgewendet werden sollte. Demzufolge betonen sie ausdrücklich ihre Absicht, die Rüstungsausgaben auf die tatsächlichen Erfordernisse der nationalen Sicherheit zu beschränken."

Schon wenige Monate nach diesem feierlichen Beschluß, am 21. Juni 1967, mußte der nordamerikanische Senator Wayne Morse als Vorsitzender der Unterkommission für Auswärtige Beziehungen zu Lateinamerika erklären, daß die Ausgaben Perus für seine Streitkräfte von 14,7 Prozent seines Budgets im Jahre 1966 auf 18,9 Prozent für das laufende Jahr angestiegen seien und daß infolgedessen die Entwicklungsaufgaben dieses Landes vernachlässigt werden müßten. Er befürwortete deshalb, die Senatskommission für Auswärtige Beziehungen solle sich gegen jede militärische Hilfe für Lateinamerika aussprechen und darüberhinaus jenen Staaten die Wirtschaftshilfe sperren, die nach einer Luftwaffe neuesten Stands strebten, die zu Angriffszwecken dienen könne. Der Präsident der Senatskommission, William Fulbright, äußerte die gleiche Auffassung. Als schließlich Senator Morse Peru vorwarf, die „Allianz für den Fortschritt" zu unterminieren, und als auch die regierungsamtliche „Washington

Post" in einem Leitartikel davon sprach, die peruanischen Militärs würden ihre Politiker vor die Alternative „Überschallflugzeuge oder Staatsstreich" stellen, da schien es der Regierung in Lima ratsam, als Vorwand ihrer Rüstungsambitionen nationales Sicherheitsbedürfnis in den Vordergrund zu spielen. Das Nachbarland Chile wurde in Presse und Parlament als militaristisch und kriegslüstern angeprangert, und es wurde behauptet, Chile habe u. a. von der Sowjetunion Waffen im Werte von 15 Mill. Dollar erhalten. Die in Lima erscheinende Tageszeitung „El Comercio" behauptete ihrerseits am 22. September 1967, die USA hätten Chile ferngelenkte Interkontinentalraketen geliefert, und eine andere Zeitung, „La Cornica", schrieb am 24. September 1967, man könne dem südlichen Nachbarn nicht trauen, weil er infolge seiner sozialen und budgetären Schwierigkeiten innenpolitisch zusehends in sozialistisches Fahrwasser und in russische Einflußsphäre gerate. Aber von einer angeblich antiperuanischen Kampagne war in Chile ebensowenig zu spüren wie von einer wesentlichen Erhöhung der Militärausgaben gegenüber dem Vorjahr. Zwar wurden zu den im Haushalt ausgewiesenen Militärausgaben in der Zeit von 1961—66 zusätzlich 42,4 Mill. Dollar Militärhilfe seitens der USA gewährt, aber Perus Anteil war mit 39,7 Mill. Dollar für den gleichen Zeitraum nicht wesentlich kleiner, so daß die Vorwürfe Perus schließlich von der internationalen Presse zurückgewiesen und auch vor dem chilenischen Senat im einzelnen widerlegt wurden (Senatsprotokoll, „El Mercurio", 17. Oktober 1967). Fest stand hingegen, daß Peru, trotz anfänglicher Dementis, zwölf Mirage-V in Auftrag gegeben hatte, nachdem zuvor Großbritannien auf nordamerikanischen Einspruch hin die von Peru gewünschten sechs Canberra-Bomber (englische Version des USA B-57) nicht liefern durfte.

Im Schatten dieser Verdächtigungen und Dementis unternahm mittlerweile auch Brasilien Schritte, um in dem anbrechenden Rüstungswettlauf gleichzuziehen, und verhandelte mit Paris über die Lieferung von etwa 150 Mirage-V-Jägern. Um der internationalen, zumal der nordamerikanischen Kritik zu begegnen, veröffentlichte die brasilianische Zeitung „O Estado de Sao Paulo" Mitte Oktober unter dem Einfluß des Luftfahrtministeriums einen Leitartikel, der für Lateinamerika die Tatsache des Wettrüstens bestritt; der Weltfriede werde durch die Umrüstung nicht gefährdet, und zudem sei die Auffassung veraltet, derzufolge Brasilien nur konventionelle Waffen besitzen solle (zitiert nach „El Mercurio", 22. Oktober 1967). Selbst Chile zeigte jetzt ein gewisses Verständnis für den Kauf von Überschallflugzeugen durch Peru, indem man die Umstände der USA-Bevormundung als „ungebührlichen Paternalismus" bezeichnete („El Mercurio", 5. August 1967). Im gleichen Sinne wiesen Peru und Argentinien den Einspruch der USA als Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihrer Staaten zurück, zumal man dem nördlichen Nachbarn seit der „big stick policy" der Militärintervention in Santo Domingo neuerlich mißtraut. Die Androhungen aus den USA, die Wirtschaftshilfe zu kürzen, bleiben gänzlich unbeachtet, da man sehr wohl weiß, daß die Vereinigten Staaten zahlen müssen, soll Lateinamerika nicht dem perhorreszierten Sozialismus anheimfallen. Die Wirtschaftshilfe erachtet man auch nicht als Geschenk, denn sie wird meist mit nicht geringem Zinssatz (5 bis 7 Prozent) zurückgezahlt, und die Darlehen sind zum Teil Investitionshilfen für nordamerikanische Auslandsunternehmen.

Wie recht man hatte, sich weniger auf die moralischen Proteste als auf den ökonomischen Sinn des in seiner Zahlungsbilanz bedrängten Nachbarn zu verlassen, beweisen folgende Vorgänge: Der damalige Verteidigungsminister McNamara rechtfertigte im Juni 1967 den Verkauf von 50 Kampfflugzeugen A-4 B an Argentinien im Jahre 1966 mit den Worten: Da Argentinien seitens eines

dritten Staates ein Angebot zu einem weit höheren Preise besessen habe, hätte sich die US-Regierung zur Lieferung bereit erklärt, um Argentiniens finanzielle Mittel zu schonen („El Mercurio", 28. Juni 1967). Der demokratische Senator Church wertete diese Taktik als außenpolitischen Pyrrhussieg, auf den Chile mit dem Erwerb von 21 britischen Hawker-Hunters (Unterschall-Jägern) geantwortet habe. Er bezweifelte auch, ob die Lieferung von 55 US-Panzern an Brasilien im Jahre 1966 mit Johnsons Forderung in Einklang stehe, daß Lateinamerika seine Militärausgaben niedrig halten solle. Jedenfalls täuschten sich die Südamerikaner nicht, denn bei drohendem Abschluß der Verträge mit französischen Rüstungsfirmen seitens der genannten Länder waren die USA plötzlich bereit, ihrerseits Überschalljäger F-5 zu verkaufen, obwohl bis dahin die Lieferung modernsten Kriegsgeräts an Lateinamerika auf Grund amtlicher Bestimmungen untersagt war. Der Sprecher des State Department gab unumwunden zu, man befürchte, Peru und einige andere Staaten könnten das gewünschte Material von anderen Ländern beziehen. Selbst Peru solle die verlangten Maschinen erhalten, vorausgesetzt, daß es den Vertrag mit Frankreich widerrufe. Der Sprecher meinte darauf hinweisen zu müssen, daß die USA über Lateinamerika kein Monopol auf Waffenlieferung beanspruchten („El Mercurio", 19. Oktober 1967). Unverhohlen blieb die Besorgnis, ein traditionell nordamerikanischer Waffenmarkt könne durch die europäische Konkurrenz Einbußen erleiden. Aufschlußreich in diesem Zusammenhang ist, daß der Budget-Vorschlag der USA für 1967 Waffenlieferungen in alle Welt in Höhe von 574 Mill. Dollar vorsah. Anders ausgedrückt: Innerhalb von fünf Jahren haben sich die Verkäufe von Waffen an Entwicklungsländer verdreizehnfacht und sind von 34 Mill. Dollar 1962 auf 444 Mill. Dollar 1966 gestiegen („El Mercurio", 1. August 1967).

Politische Ursachen der Aufrüstung

Abgesehen von den bekannten historischen Tatsachen des Rüstungswettlaufs auf der Welt gibt es für Lateinamerika handfeste politische und soziologische Veränderungen, die als Resultat eine Erhöhung der Militärausgaben nach sich gezogen haben. Der Einbruch moderner militärpolitischer Überlegungen erfolgte während der ersten Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs, als der Kalte Krieg auf eine Rivalität der beiden Großmächte in dem ideologischen Vakuum der heute als Dritte Welt bezeichneten Länder hindeutete. Darum wurde schon im April 1948 in Bogotà die „Organisation Amerikanischer Staaten" (OAS) als panamerikanisches Verteidigungssystem gegründet — mit einer bald weit über das Militärische hinausgehenden Bindung seiner Mitglieder. Anfängliches Ziel war: gemeinsame Aktionen bei Aggression, friedliche Regelung von Streitigkeiten untereinander, Verhängung von Sanktionen bei Nichteinhaltung von Schlichtungsverfahren. Sitz des Ständigen Rats der Organisation wurde Washington. Der innerhalb der OAS fungierende interamerikanische Verteidigungsrat erklärte im Januar 1962 den Marxismus-Leninismus als unvereinbar mit dem interamerikanischen System und schloß im gleichen Jahr Kuba von der Organisation aus. Schon im Jahre des Vertragsschlusses errichteten die USA in Brasilien eine Heeres-, Luftwaffen- und Marinemission, der Militärmissionen in den meisten übrigen lateinamerikanischen Staaten folgten. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Südamerika auch militärisch als Macht-Vakuum bezeichnet werden können, und Chile ersetzte beispielsweise erst kürzlich die noch aus dem Jahre 1898 stammenden Mausergewehre seiner Armee und die italienischen Jagdflugzeuge von 1938 (Senatsprotokoll, 16. Oktober 1967).

Schon in den fünfziger Jahren war die Militärhilfe der USA nicht unbeträchtlich gewesen; sie wurde zusehends verstärkt, als Fidel Castro die in ihn gesetzten

Erwartungen des State Department nicht erfüllte und sich vom Befreier von der verhaßten Diktatur Battistas zum Sozialrevolutionär wandelte. Bis zum Beginn des Jahres 1961 war es Castro aus taktischen Gründen wichtig gewesen, nicht als Kommunist zu gelten. Sowie er sich dann zum Führer einer offiziell sozialistischen Revolution und zum Haupt einer neuen marxistisch-leninistischen Partei erklärt hatte, erkannte Washington — das übrigens an dieser Entwicklung nicht unschuldig war —, daß mit militärischer Unterstützung allein Lateinamerikas soziale Revolution nicht zu bremsen war. Infolgedessen kam es im Rahmen der OAS im August 1961 zur panamerikanischen Wirtschaftskonferenz von Punta del Este. Alle 20 Teilnehmerstaaten — mit Ausnahme Kubas — unterzeichneten Präsident Kennedys Programm einer „Allianz für den Fortschritt". Die USA sicherten für die nächsten zehn Jahre 20 Milliarden Dollar als Hilfe zur Lösung sozialer und wirtschaftlicher Probleme zu, knüpften daran allerdings auch ihre Bedingungen hinsichtlich der sozialen Umgestaltung des Kontinents, worauf hier nicht weiter einzugehen ist. Dem Programm zufolge hätte Lateinamerika jährlich etwa 2 Milliarden Dollar zu seiner Entwicklung erhalten müssen; tatsächlich sind für das Jahr 1968 allenfalls die Hälfte geplant, nämlich 578 Mill. Dollar Wirtschaftshilfe, 450 Mill. Dollar für Lebensmittel aus US-Überschüssen und weitere 75 Mill. Dollar Militärhilfe.

Gleichzeitig mit der seit 1960 intensivierten Militärhilfe wurden in den folgenden Jahren die jeweiligen zivilen Regierungen der lateinamerikanischen Länder in für sie und die USA beängstigendem Maße mit der sozialen Frage konfrontiert (Urbanisierung und Bevölkerungsexplosion), wobei der Antagonismus zwischen Armen und Reichen zunehmend marxistisch interpretiert wurde. Kuba wurde zum Anwalt der sozial Deklassierten und vertrat in weitgehender Unabhängigkeit von der UdSSR bald eine eigenständige Politik der gewaltsamen sozialen Revolution für ganz Lateinamerika, die mit dem Tode „Che" Guevaras keinesfalls ihren Stillstand erreicht hat. Auch Brasiliens Entwicklung während der Jahre 1961—64 hatte deutlich gemacht, daß das größte Land des Kontinents schon auf die Linie Moskau—Habana eingeschwenkt war; Brasilien widersetzte sich dem Ausschluß Kubas aus der OAS, stimmte für die Aufnahme Rotchinas in die UNO, nationalisierte nordamerikanisches Eigentum und verlieh dem Theoretiker des Guerillakriegs Guevara den Orden „Kreuz des Südens". Washington gelang es mit einer von Nordamerikanern inszenierten Militärrevolte, den Präsidenten Goulart im April 1964 zu stürzen und die soziale Revolution zu bremsen. Gleiches geschah im November desselben Jahres in Bolivien, als der Luftwaffengeneral Barrientos mit Hilfe des CIA gegen den kommunistisch orientierten Präsidenten Victor Paz Estensorro putschte. So kam es, daß in den ersten fünf Jahren des Bestehens der „Allianz für den Fortschritt", statt der empfohlenen „democracia representativa" zur Geltung zu verhelfen, Staatsstreiche außer in den genannten Ländern auch in El Salvador, Guatemala, Honduras, Argentinien, Dominikanische Republik, Ecuador und de facto auch in Peru stattgefunden haben. (Die diktatorischen Regime in Haiti, Nicaragua und Paraguay existieren schon länger.) Damit sind Uruguay, Kolumbien und Chile die letzten mühsam funktionierenden Demokratien. Mit anderen Worten: Lateinamerika wurde innerhalb weniger Jahre zum Kontinent von Militärregierungen, die sich allesamt nordamerikanischer Unterstützung erfreuen. Weitere indirekte Stärkung erfuhren die Militärregierungen durch die Anfang August vorigen Jahren in Habana gegründete „Organisación Latinoamericana de Solidaridad" (OLAS). Jetzt drohte der organisierte bewaffnete Aufstand gegen den nordamerikanischen Imperialismus und die von den USA protegierten Regierungen. Die seit Jahren

in vielen Ländern schwelenden Guerillakämpfe sollten vereinheitlicht werden. Zug um Zug wurde eine Außenministerkonferenz der OAS in Washington einberufen; die Militärhilfe sollte erweitert werden, und Venezuela forderte offiziell die bewaffnete Intervention in Kuba, stieß damit aber auf den Widerstand verschiedener südamerikanischer Staaten, insbesondere Chiles. Chile war dann auch der einzige Staat, der auf seinem Territorium ein OLAS-Büro zuließ. Das brachte ihm lautstark geäußerten Unwillen seitens der Nachbarländer ein, denn die innenpolitische Situation Chiles läßt vermuten, daß der nächste Präsident nach Eduardo Frei ein von der Volksfront (FRAP) getragener sein könnte. Das aber würde — wie manche Kreise unter Führung der „New York Times" furchteinflößend suggerieren — die eventuelle militärische Intervention Argentiniens, Boliviens und Perus zugunsten einer „bürgerlichen" Regierung oder Militärdiktatur bedeuten. Die Situation ist bereits so prekär, daß eine maßgeblich von der US-Botschaft in Santiago redigierte Wochenzeitschrift kürzlich die rhetorische Frage stellte: „Sucht Chile einen Ongania?" (gemeint ist der argentinische Staatspräsident General Ongania. „PEC" — Politica, Economia, Cultura — 29. März 1968).

Neben der Solidarität der in der OAS zusammengeschlossenen lateinamerikanischen Staaten wird es Gründe zur Intervention in die inneren Angelegenheiten Chiles immer geben. Nicht umsonst schürt Argentinien unentwegt den Konflikt um einige unbedeutende kleine Inseln der Feuerlandgruppe, Besitzansprüche gegenüber Chile erhebend, wo es noch nie etwas besessen hat; nicht umsonst — wenn auch mehr durch Machtstreben als durch interamerikanische Solidarität motiviert — fordert Bolivien stereotyp den Zugang zum Pazifik, den es 1904 an Chile verlor. Argentinien vermehrt geradezu hektisch seine Bemühungen, Waffen aller Art aus europäischen Ländern zu erhalten, zumal die Vereinigten Staaten angesichts ihres eigenen Bedarfs kürzlich die Waffenlieferungen drosselten. Die Intensität der argentinischen Aufrüstung wird in Chile mit Bedenken verfolgt, denn über deren Stoßrichtung ist man sich im klaren.

Wie von maßgeblichen chilenischen Kreisen zu erfahren war, kalkuliert man die letztlich von den USA programmierte ausländische Intervention bei einer (auch legal zustande gekommenen) sozialistischen Regierung ein. Der vergleichsweise schwachen, nur 100 000 Mann zählenden chilenischen Armee bliebe für diesen Fall nur die Flucht nach vorn übrig, indem sie der Intervention durch den Staatsstreich vorgreift und eine Militärregierung einsetzt. Pläne dafür existieren. Damit wäre der durch die OAS legitimierten Intervention begegnet, der Annexionslust Boliviens der Vorwand genommen und einer kommunistischen Machtergreifung in den Arm gefallen.

Soziologische Rüstungsursachen

Wenn militärische Machthaber auf Grund ihres Spezialwissens vor allem von strategischem Denken geleitet sind, im Erwerb modernster Waffensysteme eine Hebung ihres sozialen Prestiges sehen und in der Regel militärischen oder Sicherheitsfragen den Vorrang vor der ökonomischen und sozialen Reform geben, so ist das naheliegend. Solches Verhalten führt aber in revolutionären Gesellschaften zu latenter Spannung zwischen der beherrschten, notleidenden, auf Änderung ihres Zustands hinarbeitenden Bevölkerung und jenen, die sich mit bewaffneter Macht, womöglich mit Assistenz des Auslands, gegen eine Wandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse stemmen. Überdies haben es die Kommunisten in Lateinamerika nicht schwer, dem Volke seine Regierungen als konterrevolutionär, reformfeindlich und reaktionär hinzustellen. Infolgedessen sind die Mili-

tärregierungen schon aus Selbsterhaltungstrieb gezwungen, ihre Position mit Hilfe imponierender Rüstung zu unterbauen. Das heißt mit anderen Worten: Die klassische Aufgabe der Armee, den Bürgern primär Schutz vor äußerer Aggression zu geben, ist hinfällig geworden. Diese jungen Armeen werden heute umerzogen von der klassischen Strategie der Feldschlacht auf die Taktik des Barrikadenkampfes, das heißt: für den Bürgerkrieg. So wird der Anti-Guerilla-Ausbildung im USA-Trainings-Camp der Panamakanalzone zunehmende Bedeutung eingeräumt, alle südamerikanischen Armeen werden ausschließlich von nordamerikanischen Fachleuten beraten, und die Regierungen Brasiliens und Argentiniens sind dabei, Absprachen zu gemeinsamen Militäraktionen für den Fall subversiver Umsturzgefahr zu treffen.

Die Aufrüstung der lateinamerikanischen Staaten ist somit primär gegen die Revolutionsgefahr aus dem eigenen Volk gerichtet. Die historische Rolle der Armee als Garant externer Sicherheit ist verkehrt worden: sie wurde zur innenpolitischen Ordnungsmacht ersten Ranges. Damit ist die Armee hochgradig politisiert, sie übt Aufsichtsrecht aus und bestimmt die Richtlinien der Politik.

Um den derart soziologisch bedingten Rüstungsausgaben einen gewissen nationalökonomischen Effekt zu verleihen, hat sich z.B. bei jüngeren argentinischen Offizieren die Vorstellung breitgemacht, innere Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung zu kombinieren. Der Argentinier Horacio Orsolini veröffentlichte 1964 ein Buch unter dem Titel „Ejercito Argentino y Crecimiento Nacional" (Argentinische Wehrmacht und wirtschaftliches Wachstum). Hier wird bezeichnenderweise im Hinblick auf die Rolle der Armee gesagt: „Ihr Endzweck besteht darin, Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung und Expansion zu schaffen und zu erweitern und sie einem lateinamerikanischen Markt zuzuführen, damit dieser sich in einem größtmöglichen Rahmen in den westlichen Wirtschaftsraum einfügt."

Unter der Formel „Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung" wären die Militärregierungen dann in die moderne Arbeitswelt integriert. Als Vollstrecker einer nationalen Wohlfahrt hätten sie sich nunmehr als legale Regierungen eines sozialen Militarismus legitimiert. Die Zeit wird zeigen, ob die neuen Regierungskräfte ihrem eigenen Anspruch gerecht werden können, sich auch außerhalb ihres Fachwissens als Eliten zu etablieren.

Somit ist die soziologische Antwort nach den Ursachen der Militärregierungen folgende: Nach Diskreditierung der alten Schicht der Grundbesitzer, nach Reduzierung des kirchlichen Einflusses, nach den ohnmächtigen Bemühungen, auf Empfehlung hin repräsentative Demokratien angelsächsischen Musters auf kolonialgeschichtlichem Boden zu errichten, zeigte es sich, daß es keine moralisch gesunde, integre und geschlossene Führungsschicht in den lateinamerikanischen Ländern gab. In breiten Bevölkerungsschichten fehlt noch heute jegliches Staatsbewußtsein, es gibt keinen „consensus omnium", ein wie auch immer gearteter demokratischer Willensbildungsprozeß findet nicht statt. So ist erklärlich, daß die Armee die einzige straff organisierte Institution darstellt, die Korpsgeist entwickelt und Disziplin. An die Stelle des einstigen Bundes der Eliten von Kirche und Großgrundbesitz ist der neue Orden der militärischen Elite getreten. Damit bahnt sich in Lateinamerika die zumindest bei allen Entwicklungsländern symptomatische Tendenz an, daß, nach Auflösung sämtlicher traditioneller Eliten, das Militär mit der Verfügungsgewalt über Geld, Macht und Wissenschaft die einzig intakte Elite darstellt. Mittels physischer Gewaltanwendung ist sie jederzeit in der Lage, ihre Ordnungsvorstellung gegen die staatszerstörenden ideolo-

gischen und Interessenkonflikte durchzusetzen. Inwieweit unter diesen Aspekten „Verfassungen der Freiheit" im liberalen Sinne möglich sind, steht dahin.

So sehr jedoch die Aufrüstung der lateinamerikanischen Staaten innenpolitische und soziologische Motive haben mag, ruht doch in jeder rüstungstechnischen Maßnahme eines dieser Staaten zugleich ein außenpolitischer Effekt: die Furcht des Nachbarstaats, ins Hintertreffen zu geraten. So geschieht, was die größte chilenische Zeitung „El Mercurio" am 16. Oktober vorigen Jahres treffend in einem Leitartikel schrieb: „Der Aufrüstung wohnt eine unausweichliche Dynamik inne, die selbst jene Regierungen zu irgendeiner Zeit mit sich fortreißt, die sie vermeiden wollen. Es genügt schon, daß ein Land seine bewaffnete Macht ein Stück weit über das vorhandene Kräftegleichgewicht hinaus vermehrt, damit sich seine Nachbarn verpflichtet fühlen, erneut das Kräftegleichgewicht herzustellen. Genau das ist der verhängnisvolle Aspekt dessen, was gegenwärtig in Südamerika vor sich geht. In der Tat hat man auf diesem Kontinent solche Waffensysteme eingeführt, die es bisher hier nicht gegeben hat. Ihre weitere Verbreitung scheint jetzt unvermeidlich."

Bücher

Revolution der Schriftsteller

Ist eine Revolution unvermeidlich? 42 Antworten auf eine Alternative von Hans Magnus Enzensberger. Spiegel-Verlag, Hamburg 1968, 64 S., 2,— DM.

Kein anderes Dokument gibt gegenwärtig schlüssigere Auskunft über den Bewußtseinsstand und das politische Engagement der westdeutschen Schriftsteller als die Antworten, die 27 Autoren kürzlich dem Spiegel zu einer These von Hans Magnus Enzensberger gegeben haben und die der Verlag jetzt in einer sechzigseitigen Broschüre vorgelegt hat. Enzensberger hatte vor einigen Monaten, vor den Osterdemonstrationen und vor Verabschiedung der Notstandsgesetze, in „Times Literary Supplement" seine politische Lagebeurteilung auf einige knappe und suggestive Formeln gebracht:

„Tatsächlich sind wir heute nicht dem Kommunismus konfrontiert, sondern der Revolution. Das politische System der Bundesrepublik läßt sich nicht mehr reparieren. Wir können ihm zustimmen, oder wir müssen es durch ein neues System ersetzen. Tertium non dabitur." Nicht wenige der befragten Autoren stimmen dieser Ansicht spontan und uneingeschränkt zu. Daß etwas mit dem Gegensatz von Kommunismus und Revolution nicht stimmen könnte, bemerken noch am ehesten ein paar Schriftsteller von der literarischen Regierungspartei oder von der Rechten. Sie sind immerhin aufmerksam genug, nicht jeden Trennungsstrich mitzuvollziehen, der einem linken, aber um Gottes willen nicht kommunistischen Autor nur eben recht ist. Woher sollte denn aber in Deutschland eine Revolution anders herkommen als von linksaußen, von den Sozialisten und Kommunisten! Nimmt Enzensberger im Ernst an, das erstarrte System könnte sich aus eigenen Kräften selbst revolutionieren — ohne eines Trägers, einer organisierten Gegenkraft, einer Partei oder einer Klasse, zu bedürfen?

Freilich, den übrigen Autoren, die sich entweder links nennen oder als solche gelten, gibt die Trennung von Revolution und Kommunismus die Gelegenheit, ungestraft

Wert aus, sondern ihre Anwendbarkeit und Brauchbarkeit.

Der Spiegel war gut beraten, daß er sich nicht mit den Antworten von 27 Schriftstellern zufrieden gab, sondern die Beiträge von fünfzehn profilierten Studentenpolitikern hinzunahm. Schade, daß Stimmen aus der Gewerkschaftsbewegung gänzlich fehlen. Statt provozierender Thesen bieten die Studenten in der Mehrzahl nützliche Ansichten zur Systemanalyse und -transformation. Selbst relativ unpolitische AStA-Funktionäre formulieren ihre Forderungen oft klarer als mancher linke Literat. Es scheint so, als ob die fortgeschrittensten Studentenpolitiker mittlerweile über die Phase bloßen Theoretisierens hinausgelangt sind; sie sind dabei, Modelle praktischen Handelns zu entwickeln, die als Vorbild für den Kampf um eine demokratische und sozialistische Gesellschaft an allen Orten brauchbar und anwendbar sind.

Peter Schütt

Stoltenberg-Reden

Gerhart Stoltenberg, Hochschule — Wissenschaft — Politik. Ausgewählte Reden, Ullstein-Taschenbuch 636, Berlin 1968, 2,60 DM.

Springers Ullstein-Verlag hat endlich eine wohldosierte Auswahl aus den offiziellen Auslassungen des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung einem breiten Publikum zugänglich gemacht. Weggelassen sind Texte, in denen der ehemalige RCDS-Funktionär, der Kieler Dozent für Geschichte („Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1919—1933"), der Angehörige des Krupp-Generalstabs und der zielstrebige CDU-Karrierist die wissenschaftspolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung allein deutlich kennzeichnete: etwa „Wissenschaft im Dienste der Wirtschaft" (Wirtschaftsdienst, Hamburg 1967, Heft 2) oder „Ziele und Planungen unserer Wissenschaftspolitik" (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesreg., 1966, Nr. 20). Weggelassen ist auch jene Bundestagsrede vom 7. 5. 1968, wo die aggressiv reaktionäre Haltung des Ministers bei der Durchsetzung seiner Wissenschaftspolitik in einer Weise unverhüllt zu Tage tritt, die manche potentielle Kunden der Stoltenberg-Bibel verschrecken könnte. Enthalten sind teils rein ideologische Erbauungsreden, teils rein pragmatische Darstellungen aus der Tätigkeit des Ministeriums unter sorgfältiger Aussparung der eigentlich politischen Dimension. Der Zweck der kapitalistischen Zweckdienlichkeit, die Stoltenbergs pauschales Argument bildet, wird als von allen bereits akzeptiert unterstellt und nirgends inhaltlich bestimmt.

Entsprechend verdrießlich ist die Lektüre. Man lernt nicht mehr, als was man schon weiß: daß in unserem Staate genau unterschieden wird zwischen öffentlicher Propaganda und Informationen über tatsächliche Vorgänge in der Herrschaftsmaschinerie, die besser dem Kreis der allein an ihr Beteiligten vorbehalten bleiben. Die vorliegenden Texte sind so inhaltsarm und verraten so deutlich ihren einzigen Zweck, die Öffentlichkeit zu täuschen, daß nichts Besseres mit ihnen anzufangen ist, als exemplarisch eine Methodologie demagogischer Täuschung herauszudestillieren.

1) Formalisierende Abstraktion von inhaltlichen Bestimmungen, Entpolitisierung der Hochschulprobleme unter Verbreitung eines Scheines rein technologischer „Sachgerechtigkeit":

„Aber sie (die Hochschulen) müssen auch ihrerseits das starke Drängen der Öffentlichkeit (welcher? der Studenten? der Unternehmer? der Werktätigen?) auf schnelle wirkungsvolle Veränderungen (welcher Art? Veränderungen an sich? Demokratisierung oder technokratische Funktionalisierung? Im Interesse welcher Gruppen?) verstehen, weil sonst eine unerträgliche Lage zu entstehen droht." (S. 25)

Gepriesen werden permanent die Reformfähigkeit und -freudigkeit der Bundesrepublik, der „Wandel", der allenthalben sichtbar sei und der „Reformen" notwendig mache, zu „Planung" dränge und ein „neues Verhältnis zwischen Staat und Wissenschaft" bedinge. Was Zweck und wer Interessent solcher „Reformen" und „Planung" sei, bleibt ebenso permanent unterdrückt.

So klagt Stoltenberg etwa auf den Seiten Nr. 8, 56—57 und 62—63 über die Uneinsichtigkeit von Kritikern: „Der Ablehnung jeder Erweiterung staatlicher Macht, auch in genau definierten und damit begrenzten Formen, steht aber die mächtige Grundtendenz entgegen, vom Staat ein immer größeres Maß an Leistungen für die Gesellschaft und die einzelnen Bürger zu verlangen" (S. 56—57). Mit Hilfe eines formalen, vom politischen Inhalt abstrahierenden Staatsbegriffes versucht Stoltenberg hier, jene zu diffamieren, die auf Grund ihres Mißtrauens gegen den Interventionismus eines allein Monopolinteressen exekutierenden Staates solange auf einer Autonomie der Hochschulen bestehen, als die demokratischen Kräfte nicht stark genug sind, diesen Staat zu verändern. Stoltenberg verschweigt diesen politischen Kern der Kritik und setzt dabei unausgesprochen ein mögliches demokratisches Staatsgebilde und dessen Eingreifen in Hochschulpolitik gleich mit dem bei uns bestehenden und seinen Interventionen. Den Widerspruch lastet er dann seinen Gegnern an.

Die gleiche Entpolitisierungsmethode pflegt man übrigens in Stoltenbergs Kreisen auch gegenüber den Gegnern der Notstandsgesetze: Man unterschlägt, daß jene einer Stärkung unseres Staates für den Notstandsfall nur mißtrauen, weil sie unserem Staate als einem Unterausschuß des BDI mißtrauen.

Die am häufigsten von Stoltenberg gebrauchte Vokabel heißt „sachgerecht", zu finden meist vor „Reform". Die Reformen, die das Wissenschaftsministerium anstrebt, haben nie politische Implikationen; sie sind nur „sachgerecht". Es bleibt dem stillschweigenden Einverständnis aller unterstellt, wessen Sache die Stoltenbergschen Reformen gerecht werden. Sie laufen bekanntlich darauf hinaus, daß „die Ausbildungs- und Studienzeiten verkürzt" werden müssen, daß „eine gewisse Straffung des Studiums und eine bewußte Beratung und Führung der Studenten noch keine ‚Verschulung' und noch kein ‚Einpauken' bedeutet", daß es „keinen zwingenden Grund dafür (gibt), daß in Deutschland auch in Zukunft ein derartig hoher Prozentsatz der Gymnasialabsolventen das Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule beginnen muß", daß „durch die neue Art der Ausbildung (nämlich das Ableiten von Abiturienten auf berufsbildende Fachschulen) ... eine erhebliche Senkung der Ausbildungskosten erreicht werden (kann)", daß die Autonomie der Hochschulen durch stärkere Verbindlichkeit der Vorschläge des Wissenschaftsrates, durch „Sonderforschungsbereiche", durch die Finanzverfassungsreform, durch die „Gemeinschaftsaufgaben", durch „gemeinsame Rahmenplanung" von Bund und Ländern weiter eingeschränkt werden muß. Die neuartigen Bedingungen, die zur Aufgabe des Humboldtschen Autonomieprinzips drängen, werden technologisch („In Wirtschaft und Verwaltung besteht ein besonderer Bedarf an qualifiziertem Nachwuchs, der in der Lage ist, sich die für seine Arbeit erforderlichen Spezialkenntnisse in der Praxis anzueignen" (S. 29)) und aus der notwendigen Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik in der EWG und Europas gegenüber den USA begründet. Mit dem Argument von der schlicht technologischen Notwendigkeit rationalisierender Reformen soll die Diskussion darüber überflüssig erscheinen, welche gesellschaftlichen Gruppen die Früchte des technologischen Fortschritts ernten und welche sie nur produzieren.

Die neue Ideologie des Modernismus will vorspiegeln, beim technologischen Fortschritt gebe es das Problem der Verfügung und Nutznießung über ihn nicht mehr. Damit wird es möglich, demokratische Bewegungen unter Studenten, Professoren (vgl. Stoltenbergs Ausfälle gegen Ridder, Abendroth und andere) und Arbeitern als verfassungs- und staatsfeindliche Minderheiten zu diffamieren, die die „sachgerechte" Behandlung der Hochschulreform böswillig zu zerstören bestrebt seien.

Die bewußte Abstraktion von politischem Inhalt ermöglicht es Stoltenberg auch, den radikalen Protest von Hochschulangehörigen sowohl gegen die bestehende Hochschulstruktur als auch gegen die „sachgerechte Behandlung", der das Wissenschaftsministerium sie unterziehen möchte, als beim besten Willen nicht erklärbar hinzustellen: Es fand statt ein „erstaunlicher Wandel in den Argumenten der linksliberalen und radikaldemokratischen Opposition", die „Ideologisierung und Fanatisierung auf der extremen Linken gehört zu den erstaunlichsten und bedrückendsten Phänomenen im vielfältigen Bild der Studentenschaft" (S. 18), es „kommt heute zu erstaunlichen Widersprüchen". Die Ursache

Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

Etwa 64 Seiten · Leinen 3,– M

Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

63 Seiten · Broschiert –,50 M

Kommentar zur Verfassung

Etwa 600 Seiten · Leinen etwa 8,– M

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

5. Wahlperiode
901 Seiten · Kunstleder 15,– M

Vom Werden unseres Staates

Eine Chronik Band 2 1949–1955
Autorenkollektiv unter Leitung von
Prof. Dr. K.-H. Schöneburg
608 Seiten · Halbleinen 13,– M

Bestellungen richten Sie bitte an den örtlichen Buchhandel.
Auf Wunsch senden wir Ihnen gern unseren Verlagskatalog.

Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland

Dokumente 1945–1949
Etwa 816 Seiten · Leinen 40,– M

Sicherheit und friedliche Zusammenarbeit in Europa

Dokumente 1954–1967
412 Seiten · Leinen 13,– M

Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik

Band XII
1262 Seiten · Leinen 30,– M

Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallo-Vertrages

Dokumentensammlung Band I
1917–1918
960 Seiten · Halbleinen 35,– M

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik

solcher Erstaunlichkeiten ist im „Massenbetrieb" und in der „Anonymität" an den Hochschulen zu suchen, „die oft Verwirrung, Enttäuschung und Opposition hervorruft" (S. 15), woraus sich die „Gefahr von wechselseitigen Mißverständnissen und Spannungen" ergibt, sowie in der „festgehaltenen Kindersituation" der Studenten, die durch schleunigste Einführung der Zwangsexmatrikulation verkürzt werden muß. Andere Heilmittel gegen die universitären Erstaunlichkeiten sind zum Beispiel: „Die Parteien müssen ernsthaft bestrebt sein, ihre Basis angesichts des zunehmenden politischen Interesses in der akademischen Jugend zu verbreitern. Dazu bedarf es ... an den Universitätsstädten einer stärkeren geistigen und organisatorischen Öffnung für neue, großenteils kritische und unbequeme Kräfte" (S. 17). Akademiker müssen aufhören, die „unabhängige kritische Funktion" der Wissenschaft in der falschen politischen Richtung zu mißbrauchen: „Jedes persönliche Engagement der Wissenschaftler ist zu begrüßen, sofern es nicht zum Mißbrauch wissenschaftlicher Autorität im rein politischen Tageskampf führt" (S. 62).

2) Gleichsetzung rechtsextrem-linksradikal. Mit Hilfe der bei arrivierten Reaktionären altbewährten Gleichsetzung von rechtsextrem und linksradikal, die zugleich vorgibt, man selbst sei keineswegs reaktionär, sondern gemäßigte Mitte, versucht Stoltenberg, die Angst vor dem Faschismus gegen gerade diejenige Gesellschaftsbewegung umzufunktionieren, die allein vor seinem Erstehen schützt. Dieses Vorgehen ist auch nur ein Spezialfall des oben beschriebenen: Gleichsetzung von linker und rechter Opposition als „radikale Strömungen" schlechthin und als erwünschtes Resultat Bestätigung der „Mitte", die den Fortbestand der Herrschaftsverhältnisse garantiert. Die Infamie bei der Rechts-Links-Methode liegt darin, den in Westdeutschland mühsam errungenen Abscheu vor dem historischen und in der NPD exponierten Nationalsozialismus als Mittel der Gleichschaltung auszunutzen.

3) Hinstellen einer willkürlichen Auswahl von Alternativen als angeblich einzige, Verschweigen wirklicher Alternativen, Unterstellung eines allgemeinen Konsensus über nie ausgesprochene Axiome.

Beispiel: „Wer weiterhin gegen eine Verkürzung der Studienzeiten, Zwischenprüfungen und verbindlichere Studiengänge im Namen der individuellen oder akademischen Freiheit opponiert, nimmt stillschweigend oder ausdrücklich eine erhebliche Verminderung der Plätze für Studienanfänger und damit eine weitere Verschärfung des ‚numerus clausus' in Kauf, ..." (S. 28). Die hier konstruierte Alternative heißt: entweder kurzes und staatlich reglementiertes Studium für relativ viele oder langes und unordentliches Studium für wenige. Eine dritte Möglichkeit, Hebung der Studentenzahlen bei Strukturreformen im Sinne demokratischer und an gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen orientierter Studienplanung wird unterschlagen. Ähnlich steht es mit der Alternative: entweder Autonomie der Wissenschaft und mangelnde Effizienz oder Effizienzsteigerung und mehr Integration der Hochschulen in den Verwertungszwang des Kapitals. Die Perspektive einer nicht von Profitmaximierung diktierten Effizienzsteigerung, einer Freisetzung wissenschaftlicher Produktivkraft, die nicht länger durch die Ausnutzung der Hochschulen als billiger Produktionsbetriebe im Forschungs- und Entwicklungssektor der Monopole gehemmt würde, liegt selbstverständlich jenseits der Stoltenbergschen „konstruktiven Lösungen", da sie ebenso wie die Analyse seiner anderen Scheinalternativen die beflissenen Handlangerdienste des Staates für die monopolkapitalistische Funktionalisierung der Hochschulen aufdecken würde.

Forschungsplanung (S. 113 ff) ist für Stoltenberg nur denkbar als „weitschauende Formulierung von Forschungs- oder Entwicklungszielen" oder als „Planung des Forschungsprozesses" selbst oder als „Planung der finanziellen Förderungsmittel". Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß unter keiner dieser Alternativen begriffen wird jene Art von Planung, die zunächst ohne Rücksicht auf etablierte ökonomische Herrschaft die gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse formuliert, daraus die langfristigen und aus ihnen die kurzfristigen Anforderungen an die Sektoren Wissenschaft und Ausbildung ableitet. Ein solcher Planungsbegriff setzte freilich voraus, daß die Planung auf der politischen Macht derjenigen gesellschaftlichen Gruppierungen gründet, deren Interessen mit den gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen übereinstimmen. Solches trifft sicher nicht auf die Interessen der Monopole zu.

Deren Herrschaft ist aber der von Stoltenberg als unverrückbar vorausgesetzte Ausgangspunkt aller Überlegungen. Hätte er den anderen Planungsbegriff der Vollständigkeit halber aufgeführt, so wäre ihm natürlich mißlungen, die Planungskonzeption seines Ministeriums als die einzig rationale auszugeben. Daß die „Forschungs- und Entwicklungsziele", deren „weitschauende Formulierung" Planung sei, diejenigen der Monopole sind, daß mithin die Profitmaximierung als Prinzip privater Unternehmensführung zum Prinzip der Wissenschaftsplanung wird und beide Produkte der Hochschulen, Fachkräfte und Wissenschaft, dem Verwertungszwang des Kapitals unterliegen, muß als verschwiegenes Axiom aller Optimierungsbemühungen Stoltenbergs nicht eigens ausgeführt werden: Für die Leser wäre das entweder schädlich, oder sie wissen es schon. Ganz deutlich wird die absichtsvolle Unterschlagung der Prämissen auf S. 93, wo Planung in einer „freiheitliche(n) Staats- und Wirtschaftsordnung" definiert wird. Mit letzterer ist gemeint eine Ordnung, wo der Staat die Freiheit der Unternehmer vor den Anmaßungen der Produzenten schützt, etwa vor der Mitbestimmung. Die „Verantwortlichen", die sich bei der Planung miteinander abstimmen müssen, sind Unternehmerverbände, Ministerien, Landeskultusminister und Rektoren; bei der erforderlichen „engen, institutionellen Zusammenarbeit von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft" ist als Selbstverständlichkeit mitzudenken der Ausschluß der eigentlichen Träger der Produktion, der Arbeiter, Angestellten und Studenten.

Auf S. 29 begründet Stoltenberg seine Sparmaßnahme, Abiturienten von den Hochschulen auf Fachschulen abzuleiten, mit dem Marktgesetz: „Sicher brauchen der Staat und die Gesellschaft von morgen mehr Akademiker als gestern und heute. Wir erkennen jedoch deutlich, daß in manchen Bereichen der Fehlbedarf an Absolventen von höheren Fachschulen schon jetzt größer ist, die Nachfrage stärker als für Hochschulabsolventen der gleichen Fachrichtung". Ganz klar wird hier ein langfristiges Bedürfnis der Gesellschaft, nämlich die Ausbildung möglichst vieler zu schöpferischer wissenschaftlicher Produktion fähiger Hochschulabsolventen im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution zugunsten unternehmerischen Inter-

rot

eine reihe für avantgardistische, experimentelle literatur und grafik sowie deren theoretische erörterung

herausgeber
max bense und elisabeth walther

von den bisher erschienenen texten sind lieferbar:

22 konrad balder schäuffelen:
en gros & en detail

23 hans dahlem:
grafische kosmogonie

25 haroldo de campos:
versuchsbuch

26 hansjörg mayer:
alphabetenquadrate

28 franz mon:
5 beliebige fassungen

29 mira schendel:
grafische reduktionen

30 francis ponge:
praxis der sprache aus malherbe

31 witold wirpsza:
bruchsünden und todstücke

32 diter rot:
80 wolken

33 timm ulrichs:
lesarten und schreibweisen

34 günter neusel:
fachwerke

35 johannes ernst seiffert:
hier sei kühl

36 paris - mai 1968 · plakate der studenten und fotos

auslieferung: dr. elisabeth walther
7 stuttgart 1
vorsteigstraße 24 b

preis: 4 dm

esses an kurzfristigen Profiten und niedrigen Kosten aufgegeben; die Gesellschaftsstruktur der BR wird zum Hemmnis des materiellen Fortschritts.

Wie aus den Zitaten vielleicht schon ersichtlich wurde, ist aus der Qualität der vorliegenden Texte nicht ohne weiteres die Notwendigkeit ihrer Publikation in einer weite Verbreitung sichernden Taschenbuchreihe abzuleiten. Die Qualität der Texte legt vielmehr die Vermutung nahe, es gehe dem Wissenschaftsminister ähnlich wie seinem Kollegen Benda, der, wie seine Frau der Springer-Zeitschrift Jasmin jüngst verriet, kaum noch zum Bücherlesen kommt, aber Bücher schreibt. Bisher war die wissenschaftspolitische Konzeption der Regierung nur in internen Publikationen zugänglich. Seitdem die von demokratischer Seite entwickelten Vorschläge zur Hochschulreform in auflagenstarken Veröffentlichungen verbreitet sind, sieht Stoltenberg sich genötigt, seiner Aufforderung zum hochschulpolitischen Engagement in rechter Richtung nun selbst Rechnung zu tragen. Trotz seiner Inhaltsarmut und phraseologischen Öde muß die Linke das Buch zur Kenntnis nehmen. Es stößt in einen Bereich vor, in welchem die Linke noch kaum Positionen formuliert hat: den Bereich der technokratischen Hochschulreform von oben. Dieser Wert des Buches erscheint allerdings erheblich durch den Mangel an jener Bündigkeit gemindert, die nur in BDI-Publikationen und z. B. der Zeitschrift „Wirtschaft und Wissenschaft" anzutreffen ist.

Es sollte der Linken ein Signal sein, schleunigst ihre teils rein ideologiekritische, teils antifeudalistisch-antiautoritäre reform-formalistische Voreingenommenheit aufzugeben, um praktische Konsequenzen zu ziehen aus dem Vormarsch einer reaktionären, systemstabilisierenden Hochschulreform aus dem Geiste des BDI.

Die technokratische Wissenschaftspolitik der Spitzenverbände des Kapitals und ihrer staatlichen Exekutive bedarf nicht länger einer ideologischen Verbrämung im Sinne der Bildungsidee der Humboldtschen Universität. Sie wird entbehrlich vor dem Mythos des technologischen Fortschritts, der abseits der unbequemen Frage „Wem nützt's?" den Herrschenden ihre „Zukunftsaufgaben" vorgibt.

Und doch zeigen die Wortführer der Herrschenden gelegentlich denjenigen, die sich ihrer totalen Verfügung widersetzen, die alte Brutalität: „Es wäre verhängnisvoll, wenn in den drängenden und zentralen Fragen der Hochschul- und Bildungspolitik das liberum veto einzelner oder einiger die dringend notwendigen Entschlüsse verhindern würde. In diesem unerwünschten, hoffentlich nicht eintretenden Fall könnte der Ruf nach einer Stärkung des Bundes, nach weiteren tiefgreifenden Verfassungsänderungen so laut werden, daß er unüberhörbar wird." (G. Stoltenberg, Zur Situation an den Hochschulen, 170. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 7. Mai 1968, Sonderdruck S. 15 f). Die Frankfurter Ideologiekritik hat darauf hingewiesen, daß der Faschismus keine Ideologie mehr benötigte: Hinter jeder seiner Maßnahmen stand die Drohung nackter Gewalt geger ihre Opfer.

Gert Wille

Fernseh-Spalte

DER GEWÖHNLICHE FASCHISMUS

In einem Gespräch mit dem Filmwissenschaftler Herlinghaus (DDR) und dem Journalisten Hitzer (BRD), das die Zeitschrift „Film" (Nr. 5/1966) veröffentlichte, erklärte der sowjetische Regisseur Michail Romm: „Ich kenne kein Beispiel menschlichen Wahnsinns, das dem ganzen Programm und der Praxis des Hitlerismus ähnlich wäre." Sein Film „Der gewöhnliche Faschismus" aber ist ein Versuch, das Gegenteil von Wahnsinn, nämlich das Verhalten manipulierter Massen und ihnen zugehöriger einzelner zu erklären. Die Demagogie, sagt Romm, „kam erst zum Wirken, als Millionen einfacher Menschen ein Bedürfnis" danach hatten. „Der Faschismus mußte ihr Alltag werden, man bemerkte ihn gar nicht mehr als solchen." Noch deutlicher: „Ich wollte in diesem Kapitel mit der Überschrift ‚Der gewöhnliche Faschismus' nicht davon reden, welche entsetzlichen Dinge vorkamen, sondern in welchen Zustand der Mensch kommen kann, um diese schrecklichen Dinge zu seinem Alltag zu machen ..." — Der Film ist stark. Romm spart mit Grausamkeiten, stellt ihnen Beispiele orgiastischen Führerkultes gegenüber, Bilder badender und Hühner stehlender Soldaten, Großaufnahmen von Gesichtern der Gemarterten in der Auschwitz-Hölle, kurzum: nicht allein der Terror, sondern vor allem auch die zur Selbstverständlichkeit gewordene Anpassung an den Terror wird manifestiert. Ein Wunder fast, daß man das im Deutschen Fernsehen zeigte. Es ging indessen nicht ohne die obligatorische Entschuldigung ab. Und nicht ohne Veränderungen. In verschiedenen Besprechungen des Films las man von den direkten Bezügen des letzten Kapitels zum Neofaschismus in der Bundesrepublik, zum Terrortraining amerikanischer Soldaten, die auf den Vietnam-Dschungel vorbereitet werden, und anderes mehr. Es ist anzunehmen, daß dieses letzte Kapitel fehlte (deutsche Bearbeitung: Eugen Kogon). In dem oben erwähnten Gespräch sagte Michail Romm: „Vielleicht muß man für diesen letzten Teil Material finden, das von ähnlicher Dauerhaftigkeit und unbestreitbarer Wahrheit ist wie das Material der anderen Teile, oder aber den letzten Teil jedes Jahr neu machen. Ich würde zulassen, daß man den ‚Gewöhnlichen Faschismus' auf diese Art jährlich erneuert." Hochinteressant. Klug. Aktuell. Romm weiß, daß sich Faschismus fortsetzt, seine Erscheinungsformen (wenn auch nicht seine Struktur) ändert. Aber — den Fall gesetzt, die deutsche Fassung hat dieses letzte Kapitel bewußt unterschlagen — ist das ein Freibrief für seine Annullierung? Natürlich nicht. Die Frage impliziert schon die Bestätigung der Überlegungen Romms. Und die Schlußfolgerung dieser Überlegungen meint ja auch die Fortsetzung des Faschismus hier im Lande. Das wäre eine Tat gewesen: Romms historische Lehre auf unsere aktuellen Verhältnisse anzuwenden, „jenen Massenverführungsapparat, den Packard so gut beschrieben hat, nicht außer acht zu lassen. Die Vergötzung des Konsums, den Verlust des kritischen Selbsturteils, die Paralyse der schöpferischen menschlichen Gemeinschaft ..." (Romm). Das Beispiel Berlin: Rentnerfaschismus, Polizeiterror, ranzigste Blockadeneurose, Pogromhetze. Das Beispiel Hamburg. Das Beispiel München. Das Beispiel Bildzeitung. Das Beispiel Harster. Hundert, tausend, hunderttausend Beispiele zwischen 1948 und 1968. Vom offenen NPD-Nazismus gar nicht zu reden. — Es komme nun niemand und sage, alles zu seiner Zeit. Wenn man schon einen Film wie den „Gewöhnlichen Faschismus" zeigt, dann soll man auch konsequent bleiben und nicht das Wichtigste unterschlagen: die Nutzanwendung für uns Zeitgenossen. — Aber hier stoßen wir auf ein immer mehr sich ausbreitendes Übel. Das Fernsehen in der Bundesrepublik ist im Begriff, seine (wenn auch immer schon elastische) Aufklärungsposition gänzlich aufzugeben.

E. H. Wahl

Dokumente zum Zeitgeschehen

Neun Fragen und Antworten zum Aktions- und Wahlbündnis 1969

Mit einem öffentlichen Aufruf an alle demokratischen Kräfte *), sich zur kommenden Bundestagswahl zu einem wirkungsvollen Aktions- und Wahlbündnis zusammenzuschließen, haben die im „Gießener Kreis" vereinten Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre, Professoren, Studenten, Schriftsteller, Landwirte usw. eine in unserem Lande neuartige Form politischen Zusammenwirkens angeregt. Im folgenden sollen wiederkehrende Fragen, die an die Teilnehmer des „Gießener Kreises" gerichtet werden, kurz geklärt werden.

1) Soll man noch wählen?

Die Frage ist berechtigt, nachdem die herrschenden Parteien sich dem Volke gänzlich entfremdet haben. Das Wahlrecht wird nach den Bedürfnissen der Herrschenden manipuliert; durch Sperrklauseln wird der notwendige Prozeß einer Erneuerung unseres Parteiensystems abgeschnürt; mit falschen Parolen wird der Wählerwille beirrt. So kommt es, daß im gegenwärtigen deutschen Bundestag ausschließlich Parteien sitzen, die — unter Einschluß der Sozialdemokratie — die Politik der Kapitalinteressen betreiben, während die zahlreichste Gruppe unseres Volkes, die Arbeiterschaft, unvertreten bleibt. Das Gefühl ist daher weitverbreitet: Mit den Bedürfnissen des Volkes stimmen die herrschenden Parlamentsparteien nicht mehr überein. Dies macht sich der organisierte Rechtsradikalismus zunutze, der selbst die Stimmen enttäuschter Wähler noch dem bestehenden System wieder zuführt.

Gerade wer aber den parlamentarischen Schein durchschaut, darf das Feld nicht kampflos denen überlassen, die ein wirkungsvolles parlamentarisches System heute in Wahrheit nicht mehr brauchen können. Der bewußteste Teil unserer Gesellschaft sollte sich nicht durch Wahlenthaltung mit den gleichgültigsten Gruppen des Volkes treffen und damit den Herrschenden das scheinparlamentarische Spiel erleichtern. Wir selbst, die gewaltige und stets wachsende Zahl der Menschen in Stadt und Land, die in dem versteinerten System einverschworener Parteien ihre Sache nicht mehr aufgehoben fühlen, müssen in die Verhältnisse eingreifen. Wir selbst müssen Gremien bilden, die unseren Bedürfnissen entsprechen, in denen wir handeln können, und unsere eigenen Vorstellungen zur Bundestagswahl entwickeln.

2) Kann man durch Parlamentsarbeit etwas im Großen ändern?

Gewiß nicht durch parlamentarische Wirksamkeit allein, fernab einer demokratischen Öffentlichkeit. Jedes Parlament und jede Parlamentspartei lebt allerdings aus der Verbindung mit Kräften und Gruppen des vorparlamentarischen Raumes. Die Beobachtung zeigt hierbei, daß Regierung wie Bundestag den Wünschen ganz unkontrollierter außerparlamentarischer Gewalten des Großkapitals, der Interessenverbände, der Militärs Folge leisten. Die Bewegung zur Erneuerung der Demokratie hingegen entwickelt als Ausdruck der unmittelbaren Bedürfnisse des Volkes auch ihre eigenen politischen Formen. Sie führt den Kampf um Öffentlichkeit und Kontrolle auf allen Schauplätzen des gesellschaftlichen Lebens als einen letztlich einheitlichen. Sie will die Verhältnisse überall durchsichtig machen: im Staat wie in den Wirtschaftsbetrieben, in den Schulen und Hochschulen wie in den Verbänden und Parteien. Daher stellt auch die notwendige Erneuerung der parlamentarischen Formen für sie selbst nur einen Teil jener allgemeinen Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens dar, um die es heute geht.

Die Partner des Aktionsbündnisses werden daher auch einen Wahlkampf nicht, wie die herrschenden Parteien, als eine kurzfristige Kampagne führen, sondern vielmehr als Teilglied eines gründlichen Prozesses der politischen Selbsterziehung wie der allgemeinen Bewußtseinsentwicklung überhaupt. Das Bündnis sollte hierbei sofort politisch in Erscheinung treten, und zwar auf der ganzen Linie. Es sollte die Tätigkeit von Regierung und Bundestag ständig begleiten, sie dem vollen Licht einer kritischen Öffentlichkeit aus-

*) Vgl. „Blätter", Heft 7/1968, S. 772

setzen, seine eigenen Vorstellungen entwickeln und popularisieren. Die Partner des Bündnisses werden den Wahlkampf mit aller Härte und als einen echten Machtkampf gegenüber den Herrschenden auszutragen haben; sie werden diesen Kampf schonungslos, offensiv, enthüllend führen, indem sie unablässig aufzeigen, was Bundestag und Regierung heute zu tun hätten und was sie versäumen. Auch eine parlamentsgerichtete Wirksamkeit verfolgt dabei das Ziel, durch eine Politik der offensiven Reform die Regierenden unablässig vor Alternativen zu stellen, die sie nicht selbst gewählt haben, ihre Worte an ihrem Verhalten überprüfbar zu machen, sie hartnäckig der Kontrolle und der politischen Urteilsbildung im Volke auszusetzen.

In diesem Sinne erscheint das Bündnis der Demokraten als befähigt, jene Bewegung zu einer tiefgreifenden und umfassenden Erneuerung unseres öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens fortzuführen, die im Kampf um die Notstandsgesetze machtvoll in Erscheinung getreten ist.

3) Wer ist ein Demokrat, und was heißt demokratische Selbsttätigkeit?

Ein Demokrat ist heute, wer die Verfassungsordnung unseres Landes, welche die herrschenden Gewalten durch eine umfassende Notstandsordnung in ihrem Kern beschädigt haben, aus dem ursprünglichen Geist des Grundgesetzes erneuern und zugleich unser staatliches Leben im Sinne fortgesetzter Erweiterung von Öffentlichkeit und Kontrolle fortentwickeln will.

Die Erfahrung zeigt, daß ein bloßer Parlamentsbetrieb, mit einigen hundert Abgeordneten, die sich alle vier Jahre wieder ihrer Wähler erinnern, nicht ausreicht, um das öffentliche Leben zu demokratisieren. Vielmehr bezeichnet das stille Zusammenspiel von Staatsorganen und verborgenen gesellschaftlichen Mächten den Prozeß einer fortgesetzten Entparlamentarisierung der Entscheidungen, eines allgemeines Rückzuges von der Öffentlichkeit überhaupt.

Demgegenüber bedeutet demokratische Selbsttätigkeit, daß wir denen, die Macht ausüben, auf die Finger sehen, im Staat wie in der Wirtschaft; daß wir Lärm schlagen, wo immer wir Gesetzesverletzungen, Rechtsbruch, Willkürhandlungen begegnen, wo immer man unsere Mithilfe für Zwecke in Anspruch nehmen will, die wir nicht billigen können. Demokratische Selbsttätigkeit heißt, daß wir uns um immer mehr Dinge im öffentlichen Leben und in unserer Arbeitswelt selbst kümmern und hierzu nicht auf Gesetze warten; daß wir auf allen Lebensgebieten lernen einzugreifen und immer weitergehende Mitbestimmung für uns unmittelbar in Anspruch zu nehmen.

Ein solches Verhältnis aktiver Demokratie muß sich auch innerhalb des Aktions- und Wahlbündnisses in neuen Beziehungen zwischen Wählern und Gewählten niederschlagen: Die Kandidaten sollten direkt durch die beteiligten Gruppen und in öffentlichen Versammlungen aufgestellt werden, so daß Gewähr dafür besteht, daß die gesellschaftliche Zusammensetzung der Kandidaten des Bündnisses mit derjenigen unserer Bevölkerung aufs engste übereinstimmt. Die Wahlkandidaten sollten auf Wähleraufträge, auf regelmäßige Berichterstattung und Rechenschaft verpflichtet werden; kein Kandidat sollte für mehr als eine Wahlperiode aufgestellt werden, usw. So wird zum Ausdruck gebracht, daß die demokratische Bewegung selbst in keinem Augenblick ihre Aktivität an einige Repräsentanten abtritt, sondern vielmehr unmittelbar ins Parlament selbst hineinwirken will.

4) Welche gesellschaftlichen Schichten und welche politischen Gruppen sollte das Bündnis umfassen? Wo liegt sein Schwerpunkt?

Das Aktions- und Wahlbündnis soll sich keineswegs auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition beschränken: seine Reserven sind weit größer. Zu ihm gehören der Sache nach alle, die ihre Interessen in einem Staat des herrschenden Großkapitals und eines schwindenden Freiheitsraumes nicht mehr aufgehoben finden; Arbeiter wie Landwirte, Angestellte wie Kleingewerbetreibende, unsere arbeitende wie unsere studentische Jugend. Politisch sind alle Gruppen bündnisfähig, welche eine Strategie der fortschreitenden Demokratisierung und der offensiven Reform unseres gesamten sozialen Lebens bejahen. Ganz gewiß werden sich die Bündnispartner hierbei nicht von dem gemeinsamen Gegner vorschreiben lassen, welche politischen Gruppen sie als honett ansehen wollen und welche nicht.

Das Bündnis darf bei alledem kein formloser Haufe sein. Es muß seine feste Grundlage in der Arbeiterschaft finden, auf welche die ganze Last des gegenwärtigen Systems fällt und ohne deren Befreiung keine Freiheit der Gesellschaft möglich ist.

5) Entschieden-demokratisches oder sozialistisches Programm?

Das gemeinsame Minimalprogramm, auf das alle Gruppen sich verständigen können, wird der Natur der Sache nach ein konsequent-demokratisches sein. Es dürfte Punkte enthalten wie etwa: Verhinderung des Gebrauchs von Notstandsvollmachten; Austritt der Bundesrepublik aus der NATO, als Beitrag zu einer Auflösung der Militärblöcke in Ost und West; Rüstungsbegrenzung; Verständigung mit der DDR; demokratische Kontrolle in den Betrieben, konsequente Schul- und Hochschulreform; ein ehrliches Agrarprogramm; Kampf gegen Kartelle und Preiswucher, usw. Jede der zusammenarbeitenden Gruppen wird hierbei ihre eigenen Schwerpunkte setzen und darüber hinaus weitergehende Vorstellungen entwickeln. Sozialisten werden mit den Tagesforderungen besondere Zukunftsziele verbinden und dies aussprechen. Jede Gruppe sollte ihre Eigenart nicht preisgeben, sondern zum Ausdruck bringen. Das Bündnis darf nicht ein graues Einerlei unbestimmter Vorstellungen sein; es soll den ganzen Farbenreichtum derer behalten, die durch den gemeinsamen Druck der gesellschaftlichen Gegenkräfte heute zusammengeführt werden und die nicht länger in der Trennung einzeln geschlagen werden wollen.

Bei alledem kann eine Politik der greifbaren Etappenziele der offensiven Reform gar nicht anders als die demokratische Entwicklung unablässig über den einmal erreichten Stand hinaustreiben.

6) Wer soll im Bündnis „führen"?

Es kann keinen Führeranspruch einer Gruppe geben. Keiner der Partner darf dem anderen seine besonderen Vorstellungen aufdrängen. Jede Gruppe wird auch finanziell ihre Aktionen innerhalb des Bündnisses überwiegend selbst bestreiten müssen, bei selbstverständlicher gegenseitiger Hilfe. Schon hierdurch behalten die Partner die Gewähr dafür, daß nicht eine „Zentrale" die Initiative der Beteiligten an sich zieht.

7) Wieder einmal eine neue Partei?

Das Bundeswahlgesetz läßt nur die Kandidatur von Parteien zu. Das Wahlgebilde, welches das Bündnis entwickeln wird, muß diesen Anforderungen genügen. Was als Partei in Erscheinung tritt, sollte allerdings so klein bleiben wie möglich. Der Schwerpunkt liegt nicht bei der Partei, sondern bei dem Aktionsbündnis, das dahinter steht und das diese Partei trägt. Das Neue besteht darin, daß im Gegensatz zu unseren erstarrten und versteinerten Parteien die Kräfte des Bündnisses offen bleiben für immer neue Gruppen der Bewegung im Volke selbst. Sie wollen nicht an die Stelle dieser Bewegung eine Partei setzen, sondern die Bewegung selbst stärken und entwickeln.

8) Sollte man nicht die fortschrittlichen Kräfte in den bestehenden Parteien unterstützen?

Die Erfahrung zeigt, daß nur noch durch Druck von außen auch die kritischen Köpfe innerhalb der herrschenden Parteien ermutigt werden können. Die Führer der SPD, verdorben durch Jahre eines politisch sittenwidrigen und öffentliches Ärgernis erregenden Konkubinats mit der CDU, haben es bisher immer verstanden, Kritiker in den eigenen Reihen zu verwirren oder zum Schweigen zu bringen. Das Wahlbündnis will nicht zuletzt denjenigen Wählern eine neue Heimstatt bieten, die in den letzten Jahren der SPD enttäuscht den Rücken gekehrt haben. — Auch die FDP, die selbstverständlich in ihrem Wesen eine Unternehmerpartei ist, hat allzulange mit der CDU gebuhlt und gemeinsam mit ihr jahrelang an den Notstandsgesetzen gearbeitet; sie bleibt auch weiterhin eine Koalitionsreserve der CDU. — Nur durch eine neue Kraft, welche allem voran die Initiative der Arbeiter und einfachen Angestellten zur Geltung bringt, können auch die Gewerkschaften aus ihrer Verstrickung mit dem gegenwärtigen System und aus ihrer vollständigen Unterwerfung unter eine Partei gelöst werden, die ihnen gegenüber mit einem totalitären Anspruch auftritt.

9) Kann man es schaffen?

Die von einer politischen Alternative Nächstbetroffenen nehmen schon heute die Pläne für ein Wahlbündnis sehr ernst. (Auch der Eifer, mit dem die Führer der SPD neuerdings

das Mehrheitswahlrecht betreiben, zeugt davon.) Zwischen der Zusammensetzung des Parlaments, in dem nur die herrschenden Interessen einen Platz haben, und der Zusammensetzung der Bevölkerung, deren arbeitende Schichten nicht mehr zu Wort kommen, besteht eine so aufreizende Nichtübereinstimmung, daß dies von den herrschenden Gruppierungen selbst als Gefahr empfunden werden muß. Es ist nicht Zuversicht, sondern Furcht, was sie nach immer neuen Eingriffen in das Wahlsystem Ausschau halten und nach immer neuen Mitteln der Irreführung des Volkes greifen läßt. Die Notstandsvollmachten der Regierung, die widerspruchsvolle Wirtschaftspolitik, der Druck auf den Lebensstandard des größeren Teils unseres Volkes werden ein Übriges tun, um unsere Mitbürger aufzuklären. Im Kampf um die Notstandsgesetze haben die herrschenden Kräfte eine Ahnung davon erhalten, welche Energien unser Volk freisetzen kann. Der Prozeß fortschreitender Bewußtseinsentwicklung im Handeln selbst aber entscheidet heute darüber, ob unser Land zu seinen Möglichkeiten finden wird.

Prof. Dr. Werner Hofmann, Marburg

Wortlaut des Marburger Manifests gegen die „Politisierung der Hochschulen"

Auf Wunsch einiger politischer Hochschulgruppen veröffentlichen wir nachstehend das Marburger Manifest sowie die Liste der Unterzeichner dieses Textes.

D. Red.

Die vergangenen Monate haben die Gefahr, die das Wesen der deutschen Hochschule bedroht, in ihrem Charakter immer deutlicher werden lassen. Sie liegt in der eingetretenen Vermischung des Gedankenguts der Hochschulreform mit dem eines gesellschaftlichen Umsturzes insgesamt, wie er von radikalen Gruppen beabsichtigt wird. Die Unterzeichner halten es mit ihrem Diensteid, ihrer wissenschaftlichen Verantwortung und ihren staatsbürgerlichen Pflichten für nicht vereinbar, weiterhin zu dieser Entwicklung zu schweigen, die unter dem mißverständlichen Namen „Demokratisierung der Universität" vorangetrieben wird. Sie hat die Beschränkung der Freiheit von Forschung und damit eine Verkümmerung der Wissenschaft selbst zu Folge.

Dabei sind für die Unterzeichner folgende Gesichtspunkte bestimmend:

1) Die durch das Grundgesetz garantierte Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und Lehre und die nur hieraus ableitbare Hochschulselbstverwaltung ist den Hochschulen um der Sache willen, d. h. zur Abwehr wissenschaftsfremder Einflüsse gewährt worden. Die Forderung einer Fünftel- oder gar Drittelbeteiligung (Beteiligung von Studentenvertretern bis zu 33⅓ Prozent an allen maßgebenden Universitätsgremien) widerspricht dem Grundsatz, daß parlamentarische Verfahrensweisen in einer freiheitlich demokratischen Staatsordnung in erster Linie auf die Gesetzgebung und keineswegs auf sämtliche Lebensbereiche des Staates bezogen sind. Außerdem sind die studentischen Wortführer nicht legitimiert, in der Kulturpolitik parlamentarische Volksvertreter zu ersetzen. Ja, man darf fragen, ob die Studentenschaft als Zwangsorganisation mit politischem Mandat überhaupt rechtens ist.

Die durch das Grundgesetz garantierte Freiheit der Forschung und Lehre ist gerade im Unterschied zur gültigen demokratischen Verfügungsgewalt nur in einer Sphäre möglich, die, ähnlich wie die Unabhängigkeit der Rechtsprechung, dem politischen Kräftespiel entzogen ist. Die Forderung der „Demokratisierung" läßt somit ein grundsätzliches Mißverständnis der freiheitlichen Demokratie erkennen.

2) Die Einführung des erwähnten Proporzsystems in die Organisationsstruktur der Universität läßt diese in ein Konglomerat von Interessenverbänden zerfallen, zumal wenn die einzelnen Gruppen in der Universität (wie z. B. die Studentenschaft in Hessen) mit eigener öffentlich-rechtlicher Körperschaftsstruktur und selbständiger Hoheitsgewalt ausgestattet werden. Die Verwirklichung dieses Systems bedeutet ferner, daß die über

Forschung und Lehre entscheidenden Gruppen sich zum großen Teil aus Personen zusammensetzen, die sich erst anschicken, Wissenschaft zu erlernen, und daß über den Studiengang junge Menschen mitbestimmen sollen, die diesen selbst noch gar nicht durchlaufen haben. Die Gefahr sachwidriger Einflußnahmen wird dadurch noch größer, daß der einzelne Studentenvertreter nur kurzfristig einer Universität zugehört und jederzeit in Gefahr ist, mit Weisungen der Studentenschaft und ihrer Organe in Konflikt zu geraten.

So ist sachgemäße Diskussion und Entscheidung in den Universitätsgremien nicht mehr möglich. Der Wissenschaft verpflichtete und durch ihren Amtseid gebundene Hochschullehrer, die regreß- und disziplinarrechtlich verantwortlich sind, werden mit Studenten gleichgestellt, denen nicht nur die erforderliche Sachkenntnis fehlt, sondern die auch von jeder rechtlichen Verantwortung frei sind. Ein wirksames Studenten-Disziplinarrecht existiert nicht. Die Staatshaftung für nicht selbst haftbare Studentenvertreter wird offenbar nicht erkannt. Während bisher noch nicht einmal der Staat das Recht hatte, in die Freiheit von Forschung und Lehre einzugreifen, soll dieses nunmehr studentischen Wortführern zugebilligt werden.

3) Bei Anwendung des Proporzsystems schwellen die Universitätsgremien übermäßig an und werden im selben Maße arbeitsunfähig, wie sie für den Staat kostspieliger werden. In endlosen und zermürbenden Debatten werden Arbeitskraft und Arbeitsfreude bei denen zerstört werden, auf deren wissenschaftlichem Rang die Leistung der Universität beruht. Hinzu kommt die zu erwartende Zerstörung der objektiven Bedingungen wissenschaftlicher Arbeit. Die Diskrepanz der Verantwortung äußert sich auch darin, daß die Studentenvertreter zwar in den Universitätsgremien mitentscheiden sollen, die Durchführung der Beschlüsse aber allein der Gruppe der Hochschullehrer zugemutet wird.

4) Gegen die etwa im Marburger Modellfall (40 Prozent Ordinarien, 20 Prozent habil. Nichtordinarien, 20 Prozent akad. Mitarbeiter, 20 Prozent Studentenvertreter im „satzungsgebenden" Senat) vorweggenommene grundlegende Strukturveränderung der Universität durch einfache Stimmenmehrheit sprechen gewichtige rechtliche Bedenken. Das Proporzsystem ändert nicht nur die bisherige Universitätsverfassung, sondern setzt deren elementare Strukturprinzipien zugunsten bisher unbekannter Grundsätze außer Kraft. Wie im Bereich der Staatsverfassung kann hier deshalb nicht mehr von bloßer Verfassungsänderung die Rede sein. Hier wird in Wirklichkeit eine völlig neue Institution geschaffen, für deren Rechtswirksamkeit nicht die Änderungsmehrheit und die Legitimation durch die alte Verfassung, die in ihren Grundzügen aus den Angeln gehoben werden soll, in Anspruch genommen werden kann. Überdies könnte selbst eine Zustimmung aller Mitglieder der Großen Senate zu solcher Neugestaltung nichts daran ändern, daß sie die Freiheit von wissenschaftlicher Forschung und Lehre in grundrechtswidriger Weise gefährdet und deshalb mit Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes nicht in Einklang zu bringen ist.

5) Der Hochschullehrer hat seine Amtspflichten in der Gewißheit und unter der Voraussetzung übernommen, daß an der Hochschule die Arbeitsbedingungen für freie Forschung und Lehre garantiert sind. Wir halten es für ungesetzlich und mit unserem Amtseid für nicht vereinbar, zur Loyalität gegenüber neuartigen Entwicklungen aufgerufen zu werden, welche die Erfüllung dieser Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen unmöglich machen und im Gegensatz zu denjenigen Voraussetzungen stehen, unter denen der Amtseid geleistet wurde.

6) Ein auffälliger Einwand gegen die Anwendung der sogenannten Demokratisierung auf die Universität scheint uns die Tatsache zu sein, daß kein anderer Kulturstaat der Erde außer der Bundesrepublik und der Volksrepublik China auf den Gedanken kam, eine so kostbare und kostspielige Institution wie die Universität und die an ihr bestehende Organisation von Forschung und Lehre zu „demokratisieren". Weder in den USA noch in der UdSSR wird eine so unsachgemäße Methode praktiziert. Welche Gesellschaft würde sich den Luxus leisten, hochqualifizierte Fachleute samt ihren kostspieligen Instituten zu zwingen, ihre Sachentscheidungen über Forschungsaufgaben und Produktionsprogramme in zeitraubenden Sitzungen mit einer großen Gruppe von weisungsgebundenen, nichtsachverständigen und nichtmitverantwortlichen Mitgliedern in so-

genannten Instituts-Räten zu diskutieren und von deren Urteil und womöglich deren Pressionen abhängig zu machen? Auch die Wirtschaft hätte aufgrund ihrer direkten Abhängigkeit von der wissenschaftlichen Forschung von einer solchen „Demokratisierung" nur ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährdende Nachteile zu erwarten.

Die Unterzeichner sind der Überzeugung, daß am Ende des gefährlichen Weges vermeintlicher „Demokratisierung" nicht eine gestärkte, sondern eine in ihrer Forschungsleistung und ihrem wissenschaftlichen Rang geschwächte deutsche Universität stehen würde. Sie begrüßen eine Reform, die allen Mitgliedern der Universität, also neben den Ordinarien auch den Nichtordinarien, den akademischen Mitarbeitern und den Studenten in stärkerem Maße als bisher eine gemäß ihrer wissenschaftlichen Qualifikation und ihrer Erfahrung abgestufte Mitwirkung am Leben der Hochschule garantiert. Ein Mitbestimmungsrecht der noch Lernenden in Fragen der Forschung und Lehre lehnen sie dagegen mit Entschiedenheit ab.

Marburg, den 17. April 1968

Die Unterzeichner:

Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen
Friedrich Asinger — F. Bollerath — B. Böhnke — A. Czaja — Paul Denzel — O. Fränzle — G. Friedrich — Wolfgang Frik — Arnold Gehlen — A. Grotkamp — Carl Heinz — Hans Henning — Elmar Hillebrand — August Hochrainer — F. Huber — H. Jung — W. Jurecka — Wilh. Klostermeyer — C. Kurges — Fritz Löschner — K. Lürenbaum — G. Menges — H.-D. Ohlenbusch — K. Poeck — Otto-Ernst Radczewski — E.-U. Reuther — P. Sartori — Benno Schachner — Doris Schachner — F. Schlögl — Eugen Schmidtmann — H. Schöneborn — Edgar Schultze — H. Stetter — Alex Troost — Theodor Wasserrab — Werner Wenzel — L. Zagar — H. Zahn — H.-J. Zimmermann

Freie Universität Berlin
Karin Alt — Bodo Angermann — Walter Becker — Christian Behrens — K. A. Bettermann — K.-H. Beyer — Hermann Blei — Fritz Borinski — Herbert Bräuer — Maria Bräuer-Pospelova — Walter Braune — W. Broser — W. Brosig — Franz von Bruchhausen — Ursula Brumm — Richard Dietrich — Alexander Dinghas — Wilhelm Emrich — Angelika Fischer — Johanna Fischer — Rudi Fischer — Joh. Flügge — Carl Föhl — Günter Fuchs — Wilhelm Gauger — Heinz George — C. F. Geyer — Friedrich Grethert — H. Gutzmann — K.-O. Habermehl — Günther Haedrich — Gerhard Hahn — Ewald Harndt — Ilse Hecht — Ernst Heinitz — Herbert Helbig — E. von Herrath — H. Herxheimer — Hartwig Heyck — Norbert Hinske — Erika Höhnisch — G. Hörmann — Gisela Holroyd — Kurt Hübner — Dieter Jung — Irmgard Jung — Karl Junkmann — Karlheinz Kaiser — Rudolf Kassel — Hans Kauffmann — R. v. Kienle — Horst Kirchner — Georg Nicolaus Knauer — Wilhelm Knevels — Franz Köcher — T. Krischer — St. K. Kubicki — H. Langen — Rudolf Lennert — Adalbert Loeschke — Ulrich von Lübtow — Herbert Lüers — Hans Lüttger — W. Maassen — Rich. Maatz — Rudolf Macuch — G. Manecke — Wolfgang Martens — Hermann Mathis — W. Meder — Detlef Merten — Herbert Millberger — Katharina Mommsen — Momme Mommsen — Wolfgang Müller-Lauter — H.-W. Muth — Eduard Neumann — Hans Nevermann — Thomas Nipperdey — Heinz Orsinger — Jürgen Peper — F. Peus — Werner Philipp — Heinz Quirin — Clara Redlich — Edwin Redslob — H. Reinhold — R. Riemschneider — Wolfgang Rudolph — Werner Sarstedt — Ludwig Schauwecker — Manfred Scheler — Gerhard Schenck — Richard Scherhag — Werner Schlungbaum — Erika Schmidt — Heinrich Schmidt — Hans-J. Schneider — Ingeborg Schröbler — E. Schütte — Einar von Schuler — Joach. H. Schultze — Johannes Schultze — Werner Schulze — Willy Schwarz — Helmut Selbach — Werner Siebert — Peter Siegmund — Otto v. Simson — Friedrich Stein — Brigitte Stieghahn — A. Stöhr — Klaus Strobach — Kurt Ueberreiter — Klaus Vetter — Sigurd Wende — Wilhelm Wengler — Robert Werner — Wilhelm Wöhlke — Friedrich Zipfel

Technische Universität Berlin
Bernard Andreae — Erik Asmus — H. Boersch — Bohlmann — Gerhard Bünemann — L. Cremer — Ernst Aug. Cornelius — Gerhard Engel — F. Friedensburg — E. Fiala — Hartmut Fuhrke — H. Gobrecht — Robert v. Halász — B. Hartmann — Albert Haug — Herm. Hirschmüller — E. W. Huber — Folkmar Koenigs — Werner Koepcke — Herbert Kolb — Paul Limberg — E. Lippert — Erhard Meister — Otto Mohr — Walter Panknin — Max Päsler — W. Raiß — Bertold Reuter — Hans Reuther — Karlheinz Roik — Edgar Rößger — Alfred Schopf — Horst Schwarz — Hermann Slevogt — Istvàn Szabó — Hans Tonn — R. Trostel — H. Wever — Albrecht Wilke

Ruhr-Universität Bochum
Bernhard Andreae — Oskar Anweiler — Hans Besters — W. Busse v. Colbe — Hans Cramer — E. Curio — Walter Elliger — Karl Esser — Hans Götz — Erich Gräßer — Heinrich Greeven — Siegfried Herrmann — Matthäus Kaiser — Hanno Kesting — Wolfgang Köllmann — Walter Krähe — Willy Kraus — F. Küster — Godo Lieberg — Werner Maaßen — Peter Meyer-Dohm — Gerh. Meyer-Schwickerath — Paul Mikat — G. Mildenberger — Leo Norpoth — Joh. Chr. Papalekas — Helmut Plechl — Helmut Reichardt — Eberhard Scherer — Rudolf Schilcher — Othmar Schilling — Franz-Josef Schmale — Roman Schnur — Hans Severin — Alfred Stuiber — Christian Watrin — Witold Wiechowski — Eberhard Wölfel — Sven E. Wunner

Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Rolf Appel — Walter Becker — Fr. Wilhelm Bosch — Hermann Conrad — Heimo Dolch — Georg Droege — Elmar Edel — Heinrich K. Erben — Hartmut Erbse — Arno Esch — Eugen Ewig — Gerhard Fischbeck — Hermann Fischer — Edmund Gassner — Hans Günther Goslar — Fritz Gstirner — Alfred Gütgemann — Horst Habs — Helmut Hahn — Frank-Richard Hamm — Herwig Hamperl — Walther Heissig — W. P. Hermann — Walter Hofmann — Dieter Hötzel — Walther Hubatsch — Paul Egon Hübinger — Horst Jablonowski — Hubert Jedin — Günther Jungbluth — Hermann Kick — Dieter Klämbt — Otto Kleemann — Joachim Konrad — Ernst Kordes — Adolf Leidlmaier — Heinrich Lützeler — Gustav Mensching — Ed. Mückenhausen — Fritz Münch — Gerhard Piekarski — Konrad Pohlheim — Heinrich Puff — Konrad Repgen — Wolfgang Ritzel — Hermann Roth — Hans-Joachim Rothert — Ernst Sauerwein — Karl Th.

Schäfer — K. Schäferdiek — Dieter Schaller — Hans Schmidt — Th. Schmidt-Kaler — Hatto Schmitt — Otto Schmitz-DuMont — Jean Schoos — Rudolf Schützeichel — Karl-Heinz Schwarte — Stephan Skalweif — G. Snatzke — Johannes Straub — Philipp Vielhauer — Hans Welzel — Benno v. Wiese — Willi Wirths — Herbert Zachert — Hans Zetsche — H. Zimmermann — Felix Zymalkowski

Technische Hochschule Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig
Rudolf Barbré — Ulrich Berr — Arnold Beuermann — Hermann Blenk — Heinrich Cordes — K. H. Doetsch — Kurt Edzard — Hans H. Emschermann — Hans-Ulrich Evers — Martin Gosebruch — Hellmut Hartmann — Konrad Hecht — Heinrich Heffter — Ernst Henze — Justus Herrenberger — Horst Hermann — Bernhard Hornfeck — Hans Herloff Inhoffen — Wilhelm Jesse — Hans-Joch. Kanold — Dieter Kind — Hans-Joch. Kowalsky — Fried.-Wilh. Kraemer — Alfred Kuhlenkamp — Herm. Lagershausen — Werner Leonhard — Horst Lippmann — Otto Lutz — Wilhelm Mecke — Franz Moeller — Rudolf Mönkemeyer — Georg Niemeier — Dieter Oesterlen — Werner Oldekop — Gotthold Pahlitzsch — Heinrich Paschen — Hans Petermann — Klaus Pieper — Zoran Rant — G. Richter — Heinz Röcke — Karlheinz Roth — Jürgen Ruge — Hermann Schaefer — Hermann Schlichting — Ferdinand Schneider — Wolfgang Schneider — Hilmar Schumann — Jürgen Stickforth — Hein-Peter Stüwe — Sergei Traustel — Franz Unger — Hans-Georg Unger — Herbert Weh — Herb. v. Weingraber — Hermann Winter

Technische Hochschule Darmstadt
Gerhard Bähr — Gerhard Frühauf — Friedrich Gebhardt — Klaus Hafner — R. Hoffmann — Gerhard Hosemann — Robert Jötten — W. Kast — Otto Krischer — Clemens Schöpf — Josef Werdecker — H. Ziegler

Universität Düsseldorf
Leonhard Birkofer — Hermann Böttger — G. Bosch — Ernst Derra — Hermann Dettmar — Leif Dibbelt — Alwin Diemer — C.-H. Fischer — Werner Forßmann — Fr. Grosse-Brockhoff — W. Herms — Otto Hummel — Karlheinz Idelberger — Wolfgang Irmer — K. Jahnke — Anton Kiesselbach — Heinrich Koch — Hans Kuhlendahl — H.-J. Maurer — H. Meessen — H. W. Paaschen — Hans Pau — W. Reinhard — Heinrich Rodeck — Hans Röttger — Karlh. a. Rosenbauer — Hans Schadewaldt — Günter Schneider — W. Schulte-Brinkmann — H. Stupp — Alexander Sturm — Elis. Trube-Becker — Norbert Urban — H. Vieten — E. Wetzels — M. R. Wolff

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen—Nürnberg
Heinz Bauer — Karl Friedrich Bauer — Friedrich Baumgärtel — Otto Berninger — Otto Dann — Ernst Dürr — Nikolaus Fiebiger — Gisela Freund — Oswald Hahn — F. Heim — Wilhelm Henke — Irmgard Höß — Otto Hornstein — Burkhart Kienast — Kurt Kluxen — Carl Korth — Adolf Kröncke — Wolfgang Leiser — Hanns Linhard — W. v. Loewenich — Rupprecht Matthaei — E. Mollwo — Heinrich Paschke — Gerhard Pfeiffer — Helmut Prang — Hans v. Rimscha — Leonhard Rost — Hubert Rumpel — E. Schreck — Karl Heins Schwab — Werner Schwan — Eugen H. Sieber — Alfred Sigel — Wolfgang Stromer v. Reichenbach — R. Unbehauen — Helmut Volz — Adalbert Voretzsch — Waldemar Wagner — Ludwig Waldmann — Ernst Weigt — Erik Wetterer — Hans-Heinrich Wieck — A. Windorfer — U. Zwicker

Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt
Karl Abraham — Walter Artelt — Manfred Bambeck — Franz Baur — A. Blind — Eduard Bornemann — Georg Bruns — Wilhelm Claß — K.-H. Degenhardt — Karl Demeter — Karl Egle — Hanns W. Eppelsheimer — Adalbert Erler — H. Fernholz — R. Geißendörfer — I. Gerchow — Werner Gembruch — W. Greiner — K. Greven — Oswin Günther — E. Guntz — Karl Häuser — Mathilde Hain — Willy Hartner — P. Hauser — Carl Hentze — J. Hirschberger — Rudolf Hoernigk — Georg Hohmann — Olexa Horbatsch — Harald Keller — Walter Kienast — Jacob van Klaveren — Gottfried Köthe — P. Kramp — A. Krenzlin — Friedrich Kreter — Max Kuck — Hans Josef Linnen — Walther Ludwig — Werner Martienssen — Helmut Martin — Josef Matznetter — Robert Mertens — Bernhard Mrowka — Franz Walter Müller — Horst Müller — H. O'Daniel — Helmuth Osthoff — K. Pirlet — Wolfgang Preiser — Hermann Priebe — A. Radnoti — A. Rammelmeyer — J. F. v. Reckow — Wolfgang Rotter — Heinz Sauermann — Wilhelm Schäfer — E. Schiedermair — Walter Schmidt — Robert Schwab — Dietrich Starck — Joachim Stauff — Wolf Steidle — Karl Stork — F. Strnad — Friedrich Stummel — Gert Taubmann — Konrad Thielemann — Robert W. Weber — Karl Wezler — Manfred Wilk

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Alfred Adams — Fritz Bartz — Gerhart Baumann — Georg Brauer — Karl Büchner — R. Clotten — Alfons Deissler — G. Drews — Hans Karl Englert — Werner Fechter — Hans Fischer — M. H. Fischer — Kuno Fladt — A. Fleckenstein — Ernst Funk — Siegfried Flügge — H. Friedrich — L. Genzel — H. Görtler — Julius Grimm — Hans Grisebach — Karl Albert Habbe — F. Hahn — F. Hammersen — B. Hassenstein — G. Hauck — F. v. Hayek — Fritz v. Hippel — Helmut Holzer — Leonhard Illig — R. Jung — Gerhard Kaiser — Ludwig Keller — Frank Kerkhof — Günther Kersten — Ludwig Keller — D. Klemm — H. Klingen — Adolf Knauber — O. Koehler — Oluf Krückmann — W. Künzer — Egon Küppers — S. Kuss — Bernhard Lakebrink — Helmut Lüdtke — Arthur Lüttringhaus — M. v. Lutterotti — K. Mantel — Friedrich Matthies — R. Mecke — Gerhard Mitscherlich — H. Mohr — Dietrich Morgenstern — J. Heinz Müller — Rolf Nierhaus — J. Nitsche — E. Oberdorfer — G. Osche — Bernhard Panzram — M. Pfannenstiel — H. Pilch — R. Pohl — Otto Preisler — Fr. R. Preuss — Ed. Rehn — H. Rübsaamen — W. Sandritter — Christoph Schlier — Gerhard Schmidt — Theodor Schneider — W. Schneider — Friedrich Schürr — Gabriele Schwarz — P. Sitte — W. Spann — G. Speidel — J. Staubesand — Wolfgang Struve — G. L. Tautz — Hans Thieme — A. Vögtle — F. Wacker — E. Walter — W. Wegner — W. Weischet — Herbert Weisz — Gustav Wellenstein — H. Wimhöfer — W. Wimmenauer — D. Wittekind — Robert Wizinger — Wilhelm Wolfart — Eduard Zentgraf — Fritz Zöllner

Justus-Liebig-Universität Gießen
Fritz Anders — Helmut Bartels — Viola Gräfin Bethusy-Huc — E. v. Bogulawski — Carlrichard Brühl — Vinzenz Buchheit — O. Dehner — Dietrich von Denffer — Hartmut Dost — Gernot Eder — Gerhart Eigler — Friedrich Erbslöh — H. Gundel — Lothar Hoischen — Friedrich Huckemann — Hans-Dietrich Kahl — Adolf Karger — Richard Kepp — F. Kröhnke — L. Krüger — Hans Adolf Kühn — Hanns-Gotth. Lasch — Herbert Ludat — W. Ludwig — Walther Manshard — Winfried Moewes — Rudolf Mosebach — Gerhard Müller — Heinrich Müller — Hans Frz. Neubauer — Kurt Neumann — Hans Patze — Günter Pickert — Hans Rettig — Eugen Saur — August Schummer — Volker Seifert — Adolf Stählin — Harald Uhlig — Karl Voßschulte — Focko Weberling — Heinz Wissemann — Willy Zschietzschmann

Georg-August-Universität Göttingen
Carl Andresen — Werner Baden — Heinrich Bihler — H. J. Deuticke — Albert Dietrich — Hans Drexler — Wolf-Hartm. Friedrich — Franz Gamillscheg — O. Glemser — Hans Goetting — Hans Grauert — Alfred Heuß — R. Horn — Reinhold Kickuth — Joseph Klein — J. Krahl-Urban — Wolfgang Krause — W. Maak — D. Müller-Using — Hans Neumann — R. Nürnberger — Fritz Nüßlein — Hans Piepho — S. Rehm — Will Richter — G. Rinck — Ernst Röhrig — Gerhard Sauter — Friedrich Schaffstein — Erwin Scheele —

Wolfgang Schlachter — H. G. Schlegel — Dieter Schlingloff — Klaus Schmidt-Koenig — Georg Schnath — Jürgen Stoffregen — E. G. Strehlke — Werner Weber — E. Welte — R. Wenskus — H. Wesche — Christian Winner

Universität Hamburg
Ludwig Alsdorf — Werner Bavendamm — Franz Bernhard — Kurt Bussmann — Georg v. Dadelsen — Wilhelm Dieckvoss — Werner Döring — Fr.-K. Drescher-Kaden — Horst Engel — Otfried Fischer — Hans Flasche — Josef Franke — Ulrich Gabler — Dietrich Gerhardt — Günther Grundmann — Wilhelm Gundert — Walter Hävernick — Konstantin v. Haffner — Hans Harmsen — Helmut Hasse — Horst-Jürgen Helle — J. J. Herzberg — K. Horatz — E. Horstmann — Herbert Jacob — Pascual Jordan — Erich Kähler — Adolf Knappwost — Curt Kosswig — Walter L. Kubiena — Walter Kuhn — Siegfried Landshut — K. Lillelund — H. Löhr — Erika Lorenz — Arthur Mahlo — Artur Maurer-Mortesdorf — Heinz Menzel — Walther Mevius — Adolf Meyer-Abich — Johannes Meyer-Rohn — Karl Mülhens — Hans-Joachim Nickol — Heinz-Dietrich Ortlieb — Erich Plath — Hans Reichel — Hans Rudolph — Ulrich Ruge — Horst Saalfeld — Wilhelm Sandermann — Herbert Schmidt — Wolfgang Schöne — Johannes Schöpfer — Joachim Schröder — Walter Schubring — Emanuel Sperner — Rolf Sprandel — Bernhard Sticker — Eberhard Tangl — Ehrhardt Voigt — W. Walter — Christian Wedemeyer — Kurt Wendel — Karl Wieghardt

Technische Universität Hannover
Helmut Bode — F. Bölsing — Martin Bopp — Jochen Busemann — Friedrich Erdmann — Jesnitzer — Werner Fischer — Walter Grossmann — K. H. Grothe — K.-H. Hartge — Paul Gerhard de Haas — R. Haul — G. M. Hoffmann — Wolfgang Horn — A. Jungk — D. Kehr — H. Kettner — G. Kiper — H. Kühnl — W. Lendholt — R. Maatsch — O. Mahrenholtz — Egon Martyrer — Robert Meldau — H. Mensching — Eckart Meyer — W. A. v. Meyeren — K. A. Möhle — K. Mudrack — Werner Osenberg — M. Pfannmüller — K. Pilowski — Hans Rüffer — P. Schachtschabel — Walter Scheele — W. H. Schönfeld — Georg R. Schultze — Luise Stange — Walter Theiladker — M. Thoma — H. Tischner — H. Uffmann — G. Voppel — A. Wangerin — Jürgen Wehrmann — Günter Wricke — Hans Zeidler

Tierärztliche Hochschule Hannover
Wolfgang Bisping — Kurt Kaemmerer — Dietrich Krause — A. Schöberl — O. Siegmann

Karl-Ruprecht-Universität Heidelberg
Walter Ritter v. Baeyer — Waldemar Berdesinski — Ahasver v. Brandt — Gerardo Broggini — Peter Brunner — Wolfgang Bühring — Hans v. Campelhausen — Peter Classen — Karlheinz Deller — G. Dickel — Erika Diehl — Erich Dinkler — Karl Doehring — H. Ferner — C. J. Friedrich — Otto Friedrich — Karl Freudenberg — M. N. Geist — Adalberto Giovannini — F. Gondolatsch — Gunther Gottlieb — Hans Graul — Hildegund Gropengiesser — Fritz Gschnitzer — Christian Habicht — Roland Hampe — Otto Haxel — Hermann Hoepke — Arno Höpfner — Johannes Hubschmid — Eduard Huttinger — Wolfgang Jaeger — J. Hans D. Jensen — K. H. Kärcher — Erich Kaufmann — W. Kindler — Hans H. Klein — Herbert Krimm — Peter Kußmaul — Waldemar Kutscher — Günther Lanczkowski — Johannes A. van der Meulen — V. Milojcic — Günter Moh — Berthold Mueller — Jutta Muth — Hermann Overbeck — G. Pfester — J. Potempa — G. Quadbeck — Paul Ramdohr — S. Reicke — Katharina Reiß — Reinholdt Ritter — Anton Schall — Gotthard Schettler — Edmund Schlink — Eberhard Schmidt — Martin Schmidt — O. Th. Schmidt — Robert F. Schmidt — Ulrich Schmoll — Hans Schneider — Herbert Seifert — Hans Siebert — W. Sundermeyer — Harald Thom — Wolfg. Trautwein — Th. Tsatsos — Hans H. Weber — Th. Wieland — Erich Wirth — Georg Wittig — M. Zimmermann — Paul Zinsmaier

Universität Fridericiana Karlsruhe (Technische Hochschule)
H. Bärnighausen — E. Bahke — Hans Blohm — R. Criegee — Georg Denk — M. Diem — Hans Friedrich — R. Friedrich — R. Günther — Henning Illies — Hans Günter Krebs — G. Lammers — H. Leipholz — E. Marcherauch — V. Maurin — Eberhard Mettler — G. Moldenhauer — Herbert F. Mueller — Gerhard Rein — Ekhart Schmidt — Arnold Tschira — Hans Victor

Christian-Albrechts-Universität Kiel
Wolfgang Bargmann — Willi R. Bihn — Fritz Blättner — Friedrich Blume — Gerhard Bohne — Walter Bröcker — Erich Burck — Detlev Fehling — Kurt Gudewill — Olaf Hansen — Karl Jordan — Karl Jung — Alfred Kamphausen — Franz Karl — Heinz Klug — Adolf König — Heinz Koppe — J. F. Langlet — Eckard Lefèvre — Wolfgang Lehmann — F. Liebau — W. Lochte-Holtgreven — Hans Lullies — Hans Martin — Hans Eberh. Mayer — Hans Meves — O. Moritz — Ernst Müller — Hans-Jo. Newiger — Arthur Nikisch — Carl Nürnberger — Karl August Ott — Karlheinz Paffen — Thomas Pekáry — Johannes Richter — Ludwig Schmidt — Erich Schneider — J. Schnekenburger — Hans Seyffert — Harald Sioli — T. Spreter v. Kreudenstein — Kurt Telschow — Heinrich Thiele — Hans-Jürgen Voss — Walter Wetzel — Friedrich Wilhelm — Alois Wolf

Universität zu Köln
Erich Angermann — Marianne Baudler — Walther Bergerhoff — Bodo Börner — P. H. Bresser — Karl Brunnacker — Heinrich Büttner — Ewald Burger — Uwe Diederichsen — Alfons Dörschel — Max Eder — Gerd Friedmann — Walter Fuchs — Heinz Gartmann — Heinz Guradze — Ulrich Hauser — Heinz Heimsoeth — Siegfried Heinrich — K. vom Hofe — Gernot Jacob-Friesen — Hermann Jakobs — Klaus Ludwig Janert — K. Jasmund — Dietrich Kämper — Günter Kahle — Gerhard Kegel — Werner Kern — Friedrich Keune — Ernst Klenk — Theodor Kraus — Heinz Ladendorf — Friedrich Lentze — Clemens Menze — Reinhold Merkelbach — Curt Meyer — Hellmut Neubauer — Reinhold Olesch — Hermann Paas — Hans-Karl Paetzold — Helmut Petri — Josef Quint — Johannes Rathofer — Wilhelm Salber — Fritz Schalk — Theodor Schieffer — Wilhelm Schink — Gerhard Schmid — Josef Schrudde — K. Schumacher — Martin Schwarzbach — Marion Soreth — Gerd Kl. Steigleder — Günther Stökl — Wilhelm Stoffel — Helmut Tritsch — Fritz Tschirch — Udo Undeutsch — Otto Veit — Emanuel Vogel — Günther Vogel — Hans Volkmann — Adam Wandruszka — Lothar Wickert — Rainer Willeke — Albert Zimmermann — Eberhard Zwirner

Johannes-Gutenberg-Universität Mainz
Fritz Arens — Ernst Baier — H. Bartholomeyczik — Leopold Bauer — Karl Bischoff — Frank Brommer — Rudolf Brummer — Georg Buddruss — Hans-J. Eichhoff — W. Theodor Elwert — Hellmut Federhofer — Gerhard Funke — Hans Galinsky — J. Gosepath — Dimitri Hartl — Manfred Hättich — Leopold Horner — Hans Jeschke — Hermann Kämmerer — Eberhard Kessel — Alfons Kraft — Arnulf Kuschke — Michael Leiner — Hans Otto Lenel — W. Liptay — Rudolf Lorenz — Walter Marg — Georg May — Friedr.-Wilhelm Neumann — Wolfgang Panzer — Ludwig Petry — Gotthold Rhode — Arnold Schmitz — Albrecht Siegert — Hans-Rudolf Singer — Gustav Stählin — Klaus Stopp — Andreas Thierfelder — Wilhelm Troll — Kurt Wagner — Max Watzka — Albert Wellek — Konrad Wiche — Werner Wiesner

Philipps-Universität Marburg
Karlhans Abel — Gerhard Albrecht — Vojislav Avakumovic — Ernst Benz — Helmut Beumann — Friedrich Bleibaum — Franz Brunhölzl — Rudolf Bruns — Rudolf Bultmann — Karl Christ — Ernst Dammann — Wolfgang Dehn — Heinrich Drerup — Julius Ebbinghaus — Helmut Ehrhardt — Ernst Fuchs — Kurt

Goldammer — Hans Graß — Kurt Hesse — Ernst Heuß — Andreas Hillgruber — Erich Hoppmann — Heinrich Hornung — Erich Hückel — Wilhelm Kahle — Dietmar Kienast — Hermann Körner — G. Kottmeyer — Maximilian Krafft — Werner Kümmel — Wolfgang Kullmann — B. Laum — Paul Heinz List — Bernhard Martin — Friedrich Matz — Friedrich Müller — Fr. Horst Müller — Gerhard Oestreich — Heinrich Otten — Joachim Petzold — A. Peyerimhoff — Carl-Heinz Ratschow — Wilhelm Rau — Klaus Reich — Mauritius Renninger — Hans-Egon Richert — Otto Rössler — Hans-Heinrich Rupp — Peter Scheibert — Walter Schlesinger — Wolfgang Schmidt — Carl Schott — Werner Schröder — Theodor Siegfried — Edmund Stengel — Hans-Adolf v. Stosch — Friedrich Uhlhorn — Wilhelm Vortisch — Josef Weisweiler — Walter Wimmel — Alfred Wobst — Ernst Wolf — Herbert Wolf — Ludwig Wolff

Wirtschaftshochschule Mannheim
Wilhelm Kölmel — Karl Oettle — Ernst Vogt — Eduard Willeke — Clemens Zintzen

Ludwig-Maximilian-Universität München
R. Bachmann — Otto Basler — Heinrich Beck — J. v. Beckerath — Lottlisa Behling — Werner Betz — Erwin Bielefeld — Joachim Boessneck — Walter Brandmüller — Wolfgang Braunfels — Suso Brechter — Johs. Brüggemann — Wolfgang Clemen — E. Dahme — Alois Dempf — Werner Dettloff — Victor Dietrich — Walter Dürig — Richard Egenter — Odilo Engels — Edwin Fels — M. Ferid — Heinrich Fries — Kurt v. Fritz — Helmut Gneuss — Albert Görres — Friedrich Hanssmann — Vinzenz Hamp — H. Hilber — Otto Hintner — Bruno Huber — Wilhelm Keilbach — Hans Kerner — Rudolf Kriss — Helmut Kuhn — Hugo Kuhn — Otto Kuss — Franz v. Kutschera — Hans Langelütke — Fritz Leist — Roland Löhlein — Friedrich Lütge — Harry Marcus — R. Maurach — Ulrich Meyer-Berkhout — Klaus Mörsdorf — Max Müller — H. Niemer — Josef Pascher — Rudolf Pfeiffer — B. Pfister — Detlev Ploog — Julius Pokorny — K. Puchner — Josef Ramspott — Hans Raupach — Hans Rheinfelder — Wolfgang Riehle — R. Rodenstock — Hans-Friedr. Rosenfeld — Karl Rupprecht — Leo Scheffczyk — Audomar Scheuermann — Jos. Schmid — Adolf Schneider — Karl Schnith — Willibald Scholz — A. Schrader — Georg Schwaiger — Hans Schommodau — Hans Sedlmayr — H. Serr — Anton Spitaler — G. Stadtmüller — Werner Suerbaum — Jürgen Tiews — D. Tönis — Josef Wallraff — Peter Walter — Joachim Werner — Robert v. Werz — M. Westhues — F. Wölcken — D. v. Zerssen — Adolf W. Ziegler

Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Kurt Aland — Joachim Blüthgen — Erik Boettcher — Gerda v. Bredow — Ernst Dickenmann — Marie-Luise Dittrich — Heinrich Dörrie — D. Eichner — Bruno Engels — Wilhelm Goerdt — G. J. F. Goeters — Heinz Gollwitzer — Paul Hacker — Claus Haebler — Karl Hauck — W. Heinen — Manfred Hellmann — Franz Hesse — Otto Hiltbrunner — Erich Hochstetter — Dietrich Hofmann — Aloys Immenkamp — Erwin Iserloh — Friedrich Kaulbach — Ernst Kinder — Bernhard Kötting — Günther Klein — Almuth Klemer — Heinrich Korbsch — Ulrich Leffson — Emil J. Lengeling — Oswald Loretz — Franz Lotze — Rudolf Lukes — Willi Marxsen — Joachim Matthes — Chr. Fr. Menger — Walter Mettmann — F. Micheel — Ludwig Mülhaupt — J. Narr — Friedrich Ohly — Josef Pieper — Hans Reznik — Ulrich Rosenfeld — Wolfgang Rothe — H. Schäfer — Bruno Schier — Karl Schmid — K. Schneider — Hans G. v. Schnering — Rüdiger Schott — K. E. Schulte — Joachim Schumann — Martin Sicherl — Paul Siegfried — Rudolf Smend — Wolfram Frhr. v. Soden — H. Stoob — Hans Straßl — Robert Stupperich — H. Tränkle — U. Unger — Wilhelm Weber — Max Wegner — H. Westermann — Günther Weydt — Walter Wolf

Universität Regensburg
Dieter Albrecht — Karl Erlinghagen — Otto Hietsch — Andreas Kraus — Franz Mayer — Kurt Reindel

Universität des Saarlandes Saarbrücken
Robert Berger — K. H. Booz — Fritz Brecher — Léontin Constantinesco — Johannes Dörr — H. Drasche — W. K. Geck — Wolfgang Götz — H. Gros — Horst-Dietrich Hardt — W. Kilger — Hans Erich Kubach — G. de Lattin — Hans Limburg — Friedrich Loew — H. Lüdeke — Gerhard Lüke — Ulrich Mann — Wilhelm Messerer — Hubert Rösel — R. Rühl — Linda Sadnik-Aitzetmüller — Ernst L. Schäfer — Albert Schimpf — Josef Schmithüsen — F. Seel — Wigand Siebel — Peter Volkelt — Heinz Wagner — Wilhelm Wegener — R. Wigand — Hermann Witter — Günther Wolf — G. Wöhe — Hans F. Zacher — E. Zapp — Hansotto Zaun — Wilhelm Zimmermann

Technische Hochschule Stuttgart
Walter Albrecht — John H. Argyris — Wilhelm Bader — Franz Beisteiner — Heinz Blenke — Wendelin Degen — Ulrich Dehlinger — Carl-Martin Dolezalek — E. Eisele — Th. Förster — Paul Gehring — Günther Glaser — Helmuth Glaser — Ludwig Graf — Harald Hanson — Hans-Jürgen Hentschel — K. H. Höcker — U. Hütter — Hellmut Kämpf — Hans Kaiser — W. Kaiser — Adolf Kleinschmidt — Werner Kluge — Werner Köster — Jos. Kratochvil — Kurt Lange — Adolf Leonhard — Hermann Matzke — Oscar Paret — Kurt Petrikat — Karl Ramsayer — Helmut Sauter — G. Schenkel — Paul Schmitthenner — Reinhart Schulze — W. Schwaderer — Ulrich Senger — Konrad Spang — Heinrich Stabe — Gottfried Stute — Kurt Talke — Friedrich Tölke — A. Weise — Karl Wellinger — Heinz Wermuth — Konrad Zoller

Eberhard-Karls-Universität Tübingen
M. Arnold — Alfons Auer — R.-E. Bader — Ernst Bayer — Rudolf Bergius — Peter Beyerhaus — G. Biemer — Erich Born — H. Brunner — Werner Driesen — G. Ebeling — Josef Engel — Walther Eltester — Hanns Fischer — A. Fretzdorff — E. Fröhlich — Horst Fuhrmann — Heino Gaese — Maria-Pia Geppert — Hartmut Gese — W. Graumann — Karl G. Grell — Walter Gross — Hans Guglielmi — Herbert Haag — Fritz Habermalz — Hans H. Hackenbroich — Helmut Haselmann — Ulrich Hausmann — H.-V. Herrmann — Wilhelm Hoffmann — Wolfgang Kimmig — N. W. Koch — G. Kortüm — L. Koslowski — W. Kretschmer — Hans Küng — Hermann Lange — Friedrich Lenz — H. Löwe — Heinz Mauser — Otto Michel — Franz Peter Möhres — Joseph Möller — Klaus D. Mörike — R. Mühleisen — Eugen Müller — Johannes Neumann — Rudi Paret — Karl Peters — K. W. Peters — J. Ratzinger — Josef Rief — Gerhard Rolfs — Walter Rüdorff — Wilh. Schneider — Matthias Schramm — K. H. Schröder — M. Seckler — K. Friedrich Strohecker — Friedrich H. Tenbruck — Ulrich Wickert — J. Wiedmann — Helmut Wielandt — Karl Wildermuth — Ernst Walter Zeeden

Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg
R. Aitzetmüller — Wilhelm Arnold — Wilhelm Eilers — Kurt Gerstenberg — Helmut Grunsky — H. Haffner — Herbert Huscher — Anneliese Kuchinke-Bach — E. Lüddeckens — J. Martin — Hans Ohm — Wolfgang Osthoff — Albert Reble — Heinrich Rombach — Herm. Schmidt — Erika Simon — Hans Steininger — Dieter Timpe — Otto Volk — Alfred Wendehorst

Einzelne Universitätslehrer an anderen Orten und an wissenschaftlichen Forschungsinstituten (z. B. Max-Planck-Instituten)
H. Arnold — Franz Beyerle — Hansjörg Dongus — Oswald Geissler — Hans Gohr — W. Horstmann — Valentin Jagdschian — Ernst Kapp — A. Karolus — M. Kienitz — P. Krahl — H. Kuntze — G. Londes — A. Laur — Paul Leyhausen — Herbert Luckner — F. Pietruski — Reinhard Pfilz — J. Potel — Walter Scheidt — Franz Scholz — H. Tesseraux — A. Thullen — H. Winkler

Wortlaut der Abschlußerklärung der Preßburger Konferenz

Am 3. August 1968 fand in Preßburg (Bratislava) eine Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik statt. An dieser Beratung nahmen teil: von der Bulgarischen Kommunistischen Partei Todor Schiwkoff, Erster Sekretär des ZK der BKP und Vorsitzender des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien, Stanko Todorow, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der BKP, Pentscho Kubadinski, Mitglied des Politbüros des ZK der BKP und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien;

von der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei Janos Kadar, Erster Sekretär der USAP, Jenö Fock, Mitglied des Politbüros des ZK der USAP und Vorsitzender der ungarischen revolutionären Arbeiter-und-Bauern-Regierung, Zoltan Komocsin, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der USAP;

von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Walter Ulbricht, Erster Sekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Willi Stoph, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Vorsitzender des Ministerrates der DDR, Erich Honecker, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Hermann Matern, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission, Günter Mittag, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Hermann Axen, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der SED;

von der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei Wladyslaw Gomulka, Erster Sekretär des ZK der PVAP, Jozef Cyrankiewicz, Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Vorsitzender des Ministerrates der Volksrepublik Polen, Zenon Kliszko, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP, Artur Starewicz, Sekretär des ZK der PVAP;

von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Leonid Breschnew, Generalsekretär des ZK der KPdSU, Nikolai Podgorny, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Alexei Kossygin, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, Michail Suslow, Mitglied des Politbüros und Sekretär der KPdSU, Pjotr Schelest, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Sekretär des ZK der KPC der Ukraine, Konstantin Katuschew, Sekretär des ZK der KPdSU, Boris Ponomarew, Sekretär des ZK der KPdSU;

von der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei Alexander Dubček, Erster Sekretär des ZK der KPC, Oldrich Černik, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPC und Vorsitzender der Regierung der CSSR, Josef Smrkovsky, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPC und Vorsitzender der Nationalversammlung der CSSR, Vasil Bilak, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPC und Erster Sekretär des ZK der KP der Slowakei, Jozef Lenart, Kandidat des Präsidiums und Sekretär des ZK der KPC. Von tschechoslowakischer Seite nahm auch der Präsident der CSSR, Ludvik Svoboda, an der Beratung teil.

Davon ausgehend, daß die komplizierte internationale Lage die Wühlarbeit des Imperialismus, die gegen den Frieden und die Sicherheit der Völker, gegen die Sache des Sozialismus gerichtet ist, den weiteren Zusammenschluß der sozialistischen Ländern erfordern, und unter Berücksichtigung dessen, daß die Entwicklung des Sozialismus neue Aufgaben stellt, zu deren Lösung die weitere Vereinigung der Anstrengungen der sozialistischen Staaten notwendig ist, haben es die Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Staaten für erforderlich erachtet, diese Beratung in Preßburg einzuberufen.

Im Geiste der Tradition der völligen Freimütigkeit, Prinzipienfestigkeit und Freundschaft haben die Bruderparteien die aktuellen Fragen des Kampfes für den Sozialismus, für die Geschlossenheit der internationalistischen Bewegung erörtert. Es fand ein Meinungsaustausch über die Probleme der gegenwärtigen internationalen Lage und der Verstärkung des Kampfes gegen den Imperialismus statt.

Die Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien erörterten die Wege zur Festigung und Entwicklung der brüderlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten.

In den Jahren nach der Zerschlagung des Faschismus und der Machtübernahme durch die Arbeiterklasse errangen die Völker europäischer Staaten, die den Weg des Sozialismus beschritten haben, Siege in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. In diesen Jahren wurde in jedem sozialistischen Land eine mächtige Industrie aufgebaut und das Leben des Dorfes umgewandelt, wobei Schwierigkeiten überwunden und die Arbeit der Parteien ständig vervollkommnet wurden; stetig wächst auch der Wohlstand des Volkes und entfaltet sich die nationale Kultur der Völker. Millionen Werktätige wurden in das bewußte politische Leben einbezogen. Besonders große Erfolge beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus errang die Sowjetunion. Unermeßlich wuchsen der internationale Einfluß der sozialistischen Staaten und ihre Rolle bei der Lösung bedeutender Fragen der Weltpolitik.

Es ist die gemeinsame internationale Pflicht aller sozialistischen Länder, diese Errungenschaften, die dank der heldenhaften Anstrengungen und der selbstlosen Arbeit eines jeden Volkes erkämpft wurden, zu unterstützen, zu festigen und zu verteidigen. Dies ist die einhellige Meinung aller Beratungsteilnehmer, die ihre unbeugsame Entschlossenheit kundtaten, die sozialistischen Errungenschaften in ihren Ländern weiterzuentwickeln und zu schützen sowie neue Erfolge beim Aufbau des Sozialismus zu erkämpfen.

Die Bruderparteien haben sich auf Grund der historischen Erfahrungen davon überzeugt, daß man auf dem Wege des Sozialismus und Kommunismus nur vorwärtsschreiten kann, wenn man sich strikt und konsequent von den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft leiten läßt und vor allem die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde, der kommunistischen Parteien, festigt, wobei jede Bruderpartei, indem sie die Fragen der weiteren sozialistischen Entwicklung schöpferisch löst, die nationalen Besonderheiten und Bedingungen berücksichtigt.

Unerschütterliche Treue zum Marxismus-Leninismus, Erziehung der Volksmassen im Geiste der Ideen des Sozialismus und des proletarischen Internationalismus, unversöhnlicher Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, gegen alle antisozialistischen Kräfte — das ist das Unterpfand der Erfolge bei der Festigung der Positionen des Sozialismus und bei der Unterbindung der Machenschaften des Imperialismus.

Fest und entschlossen treten die Bruderparteien in unerschütterlicher Solidarität und mit hoher Wachsamkeit jeglichen Versuchen des Imperialismus und aller anderen antikommunistischen Kräfte entgegen, die führende Rolle der Arbeiterklasse und der kommunistischen Parteien zu schwächen. Sie werden es niemals und niemandem erlauben, einen Keil zwischen die sozialistischen Länder zu treiben, die Grundlagen der sozialistischen Ordnung zu untergraben. Die brüderliche Freundschaft und Geschlossenheit in diesen Fragen entsprechen den Lebensinteressen unserer Völker; sie sind eine zuverlässige Grundlage für die Lösung der sozialökonomischen und politischen Aufgaben, an denen die kommunistischen Parteien unserer Länder arbeiten.

Die Bruderparteien erachten es als ihre Pflicht, ständig für die Erhöhung der politischen Aktivität der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Intelligenz und aller Werktätigen, für den allseitigen Fortschritt der sozialistischen Gesellschaftsordnung, für die weitere Festigung der sozialistischen Demokratie, die Vervollkommnung des Stils und der Methoden der Partei- und Staatsarbeit entsprechend den Prinzipien des demokratischen Zentralismus zu sorgen.

Die vielfältigen Aufgaben bei der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft in jedem unserer Länder sind bei gegenseitiger Hilfe und Unterstützung bedeutend leichter zu lösen. Die brüderlichen Beziehungen erweitern und mehren die Möglichkeiten jedes sozialistischen Landes. Die Teilnehmer der Beratung gaben ihrem entschlossenen Streben Ausdruck, alles von ihnen Abhängende zu tun, um die allseitige Zusammenarbeit ihrer Länder entsprechend den Prinzipien der Gleichberechtigung, der Achtung der Souveränität und nationalen Unabhängigkeit, der territorialen Integrität, der brüderlichen gegenseitigen Hilfe und Solidarität zu vertiefen.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien messen der Weiterentwicklung der Wirtschaft und der Erhöhung des materiellen Wohlstandes der Werktätigen durch wirkungsvolle Nutzung der großen natürlichen Hilfsquellen unserer Länder, durch Anwendung der neuesten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik und durch Vervollkommnung der Formen und Methoden der sozialistischen Wirtschaftsführung erstrangige Bedeutung zu. Die Entwicklung der ökonomischen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf der Grundlage zwei- und mehrseitiger Beziehungen ist der effektive Weg, um diese edlen Ziele zu erreichen. Immer größere Bedeutung erlangen die Vervollkommnung der Tätigkeit des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, die Entwicklung der Kooperation und Spezialisierung der Produktion der Länder des Sozialismus, die es gestatten, die Vorzüge der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung besser zu nutzen. In diesem Zusammenhang wurde erneut die Aktualität einer in nächster Zeit durchzuführenden ökonomischen Beratung auf höchster Ebene bestätigt.

Die Teilnehmer der Beratung halten es für ihre Pflicht, die Aufmerksamkeit der Völker darauf zu lenken, daß die internationale Lage infolge der aggressiven Politik des Imperialismus kompliziert und gefährlich bleibt. Unter diesen Bedingungen bekräftigen die Bruderparteien der sozialistischen Länder erneut ihre Bereitschaft, ihre Aktionen auf dem internationalen Schauplatz abzustimmen und zu koordinieren. Dabei gehen sie von den Interessen des Kampfes für die Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit der Völker, für die Organisierung des entschlossenen Widerstandes gegen die aggressive Politik des Imperialismus und für die Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen Systemen aus.

Die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, die Intelligenz und alle Werktätigen sehnen sich nach Ruhe und Frieden für ihre Länder und für alle Menschen der Erde. Die sozialistischen Länder werden wie bisher auch künftig alles tun, damit die innigsten Wünsche der Völker in Erfüllung gehen. Unsere Parteien erklären, daß sie auch in Zukunft bei der Lösung dieser edlen Aufgabe mit allen kommunistischen und Arbeiterparteien, mit allen fortschrittlichen Kräften der Welt im Kampf um den Weltfrieden, um Freiheit, Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt zusammenarbeiten werden.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik erklären aufs neue feierlich ihre unbeugsame Entschlossenheit, auch künftig das heldenhafte vietnamesische Volk zu unterstützen, ihm die notwendige Hilfe in seinem gerechten Kampf gegen die amerikanischen Interventen zu leisten.

Wir sind auch darüber besorgt, daß die Lage im Nahen Osten infolge der aggressiven Politik der herrschenden Kreise Israels nach wie vor gespannt bleibt. Unsere Parteien werden alles nur Mögliche tun, um die Folgen der israelischen Aggression auf der Grundlage der Resolution des Sicherheitsrates der UN vom 23. November 1967 zu überwinden und den Abzug der israelischen Truppen aus den okkupierten arabischen Gebieten zu erreichen.

Die Teilnehmer der Beratung erörterten die Lage in Europa und stellten fest, daß die Aktivierung der Kräfte des Revanchismus, Militarismus und Neonazismus in Westdeutschland unmittelbar die Sicherheit der sozialistischen Staaten berührt und den Weltfrieden bedroht. Wir werden auch künftig in den europäischen Angelegenheiten konsequent die vereinbarte Politik durchführen, die den gemeinsamen Interessen der sozialistischen Länder und den Interessen der europäischen Sicherheit entspricht; wir werden auch künftig jedem Versuch eine Abfuhr erteilen, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu revidieren und die bestehenden Grenzen in Europa zu verletzen; wir werden nach wie vor darauf bestehen, daß das Münchner Abkommen von Anfang an null und nichtig ist; wir werden entschieden die Deutsche Demokratische Republik, den sozialistischen Staat der deutschen Werktätigen, der die Sache des Friedens verteidigt, unterstützen; wir werden der Kommunistischen Partei Deutschlands und allen jenen Kräften, die gegen Militarismus und Revanchismus für den demokratischen Fortschritt kämpfen, ständige Unterstützung gewähren.

Die kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder geben ihrer Entschlossenheit Ausdruck, die Gewährleistung der europäischen Sicherheit zu erreichen, und bekräftigen die Grundsätze der Bukarester Deklaration und der Erklärung der Konferenz der europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien von Karlsbad. Sie sind bereit, alles Notwendige zur Einberufung eines Kongresses der Völker Europas zum Schutze des Friedens auf unserem Kontinent zu tun und nicht zuzulassen, daß der europäische Frieden gestört wird; denn das hat entscheidende Bedeutung für die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt. Auf die Erreichung dieses Zieles, das die Interessen aller Völker berührt, werden unsere gemeinsamen Anstrengungen gerichtet sein.

Heute, da die imperialistischen Kräfte der USA, der westdeutschen Bundesrepublik und anderer Länder ihre aggressive Aktivität entwickeln und hartnäckige Versuche unternehmen, die sozialistische Gemeinschaft zu schwächen, halten es die Vertreter der Bruderparteien für notwendig, die besondere Bedeutung des Warschauer Vertrages noch einmal zu unterstreichen. Dieser Vertrag, der von den sozialistischen Staaten als Antwort auf den Beitritt des revanchistischen Westdeutschland zum aggressiven imperialistischen NATO-Block abgeschlossen wurde, war und bleibt ein mächtiger Faktor des Friedens und der Sicherheit der Völker Europas. Er dient als unüberwindliches Hindernis für alle jene, die die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges revidieren wollen. Er schützt zuverlässig die Errungenschaften des Sozialismus, die Souveränität und Unabhängigkeit der Bruderstaaten. Er ist auf die Festigung der europäischen Sicherheit, die Aufrechterhaltung des Weltfriedens gerichtet.

Die gegenwärtige Situation verlangt von uns unverminderte Anstrengungen, um die Verteidigungsfähigkeit jedes sozialistischen Staates und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft zu erhöhen und die politische und militärische Zusammenarbeit in der Organisation des Warschauer Vertrages zu festigen.

Die Teilnehmer der Beratung halten es für ihre Pflicht, konsequent für die Festigung der Geschlossenheit der internationalen kommunistischen Bewegung zu kämpfen. Sie stellen fest, daß in der letzten Zeit eine große Arbeit zur Vorbereitung der neuen internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien geleistet wurde.

Die Bruderparteien schätzen diese Arbeit hoch ein und geben der Überzeugung Ausdruck, daß die bevorstehende Beratung erfolgreich verlaufen und einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung aller revolutionären Kräfte der Gegenwart leisten wird.

Wir sind davon überzeugt, daß die einheitliche marxistisch-leninistische Weltanschauung, die Rolle der kommunistischen und Arbeiterparteien als Vorhut und führende Kraft der Gesellschaft, die sozialistische Grundlage der Volkswirtschaft unserer Staaten auch künftig wirksame Faktoren des weiteren Zusammenschlusses der Länder des Sozialismus, der Einheit ihres Handelns im Kampf für die gemeinsamen großen Ziele sein werden. Die Parteien, die an der Beratung von Preßburg teilgenommen haben und diese Erklärung abgeben, sind fest davon überzeugt, daß die in ihr geäußerten Standpunkte und Ansichten den Interessen aller Bruderländer und Bruderparteien, der Sache der unverbrüchlichen Freundschaft der Völker unserer Länder, den Interessen des Friedens, der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus entsprechen.

Im Namen der Bulgarischen Kommunistischen Partei T. Schiwkoff, S. Todorow, P. Kubadinski;

im Namen der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei J. Kadar, J. Fock, S. Komocsin; im Namen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands W. Ulbricht, W. Stoph, E. Honecker, H. Matern, G. Mittag, H. Axen;

im Namen der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei W. Gomulka, J. Cyrankiewicz, Z. Kliszko, A. Starewicz;

im Namen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion L. Breschnew, N. Podgorny, A. Kossygin, M. Suslow, P. Schelest, K. Katuschew, B. Ponomarew;

im Namen der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei A. Dubček, O. Černik, J. Smrkovsky, V. Bilak, J. Lenart.

Bratislava, 4. August 1968

Neue Autoren

Norman Borodin, geb. 1911, lebt als Publizist in Moskau

Heiner Stück, geb. 1941 in Lüneburg, Studium der Sozialwissenschaften in Hamburg, Bordeaux und Berlin; mehrfacher Studienaufenthalt in Paris

Florence Hervé-Murray, geb. 1944 in Paris, Studium der Germanistik und Soziologie in Heidelberg, Bonn und Nanterre; außerdem als freie Journalistin tätig

Dr. Wolf Kalz, geb. 1933 in Halberstadt, studierte nach Abschluß einer Lehre als Industriekaufmann in Freiburg Volkswirtschaft, Soziologie und Philosophie und in Kiel Geschichte und Literaturwissenschaft. Promotion in Wissenschaft von der Politik 1967. Zeitschriftenveröffentlichungen; Buchveröffentlichung: Gustav Landauer — Kultursozialist und Anarchist, 1967

Bemerkungen

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Knut Nevermann, Berlin; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,—, zuzüglich DM —,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—), zuzüglich DM —,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,— jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 31,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,— jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.— jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,— halbjährlich, dkr 66,— jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,— jährlich; nkr 31,— halbjährlich, nkr 62,— jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Otmar Frhr. v. Aretin
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Dr. Wilhelm R. Bayer
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Prof. Dr. Igor Bestushew
Dr. Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
William Borm, MdB
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis
Kanonikus John Collins
Prof. Dr. Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Dr. Wilfried Daim
Harold Davies, M. P.
Dr. Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, PH. D., D. D. †
Ragnar Forbech
Dr. Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Wilfried Gottschalch
Dr. Walter Grab
Dr. Jacques Otto Grézer
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Max von der Grün
Prof. Dr. Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Martin Hall
Prof. Dr. George W.F. Hallgarten
Staatssekretär Dr. Hildegard Hamm-Brücher
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Hanns-Jochen Hauß
Hartmut Häußermann
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Dr. Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto v. Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Egbert Hoehl
Prof. Dr. Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
Prof. D. J. L. Hromadka
Jörg Huffschmid
Prof. D. Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Dr. Robert M. W. Kempner
Klemens Kepplcz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Fritz Köhler
Dr. Oswald A. Kohut
Prof. Dr. Erich Küchenhoff
Dr. Reinhard Kühnl
Prof. Dr. Karl Kupisch
Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs
Prof. Dr. Heinz Langerhans
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser †
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h. Dr. phil. e. h. Ernst May
Dr. Peter Meier
Prof. Seymour Melman
Prof. Dr. Daniil Melnikow
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Senator Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Prof. Dr. Oswald v. Nell-Breuning S. J.
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Anna Niekiewicz
Reinhard Opitz
Prof. D. Dr. Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Dr. Wolfgang Plat
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen (Dänemark)
Dr. jur. A. Poltorak
Ulrich K. Preuß
Prof. Dr Helge Pross
Prof. L. A. Puntila
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Marcel Reding
Marianne Regensburger
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin
Dr. Peter Römer
Earl Bertrand Russell
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz B. Schick
Theo Schiller
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rudolf Schottlaender
Prof. Dr. Levin Schücking †
Prof. Dr. Dr. Hans-Adalbert Schweigart
Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silvermann, M. P.
Karl Stankiewitz
Karl-Heinz Stanzick
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg †
Prof. Dr. Max Steenbeck
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Stephen Swingler, M. P.
Horst Symanowski
Dr. Jerzy Sztucki
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. John E. Ullmann
Prof. Dr. Imre Vajda
Prof. Dr. Todor Vladigerov
Prof. D. Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
H. Günter Wallraff
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Dr. Wilhelm Wengler
Jochen Willke
Hans Wirtz
Claudia Wolff
Konni Zilliacus, M. P. †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Neue Autoren

Norman Borodin, geb. 1911, lebt als Publizist in Moskau

Heiner Stück, geb. 1941 in Lüneburg, Studium der Sozialwissenschaften in Hamburg, Bordeaux und Berlin; mehrfacher Studienaufenthalt in Paris

Florence Hervé-Murray, geb. 1944 in Paris, Studium der Germanistik und Soziologie in Heidelberg, Bonn und Nanterre; außerdem als freie Journalistin tätig

Dr. Wolf Kalz, geb. 1933 in Halberstadt, studierte nach Abschluß einer Lehre als Industriekaufmann in Freiburg Volkswirtschaft, Soziologie und Philosophie und in Kiel Geschichte und Literaturwissenschaft. Promotion in Wissenschaft von der Politik 1967. Zeitschriftenveröffentlichungen; Buchveröffentlichung: Gustav Landauer — Kultursozialist und Anarchist, 1967

Bemerkungen

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Knut Nevermann, Berlin; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,—, zuzüglich DM —,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—), zuzüglich DM —,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,— jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 31,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,— jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.— jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,— halbjährlich, dkr 66,— jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,— jährlich; nkr 31,— halbjährlich, nkr 62,— jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.